



Museumsverband
Niedersachsen und
Bremen e.V.

Vom Ihr zum Wir.

Flüchtlinge und Vertriebene im Niedersachsen
der Nachkriegszeit

Barbara Magen / Natalie Reinsch (Hrsg.)



Katalog zur gleichnamigen Ausstellung

Ein Beitrag zum Jubiläum
75 Jahre Land Niedersachsen

Für Hans Lochmann

Schriftenreihe des
Museumsverbandes
Niedersachsen und Bremen e. V.

herausgegeben
von Rolf Wiese und Thomas Overdick

Band 5

Barbara Magen / Natalie Reinsch (Hrsg.)

Vom Ihr zum Wir.

Flüchtlinge und Vertriebene im
Niedersachsen der Nachkriegszeit

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Grußworte	8
Barbara Magen: Heimatstuben: Ihr Sitz im Leben. Ein erinnerungskultureller Essay	11
Jochen Oltmer: Flucht und Vertreibung: Niedersachsen als Ankunftsland	16
Anna Haut: Das Durchgangslager Friedland bei Göttingen. Schleuse für die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen (1945-1949)	24
Stina Rike Barrenscheen: Die wirtschaftliche Integration bis zum „Wirtschaftswunder“	32
Ewgeniy Kasakow: Der Streit um den Lastenausgleich. Die erste Integrationsdebatte der Bundesrepublik	39
Gisela Borchers: Vertriebene in der Nachkriegsgeschichte Oldenburgs	44
Natalie Reinsch: Geflüchtete und vertriebene Künstlerinnen und Künstler in Niedersachsen	48
Frauke Geyken: Die Fotografin Maria Valtingojer (1897-1978). Von Schreiberhau nach Bad Pyrmont, von Schlesien nach Niedersachsen	63
Alina Laura Just: Flucht mit Happy End? Der Heimatfilm „Grün ist die Heide“	66
Natalie Reinsch: Von den west-ostdeutschen Patenschaften zu europäischen Partnerschaften	70
Katalog Historische Zusammenhänge	78
Ankommen in Niedersachsen	86
Patenschaften	94
Zusammenleben	104
Kultur	112
Kulinarisches	132
Wirtschaft	138
Kinder und Jugendliche	148
Kirche und Religion	158
Epilog	166
Anhang Impressum	174

Im Juni 2021 wurde in Berlin das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung von Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet. Damit ist ein zentraler Lern- und Erinnerungsort entstanden, der sich dem Thema Vertreibung weltweit widmet – auch der Flucht von über 12 Millionen Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verloren haben. Schon seit den 1950er Jahren sind in der gesamten Bundesrepublik Heimatstuben als Erinnerungsorte der Heimatvertriebenen eingerichtet worden. Eine bundesweite Erhebung aus dem Jahr 2012 durch das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), an der u. a. der Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e. V. (MVNB) beteiligt war, ergab eine Zahl von mehr als 500 solcher Einrichtungen. In Niedersachsen befanden sich damals rund 90 Sammlungen und Stuben, von denen heute nur noch 70 bestehen. Ihre Situation stellt sich aufgrund der schwindenden Mitgliederzahlen der Trägervereine, der damit verbundenen schlechten finanziellen Lage sowie häufig nicht geklärten Eigentums- und Nachlassfragen als äußerst kritisch dar. Obwohl seit 2012 – wie eine vom MVNB 2019 durchgeführte Bestandsaufnahme ergeben hat – eine Reihe von Sammlungen in regionale Museen integriert werden konnten, drohen viele Sammlungen in absehbarer Zeit zu verfallen. Mit dem Projekt „Herkunft.Heimat.Heute.“ will der MVNB einerseits dazu beitragen, die Heimatstuben und ihre Träger individuell dabei zu unterstützen, das Thema Flucht und Vertreibung im kulturellen Gedächtnis wachzuhalten, und andererseits die deutsch-polnische Völkerverständigung und damit den europäischen Gedanken insgesamt zu fördern. Neben der fachgerechten Aufarbeitung und Erschließung der Sammlungen und dem Anstoß eines transnationalen Kulturdialogs zwischen Polen und Deutschland sollen langfristige Perspektiven zum Erhalt dieser Sammlungen aufgezeigt werden. Dabei ist es unabdingbar, die zahlreichen Zeugnisse, die die Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen dokumentieren, in den Kontext des Terrors zu stellen, den Deutsch-

land im Nationalsozialismus mit der Shoah und dem Zweiten Weltkrieg über Europa und die Welt gebracht hat.

Der hier vorgelegte Katalog und seine begleitende Ausstellung verdeutlichen, dass die Heimatsammlungen der Vertriebenen und Flüchtlinge historisch, volkskundlich und künstlerisch wertvolles Kulturgut bergen, das einen bedeutsamen Teil der Erinnerungskultur sowohl der Herkunftsregionen als auch der Aufnahmeländer darstellt. Die vorgestellten Objekte und ihre Geschichten dokumentieren damit nicht nur die Leiderfahrung von Flucht und Vertreibung, sondern darüber hinaus die Rolle, die die Heimatvertriebenen bei der Gründung und Entwicklung des Landes Niedersachsen gespielt haben, die hiermit nun im Rahmen des 75-jährigen Landesjubiläums gewürdigt werden soll. Die einleitenden Aufsätze binden die Objekte in ihren historischen Hintergrund ein und zeigen das narrative Potential dieser Sammlungen auf, die es als Lern- und Erinnerungsorte weiter zu erschließen gilt.

Wir danken der Niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann (MdL), und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters (MdB), für die großzügige Förderung des Projekts und dem BKGE für die engagierte inhaltliche Begleitung. Allen Heimatstuben danken wir für die engagierte Zusammenarbeit.

Hannover, im Juli 2021

Prof. Dr. Rolf Wiese
Vorsitzender MVNB

Dr. Thomas Overdick
Geschäftsführer MVNB

Das Land Niedersachsen wird 75 Jahre alt. Von der ersten Stunde an waren die deutschen Heimatvertriebenen dabei. Sie haben sich in schwerer Not zurechtgefunden, beim Wiederaufbau mit angepackt und zu Niedersachsens Entwicklung und Wohlstand Wesentliches beigetragen. Flucht und Vertreibung stecken in Niedersachsens Gründungs-DNA. Jeder vierte Niedersachse hat familiäre Wurzeln in den ehemals deutschen Reichs- und Siedlungsgebieten im Osten. Da liegt es nahe, Niedersachsens Heimatvertriebenen zum Landesjubiläum einen Katalog und eine begleitende Ausstellung zu widmen.

Der Museumsverband für Niedersachsen und Bremen hat diese Aufgabe exzellent umgesetzt. Im Rahmen des laufenden mehrjährigen Projekts „Herkunft. Heimat. Heute. Nachhaltige Sicherung der niedersächsischen Heimatsammlungen aus den historisch ostdeutschen Gebieten“ ist eine bemerkenswerte Forschungsarbeit geleistet worden, deren Ergebnisse nun in dem vorliegenden Katalog und einer Ausstellung präsentiert werden. Die Ausstellung trägt den Titel „Vom Ihr zum Wir. Flüchtlinge und Vertriebene im Niedersachsen der Nachkriegszeit“. Sie ist ab dem 26. Oktober 2021 für drei Wochen im Niedersächsischen Landtag zu sehen und soll danach an weiteren Orten gezeigt werden.

Katalog und Ausstellung dokumentieren, in welchem Ausmaß Niedersachsens Geschichte mit dem Schicksal der Heimatvertriebenen verknüpft ist. Dies geschieht anhand von ausgewählten Exponaten aus Heimatstuben. Das sind Sammlungen, die von den Heimatvertriebenen im Laufe der Jahrzehnte mit Leidenschaft zusammengetragen worden sind. Die Exponate erzählen von der Heimat im Osten, von Verlust und überdauernder Liebe, von Fleiß und Erfolg am neuen Wohnort, von hingebungsvoller Erinnerungspflege und der Überwindung von Grenzen.

Rund 70 solcher Sammlungen gibt es noch in Niedersachsen. Die meisten befinden sich in kommunalen Räumlichkeiten – ein Resultat der Partnerschaften, die zahlreiche Kommunen nach dem Krieg für die Heimatvertriebenen übernommen haben.

Wir wissen um den Wert dieser Heimatstuben, deshalb setzen wir uns für den Fortbestand der Sammlungen in Niedersachsen ein. Die Sammlungen sind sichtbare Erinnerungen von Schlesiern, Ostpreußen, Pommern und anderen Heimatvertriebenen in Niedersachsen – und nach einem Dreivierteljahrhundert längst zu einem Teil der niedersächsischen Geschichte geworden.

Eine Würdigung der von den deutschen Heimatvertriebenen erbrachten Anpassungs- und Aufbauleistung schließt mit ein, dass auch die Schattenseiten beleuchtet werden. Für viele Betroffene ist das Aushalten des Heimatverlustes ein langer und schmerzlicher Prozess, der bis ins hohe Alter, vielleicht ein Leben lang, nachwirkt. Die Auswirkungen von erlittener Flucht und Vertreibung auf die eigenen Kinder und Enkel sind erst im Ansatz erforscht. Nicht zuletzt deshalb gilt es sicherzustellen, dass das Thema künftig auch ohne die Erlebnisgeneration ein gesamtgesellschaftliches Anliegen bleibt.

Wir danken dem Museumsverband für die Verwirklichung dieses Katalogs samt begleitender Ausstellung. Wieviel Zeit und Mühen es gekostet haben mag, aus den zumeist ehrenamtlich betreuten Sammlungen die passenden Exponate zusammenzuführen, lässt sich nur erahnen. Danken möchten wir auch der Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta, dass die Präsentation der Ausstellung im Foyer des Landtags stattfinden kann. Außerdem danken wir allen Betreuerinnen und Betreuern der Heimatsammlungen, ohne ihren Einsatz ließen sich 75 Jahre Niedersachsen nicht vollständig erzählen.

Björn Thümler

Niedersächsischer Minister
für Wissenschaft und Kultur

Editha Westmann

Niedersächsische Landesbeauftragte
für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen
und Spätaussiedler

Eigentlich sind Niedersachsen und Schlesien zwei unterschiedliche Regionen: historisch, topographisch und kulturell. Ihre Hauptstädte Hannover und Breslau liegen knapp sechshundert Kilometer voneinander entfernt. Und dennoch bestehen überraschend zahlreiche, weit in die Vergangenheit zurückreichende Beziehungen. Beispielhaft sind sie an den mit beiden Ländern eng verbundenen Persönlichkeiten, wie dem Dichter Hoffmann von Fallersleben, dem Breslauer Erzbischof Adolf Kardinal Bertram, der Philosophin und Ordensfrau Edith Stein oder dem Geistlichen Heinrich Albertz, ab 1948 niedersächsischer Minister für Vertriebene, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten, erkennbar.

Am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg sind 1,85 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, über ein Drittel davon Schlesier, nach Niedersachsen gekommen. Sie haben dieses Land mitgeprägt; ohne sie hätte Niedersachsen heute ein anderes kulturelles, konfessionelles und wirtschaftliches Gesicht.

Die Geschichte, Kunst- und Literaturgeschichte sowie die Volkskunde der Deutschen in und aus dem östlichen Europa sind Hauptarbeitsgebiete des Oldenburger Bundesinstituts (BKGE), einschließlich der Fragen von Flucht, Vertreibung und Integration. Dabei bilden die Heimatsammlungen der Vertriebenen und Flüchtlinge schon seit eineinhalb Jahrzehnten einen Schwerpunkt: Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Museen, kultureller Bildungsarbeit und mit den Betroffenen werden Wege erschlossen, um das hier vorhandene Kulturgut zu bewahren und gegenüber den jüngeren Generationen aufs Neue zum Sprechen zu bringen. Um diesen Wissenstransfer auf eine solide Basis zu stellen, wird derzeit die vom BKGE erstellte Online-„Dokumentation der Heimatsammlungen in Deutschland“ (<https://www.bkge.de/Heimatsammlungen/>) aktualisiert und erweitert.

Beinahe ebenso lange reicht die auf diesem Gebiet etablierte Zusammenarbeit zwischen dem BKGE und dem Land Niedersachsen und hier besonders

mit dem Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e. V. zurück. Sie kann auf zahlreiche Ergebnisse zurückblicken. Deshalb hat das BKGE die freundliche Einladung des Museumsverbandes zur Mitwirkung in dem aktuellen Vorhaben „Heimat. Herkunft. Heute. – Nachhaltige Sicherung der niedersächsischen Heimatsammlungen aus den historisch ostdeutschen Gebieten“ gerne angenommen und sich daran mit Rat und Tat beteiligt.

Dieses Engagement wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Berlin, ausdrücklich begrüßt. Und nicht nur das: Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters MdB unterstützt das Projekt durch eine Kofinanzierung.

Die in diesem Katalog dokumentierte Objektauswahl der Ausstellung „Vom Ihr zum Wir. Flüchtlinge und Vertriebene im Niedersachsen der Nachkriegszeit“ verdeutlicht nicht nur die eingangs angesprochene geschichtliche Dimension. Sie zeigt vor allem, dass die Erforschung und Popularisierung von Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und besonders von Flucht, Vertreibung und Integration im gegenwärtigen Europa keine Nischenthemen darstellen. Im Gegenteil: Sie vermittelt überzeugend, dass Deutschland und Europa von den Erfahrungen der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Gegenwart und in der Zukunft profitieren können. In diesem Sinn möge von diesem Katalog und der begleitenden Ausstellung ein zukunftsweisendes Signal ausgehen. Ich wünsche beiden eine interessierte Leser- und Besucherschaft.

Prof. Dr. Matthias Weber

Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg

Heimatstuben: Ihr Sitz im Leben.

Ein erinnerungskultureller Essay

Barbara Magen

Die Thematik, die dem Projekt „Herkunft.Heimat. Heute. Nachhaltige Sicherung der niedersächsischen Heimatsammlungen aus den historisch ostdeutschen Gebieten“ des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen zugrunde liegt, kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden und enthält viele Facetten. Einigen davon gehen die Beiträge in dem vorliegenden Katalog nach. Dazu zählt die historische Einordnung ebenso wie die Veränderung der konfessionellen Landkarte, die durch den Zuzug von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen entstanden ist, oder der Zuwachs an kulturellen Angeboten.

Wichtige Aspekte sind die Funktion der Heimatstuben und die Aufgabe von Museen. Beides lässt sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten unter dem Begriff „Erinnerung“ subsumieren. Darum herum gruppieren sich Themen, ohne deren Behandlung sich die Heimatstuben dem Verständnis entziehen, weshalb hier eine kurze Zusammenschau versucht werden soll.

Heimat und Herkunft

„Heimat“ ist – auf theoretischer Ebene – ein Konstrukt, das in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus gerückt ist. Literarisch wird es ebenso verarbeitet wie wissenschaftlich analysiert und politisch verwendet. 2019 trat der Deutsche Kulturrat an Personen des öffentlichen Lebens mit der Bitte heran, den Satzanfang „Heimat ist für mich...“ zu beenden.¹ In den Antworten finden sich Begriffe wie „Herkunft“, „Kindheit“, „Geborgenheit“, „Identität“, „Dazugehörigkeit“, „Vertrautheit“ und vieles mehr. Keiner dieser Begriffe bzw. das, was sie bezeichnen, ist per se negativ. Je nach Kontext und Auslegung tritt in jedem Fall eine Ambivalenz zutage: So ist beispielsweise in den meisten Fällen Kindheit mit einem positiven Gefühl der Sorgenfreiheit verbunden, gleichzeitig aber auch mit Abhängigkeit, die mit Unselbständigkeit und Fremdbestimmung einhergeht. Ähnlich verhält es sich mit Identität: Den Einzelnen stärkt sie, aber

sobald sie sich als Gruppenidentität konsolidiert, birgt sie auch Gefahren: Grenzen, Abgrenzung, im schlimmsten Fall den Ausschluss anderer. Selbst der scheinbar neutrale Begriff der Herkunft birgt Schwierigkeiten in sich. So schildert beispielsweise der Autor Saša Stanišić in einem Interview, das zu seinem Roman „Herkunft“ aufgezeichnet wurde:

„Das Thema Herkunft spielt tatsächlich eine Rolle in allen bisherigen Arbeiten von mir. Das hat einmal den relativ einfachen, privaten Grund, dass ich mit der Frage nach Zugehörigkeit und Herkunft, Herkunft, Heimat immer wieder konfrontiert werde. [...] Ich bin in Jugoslawien geboren, einem Land, das es nicht mehr gibt, komme aus einer ethnisch gemischten Familie. [...] Wir sind als Geflüchtete nach Deutschland gekommen und dort wurde uns wiederum die Frage nach der Herkunft gestellt, aber aus einer [...] fremdbestimmenden Perspektive. Man war eigentlich in erster Linie Geflüchteter, dann war man Jugoslawe. Plötzlich gab es Jugoslawien nicht mehr. Es sind lauter Verschiebungen und Neudefinierungen dessen, was ich bin und wo ich herkomme.“²

Durch die historisch bedingte Verschiebung von Grenzen, Bildung von Allianzen oder auch deren Auflösung kann der einzelne also auch sein Herkunftsland verlieren. Und was bei Heimat funktionieren kann – nämlich zumindest die Suche nach einer neuen –, ist beim Verlust der Herkunft unmöglich.

Gerade in Zeiten der Globalisierung nimmt eine Rückbesinnung auf das Eigene jedoch eine immer wichtigere Rolle ein. Im Positiven ist das der Versuch, sich in einer unübersichtlich gewordenen Welt Orientierung zu schaffen. Oder auch über die Vermarktung von „Lokalem“ und „Regionalem“ ein Gegengewicht zu finden zu etwas, was wie der Klimawandel die ganze Welt bedroht. Es kann aber auch dazu genutzt werden, Feindbilder zu schaffen, Ängste zu schüren und Grenzen zu ziehen.

Heimat im historischen Osten

Im Zuge der politischen Ereignisse, die dazu geführt haben, dass ca. 12 Millionen Menschen aus den Gebieten östlich der Oder und der Lausitzer Neiße in den Westen flohen oder vertrieben wurden, wurde das Gute, das intuitiv und meist reflexionslos mit Heimat verbunden wird, zurückgelassen: das Vertraute, das Gewohnte, das, was zur positiven Identität und über Herkunft definierten Verwurzelung gehörte – und natürlich das Hab und Gut. Die Voraussetzungen, die vor Kriegsende zu Flucht und Vertreibung führten, mit den genannten Konsequenzen fanden somit in einer Zeit statt, in der es politisch verursacht war, eben nicht nur die aus heutiger Sicht positiv assoziierten Seiten des Heimatlichen, sondern auch die negativen Aspekte zu leben und zu bestärken. Gerade das Ausgrenzungsgeschehen, das unter der NS-Gewaltherrschaft große Gruppen von Menschen als nicht zugehörig und somit als verzichtbar definierte, zeigt dies deutlich. Auch die Selbstverständlichkeit, mit der das eigene kulturelle Verständnis über das kulturelle Verständnis anderer gehoben und dieses somit hierarchisch untergeordnet, sogar als wertlos deklariert wurde, demonstriert die negative Seite der Identität.

Man verließ also das Vertraute und kam in Zusammenhänge, in denen man nun selbst nicht so recht hineinpasste, in denen man selbst gar als nicht dazugehörig wahrgenommen wurde. Der Umgang damit konnte sehr unterschiedlich ausfallen. Der eine assimilierte sich so gut es ging mit der Absicht, sich auf die Probleme der Gegenwart zu konzentrieren und sich eine neue Existenz zu den vor Ort herrschenden Bedingungen aufzubauen. Andere hielten an der Überzeugung einer möglichen Rückkehr fest und an dem, was auf der Flucht mitgeführt wurde. Diese Gegenstände konnten auch im Westen ganz praktische Aufgaben übernehmen – wie z. B. ein Schmalzkrug (Kat.-Nr. 44) oder ein Kinderspielzeug (Kat.-Nr. 60). Sie waren aber auch immer Brücke zu dem, was verlassen werden musste. Viele dieser Dinge wurden im Laufe der Zeit an Heimatstuben abgegeben, in denen die Erinnerung konserviert wurde.

Der erste, in die Zukunft weisende Ansatz, der mal von Pragmatismus, mal von Verdrängung geprägt war, gab Rituale und Traditionen auf – also all das, was eigentlich zum Gedächtnis einer Kultur gehört – oder setzte im „konstruktiven Vergessen“ (Aleida Assmann) ganz bewusst die Erinnerung aus, um die Gegenwart und vielleicht sogar die Zukunft gestalten zu können. Beide Vorgehensweisen entsprechen im Kern nicht dem, was wir heute unter erinnerungskulturellen Aspekten für richtig und sinnvoll deklarieren. Der zweite, an Vergangenen hängende Ansatz, der die Erinnerung an Verlorenes

aufrechterhalten hat und somit eigentlich dem entspricht, was heute als kulturelles Gedächtnis gedacht und gefördert wird, lenkt nun den Fokus auf die Heimatstuben selbst.

Die ersten Heimatstuben

Die Aufgabe der Heimatstuben war, als die ersten in den 1950er Jahren gegründet wurden, zunächst eine zweifache: Als Orte, die auf Basis von Patenschaften und Heimatortvereinen auf kommunaler Ebene kosten- oder zumindest mietfrei zur Verfügung gestellt wurden, sollten sie als Integrationsort dienen und den Einheimischen die Kultur des ehemals deutschen Ostens aufzeigen. Vereine, die sich aktuell mit der Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte an der innerdeutschen Grenze auseinandersetzen, legen ein Muster offen, das eventuell auch für die Heimatstuben und die zugehörigen Heimatortvereine angelegt werden kann: Das Interesse für die Darstellung und das Verständnis von etwas, das neu hinzukommt, scheint immer bei denen größer, die es erklären wollen – nicht bei denen, denen es zu erklären wäre. So konzentrierten sich die Heimatstuben dann sehr schnell und ausschließlich auf ihre zweite Aufgabe: ein Ort zu sein, an dem sich Menschen – aber eben nur im eigenen Kreis – erinnern können. Geteilt wird also das Gemeinsame, das Verbindende: der heimische Dialekt, Erinnerungen an den Herkunftsort, Austausch über den Verlust und das Schicksal, das Flucht und Vertreibung mit sich brachte.

Vertreibung und Verlust

Vor dem Hintergrund der historischen Ereignisse manifestierten sich im westlichen Nachkriegsdeutschland zwei Positionen, die ungefähr den oben geschilderten Ansätzen des persönlichen Umgangs entsprechen: die stille Akzeptanz einerseits und die Wahrnehmung von Verlust und Vertreibung als Verbrechen andererseits.

Mit der „Neuen Ostpolitik“ von Willy Brandt verschärfte sich die Divergenz. Je deutlicher die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes im Zuge einer Aufarbeitung und im Generationenkonflikt der 68er wurden, desto tiefer wurde der Graben zwischen denen, die bereit waren, Schuld und Verantwortung zu übernehmen, und denen, die auf den deutschen Gebietsansprüchen im Osten beharrten.

Damit im Zusammenhang steht das, was die heutigen Gesellschaftswissenschaften als „Narrative“ bezeichnen. Dahinter verbirgt sich eigentlich nichts anderes, als dass ein und dieselbe Situation oder ein und dasselbe Ereignis von verschiedenen Menschen oder Gruppen unterschiedlich wahrgenommen, bewertet und erzählt wird. Die

daraus entstehenden Berichte, auf denen die Geschichtsschreibung zumindest zu einem nicht unerheblichen Teil fußt, fallen von Fall zu Fall also höchst unterschiedlich aus. Für die Arbeit der historischen Wissenschaft bedeutet dies in der Folge einen Balanceakt. Denn nicht immer finden sich alle Erfahrungen, die individuell in der einen oder anderen Weise wahrgenommen wurden, in einer kanonischen Lehrmeinung wieder, die sich aus dem Mittelwert aller Erlebnisse und Wahrnehmungen bildet.

Mit der berühmten Rede Richard von Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 läutete der damalige Bundespräsident nicht nur einen Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur ein. Er thematisierte auch eindeutig diesen Perspektivwechsel:

„Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewußt erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, daß Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche vor dem geschenkten neuen Anfang.“³

Natürlich kann man das, was um einen herum geschieht, erst einmal immer nur an den eigenen Erfahrungen messen, der eigenen Sicht auf die Welt, dem eigenen Verhältnis zu anderen Menschen. Und das Eingestehen von Schuld ist gerade dann, wenn man um das Notwendige des Alltags kämpft – Nahrung, ein Dach über dem Kopf, Heizmaterial –, eine besondere Last. Dies gilt für die Menschen aus den Ostgebieten ebenso wie für diejenigen, die 1945 in den Grenzen der späteren Bundesrepublik bzw. DDR lebten. Im Falle der Flüchtlinge und Vertriebenen kommen neben dem Heimatverlust die – wie wir heute wissen – traumatischen Fluchterfahrungen hinzu.

Die Rede Weizsäckers zeigt, dass oft erst einige Zeit verstreichen muss, bis ein Wechsel der Perspektive möglich wird. Aber auch schon vor dieser Ansprache wurden entscheidende Weichen gestellt, nicht nur in Bezug auf die Notwendigkeit „die Vergangenheit an[z]u nehmen“ (Weizsäcker), sondern auch hinsichtlich des Zusammenschlusses ehemaliger Feinde zu einer Wirtschafts-, Normen- und Werteunion.

„Duldet muthig, Millionen! / Duldet für die bess're Welt!“⁴ – dieser Satz aus der Ode an die Freude, deren Vertonung durch Beethoven immerhin zur Europahymne gemacht wurde, ist neben dem wahrscheinlich berühmtesten Satz „Alle Menschen werden Brüder“ weit geringer ins kulturelle Gedächtnis eingegangen. Er erinnert uns daran, dass die Vorstellung, alle Menschen könnten sich brüderlich vereinen und in Frieden leben, nicht umsonst zu haben ist.

Heimatstuben im 21. Jahrhundert

Wer sich heute mit Heimatstuben und Kulturgut aus dem historischen Osten beschäftigt, ist also einer Kontroverse ausgesetzt, die umfangreich in verschiedene Richtungen strahlt. Die Notwendigkeit, Aufmerksamkeit auf etwas zu richten, das auch immer wieder die Gefahr birgt, von ideologischer Seite unterschiedlicher Couleur vereinnahmt zu werden, wird von Fall zu Fall in Frage gestellt. Denn auch hier können erinnerungskulturell unterschiedliche Parameter angesetzt werden. So muss klar definiert werden, welcher Ansatz verfolgt wird. Der Terminus „Sitz im Leben“ geht auf den Alttestamentler Hermann Gunkel zurück: Texte seien vor ihrer Verschriftlichung an eine spezifische Situation gebunden, aus der heraus sie verständlich würden. Auch wenn der „Sitz im Leben“ zunächst theologisch (in Anlehnung an Gunkel auch von der neutestamentlichen Theologie), später dann soziologisch auf die Funktion von Texten abzielt, mag der Begriff zumindest als Metapher ebenfalls für andere, nicht textliche Bereiche gelten: als Zuweisung einer Sache, eines Zusammenhangs an ihren ursprünglichen Ort, um darauf aufbauend ihren eigentlichen Charakter zu verstehen, ihre Daseinsberechtigung zu klären.

Die Heimatstuben, die vor 60, 70 Jahren eingerichtet wurden, dienten der rückwärtsgewandten Erinnerung, richteten sie ihren Blick doch auf das, was verloren war. Durch die Musealisierung der Bestände in übergreifende Zusammenhänge verschiebt sich jedoch der erinnerungskulturelle Fokus, der nun viel stärker in die Zukunft reicht.

Die Erlebnisgeneration hat inzwischen ein hohes Alter erreicht, so dass dem ehrenamtlichen Engagement, das Basis für die Betreuung der Heimatstuben ist, natürliche Grenzen gesetzt sind. Dazu gehört auch, dass den meisten Vereinen, die in der Regel Träger der autark organisierten Heimatstuben sind, der Nachwuchs fehlt. Vielfach ist außerdem mindestens die Enkelgeneration der Vertriebenen so sehr im westlichen Deutschland integriert, dass es gar nicht mehr als unbedingte Notwendigkeit erscheint, an jene Vergangenheit zu erinnern.

Nun mag die Frage erlaubt sein, warum eigentlich ein einzelner silberner Löffel, das Geweih eines Zwanzigers, Postkarten oder ein vergilbtes Leinenhandtuch in diesem Zusammenhang von irgendeiner Relevanz sein könnten. Diese Gegenstände dienen gewissermaßen als Brücken, die unserem Erinnerungsvermögen helfen, an bestimmte Ereignisse zu denken. Warum dies unbedingt notwendig ist, mag folgender Reim mit dem Titel „In memoriam memoriae“ von Erich Kästner erklären, mit dem er 1950 etwas kurz und knapp zusammengefasst hat, womit sich fast 70 Jahre später Geistes- und Kulturwissenschaften auseinandersetzen:

*„Die Erinnerung ist eine mysteriöse
Macht und bildet die Menschen um.
Wer das, was schön war, vergißt, wird böse.
Wer das, was schlimm war, vergißt, wird dumm.“⁵*

Ein Blick auf die Gegenwart zeigt deutlich: Bösartigkeit und Dummheit können wir, dürfen wir uns nicht leisten. Wir brauchen Erinnerung an das, was geschehen ist, sowohl an das Gute und Schöne, aber eben auch an das Furchtbare, an Elend und Leid. Denn nur so können wir – vor allem in Zeiten, in denen es fast keine Zeitzeugen mehr gibt – aus dem Gestern für Morgen lernen und vermeiden, dass sich das Furchtbare, das Elend, das Leid wiederholt. Und hier zeichnet sich der „Sitz im Leben“ dieses Projektes ab: die Notwendigkeit, diese Objekte und mit ihnen die Erinnerung der Flüchtlinge und Vertriebenen ins kollektive Gedächtnis zu überführen.

Projekt und Ausstellung

Einen Baustein des Projektes, dessen „Sitz im Leben“ eben skizziert wurde, stellt die Ausstellung dar, die der vorliegende Katalog vertieft und die für das 75. Jubiläum des Landes Niedersachsen, das 1946 aus den Ländern Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe zusammengefügt wurde, erarbeitet wurde. Im Mittelpunkt steht der Beitrag, den Flüchtlinge und Vertriebene am Aufbau des Landes leisteten.

Dieser bestand aber nicht aus sich allein heraus – er musste auch auf fruchtbaren Boden fallen. In diesem Zusammenhang ist eines von unabdingbarer Wichtigkeit: die Integration. Aber diese kann nur in beide Richtungen funktionieren: Angebote müssen sowohl von den zu integrierenden Menschen als auch von denen kommen, die integrieren sollen. Ein Ungleichgewicht lässt sich hier von vornherein nicht ausschließen. So zeigen einige Beispiele, dass von westdeutscher Seite aus Angebote gemacht wurden, die im positiven Sinne als Hilfestellung zu verstehen sind (etwa Kat.-Nr. 63) oder ganz bewusst ostdeutsche Traditionen übernahmen (Kat.-Nr. 55).

Inwieweit die Integration als gelungen bezeichnet werden kann, darüber herrscht über die Jahrzehnte keine Einigkeit. Insbesondere die früheren Darstellungen gehen von einem schnellen Erfolg aus, was im Laufe der Zeit immer weiter modifiziert wurde, bis 2008 die „Kalte Heimat“ (Andreas Kossert) übrigblieb. Eine Einordnung bedarf der Kenntnisnahme der individuellen biographischen Erfahrungen der Betroffenen.

Die Entwicklung im 21. Jahrhundert dürfte aber zeigen, dass insbesondere die wirtschaftliche Integration, an der die eigene Existenz maßgeblich hängt, einen sehr hohen Stellenwert hat, auch wenn sie sich darauf selbstverständlich nicht reduzieren lässt. Eventuell schwingt diese Bedeutung auch im dritten Satz der Charta mit, in dem sich die Vertriebenen zu ihrem bundesweiten Willen bekannten:

„Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.“⁶

Tatsächlich stellte sich insbesondere der Arbeitsalltag für viele, die aus dem Osten gekommen waren, als härter heraus: Noch bis in die 1970er Jahre hinein war die Arbeitslosenquote sowie der Anteil derer, die trotz Ausbildung in unqualifizierten Jobs arbeiten mussten, bei den Ostdeutschen weit aus höher. Auch die Kinder wurden mit dem Verweis, sie müssten besser sein als ihre westdeutschen Mitschülerinnen und Mitschüler, um Ergebnisse im Leben zu erzielen, zu Höchstleistungen angespornt. Aber viele Firmen, die in Niedersachsen (neu)gegründet wurden, zeigen auch die Erfolge, die teilweise bis heute andauern (Kat.-Nrn. 47-55).

Die erbrachten Leistungen beschränken sich jedoch nicht nur auf den wirtschaftlichen Aspekt. Gerade Religion und Kultur spielen eine große Rolle. So betitelte Bernhard Parisius seinen jüngsten Beitrag mit dem Zitat „Wir haben die Ökumene praktisch erfunden“⁷ – was auf die Situation nach Kriegsende verweist, als viele Regionen und Orte in Deutschland noch an ausschließlich eine Konfession gebunden waren und sich dies z. B. durch die Niederlassung katholischer Schlesierinnen und Schlesier im protestantischen Norden peu à peu auflöste.

Und als Marion Gräfin Dönhoff – nach einem kurzen Aufenthalt in Westfalen – ins niedersächsische Alfeld gelangte, verfasste sie auf dem Gut Albrechts Graf von Görtz ihr Memorandum für die Briten, in dem sie schilderte, wie der Nationalsozialismus in Deutschland wachsen konnte, warum die Bevölkerung die Politik und die mit ihr verbundenen Personen in solchem Maße bewunderten und welche Maßnahmen nun zu ergreifen seien. Bei den Briten

blieb ihre Schrift unbeachtet, dafür aber machte sie damit die Gründer der ZEIT, deren Mitherausgeberin sie später wurde, auf sich aufmerksam.

Die Objekte in Heimatstuben und mit ihnen die große Geschichte und die kleinen Geschichten, die hinter ihnen stehen, haben in einem Land, das inzwischen mit mehreren Jahrzehnten auf die eigene

Vergangenheit zurückblickt und somit vielfältige Perspektiven zulässt, einen neuen Zweck erhalten. Durch ihre Verortung im kollektiven Gedächtnis, wie es Ziel des Projektes des Museumsverbandes ist, ermöglichen sie in ihrer Zusammenschau auch, einen Blick auf Einzelfragen zu lenken. Eine solche ist der Beitrag der Flüchtlinge und Vertriebenen am Aufbau des Landes Niedersachsen.

¹ <https://www.kulturrat.de/themen/heimat/heimat-identitaet/heimat-ist-fuer-mich%E2%80%89/> (zuletzt abgerufen am 19.03.2021).

² Verschriftlichung eines Interviews, das unter <https://www.youtube.com/watch?v=dwocYKZhDqY> abzurufen ist (zuletzt abgerufen am 19.03.2021).

³ https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html (zuletzt abgerufen am 20.03.2021).

⁴ <https://gutenberg.spiegel.de/buch/gedichte-9097/27> (zuletzt abgerufen am 11.06.2019).

⁵ Erich Kästner, *Gesammelte Schriften für Erwachsene*, Bd. 1: *Gedichte*, München / Zürich 1969, S. 323.

⁶ Zitat aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 nach <https://www.bund-der-vertriebenen.de/charta> (zuletzt abgerufen am 26.05.2021). Zur kritischen Analyse der Charta siehe als Zusammenfassung: Jörg Hackmann, *Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950*, in: Themenportal Europäische Geschichte (2010), URL: <http://www.europa.clioonline.de/2010/Article=463> (zuletzt abgerufen am 11.06.2021).

⁷ Bernhard Parisius, „Wir haben die Ökumene praktisch erfunden“. *Erinnerungen von Vertriebenen an das kirchliche Zusammenleben in Ostfriesland nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Jan F. Kegler (Hrsg.), *Ostfriesland / Niedersachsenweit. Festschrift für Rolf Bärenfänger (Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands 87)*, Aurich 2020, S. 337-343.

Flucht und Vertreibung: Niedersachsen als Ankunftsland

Jochen Oltmer

Deutschland als Treiber der Gewaltmigration im Europa des Zweiten Weltkriegs

Flucht, Vertreibung und Deportation prägten den Zweiten Weltkrieg. In Europa kann die Zahl der Menschen, die 1939-1945 durch Gewalt zu einer Bewegung genötigt wurden, auf 50 bis 60 Millionen geschätzt werden. Das entsprach mehr als 10 % der Gesamtbevölkerung des Kontinents.¹ Das nationalsozialistische Deutschland war nur deshalb in der Lage gewesen, den Krieg beinahe sechs Jahre lang zu führen, weil es die Strategie eines Beutekriegs verfolgte. Die mit dem „Dritten Reich“ verbündeten Staaten sowie die seit 1938 erworbenen oder eroberten Gebiete sollten mit ihren Produktionskapazitäten, Rohstoffen und mit ihrer Bevölkerung der deutschen Rüstungs- bzw. Kriegswirtschaft dienen.

Im Lauf des Kriegs stieg die Bedeutung der geraubten Güter und Menschen für die deutsche Kriegswirtschaft immens an: Im Oktober 1944 wurden fast acht Millionen Zwangsarbeitskräfte aus anderen Staaten in Deutschland gezählt, davon knapp sechs Millionen Zivilpersonen und rund zwei Millionen Kriegsgefangene. Sie stammten aus 26 Ländern. Die UdSSR dominierte als Herkunftsland mit einem Anteil von einem Drittel (2,8 Millionen), 1,7 Millionen kamen aus Polen und 1,2 Millionen aus Frankreich, jeweils mehrere Hunderttausend aus Italien, den Niederlanden, Belgien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Insgesamt stellten die Zwangsarbeitskräfte im September 1944 etwa ein Drittel der Beschäftigten. Sie fanden sich in allen Wirtschaftszweigen über das ganze Reich verteilt, in der Stadt wie auf dem Land, in Handwerksbetrieben wie in Großkonzernen, auf kleinen Bauernhöfen wie in großen Gutsbetrieben.

Deutschland wurde mit einem System von über 20.000 Lagern für Zwangsarbeitskräfte überzogen. Entsprechend der rassistischen NS-Weltanschauung behandelten die Behörden sie je nach Nationalität ganz unterschiedlich. Jene aus verbündeten Ländern

sowie aus den besetzten Gebieten im Westen waren in den Arbeits- und Lebensverhältnissen bessergestellt als jene aus dem Osten. Jene aus den besetzten Gebieten der UdSSR waren – neben den Häftlingen in der KZ-Rüstungsproduktion im Reichsgebiet – den schlechtesten Bedingungen unterworfen. Als ein im großen Maßstab auf Menschen aus anderen Ländern basierendes Zwangsarbeitssystem blieb der nationalsozialistische „Ausländer-Einsatz“ ohne Parallele.²

In den besetzten Gebieten Ost- und Ostmitteleuropas ging das Interesse der deutschen Eroberer über die wirtschaftliche Ausbeutung hinaus. Die Besatzungspolitik zielte auf die Etablierung einer streng nach rassistischen Kriterien ausgerichteten Ordnung, deren wesentliche Elemente Umsiedlungen sowie Vertreibungen und Deportationen ganzer Bevölkerungen zugunsten eines vorgeblichen deutschen „Volkes ohne Raum“ waren. Das betraf etwa neun Millionen Menschen. 1939-1944 wurde eine Million Menschen, die von den NS-Behörden als „Volksdeutsche“ kategorisiert worden waren, aus ihren Siedlungsgebieten in Süd-, Südost-, Ostmittel- und Osteuropa „Heim ins Reich“ geholt bzw. genötigt. Sie sollten vor allem in polnischen und tschechoslowakischen Gebieten, die von Deutschland annektiert worden waren, angesiedelt werden.³ Voraussetzung war die Deportation der ansässigen polnischen, tschechischen und jüdischen Bevölkerung, die 1939/40 in großem Maßstab eingeleitet wurde und in Massengewalt und Massenmord endete.⁴

Kriegsfolgewanderungen: Displaced Persons und Evakuierte

Ohne eine Berücksichtigung der durch die NS-Politik im Krieg hervorgerufenen Fluchtbewegungen, Vertreibungen und Deportationen lassen sich die Migrationen der Nachkriegszeit nicht verstehen. So stellten etwa die Überlebenden der NS-Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager das Gros der rund 11 bis 13 Millionen Displaced

Persons (DPs) im Deutschland der Nachkriegsmo-
nate. Die Kategorie der DPs schufen die alliierten
Militärbehörden, um angesichts der Vielzahl von
Menschen in Bewegung in den letzten Kriegs- und
ersten Nachkriegswochen jene identifizieren zu
können, die als nach Deutschland Verschleppte
einen Anspruch auf Versorgung und baldigen
Rücktransport in ihre Herkunftsländer erhalten
sollten. Der größte Teil von ihnen kehrte bald nach
Kriegsende dorthin zurück. Über 700.000 wurde von
westalliierten Seite die Möglichkeit offeriert, nach
Übersee auszuwandern. Nur ein kleiner Teil der DPs
blieb in Deutschland. Als die Westalliierten 1950 die
Verantwortung für sie der Bundesregierung über-
gaben, dürften sich noch rund 150.000 von ihnen
im Bundesgebiet aufgehalten haben. Ihren Status
regelte das auf Druck der Westalliierten verabschie-
dete „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser
Ausländer“ vom 25. April 1951.⁵

Das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zu den
DPs war in der unmittelbaren Nachkriegszeit von
Abwehrhaltungen und Verachtung, aber auch Neid
geprägt: Einerseits wirkte dabei die rassistische
Rede des Nationalsozialismus von den „Unter-
menschen“ aus dem Osten weiter. Hinzu kamen
verallgemeinerte und Schrecken verbreitende
Nachrichten über gewalttätige Ausschreitungen
und Plünderungen befreiter Zwangsarbeitskräfte.
Andererseits galten DPs als in der Obhut der
Alliierten stehende Privilegierte, die der deutschen
Polizeihoheit entzogen waren und zudem die
Chance zur überseeischen Auswanderung hatten,
die Deutschen anfangs, von wenigen Ausnahmen
abgesehen, versagt blieb. Nur selten sah die
deutsche Nachkriegsgesellschaft in den DPs mehr
als ein Besatzungsproblem. Ihr Schicksal als Opfer
der NS-Herrschaft wurde weithin verdrängt und
verschwiegen.⁶

Neben den DPs gab es in den Besatzungszonen
zahllose weitere Menschen, die der Krieg und
seine Folgen in Bewegung gesetzt hatte. Dazu
gehörten Millionen von deutschen Soldaten, die
nach Monaten oder Jahren der Kriegsgefangen-
schaft zurückkehrten. Während des Krieges waren
außerdem rund zehn Millionen Menschen vor den
alliierten Flächenbombardements auf deutsche
Städte in ländliche Regionen geflohen oder evaku-
iert worden. Der „Gau“ Südhannover-Braunschweig
hatte dabei zu den wichtigsten Aufnahmegebieten
für Evakuierte aus den stark zerstörten industriellen
Zentren des Reiches gehört. Angaben vom Januar
1945 zufolge war hier jeder fünfte Haushalt wegen
der Aufnahme von Evakuierten doppelt belegt. Sie
konnten oft erst nach Jahren ihre meist notdürfti-
gen Quartiere verlassen und in ihre Herkunftsorte
zurückkehren; noch 1947 gab es in den vier Zonen

etwa vier Millionen Evakuierte.⁷ In der Bundes-
republik wurde die Gewährung von Rückkehr-
möglichkeiten in die Städte vor allem als Aufgabe
der Kommunen und Bundesländer sowie als ein
Problem der Wohnraumversorgung behandelt.
Eine hohe politische Priorität hatte sie nicht.

Flucht und Vertreibung

Als eine weitaus größere Herausforderung sowohl
bei den Alliierten als auch in deutschen politischen
Gremien und Dienststellen, die unter alliierter
Kontrolle nach Kriegsende wieder eingerichtet
wurden, galt in allen vier Besatzungszonen die An-
kunft und Versorgung jener Menschen, für die sich
in der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren der
Doppelbegriff der „Flüchtlinge und Vertriebenen“
durchsetzte.⁸ Angenommen wird, dass aus den
Provinzen des Reiches östlich von Oder und Neiße,
die mit Kriegsende in polnischen und sowjetischen
Besitz übergingen, sowie aus den außerhalb der
Vorkriegsgrenzen gelegenen Siedlungsgebieten
von Deutschen im östlichen Europa in den letzten
Kriegsmonaten sowie nach Kriegsende rund 14
Millionen Menschen Richtung Westen flohen oder
vertrieben wurden. Die Volkszählungen in der Bun-
desrepublik Deutschland und der DDR im Jahr 1950
ermittelten rund 12,5 Millionen dieser Flüchtlinge
und Vertriebenen; weitere 500.000 lebten in Öster-
reich und anderen Ländern.⁹

Flüchtlinge und Vertriebene waren keine einheit-
liche Gruppe. Die unterschiedliche politische,
wirtschaftliche, soziale und kulturelle Situation in
den Herkunftsgebieten führte ebenso zu einer
ausgesprochen heterogenen Zusammensetzung
wie die sehr verschiedenen generationellen und
geschlechtsspezifischen Erfahrungen von Flucht
und Vertreibung. Für die Chancen der gesellschaft-
lichen Teilhabe in den Ankunftsgebieten war nicht
nur die Frage belangvoll, welche Besatzungszone,
welche Region oder welchen Ort Flüchtlinge und
Vertriebene erreichten, sondern auch, zu welchem
Zeitpunkt sie geflohen oder vertrieben worden
waren und wie sie mit welchen Folgen in den Her-
kunfts- und Zielgebieten administrativ kategorisiert
wurden. Auch das legitimiert einen genaueren Blick
auf Niedersachsen als eines der – neben Schleswig-
Holstein und Bayern – „Hauptflüchtlingsländer“,
wie es zeitgenössisch hieß.¹⁰

Von den genannten 12,5 Millionen Flüchtlingen
und Vertriebenen kam mit rund sieben Millionen
der größte Teil aus dem ehemaligen Reichsgebiet
östlich von Oder und Neiße. Es folgten ca. drei
Millionen aus der Tschechoslowakei, hinzu kamen
1,4 Millionen aus dem Polen der Vorkriegsgrenzen,
300.000 aus der bis 1939 unter der Verwaltung des
Völkerbunds stehenden Freien Stadt Danzig, knapp

300.000 aus Jugoslawien, 200.000 aus Ungarn und 130.000 aus Rumänien. Mehrere hunderttausend Menschen hatten Flucht und Vertreibung nicht überlebt. Ursachen waren verspätet einsetzende Evakuierungsmaßnahmen der NS-Behörden, katastrophale Fluchtbedingungen im Winter bei unzureichender Ausrüstung und Versorgung, Angriffe der sowjetischen Roten Armee auf die Flüchtlingstrecks, Plünderungen, Massenvergewaltigungen und Mord als Rachehandlungen an der Zivilbevölkerung.

Die Großoffensive der Roten Armee im Januar 1945 zwischen Ostseeküste und Karpaten ließ die deutsche Ostfront rasch zusammenbrechen. Der Vormarsch war begleitet von der Flucht von mehr als der Hälfte der etwa zwölf Millionen Menschen zählenden deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen des Reichs. Im April 1945 hielten sich in den nun vollständig eroberten Ostprovinzen noch über vier Millionen Deutsche auf. Den Sommer 1945 kennzeichneten brutale „wilde“ Vertreibungen von bis zu 300.000 Deutschen entlang der neuen polnischen Westgrenze an Oder und Neiße und von

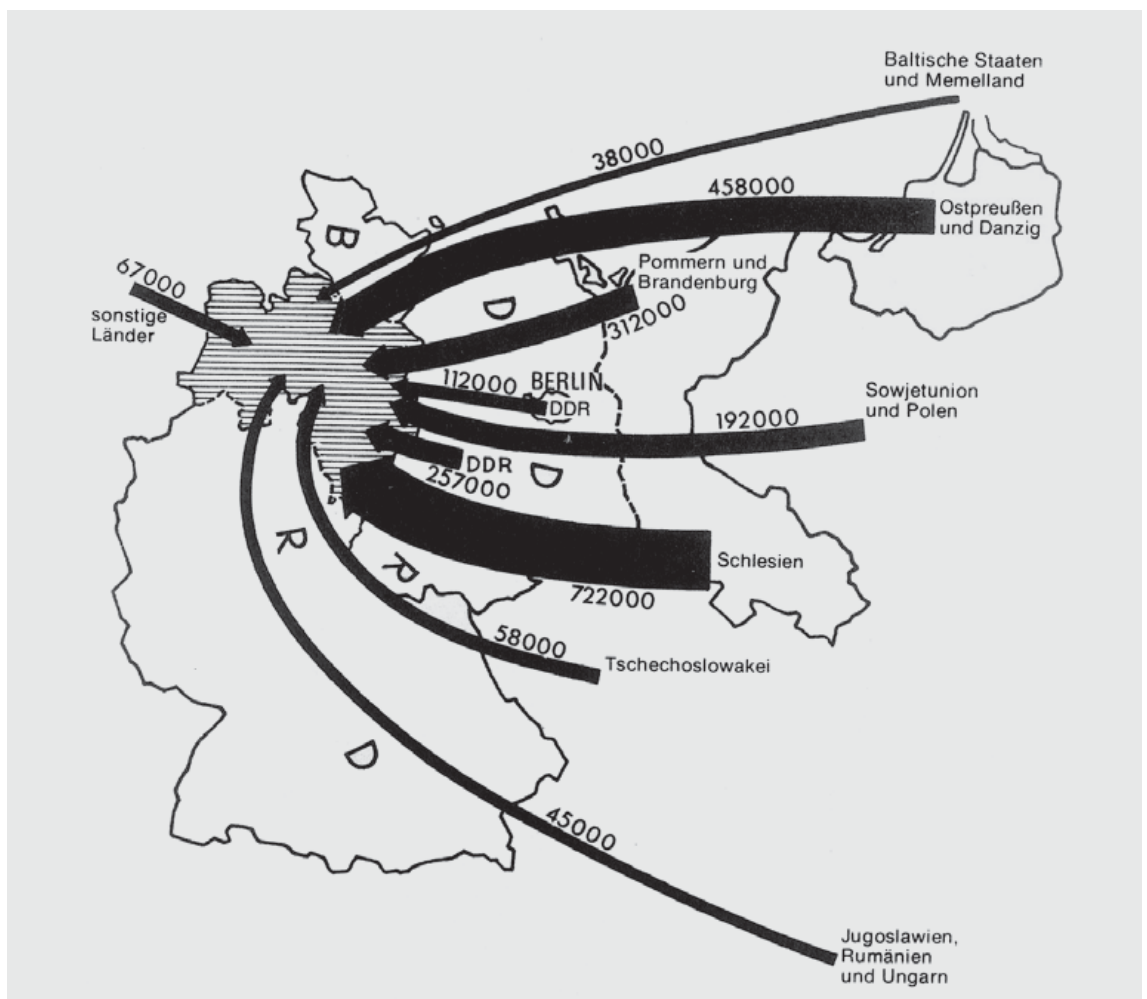
bis zu 800.000 aus der Tschechoslowakei. Es waren keine politischen Alleingänge der jeweiligen Regierungen, vielmehr hatten die alliierten Großmächte auf den Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta Anfang 1945 längst den Transfer aus dem Osten beschlossen: So sollten Minderheitenkonflikte und die politische Instrumentalisierung deutscher Minderheiten durch Deutschland wie in der Zwischenkriegszeit künftig ausgeschlossen bleiben.

Auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) legten die Siegermächte endgültig das Ziel einer „ordnungsgemäßen und humanen Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ fest. Massentransporte unter katastrophalen Versorgungsbedingungen, brutaler Bewachung und ständigen Plünderungen aber führten zu zahlreichen Todesopfern. Die Vertreibungen brachten 1946 weitere zwei Millionen und 1947 eine halbe Million Menschen aus den ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße in die vier Besatzungszonen Restdeutschlands. Hinzu kamen 1946 rund 1,2 Millionen Menschen aus der Tschechoslowakei und 170.000 aus Ungarn.

Abb. 1

Herkunftsgebiete der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen

aus:
Walter Bradatsch/
Hansgeorg Loebel,
Neue Heimat in
Niedersachsen,
Alfeld 1979, S. 52



In Niedersachsen kam laut der Volkszählung von 1950 der überwiegende Teil der 1,82 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen mit einem Drittel aus Schlesien. Es folgten Ostpreußen und Danzig mit einem Fünftel sowie Ostpommern und Ostbrandenburg mit einem Siebtel. Damit stammten in Niedersachsen fast drei Viertel dieser Zugewanderten aus den ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße. Die Zahl der Menschen aus deutschen Siedlungsgebieten jenseits der deutschen Staatsgrenzen vor Beginn der NS-Expansion blieb folglich geringer: Das galt für die UdSSR und Polen (8,5 %), das Baltikum und das Memelgebiet (1,7 %) sowie Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Österreich und die Tschechoslowakei (zusammen 5,5 %).¹¹

Ankunft

In allen vier Besatzungszonen verteilten sich die Zugewanderten sehr ungleichmäßig. Ländlich geprägte Gebiete mussten weitaus mehr Menschen aufnehmen als die vor allem durch Luftangriffe häufig schwer zerstörten städtisch-industriellen Ballungsräume. Auf dem Land waren aus Sicht der zuständigen Stellen die Wohnsituation und

die Versorgung mit Lebensmitteln besser. Freier Wohnraum allerdings stand auch hier kaum zur Verfügung, weil bereits die Evakuierten des Bombenkriegs auf dem Land Schutz gesucht hatten. Der Osten Deutschlands verzeichnete einen höheren Anteil von Zugewanderten als der Westen, und innerhalb der drei westlichen Besatzungszonen waren wiederum die östlichen Gebiete stärker betroffen als die westlichen. Ende 1947 lag der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung in der sowjetischen Zone bei 24,3 %. Die US-Zone erreichte mit 17,7 % ebenso wenig diesen Wert wie die britische Zone mit 14,5 %. In der französischen Zone lag er wegen der anfänglichen Weigerung der Besatzungsbehörden, Flüchtlinge und Vertriebene aufzunehmen, bei nur rund einem Prozent.

Im Oktober 1946 wurden in Niedersachsen 1,48 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene gezählt, die 22,9 % der Bevölkerung stellten. Die Zahl nahm bis zur Volkszählung 1950 weiter zu und erreichte 1,82 Millionen (27,2 %). Innerhalb Niedersachsens ergaben sich klare Ungleichgewichte mit einem

Abb. 2

Regionale Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen 1953

aus:
Bradatsch / Loebel,
Neue Heimat in
Niedersachsen,
Alfeld 1979, S. 53

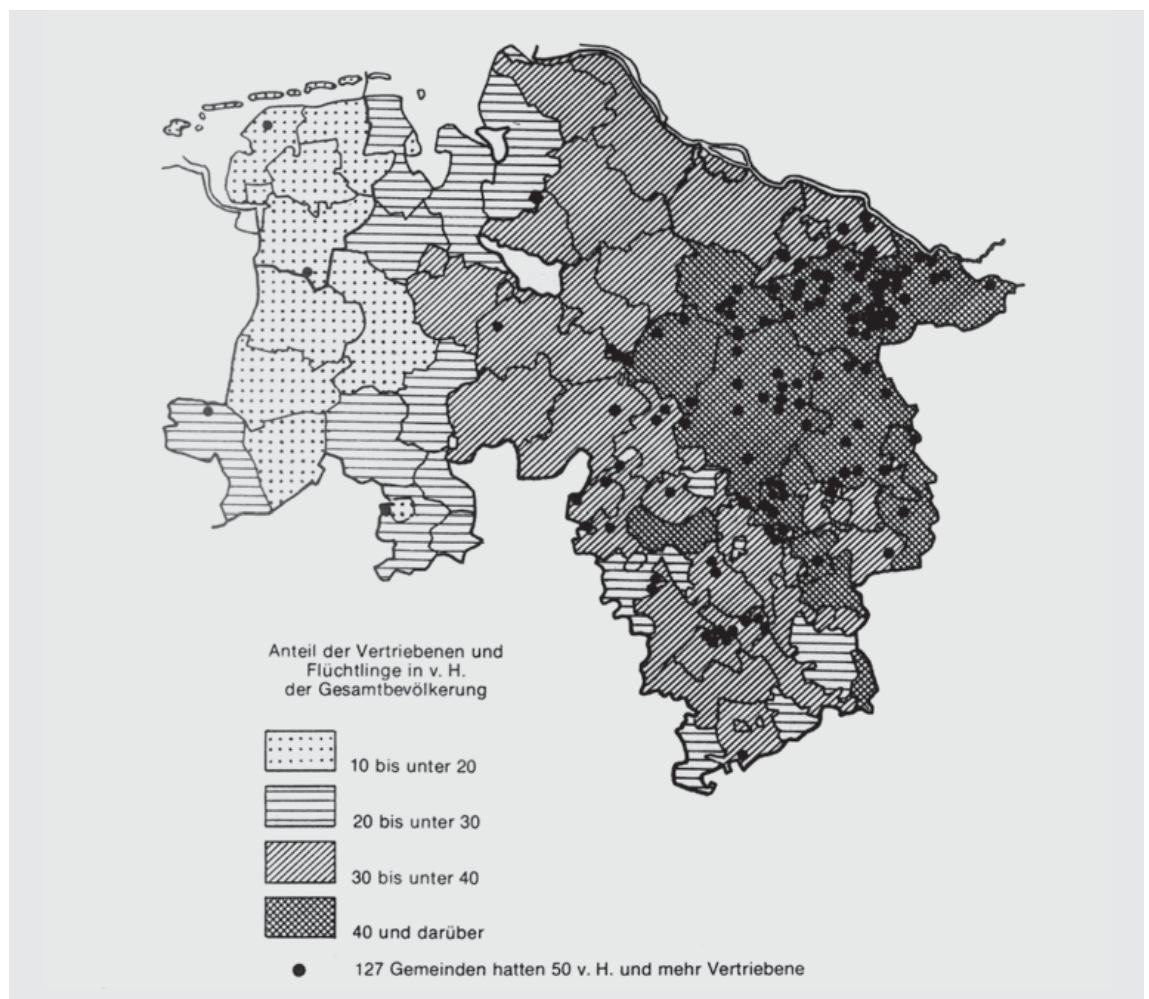


Tabelle 1

Quelle:
Siegfried Bethlehem,
Heimatvertriebene,
DDR-Flucht, Gast-
arbeiterzuwande-
rung. Wanderungs-
ströme und
Wanderungspolitik in
der Bundesrepublik
Deutschland,
Stuttgart 1982, S. 36

Wohnbevölkerung sowie Flüchtlinge und Vertriebene im Bundesgebiet und im Raum Niedersachsen 1939 und 1950

	Wohnbevölkerung am		Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) in %	Flüchtlinge u. Vertriebene	in % der Wohn- bevölkerung
	17.5.1939	13.9.1950			
Niedersachsen	4.539.700	6.797.400	+ 49,7	1.851.472	27,2
Bundesgebiet	39.337.500	47.695.700	+ 21,2	7.876.211	16,5

deutlichen Ost-West-Gefälle: Grenznahe Regierungsbezirke im Osten nahmen wesentlich mehr Flüchtlinge und Vertriebene auf als die mittleren und westlichen. Einheimische stellten 1946 in den Regierungsbezirken Aurich und Osnabrück drei Viertel, in den Bezirken Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Oldenburg und Stade zwei Drittel, im Regierungsbezirk Lüneburg aber nur noch die Hälfte der Bevölkerung.¹² Dabei gilt für Niedersachsen insgesamt, dass beinahe die Hälfte aller Zugewanderten in Gemeinden mit unter 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern unterkam.¹³

Vornehmlich die Flüchtlingszuwanderung führte dazu, dass die niedersächsische Bevölkerung trotz der Kriegsverluste um ca. 50 % anwuchs – von 4,5 Millionen 1939 auf 6,8 Millionen 1950.

Vielen Zeitgenossen schienen die Herausforderungen der Zuwanderung in einem kriegszerstörten Nachkriegsdeutschland kaum lösbar. Immerhin waren am Ende des Krieges mehr als vier Millionen Wohnungen ganz oder teilweise zerstört, das entsprach mehr als einem Fünftel des Vorkriegsbestandes; in Niedersachsen lag der Anteil der nicht mehr nutzbaren Wohnungen bei 12,5 %.¹⁴ Konflikte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen resultierten zunächst meist aus der Unterkunftfrage: Gab es keine freiwillige Abgabe von Wohnraum, reagierten deutsche und alliierte Dienststellen immer öfter mit Zwangseinweisungen. Nicht selten wurden Abstellkammern, Ställe oder andere Funktionsräume mit spartanischer Ausstattung provisorisch als „Notwohnungen“ hergerichtet. Auseinandersetzungen wegen der damit einhergehenden unvermeidbaren Überschneidung von Lebenssphären von Einheimischen und Zugewanderten gab es allenthalben, ob es um die gemeinsame Nutzung der Küche ging oder um die Bereitstellung von Hausrat.¹⁵

Vor allem mit dem Eintreffen der Transporte 1946 wurde es immer schwieriger, die Zugewanderten in privaten Haushalten unterzubringen. Überall entstanden deshalb, neben den bereits bestehenden Erstaufnahme-, Durchgangs- und Quarantänela-

gern, nun auch Wohnlager für die längerfristige Unterbringung. Nicht selten handelte es sich um ehemalige Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeitskräftelager, Kasernen, Fabrikgebäude, Bunker oder sogar Konzentrationslager. Auch acht Jahre nach Kriegsende lebten in der Bundesrepublik noch 508.000 Flüchtlinge und Vertriebene in insgesamt 2.600 Wohnlagern. Allein 1.600 Lager verzeichnete Niedersachsen, die eine Bevölkerung von 140.000 Menschen umfassten. Noch 1958 zählte die Bevölkerung der 907 verbliebenen Lager in Niedersachsen 75.000.¹⁶

Chancen der Teilhabe

1950 hatte in Westdeutschland gerade einmal ein Viertel der 2,6 Millionen Haushalte von Flüchtlingen und Vertriebenen eine eigene abgeschlossene Wohnung. Einheimische Haushalte erreichten einen Wert von zwei Dritteln. In Niedersachsen stellten Flüchtlingsfamilien nur 10 % aller „Hauptmieter einer Normalwohnung“, aber 53 % aller Untermieter bzw. aller Mieter von Notwohnungen. Während 1939 die durchschnittliche Belegung einer Wohnung bei 3,8 Personen lag, war sie bis 1950 auf 6 Personen gestiegen. Der massive Wohnungsbau seit Anfang der 1950er Jahre verbesserte dann recht rasch die Möglichkeiten wohnräumlicher Teilhabe: 1953 war die Belegungszahl der Wohnungen in Niedersachsen auf 5,3 Personen gesunken.¹⁷ Bis 1956 stieg der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen mit abgeschlossenen Wohnungen in der Bundesrepublik im Vergleich zu 1950 auf das Dreifache, und Anfang der 1960er Jahre galten dann die Wohnverhältnisse von einheimischer und zugewanderter Bevölkerung als weithin angeglichen. Allerdings wurden die letzten Wohnlager erst Anfang der 1970er Jahre aufgelöst.

Neben der Unterkunftfrage bildete die Versorgung mit Lebensmitteln eine der großen Herausforderungen. Wie sehr diese die Gesundheit der Bevölkerung gefährdete, zeigt eine Untersuchung des Gesundheitsamtes in Göttingen: Im Juni 1947 waren hier 1.800 zufällig vorbeigekommene Passantinnen und Passanten gewogen worden. Nur 203 hatten ihr

Normalgewicht. Bei 322 galt das Untergewicht als akut gesundheitsgefährdend. 412 Menschen waren bis auf die Knochen abgemagert.¹⁸ In erster Linie handelte es sich um Flüchtlinge und Vertriebene. Die niedersächsischen Gesundheitsämter untersuchten zwischen September 1946 und August 1947 532.706 Flüchtlinge und Vertriebene ärztlich, von denen 9 % unter schweren Ernährungsschäden litten, 8 % unter Rachitis, 4 % unter Krätze, 2,5 % unter Typhus und 2,4 % unter Tuberkulose. Zugleich offenbarten sich wesentliche Mängel in der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs: 21 % aller Untersuchten besaßen keine Oberbekleidung, 27 % keine Schuhe und 25 % keine Wäsche. 20.000 Personen hatten keine Heizung und ca. 78.000 kein Bett.¹⁹

Mit der vorrangigen Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen auf dem Land verbanden sich erhebliche Probleme bei der Aufnahme beruflicher Tätigkeiten. Bis zur Währungsreform 1948 arbeiteten viele für Kost und Logis als Hilfskräfte in der Landwirtschaft. Die Währungsreform offenbarte die

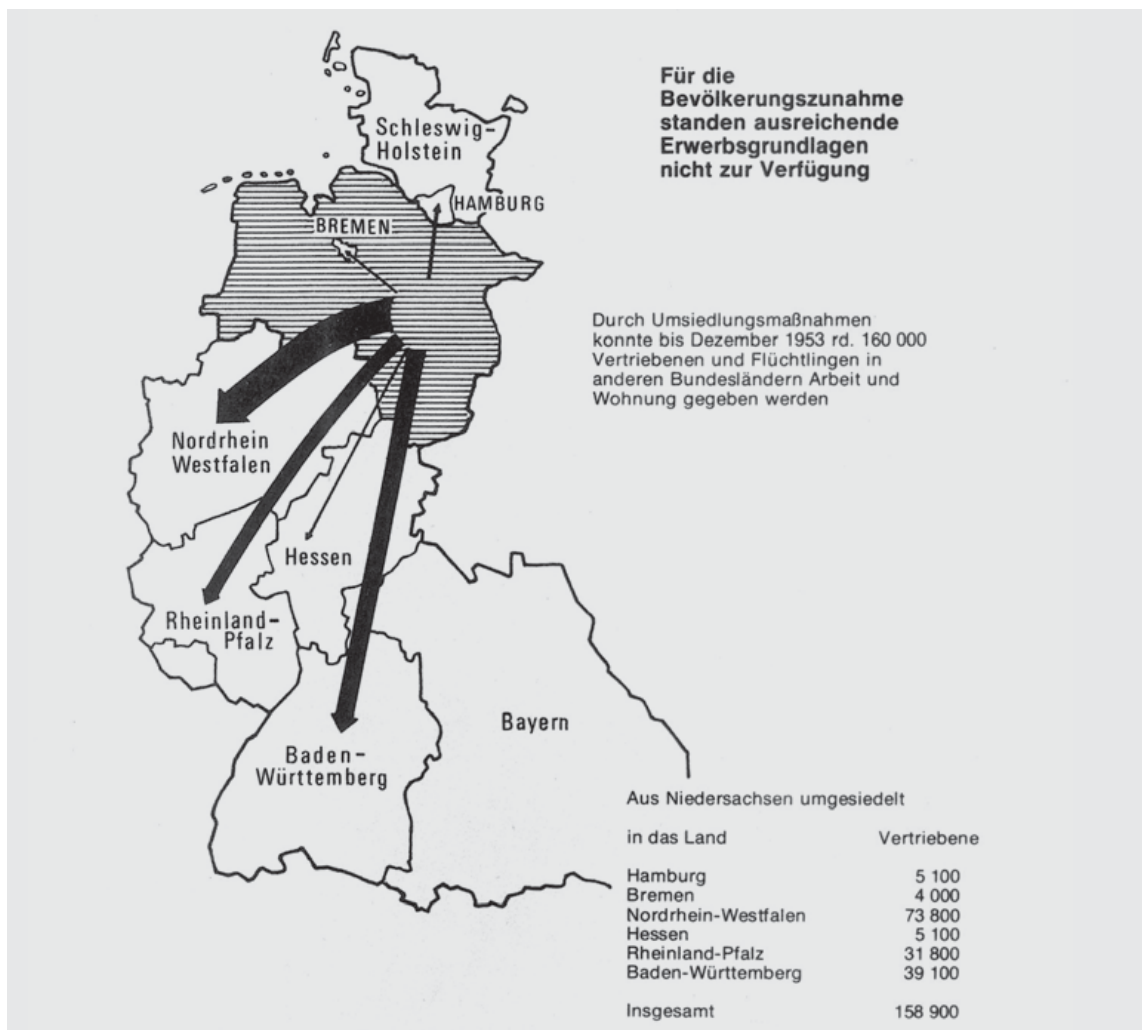
verdeckte Erwerbslosigkeit. Die Zahl der Erwerbslosen wuchs bis Anfang 1950 auf fast zwei Millionen und lag unter den Zugewanderten dreimal so hoch wie unter den Einheimischen. Im September 1948 stellten Flüchtlinge und Vertriebene 61 % aller Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe in Niedersachsen.²⁰ Noch im September 1953 waren hier 40 % aller Erwerbslosen Flüchtlinge und Vertriebene.²¹ Umfangreiche Weiterwanderungen zu Arbeitsplätzen in städtisch-industriellen Räumen vor allem nach dem Beginn der Hochkonjunktur Anfang der 1950er Jahre waren die Folge: Abwanderungsgebiete bildeten die „Hauptflüchtlingsländer“ Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, Zuwanderungsgewinne verbuchten vornehmlich Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Zwischen 1949 und dem Ende der 1950er Jahre wurden auf der Basis von fünf Umsiedlungsprogrammen des Bundes rund eine Million Flüchtlinge und Vertriebene in andere Bundesländer umverteilt, weitere 1,7 Millionen siedelten ohne staatliche

Abb. 3

Aus Niedersachsen in andere Bundesländer umgesiedelte Flüchtlinge und Vertriebene 1949-1953

aus:
Bradatsch / Loebel,
Neue Heimat in
Niedersachsen,
Alfeld 1979, S. 56



Unterstützung um. Hinzu kamen millionenfache Umzüge innerhalb der Bundesländer, die zumeist wirtschaftlich motiviert waren oder der Familienzusammenführung dienten. Solche Bewegungen gab es auch innerhalb Niedersachsens: Die stärker industrialisierten Gebiete der Regierungsbezirke Lüneburg, Hannover, Hildesheim und Braunschweig nahmen Flüchtlinge und Vertriebene aus den ländlich-landwirtschaftlich geprägten Zonen der Regierungsbezirke Aurich, Oldenburg und Osnabrück auf. 1950 hatte der Bevölkerungsanteil der Flüchtlinge und Vertriebenen im Regierungsbezirk Lüneburg doppelt so hoch gelegen wie im Regierungsbezirk Aurich, 1961 erreichte er dann beinahe das Dreifache.²² Die Wanderungen änderten jedoch nichts daran, dass Niedersachsen weiterhin eines der „Hauptflüchtlingsländer“ in Westdeutschland blieb: Auch Mitte der 1950er Jahre lebten noch rund 20 % aller Flüchtlinge und Vertriebenen in diesem Bundesland.

Obgleich die Flüchtlinge und Vertriebenen häufig über Qualifikationen verfügten, prägte sich ein für viele Migrationen typisches Unterschichtungsphänomen aus: Flüchtlinge und Vertriebene übernahmen hauptsächlich statusniedrige berufliche Positionen und verfügten dementsprechend auch lange über geringere Einkünfte. Im Oktober 1948 waren unter den Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen 58 % der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie 40 % der Angestellten berufsfremd beschäftigt.²³ Aufstiegsmöglichkeiten gab es für viele von ihnen erst ab den 1960er Jahren oder in der nächsten Generation. Auch Anfang der 1970er Jahre erwies sich der durch die Gewaltmigration eingetretene gesellschaftliche Positionsverlust weiterhin als nicht vollständig kompensiert.²⁴ So traten Heiratsverbindungen zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen auf der einen und Einheimischen auf der anderen Seite zunächst relativ selten auf. Erst in der zweiten Generation, also bei den Kindern, änderte sich dies.

Flucht und Vertreibung erinnern

Etwa 1.500 Denkmäler erinnern in der Bundesrepublik an Flucht und Vertreibung. Allein diese hohe Zahl an Gedenkortern, die über die Jahrzehnte seit Anfang der 1950er Jahre entstanden sind, weist auf die Präsenz des Themas hin. Daneben dokumentieren zahllose Gedenkveranstaltungen, Debatten im Bundestag, Sonderbriefmarken, Romane, Ausstellungen, Filme oder Fernsehdokumentationen die stete und intensive öffentliche Erinnerung an Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik.²⁵ Der Inhalt dessen, woran erinnert wurde, änderte sich allerdings. Öffentliche Erinnerung ist kein Selbstzweck, erfüllt vielmehr spezifische Funktionen. Sie verweist auf politische Interessen, bildet immer eine

innen- und außenpolitische Machtfrage. Erinnern und Verschweigen sind aktive Prozesse, die von unterschiedlichen Akteuren vorangetrieben und im Konflikt oder im Konsens ausgehandelt werden.

Flucht und Vertreibung sowie der damit eng verbundene „deutsche Osten“ als „Vertreibungsgebiet“ wurden in der Bundesrepublik anfänglich auf der politischen Bühne thematisiert, weil sich damit die Forderung nach einer Revision der Ostgrenzen aufrechterhalten ließ. Außerdem lagen die „Vertreibungsgebiete“ im „Ostblock“ und gehörten damit zum von der Sowjetunion angeführten Feind im „Kalten Krieg“. Damit bildete die Erinnerung an Flucht und Vertreibung auch ein Element des prägenden, im Alltag stets präsenten Antikommunismus. Darüber hinaus verfolgte die Erinnerungspolitik das Ziel, Spannungen und Konflikte um die Teilhabe der Flüchtlinge und Vertriebenen zu minimieren indem sie die Zugehörigkeit der Zugewanderten zur deutschen Nation hervorhob.²⁶ In den öffentlichen Debatten der 1950er und 1960er Jahre begannen Flucht und Vertreibung mit dem Vormarsch der Roten Armee über die Reichsgrenzen. Die deutschen Eroberungszüge seit 1939 blieben demgegenüber meist unerwähnt. Wurden Deutsche mit deutschen Massenmorden konfrontiert, sollte der Hinweis auf „Vertreibungsverbrechen“ relativieren.

Im Kontext der politischen Instrumentalisierung der Flüchtlinge und Vertriebenen als Objekte für politische Forderungen blieb wenig Raum für deren persönliche Erfahrungen: Erst seit den 1980er Jahren haben sich mancherlei Initiativen entwickelt, die die biografische Dimension ernst nahmen und damit das Handeln von Individuen, die ihr Leben gestalteten, Flucht und Vertreibung erinnerten, verarbeiteten und mitteilten. Kaum jemals in den Fokus der Erinnerungspolitik geriet auch, dass die Bevölkerung im Westen den Flüchtlingen und Vertriebenen anfangs nur selten solidarisch und hilfsbereit begegnete, weshalb Ausgrenzung für die Zugewanderten zum Alltag gehörte. Damit blieb die öffentliche Erinnerung selektiv: Das, woran erinnert wurde, hatte durch das Verschweigen der Bezüge zum Weltkrieg keine Vorgeschichte und durch das Verschweigen der Probleme des Ankommens und Bleibens keine Folgen. Sie hatte nicht einmal Menschen zum Gegenstand, sondern nur Opfer.

Erinnerungspolitische Veränderungen setzten in den frühen 1970er Jahren ein. Das Bemühen um eine Verständigung mit den Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas im Rahmen der „Neuen Ostpolitik“ ließ keinen Raum für das regierungsamtliche Herausstellen von „Vertreibungsverbrechen“ und das Beharren auf einer

Revision der deutschen Grenzen im Osten. Solche Themen wurden aber nicht grundsätzlich tabuisiert, andere erinnerungspolitische Akteure bezogen sich weiter auf sie, darunter vor allem die Interessenverbände von Flüchtlingen und Vertriebenen. Zugleich begann mit der zunehmenden geschichts-

wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur, dem Zweiten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit eine intensive Einordnung der Geschehnisse von Flucht und Vertreibung in die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts.

-
- 1 Eugene M. Kulischer, *Europe on the Move. War and Population Changes, 1917-47*, New York 1948, S. 264.
 - 2 Überblick: Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ‚Ausländer-Einsatzes‘ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin 1985.
 - 3 Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003.
 - 4 Wolfgang Benz, *Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939-1945*, in: ders. (Hrsg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Frankfurt a. M. 1995, S. 45-57.
 - 5 Wolfgang Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951*, Göttingen 1985; Gerard Daniel Cohen, *In War's Wake. Europe's Displaced Persons in the Postwar Order*, Oxford 2011.
 - 6 Stanislaus Stepién, *Der alteingesessene Fremde. Ehemalige Zwangsarbeiter in Westdeutschland*, Frankfurt a. M. 1989.
 - 7 Katja Klee, *Im „Luftschutzkeller des Reiches“. Evakuierte in Bayern 1939-1953. Politik, soziale Lage, Erfahrungen*, München 1999, S. 177.
 - 8 Zur Begriffsgeschichte: Mathias Beer, *Flüchtlinge – Ausgewiesene – Neubürger – Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet*, in: ders./Martin Kintzinger / Marita Krauss (Hrsg.), *Migration und Integration*, Stuttgart 1997, S. 145-167.
 - 9 Wichtige Gesamtdarstellungen: Mathias Beer, *Flucht und Vertreibung der Deutschen*, München 2011; Ray M. Douglas, *„Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 2012; Jan M. Piskorski, *Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*, München 2013.
 - 10 Hierzu siehe ausführlich mit zahlreichen Literaturbelegen: Jochen Oltmer, *Migration*, in: Gerd Steinwascher (Hrsg.), *Geschichte Niedersachsens, Bd. 5: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung*, Hannover 2010, S. 963-1022.
 - 11 Peter Marschalck, *Bevölkerung und Wanderung im Raum Niedersachsen*, in: Klaus J. Bade (Hrsg.), *Fremde im Land: Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, Osnabrück 1997, S. 45-75.
 - 12 Adolf Wennemann, *Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen*, in: ebd., S. 77-124, hier S. 86 /87.
 - 13 Elisabeth Pfeil, *Die berufliche und soziale Eingliederung der Heimatvertriebenen in Niedersachsen*, in: *Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem, H. 3: Aufbau aus eigener Kraft*, Hannover 1951, S. 7-26, hier S. 7.
 - 14 Helmut R. Kollai, *Die Eingliederung der Vertriebenen und Zuwanderer in Niedersachsen*, Berlin 1959, S. 26.
 - 15 Rainer Schulze, *„Die Ansprüche kamen erst später“. Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen*, in: *Deutsche Studien 32 (1995)*, S. 259-287, hier S. 272.
 - 16 *Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem, H. 4: Not und Hilfe*, Hannover 1954, S. 9; Wennemann, *Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen*, S. 110.
 - 17 *Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem, H. 4: Not und Hilfe*, S. 13.
 - 18 Ebd., S. 104 / 105.
 - 19 Andrea Riecken, *„Der kranke Flüchtling“. Die gesundheitliche und psychiatrische Behandlung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen*, in: Klaus J. Bade / Jochen Oltmer (Hrsg.), *Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, Osnabrück 2002, S. 101-130, hier S. 116.
 - 20 Schulze, *Ansprüche*, S. 266.
 - 21 *Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem, H. 4: Not und Hilfe*, S. 8.
 - 22 Bernhard Parisius, *„... und ahnten, dass hier die Welt zu Ende ist.“ Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen im Westen Niedersachsens*, in: Bade / Oltmer (Hrsg.), *Zuwanderung*, S. 37-68, hier S. 58.
 - 23 Kollai, *Eingliederung*, S. 93.
 - 24 Paul Lüttinger, *Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971*, in: *Zeitschrift für Soziologie 15 (1986)*, S. 20-36.
 - 25 Stephan Scholz, *Vertriebenen Denkmäler. Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft*, Paderborn 2015.
 - 26 Hierzu und zum Folgenden: Eva Hahn / Hans Henning Hahn, *Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte*, Paderborn 2011.

Das Durchgangslager Friedland bei Göttingen.

Schleuse für die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen (1945-1949)

Anna Haut

Der Zweite Weltkrieg entwurzelte Millionen von Menschen und hatte massenhafte Migrationen zur Folge. Die Alliierten bemühten sich rasch, die zunächst unkontrollierten Wanderungen über die Grenzen der vier Besatzungszonen zu kanalisieren und zu organisieren. Als Instrument der Kontrolle der vielfältigen Kriegsfolgemigrationen wurden im Herbst 1945 entlang der Zonengrenzen Durchgangslager eingerichtet. Eines dieser Lager ist das noch heute bestehende Grenzdurchgangslager Friedland südlich von Göttingen. Seine Aufgabe war die Erfassung, Versorgung und Weiterleitung der Menschen, die in die britische Besatzungszone zuziehen wollten. Von 1945 bis 1949 durchliefen ca. 1,7 Millionen Menschen das Lager Friedland, überwiegend von Ost nach West.

Die Gründung des Durchgangslagers Friedland

Die ersten Reichsbürger und „Volksdeutschen“ aus den östlich von Oder und Neiße gelegenen Provinzen waren bereits im Winter 1944/45 evakuiert worden oder vor der heranrückenden Roten Armee nach Westen geflohen.¹ Seit dem Frühjahr 1945 kam es in Polen und der Tschechoslowakei zu brutalen Vertreibungen, die ebenfalls Menschenströme in Richtung Westen auslösten. Bei Kriegsende waren durch diese und andere Flucht- und Vertreibungsbewegungen bereits 1,5 Millionen Menschen auf dem Gebiet des späteren Niedersachsens eingetroffen.² In der Gegend um Göttingen im Süden der britischen Besatzungszone verdichteten sich im Sommer 1945 die Menschenströme, denn hier im „International Corner“ trafen die britische, die sowjetische und die amerikanische Besatzungszone aufeinander. Dennoch meldeten Mitte des Jahres 1945 britische Offiziere der Militärverwaltung, es gäbe in der britischen Besatzungszone kein deutsches Flüchtlingsproblem.³

Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 fällten die Alliierten die Entscheidung zur Ausweisung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und aus Ungarn.⁴ In Erwartung der bevorstehenden Aufnahmen der Deutschen aus dem Osten Europas wurden Anfang August die britische ebenso wie die amerikanische Zonengrenze geschlossen. Bereits im September verschlimmerten sich der Andrang und die Situation der Flüchtlinge, die sich an den Zonengrenzen stauten. Illegale Grenzübertritte fanden weiterhin statt:

„The refugee problem at the frontier is continuing and, indeed is becoming aggravating. Refugees from the Russian Zone are entering L/K Göttingen at an average rate over 1000 a day. [...] At Bremke, the situation is serious in that there are no facilities for dealing with refugees. The German Red Cross is doing its best with the local voluntary labour but the main difficulties are accommodation and sanitary arrangements.“⁵

Nicht primär als Reaktion auf diese akuten Flüchtlingsbewegungen, sondern in Vorbereitung auf die nach der Potsdamer Konferenz erwarteten offiziellen Vertriebenentransporte begann die britische Militärverwaltung im Herbst 1945 mit der Schaffung einer Infrastruktur, um der Situation an den Zonengrenzen Herr zu werden. Entlang der Grenze zur sowjetischen Besatzungszone wurden mehrere Grenzdurchgangslager errichtet,⁶ zu denen weitere Sammel- und Auffanglager hinzukamen. Gleichzeitig wurde der Zugang in die britische Besatzungszone an die Bedingung geknüpft, sich in einem Durchgangslager registrieren zu lassen, um Zugang zu Versorgungsleistungen zu erhalten. Ein Merkblatt für Flüchtlinge informierte seit Anfang Oktober 1945: „Kein Flüchtling wird künftig Ver-

pflegungskarten erhalten, wenn er nicht durch ein Durchgangslager gegangen ist.“⁷

Das Durchgangslager Friedland entstand auf dem Gelände des landwirtschaftlichen Versuchsguts der Georg-August-Universität Göttingen, das gegenüber des Friedländer Bahnhofs am östlichen Leineufer situiert war. Die britische Militärverwaltung hatte die Gebäude requiriert, herrichten lassen und um einige Nissenhütten und Armeezelte ergänzt. Für die Errichtung der ersten Lagerstrukturen wurde das nötige Material beschlagnahmt; der Aufbau selbst wurde von britischen Soldaten, ca. 300 deutschen Kriegsgefangenen und Göttinger Studierenden vorgenommen.⁸ Am 20. September 1945 war es soweit: Lt.Col. Perkins vom Mil.Gov.Det 1002, das für den Landkreis Göttingen zuständig war, teilte der Militärregierung in Hildesheim die Eröffnung des Lagers Friedland mit, dessen Kapazität das Kriegstagebuch des für den Regierungsbezirk zuständigen 117 Mil.Gov.Det. mit 2.000 Personen bezifferte.⁹

Schon nach wenigen Wochen zeigte sich, dass der gewählte Standort im Überschwemmungsgebiet der Leine lag, so dass sich das Lager in einen

Morast verwandelte. Bereits Ende Oktober wurde damit begonnen, Nissenhütten und Armeezelte vom ersten Standort auf eine höher gelegene Fläche westlich der Bahngleise überzusiedeln. Hier bestand ein weiterer Vorteil darin, dass es sich um ein freies Feld handelte und das Lager in den nächsten Monaten angesichts der steigenden Zahl der Ankommenden immer weiter wachsen konnte. Ausgerichtet war das Lager Friedland zunächst darauf, 2.000 Personen pro Tag zu registrieren, zu versorgen und weiterzuleiten – oder, im Sprachgebrauch der Zeit, „durchzuschleusen“.¹⁰ Schon im Dezember 1945 wurden jedoch bis zu 5.000 Personen pro Tag versorgt, und in der Zeit von 1946 bis 1948 lagen die Zahlen bei 7.000-8.000 Personen pro Tag.¹¹

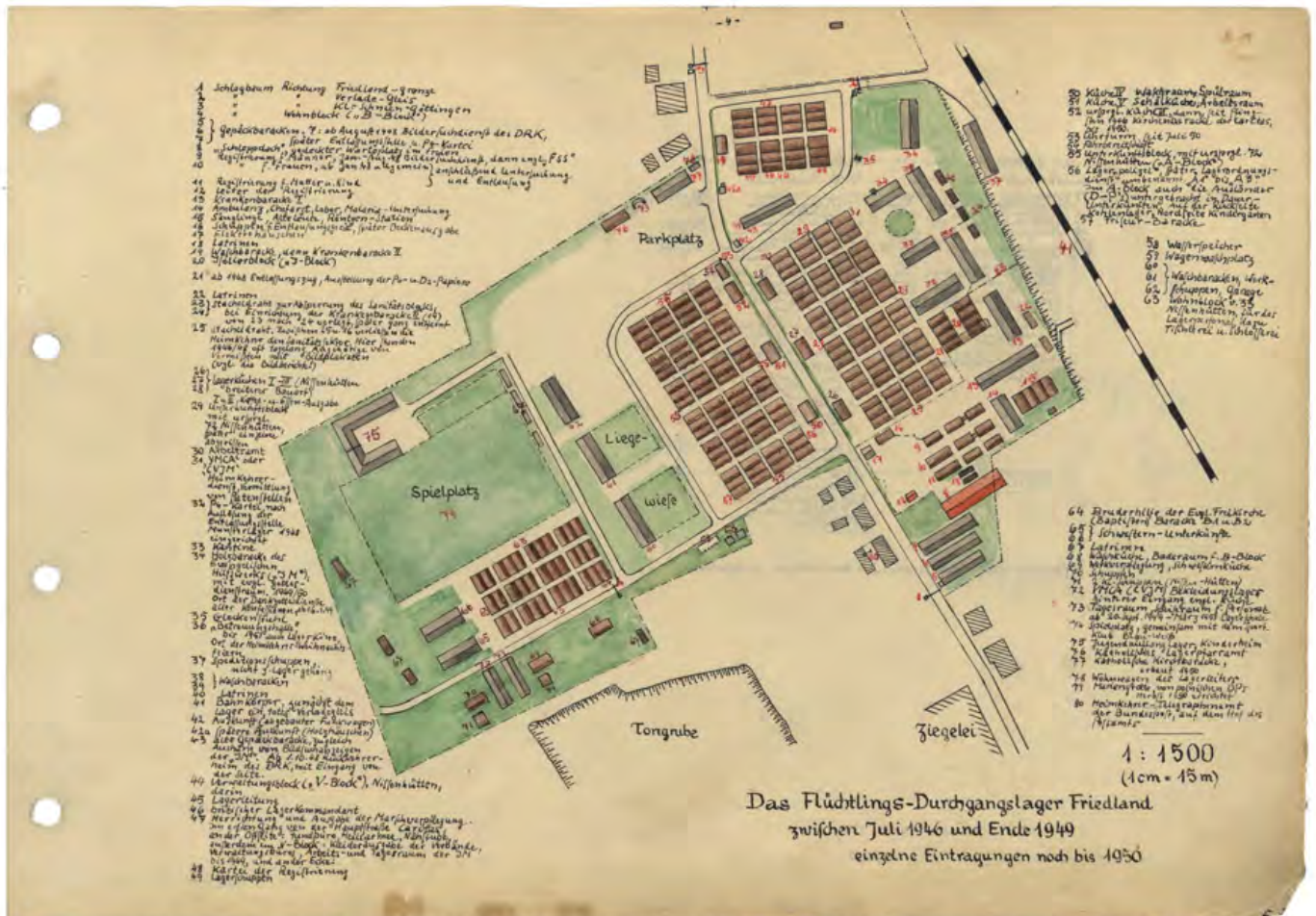
Funktionen und betreute Personengruppen

Parallel zur Errichtung von Durchgangslagern und darauf abgestimmt wurden als weiteres Instrument zur Kanalisierung und Kontrolle der Kriegsfolgenwanderungen von der britischen Militärverwaltung mehrere sogenannte *Operations* eingesetzt,¹² um den Zustrom in ihre Zone zu regulieren und die Ankommenden planvoll weiterzuverteilen. Die *Operation Honeybee* sollte die geschaffenen

Abb. 1

Lageplan der Zeit von 1946 bis 1949 aus der Chronik des Grenzdurchgangslagers Friedland (nach 1950 entstanden)

© Museum Friedland



Durchgangslager als zentrale Schleusen zwischen den Besatzungszonen etablieren und sah den zahlenmäßig gleichwertigen Austausch von Personen von West nach Ost bzw. Ost nach West vor. Auch das Durchgangslager Friedland war in die *Operation Honeybee* eingebunden, indem es die im Personenaustausch an der Zonengrenze nach Niedersachsen einreisenden Menschen registrierte und versorgte. An der *Operation Swallow*, den organisierten Vertriebenentransporten von Personen aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten in die britische Zone, war Friedland hingegen nicht beteiligt.¹³ Die ab dem 1.6.1946 gültige Dienstordnung des Lagers beschrieb seine Funktionen dementsprechend: „Das Flüchtlingslager Friedland / Leine dient der Durchschleusung und ersten Betreuung der aus der russischen und polnischen Besatzungszone in den Westen strömenden Evakuierten und Flüchtlinge.“¹⁴ Der ausgeglichene Personenaustausch erwies sich jedoch als nicht umsetzbar, denn weitaus mehr Menschen wollten in die britische Zone zuziehen als sie verlassen. Bereits Ende Juni 1946 wurde die *Operation Honeybee* eingestellt; dementsprechend sollte auch das Lager Friedland geschlossen werden. Diese Nachricht führte jedoch zu einem massiven Ansturm auf den Grenzübergang zwischen der britischen und der sowjetischen Zone bei Besenhausen, so dass das Lager bald wieder eröffnet werden musste und die Aufnahme fortgesetzt wurde. Die zuständige Abteilung der britischen Militärverwaltung stellte Ende 1947 resigniert fest: „This Operation [*Honeybee*] officially terminated on 30 Jun 46. The movement of Refugees and Evacuees however, did not and has not, ceased, particularly those travelling from East to West“¹⁵. Tatsächlich erfolgten die Grenzübertritte in Besenhausen überwiegend von Ost nach West: Von den 550.000 Personen, die zwischen September und Dezember 1945 im Lager Friedland registriert wurden, gingen 344.000 Richtung Westen, 198.000 Richtung Osten. 1946 hatten nur noch 41.000 Menschen den Osten zum Ziel gegenüber 493.000 in den Westen Ziehenden.¹⁶

Wer die Menschen waren, die in Friedland eintrafen, und welchen Gruppen sie zugeordnet werden konnten, ließ sich in den ersten beiden Nachkriegsjahren kaum sicher feststellen. Zum einen lief der Registrierungsprozess chaotisch und in größter Eile ab, zum anderen beruhte er ganz auf den Angaben, die die häufig ohne Ausweispapiere eintreffenden Menschen zu machen bereit waren. Ein britischer Offizier, der im Frühjahr 1946 einen Bericht über das Lager anfertigte, beobachtete beunruhigt: „This ‚screening‘ is purely formal and in no way proves the bona fide of a person. The refugee, in all probability, has brought no papers with him and so can tell the most fantastic story without any proof

of genuineness.“¹⁷ Wer keine Ausweispapiere mehr besaß oder sie nicht vorzeigen wollte, konnte eine eidesstattliche Erklärung abgeben und registriert werden. In den ersten Monaten des Jahres 1946 waren gemäß den so erhobenen Zahlen die Hälfte der Registrierten Flüchtlinge aus Gebieten östlich von Oder und Neiße, aus Jugoslawien und der sowjetischen Besatzungszone. Die andere Hälfte bildeten überwiegend Evakuierte, einzelne Kriegsheimkehrer und wenige *Displaced Persons*.¹⁸ Je nach Status, der den Registrierten zugesprochen wurde, erhielten sie Dokumente und Ausweispapiere für ihren weiteren Weg mit. Zu denjenigen Personengruppen, denen die Ein- und Weiterreise nach Niedersachsen gestattet wurde, gehörten insbesondere Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten, Kriegsevakuierete und Rückwandernde, Vertriebene bzw. systematisch Ausgesiedelte, entlassene Kriegsgefangene und *Displaced Persons*. Die Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten waren in der Regel schon lange zwischen den Besatzungszonen unterwegs, hatten nur wenig Gepäck bei sich und waren häufig aufgrund der Strapazen auf dem Weg in einer sehr schlechten gesundheitlichen Verfassung.

Oft hatten sie kein konkretes Ziel vor Augen und wollten primär eine westliche Besatzungszone erreichen; Evakuierte wünschten demgegenüber schnellstmöglich an ihre Wohnorte zurückzukehren. Bis zum Sommer 1946 waren entlassene Kriegsgefangene nur vereinzelt in Friedland angekommen. Im August 1946, nach Abschluss der *Operation Honeybee*, übernahm das Lager Friedland als Anlaufstation für geschlossene Transporte mit entlassenen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion eine wichtige Aufgabe. Bis Oktober 1949 wurden in Friedland 300.000 Personen aus dieser Gruppe empfangen. Diese Funktion gewann für das Durchgangslager Friedland weiter an Bedeutung, bis es schließlich als letztes verbliebenes Entlassungslager der Bundesrepublik in den 1950er Jahren die politisch wie gesellschaftlich hochbrisante Rückkehr der letzten Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft abwickelte.¹⁹

Durchgangslager wie Friedland waren für die Menschen auf ihren Wegen durch das Nachkriegsdeutschland ein naheliegendes Ziel, weil sie hier Registrierscheine, Verpflegung und Fahrkarten erhielten. Nicht wenige Personen hatten jedoch ein Interesse daran, die offiziellen Grenzübergänge und die Angebote der Durchgangslager zu meiden, z. B. um ihren Zielort frei bestimmen zu können, anstatt einer Kommune zugewiesen zu werden. Zu den Unklarheiten darüber, wer die Menschen waren, die sich in Durchgangslagern registrieren

Abb. 2

Zwei Frauen mit
Gepäck im Grenz-
durchgangslager
Friedland, 1947

© Innere Mission e. V./
Museum Friedland.
Fotograf*in unbekannt



ließen, kommt also noch die Zahl derer, die die Zonengrenzen jenseits der Grenzübergänge und ohne Registrierung überquerten.²⁰ Sogenannte „illegale Grenzgänger“ oder „Schwarzgänger“, die ihren Wohnsitz nach Niedersachsen verlegen wollten, ohne die erforderlichen Berechtigungen vorweisen zu können, wurden gegen ihren Willen in die sowjetische Zone zurückgeleitet. Die hohe Zahl solcher Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone führte zu heftigen Diskussionen – während die britische Militärregierung zur Aufnahme dieser Menschen mahnte, wurden sie von deutschen Behörden nicht als „echte“ Flüchtlinge wahrgenommen, da sie anders als die Vertriebenen und Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten mehr oder weniger freiwillig ihre Wohnorte in der sowjetischen Besatzungszone verlassen hatten. Die Aufgaben, die dem Lager Friedland von deutschen wie britischen Behörden zugewiesen wurden, sahen sich dementsprechend stets mit den Umständen und Unwägbarkeiten an den Grenzen der Besatzungszonen konfrontiert sowie den Wünschen und Zielen der Menschen, die nach Niedersachsen einreisen wollten.

Organisation und Abläufe im Lager

In den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die britische Militärverwaltung für die Kontrolle des Lagers und seiner Außenbeziehungen zuständig, während deutsche Dienststellen die interne Verwaltung und Betreuung übernahmen.²¹ Die Briten regelten den Austausch von

Personen über die nahe Zonengrenze, standen in Kontakt mit den sowjetischen Grenzbehörden, organisierten Verpflegung und Material, kümmerten sich um den Transport von der Grenze zum Lager und um die anschließende Weiterleitung der in Friedland Ankommenden an weitere Stationen in ganz Niedersachsen. Der deutsche Lagerleiter unterstand offiziell ihrer Aufsicht, während seine Ernennung und die Organisation des Lagerbetriebs bis 1947 den deutschen Verwaltungsbehörden im Landkreis Göttingen oblagen. Sie waren für die Registrierung der Eintreffenden sowie ihre Erstversorgung mit Lebensmitteln, Bekleidung und medizinischer Hilfe verantwortlich. Zu Beginn des Jahres 1947 ging die Kontrolle über das Durchgangslager von der britischen auf die deutsche Verwaltung über, zunächst auf das Regierungspräsidium Hildesheim und seit 1948 auf das niedersächsische Flüchtlingsministerium.²² Im Oktober 1945 arbeiteten 520 Angestellte und zahlreiche Freiwillige in Friedland. In den nächsten Jahren wurden die Stellen reduziert, bis 1949 nur noch 216 Personen im Lager tätig waren.²³

Nach dem Grenzübertritt von der sowjetischen in die britische Besatzungszone bei Besenhausen stand den nach Niedersachsen einreisenden Menschen ein ca. 5 Kilometer langer Fußweg bis nach Friedland bevor; für Verletzte und Erschöpfte standen Transportmöglichkeiten zur Verfügung.²⁴ Das Lager war schon äußerlich als Institution mit Zwangscharakter zu erkennen: Es war von Stachel-

drahtzäunen umgeben, der Einlass erfolgte an einem Schlagbaum und alle Mitarbeiter im Lager hatten stets einen Ausweis mitzuführen, der ihre Berechtigungen deklarierte. Für die in Friedland Ankommenden führte der erste Weg im Lager zur Registrierung, wo sie einen Handzettel mit Informationen über die Abläufe im Lager erhielten.²⁵ Der Lagerbefehl Nr. 1 vom 26. September 1945 schilderte den idealtypischen Ablauf bei der Ankunft im Durchgangslager:

- „ 1. Einlieferung durch LKW
2. Ausladung
3. Registrierung in Zelten
4. Aushändigung von Verpflegungskarten für das Lager nach Vorlage des Registrierungscheins oder eines Passierscheines
5. Abstempelung dieser Scheine
6. Entlassung, daselbst Abstempelung der Verpflegungskarte, sonst keine Ausgabe von Verpflegung
7. Aufenthalt im Lager bis Flüchtlinge durch Lautsprecher zur Abreise abgerufen werden
8. Ausschleusung der Flüchtlinge mit Hilfe der Soldaten
9. Lösen der Fahrkarten im Laufe des Tages
10. Abfertigung und Abgabe des Gepäcks ebenfalls im Laufe des Tages.“²⁶

Der anfangs chaotische und fehleranfällige Registrierungsprozess wurde nach und nach systematisiert und ausdifferenziert. Dies nahm mehr Zeit in Anspruch und führte dazu, dass sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer verlängerte. Übernachtungen, die im Lagerbetrieb zunächst gar nicht vorgesehen waren, wurden nun unvermeidbar. In den ersten Jahren blieben die Unterkünfte für die Ankommenden wie auch für das Lagerpersonal sehr einfach. Beispielsweise hatten nur die Nissenhütten für das weibliche Personal einen Fußboden; Bettwäsche und Decken waren nicht vorhanden, so dass die Durchreisenden auf Strohsäcken übernachteten mussten. Britische Beobachter konstatierten im Februar 1946: „No amenities exist and the accommodation in general is of a very rough and ready type. Refugees, however, can rest in the dry and warmth and suffer no great hardships during their brief stay in the Camp.“²⁷ Erst im Jahr 1948 erhielten die Nissenhütten Fußböden aus Zement und wurden die Strohsäcke gegen Betten ausgetauscht.

An die Registrierung schlossen sich die Erstversorgung mit Lebensmitteln und Kleidern, medizinische Untersuchungen sowie die Regelung der Weiterfahrt an. Genauso wie die administrativen Prozesse wurden auch diese Versorgungsleistungen im Laufe der Zeit ausgebaut. Der gesundheitlichen

Abb. 3

Vor der Essensausgabe im Grenzdurchgangslager Friedland, 1947

© Innere Mission e. V. /
Museum Friedland.
Fotograf*in unbekannt



Überprüfung und ärztlichen Versorgung der in Niedersachsen Eintreffenden wurde von Seiten der britischen Militärverwaltung eine besonders große Bedeutung zugemessen.²⁸ Die Desinfektion von Menschen und Gepäckstücken wurde sorgfältig durchgeführt. Ansteckende Krankheiten bzw. Verdachtsfälle führten zur Isolation der betreffenden Person und waren sofort der Militärregierung zu berichten. Kranke wurden in Krankenhäuser in der Umgebung gebracht. Der Gesundheitszustand der Ankommenden und somit die physischen Schäden von Flucht, Vertreibung und Kriegsgefangenschaft wurden genau dokumentiert. Beispielsweise litten 40 % der in Friedland Ankommenden, die zwischen Dezember 1945 und November 1946 in das Krankenhaus Göttingen-Rohns eingeliefert wurden, unter Erschöpfungszuständen und Hungerschäden.²⁹ Die Mahlzeiten, die in Friedland für 20 Pfenning ausgegeben wurden, entsprachen den Rationen der einheimischen Bevölkerung; das Frühstück umfasste zum Beispiel: „Brot 178.5g, Fleisch 10g, Fett 8.3g, Marmelade 16.1g.“³⁰ Der Landkreis Göttingen war für die Beschaffung von Lebensmitteln für mehrere Tausend Menschen pro Tag zuständig – eine herkulische Aufgabe in der Mangelsituation nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.³¹

Im Sommer 1946 konnte die Kantine in Friedland 6.000 Personen mit warmem Essen versorgen, wenn die zugeteilten Kohlen dafür ausreichten. Eine zentrale Rolle bei der Betreuung und Versorgung der Ankommenden spielten die in Friedland tätigen Wohlfahrtsverbände. Ende 1945 nahmen die Caritas, die Innere Mission und das Deutsche Rote Kreuz die Arbeit auf, hinzu kamen die britische Heilsarmee und der *International Voluntary Service for Peace*. Ihre karitativen Angebote, die seelsorgerische Betreuung und die Verteilung von Spenden, etwa über die Kleiderkammer, milderten viele Härten der ersten Jahre. Eine weitere Anlaufstation für die in Friedland Ankommenden war der Suchdienst, der schon kurz nach der Eröffnung des Lagers die Arbeit aufgenommen hatte.³² Am Ende des Zweiten Weltkriegs suchte rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung nach Angehörigen, von denen sie durch Kriegshandlungen, Evakuierung, Flucht und Vertreibung sowie Kriegs- und Zivilgefangenschaft getrennt worden waren. Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) befragte mit Hilfe eines systematischen Verfahrens die das Lager Durchlaufenden zu Informationen nach vermissten Personen und nahm wiederum ihre Suchanträge entgegen. Die Trefferquote erhöhte sich signifikant, als im Januar 1948 die Suche mittels Fotografien eingeführt wurde.

Nach der Versorgung in Friedland wurden die hier Registrierten schnellstmöglich an andere Orte in

Niedersachsen bzw. in andere Besatzungszonen weiter- und rückgeleitet oder reisten auf eigene Faust weiter. Allein zwischen September 1945 und Juli 1946 starteten am Friedländer Bahnhof 512 Sonderzüge; zusätzlich nutzten eine halbe Million Menschen den regulären Bahnbetrieb.³³ Für viele Menschen, die über das Lager Friedland nach Niedersachsen kamen, war es – ganz gemäß seiner Funktion – nur ein Durchgangsort, den sie auf dem Weg zu ihrem eigentlichen Ziel rasch wieder verließen. Für andere wiederum markierte der Aufenthalt in Friedland den Beginn eines neuen Lebens.

Das Durchgangslager Friedland in der öffentlichen Wahrnehmung

Mitte Januar 1946 schilderte David L. Sainty, Mitarbeiter des *International Voluntary Service for Peace*, die Lage in Friedland äußerst negativ: „The work doesn't get done and the camp hardly progresses beyond the mess and chaos of the bad old days in the old camp.“³⁴ Die Situation besserte sich aber schon ab Februar 1946, als ein *Refugee Detachment* der britischen Militärverwaltung mit dem Bau neuer Wege und Gebäude begann. Die deutsche Lagerverwaltung funktionierte dagegen erst im dritten Anlauf: Der erste Lagerleiter Johannes Erasmus schien wenig Eignung für seinen Posten zu haben und wurde nach knapp vier Monaten im Dienst entlassen. Sein Nachfolger Gustav Heydenreich war am Schwarzmarkthandel in der Region beteiligt und wurde nach nur zwei Monaten aus dem Amt entfernt. Dem im April 1946 zum Lagerleiter ernannten Richard Krause war es ein besonderes Anliegen, das Bild des Lagers in der Öffentlichkeit zu korrigieren und den guten Ruf der Institution aufzubauen – und dies, obwohl Lager in der Nachkriegszeit aufgrund der oft katastrophalen baulichen und hygienischen Bedingungen ein schlechtes Image hatten.³⁵ Die positive Wahrnehmung des Lagers Friedland in der Region wurde zum einen dadurch befördert, dass die kurze Verweildauer Konflikte zwischen Ankommenden und Einheimischen minimierte,³⁶ zum anderen durch die öffentlichkeitswirksamen Werbe- und Spendenaktionen der Wohlfahrtsinstitutionen vor Ort. Zwar waren die in Friedland wahrgenommenen Aufgaben direkt auf die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik und den Vernichtungskrieg in Ost- und Südosteuropa zurückzuführen, doch in der Selbstwahrnehmung ebenso wie in der Öffentlichkeit dominierte der Fokus auf deutsche Opfer des Krieges. Die Lagerleitung und die Wohlfahrtsinstitutionen betonten die Bedeutung ihrer Arbeit als humanitäre Hilfe an leidenden Mitbürgern und verbreiteten ein Bild des Lagers Friedland als Ort, an dem Flüchtlingseleid überwunden werde. Der Lagerleiter Krause verfolgte die Berichterstattung über das Lager genau mit und intervenierte aktiv

bei Pressedarstellungen, die als unzutreffend wahrgenommen wurden. Positiv wirkte sich zudem die voranschreitende Professionalisierung der Institution aus: Ab 1950 wurden die bis dato blechernen und hölzernen Unterkünfte durch feste Gebäude ersetzt, von denen es auf einem Gelände von 76.000 m² bereits 267 Stück gab. Das Göttinger Tageblatt konstatierte, das Lager sei „ein kleines Gemeinwesen mit eigener Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie Kanalisation“³⁷ geworden.

Das Durchgangslager Friedland nach 1949

Die meisten Durchgangslager der Nachkriegszeit waren nur in regionalen Kontexten relevant und wurden nach dem Versiegen der Vertriebenentransporte geschlossen. Das Lager Friedland hingegen, das in den Nachkriegsmonaten als Übergangslösung und Provisorium gegründet worden war, konnte nach dem Ende von Flucht und Vertreibung als letztes Entlassungslager für Kriegsgefangene seine Daseinsberechtigung noch weiter verlängern und dank dieser Funktion in den Fokus nationalen Interesses rücken. Die soziale Brisanz der Rückkehr deutscher Kriegsgefangener resultierte in hoher gesellschaftlicher Aufmerksamkeit und intensiver medialer Berichterstattung über die Heimkehrertransporte, die zwischen 1946 und 1955/56 in Friedland eintrafen. Insbesondere in den 1950er Jahren verdichtete sich der erinnerungskulturelle Diskurs um das Lager Friedland. Nicht zuletzt die

symbolische Aufladung des Ortes hat zu seinem kontinuierlichen Fortbestand beigetragen. Infolge der Trennung Europas durch den Eisernen Vorhang wurde in den 1950er Jahren eine weitere Aufgabe für das Durchgangslager relevant. Ungefähr 4 Millionen Deutsche und „Volksdeutsche“ lebten auch nach dem Ende der Vertreibungen und Umsiedlungen in den Ländern Ost-, Ostmittel- und Südeuropas. Viele von ihnen kamen seit 1950 – zunächst im Rahmen der *Operation Link* – als Aussiedler in die Bundesrepublik.³⁸ Diese organisierte Umsiedlung von Menschen sollte Familien wieder zusammenführen, die während des Krieges und in den Nachkriegswirren auseinandergerissen worden waren. Über Jahrzehnte blieb die Aufnahme von Aussiedlerinnen und Aussiedlern – und seit 1993 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern – die zentrale Aufgabe des Grenzdurchgangslagers Friedland. Vereinzelt erfolgte die Aufnahme internationaler Flüchtlinge, etwa Ungarn 1956, Chilenen 1974 und Vietnamesen 1978. Heute ist das Grenzdurchgangslager die einzige Aufnahmeeinrichtung des Bundes für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer. Zugleich ist es als Erstaufnahmeeinrichtung der Landesaufnahmehbehörde Niedersachsen zuständig für die Aufnahme von Schutzsuchenden aus aller Welt, die als Asylsuchende sowie Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement- und Humanitären Aufnahmeprogrammen nach Deutschland kommen.

1 Zum Themenkomplex vgl. überblicksweise Mathias Beer, *Flucht und Vertreibung der Deutschen*, München 2011 und Peter Gatrell, *The Making of the Modern Refugee*, Oxford 2013, S. 89-117.

2 Zur demographischen Entwicklung in Niedersachsen vgl. Peter Marschalck, *Bevölkerung und Wanderung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, in: Klaus J. Bade (Hrsg.), *Fremde im Land. Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, Osnabrück 1997, S. 45-75, hier S. 47-54.

3 Die Situation im Raum Göttingen im ersten Nachkriegssommer schildert Sascha Schießl, „Das Tor zur Freiheit“. *Kriegsfolgen, Erinnerungspolitik und humanitärer Anspruch im Lager Friedland (1945-1970)*, Göttingen 2016, S. 72-85.

4 Hierzu vgl. Ray M. Douglas, *Orderly and Humane. The Expulsion of the Germans after the Second World War*, New Haven 2012.

5 Bericht der Militärregierung Hildesheim vom 8.9.1945, zitiert nach Dagmar Kleineke, *Entstehung und Entwicklung des Lagers Friedland 1945-1955*, Dramfeld 1994, S. 7.

6 Neben Friedland befanden sich weitere Durchgangslager in Lüneburg, Uelzen, Wittingen, Gifhorn, Braunschweig, Goslar, Osterode, vgl. Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, S. 76.

7 Merkblatt für Flüchtlinge des Oberpräsidenten der Provinz Hannover vom 5.10.1945, NLA-HStAH Nds. 386 16/83 Nr. 13.

8 Zur Baugeschichte des Lagers vgl. Kleineke, *Entstehung und Entwicklung*, S. 32-42.

9 *War Diary der britischen Militäradministration*, The National Archives, WO 171/7915 108.

10 Zum Sprachgebrauch im Lager Friedland vgl. Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, S. 118.

11 Vgl. Kleineke, *Entstehung und Entwicklung*, S. 37-38.

12 Zum Beispiel die *Operations Swallow, Pigeon, Wasp, Eagle* und *Caravan*, vgl. Manfred Wolf, *Operation Swallow. Der Weg von Schlesien nach Westfalen im Jahre 1946*, in: *Westfälische Zeitschrift* 156 (2006), S. 117-138, hier S. 123.

13 Vgl. ebd., S. 125 sowie Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, S. 119.

14 Dienstordnung des Flüchtlingslagers Friedland, gültig vom 1.6.1946, NLA-HStAH Nds. 386 16 / 83 Nr. 7.

15 Zitiert nach Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, S. 124. Hervorhebungen im Original.

16 Vgl. Niedersächsisches Innenministerium (Hrsg.), *Grenzdurchgangslager Friedland 1945-2005*, Hannover 2005, S. 20 / 21. Zur Zuverlässigkeit dieser Zahlen vgl. Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, S. 122.

17 Zitiert nach ebd., S. 121.

18 Vgl. Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, S. 123.

- ¹⁹ Zur Aufnahme von Kriegsheimkehrern in Friedland ausführlich ebd. S. 159-299, generell Michael Borchard, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfragen 1949-1955, Düsseldorf 2000.
- ²⁰ Vgl. hierzu Volker Ackermann, Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961, Osnabrück 1995 sowie Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ / DDR 1945 / 1949-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.
- ²¹ Zur Zusammenarbeit britischer und deutscher Behörden vgl. Kleineke, Entstehung und Entwicklung, S. 49-69.
- ²² Vgl. Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, S. 105.
- ²³ Zur Personalsituation vgl. Kleineke, Entstehung und Entwicklung, S. 43-49.
- ²⁴ Zum Grenzübertritt und zum Transport vgl. ebd., S. 73-81.
- ²⁵ Merkblatt für Flüchtlinge des Oberpräsidenten der Provinz Hannover vom 5.10.1945, NLA-HStAH Nds. 386 16 / 83 Nr. 13.
- ²⁶ Lagerbefehl Nr. 1 vom 26.9.1945, NLA-HStAH Nds. 386 Acc. 16 / 83 Nr. 84.
- ²⁷ Zitiert nach Kleineke, Entstehung und Entwicklung, S. 36.
- ²⁸ Die Dienstordnung des Lagers Friedland vom 30.03.1949 enthält genaue Anweisungen zur gesundheitlichen Betreuung der Flüchtlinge, vgl. NLA-HStAH Nds. 300, Acc 48 / 65, Nr. 159. Zu gesundheitlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen und Friedland vgl. Andrea Riecken, „Der kranke Flüchtling.“ Die gesundheitliche und psychiatrische Behandlung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen, in: Klaus J. Bade / Jochen Oltmer (Hrsg.), Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 2002, S. 101-130.
- ²⁹ Vgl. Riecken, „Der kranke Flüchtling“, S. 113.
- ³⁰ NLA-HStAH Nds.386 16 / 83 Nr. 7, 5.11.1946.
- ³¹ Zu Verpflegung und Bekleidung vgl. Kleineke, Entstehung und Entwicklung, S. 88-90.
- ³² Zum Suchdienst vgl. Monika Ampferl, Verschollen im Zweiten Weltkrieg. Die Entwicklung des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S. 527-542.
- ³³ Vgl. Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, S. 125.
- ³⁴ Zitiert nach ebd., S. 109.
- ³⁵ Zur unterschiedlichen Wahrnehmung verschiedener Lager vgl. Arne Hoffrichter / Sascha Schießl, „Tor zur Freiheit“ – „Schauplatz erschütternder Tragödien“. Die Lager Friedland und Uelzen in der lokalen, niedersächsischen und bundesdeutschen Erinnerungskultur, in: Janina Fuge / Rainer Hering / Harald Schmid (Hrsg.), Gedächtnisräume. Geschichtsbilder und Erinnerungskulturen in Norddeutschland, Göttingen 2014, S. 325-347.
- ³⁶ Die Ausnahme bildete ein von 1949-1952 bestehendes Wohnlager für *Displaced Persons*, die separat von den deutschen Ankömmlingen untergebracht wurden. Sie mussten hier mehrere Monate, in manchen Fällen Jahre verbringen und waren der Lagerleitung, den Wohlfahrtsinstitutionen und auch der einheimischen Bevölkerung ein Dorn im Auge. Rassistische Stereotype und Rhetoriken der NS-Zeit lebten fort in zahlreichen Beschwerden und Verdächtigungen, die gegen die Bewohnerinnen und Bewohner des „Ausländerlagers“ vorgetragen wurden, vgl. Schießl, „Das Tor zur Freiheit“, S. 147-153.
- ³⁷ Zitiert nach Kleineke, Entstehung und Entwicklung, S. 142.
- ³⁸ Zur Operation Link vgl. Sascha Schießl, Im Niemandland. Die „Operation Link“ und der Beginn der Aussiedleraufnahme in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 24 (2016), S. 309-334.

Die wirtschaftliche Integration bis zum „Wirtschaftswunder“

Stina Rike Barrenscheen

Auf dem Weg zur Integration...?

Kaum eine wissenschaftliche Darstellung über die generelle und spezifisch wirtschaftliche Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen beschreibt die Ausgangslage nach 1945 positiv. Mit dem Titel „Deutschlands Problem Nr. 1“¹ bezeichnete der Historiker Andreas Kossert die Flüchtlings- und Vertriebenenbewegung als größtes Problem der deutschen Nachkriegsgeschichte.² Ca. 12-14 Millionen Menschen waren in der letzten Phase des Krieges geflüchtet oder kurz nach Ende des Krieges vertrieben worden, viele von ihnen waren im arbeitsfähigen Alter. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs stellten sich neben gesellschaftlichen und politischen Grundsatzfragen über die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen auch für die Wirtschaft und im speziellen die Arbeitsbeziehungen neue Herausforderungen, die zunächst weniger auf die gesellschaftliche Integration abzielten als vielmehr auf die Handhabung der schier riesigen Größe der neuen Bevölkerungsteile.

Bereits vor den massiven Flüchtlingsbewegungen zu Kriegsende lag der Beschäftigtenanteil von Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 1944 mit acht Millionen bei fast einem Drittel aller Beschäftigten im Deutschen Reich. Ein Großteil davon waren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die – so im Falle des späteren Niedersachsens – unter anderem im Volkswagenwerk in Wolfsburg, aber auch in den Reichswerken Hermann Göring in Salzgitter zur Arbeit gezwungen wurden. Andere waren Zivilistinnen, Zivilisten oder Kriegsgefangene. Für die deutschen Beschäftigten war der Kontakt zu Menschen, die Zwangsarbeit verrichteten, kurz nach Kriegsende zwar alltäglich, jedoch gehörte dies bis in die 1980er Jahre, als erste unternehmenshistorische Studien erschienen, zur verdrängten Geschichte.³ In den nationalsozialistischen Gauen, die auf dem Gebiet des späteren Niedersachsens lagen, waren von 1,8 Millionen Beschäftigten rund 585.000 Fremdarbeiterinnen, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene.⁴ Gänzlich neu waren fremde Arbeitskräfte

demnach nicht, als nach 1945 die vielen Vertriebenen und Flüchtlinge wirtschaftlich integriert werden mussten. Jedoch gab es durch Zerstörung, Mangelwirtschaft und zerrissene Familien zahlreiche andere Hürden, die überwunden werden mussten und aufgrund derer sich die wirtschaftliche Integration nicht einfacher gestaltete.

Während der „Zusammenbruchgesellschaft“⁵ in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der die Wirtschaft zunächst geprägt war von Schwarzmärkten und Tauschhandel, schien die wirtschaftliche Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen zunächst ähnlich jener der einheimischen Bevölkerung. Jedoch war die Notwendigkeit der Eingliederung eine „Zeitbombe im Gebäck des jungen Staates“.⁶

Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen Integration

Auch wenn der Krieg mit großen Menschenverlusten einherging, lebten in der britischen und US-amerikanischen Zone bereits 1947 10,1 Millionen Menschen mehr als vor dem Krieg.⁷ In der unmittelbaren Nachkriegszeit arbeitete ein Großteil der Flüchtlinge und Vertriebenen lediglich für Kost und Logis als Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft. Nicht zuletzt hing dies mit fehlenden arbeitspolitischen Maßnahmen und Verwaltungsstrukturen zusammen, die erst mit der Währungsreform in geordnetem Maße entwickelt wurden.⁸

1946 wurde Niedersachsen gegründet und erste Überlegungen angestellt, die Flüchtlinge und Vertriebenen auf die verschiedenen Bundesländer zu verteilen. Niedersachsen war vorwiegend agrarisch geprägt, jedoch waren auch hier industrielle Ballungsgebiete vorhanden. Verschiedene größere Städte, wie Hannover, Hildesheim, Osnabrück und Braunschweig, erlitten massive Verluste und wiesen eine Zerstörungsrate von bis zu 94 % auf. Durch die vorteilhafte ländliche Struktur sahen die Alliierten in Niedersachsen allerdings einen guten

ersten Ankunftspunkt für die zwangsmigrierte Bevölkerung. Im Vergleich zu anderen Regionen, wie Nordrhein-Westfalen, waren die niedersächsischen städtischen Regionen weniger zerstört und die Ernährungslage war durch die Agrarstruktur im Verhältnis überdurchschnittlich gut. Fernab der Befriedigung von Grundbedürfnissen an Nahrung und einem Dach über dem Kopf war es seit der Gründung des Landes möglich, eine zentrale Verwaltung für Flüchtlingsangelegenheiten in den Bundesländern einzurichten und damit administrative Vorgänge zu etablieren. Erst dann konnte eine gezielte strukturelle Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen organisiert werden, um den dringend notwendigen Schritt der Arbeitsplatzbeschaffung und innerbetrieblichen Integration geregelt durchführen zu können.⁹ Niedersachsen war dabei eines der Hauptaufnahmeländer. Von den acht Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, die sich insgesamt in der US-amerikanischen und der britischen Besatzungszone aufhielten, nahm Niedersachsen zwei Millionen auf. Ihr Bevölkerungsanteil lag bei 27 % und somit lag das junge Bundesland an zweiter Stelle der Hauptflüchtlingsländer nach Schleswig-Holstein.¹⁰

Ein Blick auf die regionalen Verteilungen der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen in Bezug auf die potenzielle wirtschaftliche Integration zeigte zu Beginn der 1950er Jahre die gleichen Verteilungen wie vor 1945. Die Mehrheit der Neubürgerinnen und Neubürger konzentrierte sich auf Regionen, die bereits vor 1933 industrielle Hochburgen waren. Dies traf insbesondere auf die Region um Hannover zu. Bereits vor dem Dritten Reich setzte hier also ein Strukturwandel ein, der die Integration nach 1945 einfacher gestaltete als in strukturschwächeren Regionen, wie v. a. in Lüneburg und vielen Kreisen in Westniedersachsen.¹¹

Zwar wählten die Alliierten Niedersachsen gerade aufgrund seiner ländlichen Gebiete und der dadurch verhältnismäßig guten Ernährungslage als eines der Hauptflüchtlingsländer aus, die Arbeitsintegration war in den städtischen Regionen jedoch leichter zu gestalten.¹² Hinzu kam, dass die wirtschaftliche Integration regional unterschiedlich schnell voranschritt. Darüber hinaus ist ein West-Ost-Gefälle zu beobachten (vgl. Abb. 2, S. 19), in dem der Westen primär landwirtschaftlich, der Osten industriell geprägt war.¹³

Trotz vieler kontrollierter Umverteilungsversuche der Militärregierung, die die Flüchtlinge und Vertriebenen auf Gesamtniedersachsen verteilen wollte, konnte eine schnelle Lösung der Situation gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht gewährleistet werden. Es wurde versucht, einen

Großteil der Flüchtlinge und Vertriebenen gezielt in den Westen des Landes zu lenken. Dies scheiterte häufig am Widerstand der Betroffenen, die im Falle einer Umsiedlung wieder ins östliche Niedersachsen zurückkehrten. Es können dafür insbesondere zwei Faktoren genannt werden: Zum einen siedelten sich die geflohenen Landwirte aus Ostpreußen und Pommern möglichst nah an der Grenze zur sowjetischen Besatzungszone an, um auf kürzestem Wege wieder zu ihren Höfen zurückkehren zu können, sobald dies wieder möglich wäre. Einen weiteren Grund stellte die industriell gute Ausstattung der Regionen um Hannover, Braunschweig und Wolfsburg dar, in der es bessere Arbeits- und Absatzmöglichkeiten gab als etwa in den Regionen Aurich, Osnabrück oder Lüneburg, aus denen viele Flüchtlinge bald wegzogen.¹⁴

In Niedersachsen war die Hälfte der Flüchtlinge und Vertriebenen in Gemeinden untergekommen, die weniger als 2.000 Einwohner hatten. Dadurch, dass Niedersachsen im Verhältnis viele Vertriebene und Flüchtlinge aufnahm, war das Arbeitskräftepotential der zu integrierenden Neubevölkerung nicht so schlecht, wie zunächst vermutet, was v. a. an dem verhältnismäßig jungen Alter der Neubürgerinnen und Neubürger lag. Die Flüchtlingsbevölkerung war insgesamt deutlich jünger als die einheimische.¹⁵

Auch gestaltete sich der Grad der wirtschaftlichen Integration unterschiedlich. In der unmittelbaren Nachkriegszeit unterschied sich die Ausgangslage von Einheimischen sowie Flüchtlingen und Vertriebenen kaum. Die gesamte Bevölkerung war auf Selbstversorgung und Hamsterfahrten angewiesen. Auch die Flüchtlinge und Vertriebenen „arbeiteten“ zunächst als Selbstversorger, dabei wurden insbesondere Gemüse und Tabak angebaut, letzteres diente als Tauschmittel für den Schwarzmarkt. Der große Mangel an Alltagsgegenständen führte dazu, dass der tägliche Bedarf improvisiert werden musste – so wurden beispielsweise Radkappen zu Kochtöpfen umgebaut. Diejenigen, die bereits in Betrieben untergekommen waren, arbeiteten Extraschichten für Tauschwaren, da die alte Reichsmark keinen realen Wert mehr hatte.¹⁶

Obwohl die Währungsreform häufig als wichtiger Meilenstein auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft genannt wird, gestaltete sie sich insgesamt janusköpfig: Das eine Gesicht zeigt die insgesamt positive Auswirkung auf den gesamtwirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik, da mit der Währungsreform das „Wirtschaftswunder“ der 1950er und 1960er Jahre eingeleitet wurde. Darüber hinaus gab es wieder eine feste Währung, der ein Wert zugeschrieben werden konnte.¹⁷ Mit dem Leitsatzgesetz, das die Währungsreform regelte, war es

insgesamt wieder möglich, Güter im freien Verkauf zu erwerben und so einen Schritt in Richtung einer funktionierenden Marktwirtschaft zu gehen.¹⁸

Das zweite Gesicht zeigt die Schattenseite: Obwohl auch die Flüchtlinge und Vertriebenen die Währungsreform zunächst für einen wichtigen Schritt zur Besserung ihrer Arbeitsmöglichkeiten hielten, gestaltete sie sich für diesen nicht vollständig integrierten Bevölkerungsteil in besonderem Maße schwierig. In ihr offenbarten sich viele noch ungeklärte Rahmenbedingungen dieser Bevölkerungsgruppe. Die teilweise Aufhebung der Bewirtschaftung, mit der die Alliierten die Rohstoff- und Nahrungsverteilung regelten, Hortungstendenzen und die Abwertung von Ersparnissen warfen die wirtschaftliche Integration abermals zurück. Dies galt zwar für Ost- wie Westdeutsche gleichermaßen, die Flüchtlinge und Vertriebenen waren davon jedoch besonders betroffen, da sie auf dem Arbeitsmarkt häufig größere Nachteile hinnehmen mussten. Der Leiter der Bezirksflüchtlingsämter für die Region Celle und spätere Minister für Flüchtlingsangelegenheiten Heinrich Albertz wies darauf hin, dass die Aussage, jeder sei nach der Währungsreform gleich auf, eine „zynische Behauptung“ in Bezug auf die Flüchtlinge und Vertriebenen gewesen sei.¹⁹ Albertz setzte sich als Reaktion auf die schlechte Lage seiner „Schützlinge“ für die Etablierung eines sich aus den eigenen Reihen finanzierenden „Aufbau-Selbsthilfe-Fonds“ ein, der vom Landesflüchtlingsrat am 28. Dezember 1948 ins Leben gerufen wurde.²⁰ Da es ebenso an klaren Regeln und Informationen für die wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen fehlte, nahm der Großteil der Flüchtlinge und Vertriebenen vom Staat ermöglichte Finanzierungen, wie u. a. die Existenzgründungsdarlehen, häufig nicht in Anspruch, weil die Rückzahlungsmodalitäten unklar blieben.²¹ In diesen Fällen waren die staatlichen Behörden und Einrichtungen zu sehr damit beschäftigt, andere kriegsbedingte Folgen zu beheben, als sich vorrangig mit der Flüchtlingsintegration zu befassen.

Regionale Faktoren und Ausmaße der wirtschaftlichen Integration

Darüber hinaus ergaben sich weitere Probleme, die eine schnelle und reibungslose Integration erschwerten. Als eines der Hauptzuwanderungsländer hatte Niedersachsen das Problem, den Zustrom und damit die potenziellen Arbeitskräfte zu regulieren. In den ersten Nachkriegsjahren wurde die Arbeitsintegration von den Militärregierungen kaum reguliert bzw. war die Regulation unter den verwaltungstechnischen Nachkriegsbedingungen kaum möglich. Das Oberpräsidium in Hannover hatte schlicht nicht die Mittel für eine übergeord-

nete Koordination und befugte die unterstehenden Behörden der jeweiligen Kreise. In den Kreisflüchtlingsämtern wurde alles versucht, um die Flüchtlinge und Vertriebenen sinnvoll zu integrieren, indem sie durch ihre Arbeitskraft der Wirtschaft beim Wiederaufbau halfen. Innerhalb dieser Ämter wurde es damit die Aufgabe der Kreise selbst, dass sie die ihnen zugeteilten Flüchtlinge in das Wirtschaftsleben eingliederten. Hier machten sich regionale Unterschiede bemerkbar. Dadurch, dass Niedersachsen insgesamt kein hochindustrialisiertes Land war, gab es wenige industrielle Zentren, in denen sich im Laufe der wirtschaftlichen Integration viele Flüchtlinge und Vertriebene im Erwerbsleben wiederfanden.²²

Gerade der Nordosten Niedersachsens hatte die schwerwiegendsten Probleme der Wiedereingliederung in das Erwerbsleben. Dadurch, dass im Osten Niedersachsens viele Flüchtlinge und Vertriebene sesshaft wurden, entstanden regelrechte Ballungszentren. Im industriearmen Nordosten war es dementsprechend eine größere Herausforderung, Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen und zur Verfügung zu stellen. In Lüneburg, das ohnehin durch die große Anzahl an Flüchtlingen und Vertriebenen ein großes Problem mit der administrativen Verwaltung hatte, gab es kaum Möglichkeiten, Arbeitsplätze bereitzustellen und die Neubürgerinnen und Neubürger beruflich einzugliedern. Einige hatten die Möglichkeit, Hilfsarbeiten in der Landwirtschaft zu übernehmen, was ihnen im Gegenzug zusätzliche Lebensmittel einbrachte.²³ Da die Landwirtschaft insgesamt bei immer noch fehlenden Ressourcen mit Arbeitskräften völlig überbesetzt war, stellte dies für manche einen Glücksfall dar. Einen Ausweg boten die anstehenden Notstandsarbeiten, wie unter anderem der Straßenbau, in dem viele Flüchtlinge und Vertriebene als Arbeitskräfte eingesetzt wurden.²⁴ Darüber hinaus blieb die ohnehin erhöhte Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen und Vertriebenen in Lüneburg bis in die 1950er Jahre höher als im Bundesdurchschnitt.²⁵ Allerdings zeigten die Forschungen über den Kreis Dannenberg, dass die Bandbreite an erlernten Berufen der Neubürgerinnen und Neubürger gar nicht so eingeschränkt war, wie es die verfügbaren Arbeitsplätze vermuten ließen. Neben Land- und Industriearbeitern waren auch Schreibkräfte, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende nach Deutschland gekommen, die in den ersten Jahren berufsfremd arbeiteten.²⁶ In Lüneburg, so zeigen es Erhebungen aus dem Jahr 1946, war zwar die generelle wirtschaftliche Integration eher im unteren Bereich angesiedelt, jedoch konnte für den Verwaltungsbezirk bilanziert werden, dass hier viele geflüchtete und vertriebene Beschäftigte in ihren ursprünglichen Berufen arbeiteten.²⁷

Abb. 1

Baracken in Wolfsburg, in denen Flüchtlinge und Vertriebene untergebracht wurden. Durch die generelle Wohnungsnot waren dort auch andere Zugereiste untergebracht.

© Volkswagen Aktiengesellschaft



In Bezug auf Arbeitsmöglichkeiten war das Hauptflüchtlingsland Niedersachsen im Bundesvergleich durch die überwiegende Agrarstruktur im Nachteil. An Nordrhein-Westfalen und vor allen Dingen natürlich an das Ruhrgebiet kam Niedersachsen nicht heran.²⁸ Eine größere Ausnahme stellte dabei der ländliche Landkreis Gifhorn dar, da in Wolfsburg das Volkswagenwerk Facharbeiterinnen und Facharbeiter suchte. Ähnlich sah die Situation im angrenzenden Braunschweig und dem nicht weit entfernten Hannover aus.²⁹ Gifhorn verzeichnete im Juni 1948 eine einheimische Bevölkerung von 76.643 Einwohnern, 2.581 Ausländern und 62.490 Flüchtlingen. Dabei hatte ein Großteil der letztgenannten bereits wieder Arbeit, wenn auch nicht unbedingt in den jeweils gelernten Berufen. Gifhorn war ein „Allroundtalent“ der wirtschaftlichen Integration. Während auch in diesem Landkreis die Landwirtschaft einen erheblichen Anteil an der Integration in das Arbeitsleben darstellte, war es durch die Nähe zu Volkswagen und den Unternehmen der Stadt Braunschweig ebenfalls eine Region mit Arbeitsplätzen in der Industrie.³⁰

In der ehemaligen „Stadt des KdF-Wagens“, in der bereits seit 1938 Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter untergebracht waren, gestaltete sich die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen spezifischer als in den ländlichen Regionen um Lüneburg und Dannenberg. Die am 25. Mai 1945 in „Wolfsburg“ umbenannte Stadt verzeichnete die

pluralistischste wirtschaftliche Integrationsgeschichte Niedersachsens. Als Ort, der erst mit dem Bau des Werkes für die Produktion des „KdF-Wagens“ zur Stadt wurde, gestaltete sich die Bevölkerungszusammensetzung nach 1945 überwiegend aus Menschen, die nicht in der näheren Umgebung des nächstgelegenen Fallersleben aufgewachsen waren. 1960 waren die „wolfsburgnah“ aufgewachsenen Bürgerinnen und Bürger mit einem Anteil von 10 % an der gesamten Wolfsburger Bevölkerung in der Minderheit. Zwei Drittel der Wolfsburger Bevölkerung kam aus Gebieten jenseits des Eisernen Vorhangs. Gerade das Beispiel Wolfsburg und insbesondere Volkswagen zeigt, dass die Integration der gesamten deutschen Bevölkerung sich nicht zwingend von der Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen unterschied. Strukturell und demographisch war Wolfsburg auch noch in den 1950er und 1960er Jahren geprägt durch Arbeiterinnen und Arbeiter, junge Menschen sowie Vertriebene und Flüchtlinge.³¹

Volkswagen wurde das Wahrzeichen des deutschen „Wirtschaftswunders“. Das kam nicht zuletzt auch den Flüchtlingen und Vertriebenen zugute. Allerdings wirkte sich die „Auto-Stadt“ nicht nur positiv auf das Arbeitsmarktgeschehen für sie aus. Auch in Wolfsburg und dem Kreis Gifhorn lag zu Beginn der 1950er Jahre der Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge an der Gesamtzahl der Erwerbslosen über dem Bundesdurchschnitt. Die Unterbringung

Abb. 2

Baracken am Laagberg ca. Anfang der 1960er Jahre; im Hintergrund das Volkswagen Verwaltungshochhaus

© Volkswagen Aktiengesellschaft



erfolgte zunächst pragmatisch in den ehemaligen Zwangsarbeiterbaracken, in denen einige der Verfolgten und Flüchtlinge noch in den späten 1950er Jahren lebten. Die letzten Baracken am Laagberg wurden erst Mitte der 1960er Jahre abgerissen.

Der nur langsam voranschreitende Wohnungsbau war eine zusätzliche Hürde bei der Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Der allgemeine Wohnungsbau intensivierte sich in Wolfsburg in den frühen 1950er Jahren und es entstanden für das Jahrzehnt typische Siedlungen und Wohnblocks.³²

Fernab der größeren Industrien geschah die Integration vor allem im Handwerk und in der Landwirtschaft. Handwerker waren gerade beim Wiederaufbau der Städte wichtige Arbeitskräfte. Das allgemeine Streben nach der Gleichstellung der Flüchtlinge und Vertriebenen, aber auch der Eingliederungswille ebenjener, setzte den Aufbau sozialer Netzwerke voraus.³³ Im Kreis Fallingbommel wurde die „Flüchtlingsfrage“ angeregt diskutiert und es fehlte dabei nicht an extremen Einstellungen zur Lösung des Problems. Bereits im sehr kalten Herbst und Winter 1946/47 verschärften sich die Probleme, da die Kombination aus Mangel an Nahrungsmitteln, Kleidung und der Kälte die sozialen Probleme noch einmal deutlicher werden ließ.³⁴

Einige der Flüchtlinge und Vertriebenen versuchten über offizielle Stellen ihre schlechten Arbeitsbedingungen kundzutun. Eine Flüchtlingsfrau aus dem Kreis Fallingbommel wandte sich mit einem Schreiben an den niedersächsischen Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Hinrich Wilhelm Kopf, der 1945 von der britischen Militärregierung eingesetzt worden und im Zuge dessen maßgeblich am Aufbau des Landes Niedersachsens beteiligt war.³⁵ In diesem Brief wird deutlich, wie ungleich die neue Bevölkerungsgruppe in der einheimischen Gesellschaft behandelt wurde. Die Frau arbeitete bei einem Bauern ohne Vergütung, Bezugsscheine bekam sie ebenso keine. Sie formulierte ihre Sorgen und Bitten an Kopf, da sie von ihm, der ebenfalls Vertriebener war, das größte Verständnis erwartete.³⁶

Der erzwungene Zuzug von 12 Millionen Menschen bedeutete für die Wirtschaft in Deutschland, aber auch speziell in Niedersachsen, vor allem einen Prozess der beschleunigten gewerblichen Verdichtung.³⁷ Gerade in den anfänglichen Integrationsbemühungen bis zur Währungsreform wurde darüber hinaus schnell ersichtlich, dass es eine Schere gab zwischen im Handwerk ausgebildeten Zugewanderten und Menschen, die zuvor als Beamte, Angestellte oder Kaufleute gearbeitet hatten. Mit diesen nicht



handwerklichen Berufen konnten anfangs nur wenige wieder in das Berufsleben einsteigen, da sie prima vista nicht dem Wiederaufbau bzw. der generell wirtschaftlichen Aufbauphase dienten. Auch hier spielte die Wohnungssituation eine wesentliche Rolle, da durch die generelle Wohnungsnot potenzielle Arbeitsräume für Ärztinnen, Ärzte, Vertreterinnen und Vertreter ähnlicher Berufe ebenfalls Mangelware waren.³⁸

Gelungene wirtschaftliche Integration?

Die Geschichte des Landes Niedersachsen ist ebenso eine Geschichte der wirtschaftlichen Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen. Die Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gelang am besten, wenn die einheimische Bevölkerung bereits Erfahrungen mit Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern in der Region hatte.³⁹ Die für die wirtschaftliche Integration notwendigen administrativen Strukturen konnten erst ab der Währungsreform aufgebaut werden. Bis dahin standen insbesondere landwirtschaftliche Hilfsarbeiten und Wiederaufbauarbeiten im Vordergrund.

Dass der Wiederaufbau auch ohne Flucht und Vertreibung vorangeschritten wäre, ist sicherlich keine falsche Annahme. In der Fachwissenschaft wird jedoch davon ausgegangen, dass die Kennzeichen des bundesdeutschen Wiederaufbaus, wie die Leistungsorientierung, ohne die hohe Mobilität erst sehr viel später zu Tage getreten wären. Nicht zuletzt trieb die wirtschaftliche Integration die Verstädterung voran, erhöhte die Mobilität im Arbeitskontext und intensivierte den Wettbewerb. Die staatlichen Maßnahmen zur (wirtschaftlichen) Integration flankierten diese Entwicklungen.⁴⁰ Inwieweit dieser Teil der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte zu einer beschleunigten wirtschaftlichen und arbeitstechnischen Integration führte oder diese eine Triebkraft des Rekonstruktionsprozesses war, ist schwer zu benennen und zu bemessen. Dass die vielen zusätzlichen Arbeitskräfte zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen haben, kann dabei zwar vermutet, aber nicht ohne Weiteres belegt werden. Eine ökonomische Kosten-Nutzen-Rechnung, in der ein wirtschaftlicher Beitrag gegen entstandene Versorgungskosten aufgewogen werden, steht noch aus.⁴¹

¹ Andreas Kossert, *Kalte Heimat: Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, Bonn 2008, S. 87. Jochen Oltmer, *Migration: Geschichte und Zukunft der Gegenwart*, Darmstadt 2017, S. 153.

² Kossert, *Heimat*, S. 87.

³ Vgl. Klaus J. Bade / Jochen Oltmer, Einführung: Einwanderungsland Niedersachsen – Zuwanderung und Integration seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Klaus J. Bade / Jochen Oltmer (Hrsg.), *Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, Osnabrück 2002, S. 11-37, hier S. 12 / 13. Informationen zu Volkswagen und Zwangsarbeit vgl. Hans Mommsen / Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf³ 1997.

⁴ Vgl. Doris von der Brölie-Lewien, Im Spannungsfeld zwischen Beharrung und Wandel: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, Ausgebombte und Flüchtlinge in ländlichen Regionen Niedersachsens, in: Frank Bajohr (Hrsg.), *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, Hamburg 1993, S. 349.

⁵ Zu den Merkmalen der „Zusammenbruchsgesellschaft“ vgl. Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung: deutsche Geschichte 1945-1955*, Göttingen 1991, S. 37-65.

⁶ Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer: Gründerjahre der Republik. 1949-1957*, Wiesbaden 1981, S. 120.

⁷ Vgl. Joachim von Merkatz / Wolfgang Metzner, *Deutschland Taschenbuch*, Berlin 1954, S. 12.

⁸ Vgl. Oltmer, *Migration*, S. 157.

⁹ Vgl. Bernhard Parisius, „Dass man natürlich in der Stadt mehr Möglichkeiten hat, das zu verwirklichen, was man will, ist klar.“ Integrationen in Niedersachsen und Hamburg, in: Martina Krauss (Hrsg.), *Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945*, Göttingen 2008, S. 98 / 99.

- ¹⁰ Vgl. ebd., S. 93.
- ¹¹ Vgl. ebd., S. 95.
- ¹² Vgl. Bade, Oltmer, Einführung, S. 14 / 15.
- ¹³ Vgl. Werner Abelshäuser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte: von 1945 bis zur Gegenwart, München 2011, S. 321.
- ¹⁴ Vgl. Bernhard Parisius, Viele suchten sich ihre neue Heimat selbst. Flüchtlinge und Vertriebene im westlichen Niedersachsen, Aurich 2004, S. 41. Dieter Brosius, Zur Lage der Flüchtlinge in Niedersachsen nach 1945, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 55 (1983), S. 99-113, S. 109.
- ¹⁵ Vgl. Bade, Oltmer, Einführung, S. 16.
- ¹⁶ Vgl. Doris von der Brelie-Lewien, „Dann kamen die Flüchtlinge“: der Wandel des Landkreises Fallingb. vom Rüstungszentrum im „Dritten Reich“ zur Flüchtlingshochburg nach dem Zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1990, S. 110/111.
- ¹⁷ Über die gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Währungsreform vgl. Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, S. 120-154. Vgl. ebenso Dirk Berg-Schlosser, Die Konstitution des Wirtschaftssystems, in: Jürgen Becker (Hrsg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979, S. 93-121, hier insb. S. 112-115.
- ¹⁸ Für die Relevanz der Währungsreform für den wirtschaftlichen Wiederaufbau vgl. Werner Abelshäuser, Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945-1953, in: Geschichte und Gesellschaft 5 (1979), S. 208-253, hier S. 236-240.
- ¹⁹ Albertz hier zitiert nach: Dieter Brosius, Zur Lage der Flüchtlinge im Regierungsbezirk Lüneburg zwischen Kriegsende und Währungsreform, in: Dieter Brosius / Angelika Hohenstein (Hrsg.), Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945-1948, Hildesheim 1985, S. 3-89, hier S. 73. Für Informationen über Heinrich Albertz vgl. Reinhard Henkys / Volkmar Deile / Manfred Karnetzki, Und niemandem untertan: Heinrich Albertz zum 70. Geburtstag, Reinbek 1985.
- ²⁰ Vgl. Brosius, Lage (1985), S. 73/74.
- ²¹ Vgl. ebd., S. 72.
- ²² Vgl. ebd., S. 41.
- ²³ Vgl. Brosius, Lage (1985), S. 108 / 109.
- ²⁴ Vgl. Oltmer, Migration, S. 157.
- ²⁵ Vgl. Brosius, Lage (1983), S. 109.
- ²⁶ Vgl. Angelika Hohenstein, Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen im Landkreis Dannenberg 1945-1948, in: Dieter Brosius / Angelika Hohenstein (Hrsg.), Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945-1948, Hildesheim 1985, S. 89-168, hier S. 127.
- ²⁷ Vgl. Monika Uliczka, Berufsbiographie und Flüchtlingsschicksal: VW-Arbeiter in der Nachkriegszeit, Hannover 1993, S. 142.
- ²⁸ Vgl. Bade, Oltmer, Einführung, S. 17.
- ²⁹ Vgl. Brosius, Lage (1985), S. 41.
- ³⁰ Vgl. Uliczka, Berufsbiographie, S. 143.
- ³¹ Vgl. Ulfert Herlyn / Wulf Tassin, Soziale Integration in einer neuen Industriestadt im Wandel, in: Ortwin Reichold (Hrsg.), ... erleben, wie eine Stadt entsteht: Städtebau, Architektur und Wohnen in Wolfsburg 1938-1998. Begleitband zur Ausstellung vom 26. Mai bis 28. August 1998 in der Bürgerhalle des Wolfsburger Rathauses, Braunschweig 1998, S. 186-192, hier S. 186 / 187.
- ³² Vgl. Reichold (Hrsg.), ... erleben, wie eine Stadt entsteht, S. 46-57.
- ³³ Vgl. Norbert Baha, Wiederaufbau und Integration: die Stadt Delmenhorst nach 1945. Eine Fallstudie zur Problematik von Stadtentwicklung und Vertriebeneneingliederung, Delmenhorst 1983, S. 65.
- ³⁴ Vgl. Brelie-Lewien, Flüchtlinge, S. 113.
- ³⁵ Für biografische Informationen zu Hinrich Wilhelm Kopf vgl. Hans Jürgen Rieckenberg, Hinrich Wilhelm Kopf, in: Neue Deutsche Biographie 12 (1980), S. 562-563.
- ³⁶ Vgl. Brelie-Lewien, Flüchtlinge, S. 121.
- ³⁷ Vgl. Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, S. 320/321.
- ³⁸ Vgl. Brosius, Lage (1985), S. 41 / 42.
- ³⁹ Vgl. Parisius, Stadt, S. 96.
- ⁴⁰ Vgl. Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, S. 320/321; Toni Pierenkemper, Einige Bemerkungen zu Vertriebenen und Flüchtlingen in arbeitsmarkttheoretischer Perspektive, in: Rainer Schulze / Doris von der Brelie-Lewien / Helga Grebing (Hrsg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987, S. 168-170, hier S. 170.
- ⁴¹ Vgl. dazu die kurzen Einführungen von: Ulrich Herbert, Zwangsarbeit – Vertriebene – Gastarbeiter: Kontinuitätsaspekte des Wanderungsgeschehens in Deutschland, in: Rainer Schulze / Doris von der Brelie-Lewien / Helga Grebing (Hrsg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987, S. 171-175; Pierenkemper, Einige Bemerkungen, S. 168-170.

Der Streit um den Lastenausgleich.

Die erste Integrationsdebatte der Bundesrepublik

Ewgeniy Kasakow

Die Geschichte von Flucht und Vertreibung im Rahmen der Migrationsgeschichte zu untersuchen, wirkt bis heute provokant. Sowohl in ihrer Selbstwahrnehmung, als auch in der öffentlichen Rezeption sehen sich die Vertriebenen vor allem als Deutsche, die nach Deutschland kamen. Sie verloren ihre Heimat und sind doch zuhause. Heute, wo der im Nachkriegsdeutschland noch sehr präsente Hinweis auf die „Blutszugehörigkeit“ zunehmend als historisch diskreditiert gilt, wird vor allem auf die Abwesenheit von Sprachbarrieren und eine „gemeinsame Kultur“ hingewiesen.

„Überfremdung“ durch „Neubürger“: Konflikte nach der Ankunft

Die Quellen der Nachkriegszeit demonstrieren eindeutig, dass die damals häufig als „Neubürger“ titulierte Vertriebenen durchaus mit den gleichen Problemen konfrontiert waren, die auch aus der Ankunftsgeschichte anderer migrantischer Gruppen bekannt sind. Mittellos, unter Wohnungsnot leidend und ohne Zukunftsperspektiven waren sie nicht selten den Anfeindungen der einheimischen Bevölkerung ausgesetzt.¹

Da viele Städte ausgebombt waren, erfolgte die Unterbringung vor allem im ländlichen Raum, wodurch die Landbevölkerung in den Flächenländern besonders empfänglich für die Antiflüchtlingsrhetorik der lokalen und regionalen Politiker wurde. So provozierte etwa Jakob Fischbacher (1886-1972) von der neugegründeten Bayernpartei 1947 mit seiner Äußerung:

„Wenn ein Bauernsohn eine norddeutsche Blondine heiratet, so ist dies in meinen Augen Blutschande. Die Preußen, dieses Zeugs, und die Flüchtlinge müssen hinausgeworfen werden, und die Bauern müssen dabei tatkräftig mithelfen. Am besten schickt man die Preußen gleich nach Sibirien.“²

Fischbachers Parteikollege Andreas Schachner sprach parteiintern von der Notwendigkeit von „Pogromen“ um „Gerechtigkeit wiederherzustellen“.³

In Schleswig-Holstein und Niedersachsen profitierten die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft⁴ und die Niedersächsische Landespartei / Deutsche Partei⁵ als regionale politische Kräfte von der Antiflüchtlingsstimmung. Mancherorts wurde vor „Überfremdung“ durch die Ansiedlung der immer neuen Flüchtlinge gewarnt.⁶ Auch die großen Parteien schwankten zwischen Interessen der eigenen Wählerschaft unter den Einheimischen und den Bemühungen, die wachsende Gruppe der „Neubürger“ als Wähler zu erschließen. Die Landbevölkerung, auf deren Höfen die meisten Flüchtlinge unterkamen, wurde auch durch die Abgaben im Rahmen des „Soforthilfegesetzes“ belastet. Obwohl die Flüchtlinge faktisch für Kost und Logis in der Landwirtschaft arbeiteten, wurden sie als „fremde Bettler und Zigeuner“, die sich von Soforthilfegeldern „ein angenehmes Leben machen“, beschimpft.⁷ Berichtet wurde auch über Diskriminierungen als „Pollacken“, „Arbeitsscheue“ und „Asoziale“.⁸

Die Gründung eigener Interessensvertretungen war den Vertriebenen durch das Koalitionsverbot der West-Alliierten bis 1949 untersagt. Die soziale Desintegration machte Flüchtlinge und Vertriebene in den Augen ihrer Umgebung zugleich zu einer potentiell gefährlichen Gruppe, von der man von Kriminalität bis hin zur Hinwendung zum politischen Radikalismus alles befürchtete.⁹

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass es – sobald das Koalitionsverbot aufgehoben wurde – nicht nur zur Entstehung von unterschiedlichen Interessenverbänden kam, sondern auch zur

Formierung der eigenen Vertriebenenpartei, dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE).¹⁰ Spätestens damit wurden die Vertriebenen zu einer wichtigen „pressure group“ in der Bundesrepublik.

Die Kosten der Integration

Das „Ringeln um die Form“ (Rüdiger Wenzel) und den Umfang des Lastenausgleichs begann noch vor der Gründung der Bundesrepublik.¹¹ Bereits am 18. Juni 1948 wurde den deutschen Stellen von der amerikanischen und der britischen Besatzungszone per Weisung der Auftrag erteilt, bis zum Jahresende ein Lastenausgleichsgesetz vorzulegen. Doch dies überforderte die Verantwortlichen.¹² Der Termin konnte nicht eingehalten werden und die Frage musste anschließend vom Bundestag in seiner ersten Legislaturperiode diskutiert werden. Zum damaligen Zeitpunkt waren Flüchtlinge und Vertriebene nur eine von vielen Gruppen der Deutschen, die Entschädigung für im und nach dem Krieg erlittene Verluste forderten. Neben Fliegergeschädigten, Heimkehrern (ehemalige Kriegsgefangene) und Währungsreformgeschädigten gab es innerhalb der Flüchtlinge und Vertriebenen besondere Gruppen, wie „Ostsparer“ und „Ostbeamte“, die ebenfalls auf ihre Ansprüche pochten. Verschärft wurde die Opferkonkurrenz durch die steigenden Zahlen der Flüchtlinge aus der SBZ/DDR.¹³ Dazu kam die Kategorie der „Ostgeschädigten“, zu denen Nichtvertriebene zählten, die am 31.12.1944 ihren Wohnsitz innerhalb der Reichsgrenze hatten und in den „Ostgebieten“ (in den Grenzen von 1937) Verluste an Wohnraum, Hausrat, land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grund- oder Betriebsvermögen, Wirtschaftsgütern etc. erlitten hatten.¹⁴

Die Debatte fand in einer Situation statt, in der in der Bevölkerung die Vorstellung der eigenen Opferrolle vorherrschte. Die Zusammenfassung der Lage, die einer der Akteure der Debatte, Staatssekretär und CDU-Mitglied Peter Paul Nahm (1901-1981)¹⁵, seiner Abhandlung über den Lastenausgleich vorwegstellte, vermittelt diese Stimmung, in der das Beklagen der eigenen Verluste sich mit Appellen an den Zusammenhalt vermischte: „Bomben und Erdkämpfe, Vertreibung und Flucht von fast 14 Millionen Deutsche, die Entwertung der Spareinlagen jeder Art und Reparationsentnahmen der Siegermächte brachten eine Häufung unmittelbarer Kriegsfolgen, die Teile der Bevölkerung trafen, während andere verschont blieben.“¹⁶

Der Interessenkonflikt bei den Ansprüchen auf Entschädigung zwischen den NS-Opfern und den Vertriebenen wurde zum damaligen Zeitpunkt kaum thematisiert.¹⁷ War schon die Mittäterschaft der

deutschen Mehrheitsbevölkerung ein Tabuthema, so tauchten die „Auslandsdeutschen“ als Profiteure und Täter der NS-Politik noch weniger in der öffentlichen Wahrnehmung auf.

Zur entscheidenden Frage der Lastenausgleichsdebatte wurde die Überlegung, ob der Lastenausgleich sozial oder quotal erfolgen sollte. Die soziale Variante bedeutete, dass die Geschädigten unabhängig vom Umfang ihres früheren Vermögens und Einkommens finanzielle Eingliederungshilfen bekommen sollten. Die quotalen Variante stand für die Entschädigung nach der individuellen Erfassung.

In Teilen der SPD wurde mit der sozialen Variante die Hoffnung auf eine Änderung der Eigentumsverhältnisse verbunden, bei der quotalen Variante wurde dagegen die Wiederherstellung der alten Eliten in ihrem früheren Status befürchtet.¹⁸ Die anfänglich im Kampf um die Stimmen der Flüchtlinge und Vertriebenen erfolgreiche Partei bekam jedoch einen schweren Imageschaden, als der niedersächsische Minister für Flüchtlingsfragen, Heinrich Albertz (1915-1993), 1948 verkündete, er sei dagegen, „den Spießbürger aus Breslau hier wieder zu installieren“.¹⁹ Später wurde in der SPD eine „sozial-quotalen“ Variante favorisiert, nach der das kleinste Vermögen die größte Quote und das größte Vermögen die kleinste Quote erhalten sollte.²⁰

Dennoch verlief der Streit um den Lastenausgleich parallel zu den Parteigrenzen. Gerade im bürgerlichen Lager wurde der Lastenausgleich als eine Gefahr für das Wirtschaftswachstum und einen Angriff auf die Leistungsträger der Gesellschaft gesehen. Vertriebenenpolitiker wie Linus Kather (1893-1983), der sowohl ein Funktionär der Interessenverbände als auch ein CDU-Abgeordneter war, gerieten immer wieder in Streit mit den eigenen Parteikollegen. Besonders der erste Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (1888-1967, CSU) wehrte sich hart gegen die Ansprüche der Vertriebenen. Auch nachdem diese 1951 zu einer Großkundgebung in Bonn bundesweit mobilisiert hatten, sprach Schäffer unbeeindruckt von „tausenden gutgekleideten Menschen“, die „großen Omnibussen entsteigen“, womit er seinen Ruf als ein „Gegner der Vertriebenen“ zementierte.²¹

Dagegen galt der erste Bundesminister für die Angelegenheiten der Vertriebenen, Hans Lukaschek (1885-1960, CDU), selbst Mitglied in der Landsmannschaft der Oberschlesier, den Vertriebenenorganisationen als zu nachgiebig gegenüber Schäffer, was letztendlich zum Ende seiner politischen Karriere führte. 1952 war sein Kontrahent Kather, wohl der exponierteste Vertreter der „Quotalisten“, zugleich Vorsitzender des Bundes vertriebener Deutscher

(BvD), des Flüchtlingsausschusses der CDU, des CDU-Gebietsausschusses Oder-Neiße, des Bundestagsausschusses für Vertriebene und Aufsichtsrat der Vertriebenenbank.²² Immer wieder drohte er, die CDU zu verlassen, diesen Schritt vollzog er allerdings erst 1954, als der Lastenausgleich bereits beschlossen war und ihm von vielen Vertriebenen vorgeworfen wurde, einen faulen Kompromiss eingegangen zu sein.

Jedoch waren die Vertriebenen auch auf dem Höhepunkt der Debatte keineswegs politisch konsolidiert. Der BHE, dem sich Kather nach dem Austritt aus der CDU anschloss, schaffte es nicht, die Vertriebenen als Wählergruppe hinter sich zu vereinigen. Auch Kathers 1949 gegründeter Zentralverband vertriebener Deutscher (ZvD), 1954 in Bund vertriebener Deutscher (BVD) umbenannt, stand seit 1952 dem gegenüber Adenauers Regierung gemäßigt auftretenden Verband der Landsmannschaften (VdL)²³ unter der Führung des „sudeten-deutschen“ Politikers Rudolf Lodgman von Auen (1877-1962) gegenüber. Zur Vereinigung beider Strukturen zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (BdV) kam es erst 1957, als die Lastenausgleichsdebatte faktisch schon ausgefochten war. Das Verhältnis von Flüchtlingen und Vertriebenen zueinander trug bisweilen die Züge einer Opferkonkurrenz, noch mehr die Haltung der beiden Gruppen zu den „Zonenflüchtlings“. Hinzu kamen Differenzen zwischen „Reichs-“ und „Auslandsdeutschen“, Katholiken und Protestanten, im Fall von häufig adligen Balten-deutschen gar ständische Unterschiede. Neben „Ostvertriebenen“ existierten noch die Organisationen der „West- und Überseevertriebenen“.²⁴ Wenig ausschlaggebend scheint dagegen die Haltung zur NS-Herrschaft gewesen zu sein. Lukaschek und Kather standen dem christlichen Widerstand nahe, was letzteren nicht daran hinderte, Ende der 1960er Jahre für die neugegründete Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) zu kandidieren.

Lastenausgleichsgesetz (LAG) von 1952

Am 1. September 1952 trat das zuvor von Bundestag und Bundesrat beschlossene Lastenausgleichsgesetz (LAG) schließlich in Kraft. Es stellte eine Kompromisslösung dar, das mit der Hauptentschädigung eine quotale, mit der Unterhaltshilfe und der Kriegsschadenrente auch soziale Komponenten enthielt, jedoch die Eingliederung stärker als Entschädigung priorisierte. Die Hauptentschädigung war sozial gestaffelt. Die Vermögensverluste wurden bis zu einer Summe von 5.000 Reichsmark vollständig entschädigt, während mit wachsenden Vermögensverlusten nur noch ein bestimmter, nach und nach reduzierter Prozentsatz des verlorenen Vermögens ausgezahlt wurde.²⁵

Besondere Bedeutung wurde der Finanzierung von Wohnraum und der Förderung des sozialen Wohnungsbaus sowie der Gewährung zinsfreier oder zinsgünstiger Darlehen für Existenzgründungen beigemessen.

Das Gesetz sah eine Lastenausgleichsabgabe vor, finanziert durch diejenigen, die über erhebliches Vermögen (vor allem Immobilien) verfügten. Die Höhe der Abgaben wurde nach der Höhe des Vermögens mit Stand vom 21. Juni 1948 (Tag nach der Einführung der Deutschen Mark) berechnet. Die Abgabe belief sich auf 50 % der Vermögenswerte, wurde jedoch in Raten verteilt auf 30 Jahre gezahlt (1,67 % pro Jahr), was den Erhalt der Vermögenssubstanz gewährleisten sollte. Die hohe Inflation der Deutschen Mark minderte die Belastung, denn dem Lastenausgleich lagen unabhängig davon die Werte von 1948/49 zugrunde.

Diese Regelung kam vielen Gruppen zugute: den durch direkte Kriegseinwirkung Geschädigten, „Spätheimkehrern“, Vertriebenen, darunter auch aus früher nicht zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten, anerkannten SBZ/DDR-Flüchtlings sowie, nur im eingeschränkten Umfang, Währungsreformgeschädigten.

Die Umsetzung des 87 Seiten im „Bundesgesetzblatt“ umfassenden Gesetzes machte einen eigenen bürokratischen Apparat notwendig. Für die verwaltungsorganisatorische Abwicklung wurden in den Bundesländern Landesausgleichsämter und als Bundesoberbehörde das Bundesausgleichsamt (BAA) mit Sitz in Bad Homburg eingerichtet. Die Dienstaufsicht über das Bundesausgleichsamt wurde vom Bundesministerium des Inneren im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen geführt.

Das im gleichen Jahr beschlossene Gesetz über die Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegssachschäden (Feststellungsgesetz) sah die Schaffung von sogenannten „Heimatauskunftstellen“ vor. Deren Aufgabe war es, die angemeldeten Schäden und Verluste zu überprüfen, wofür Vertreterinnen und Vertreter aus dem betreffenden Heimatgebiet hinzugezogen wurden. Bei deren Auswahl wurde den vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt) anerkannten Vertriebenenverbänden Mitsprache eingeräumt. Die Heimatauskunftstellen bestanden bis in die 2000er Jahre.

Da Flüchtlinge und Vertriebene häufig alle ihre Dokumente verloren hatten, stellte die Verifizierung ihrer Aussagen ein großes Problem dar. Die vom Kirchlichen Suchdienst angelegten „Heimatorts-

karteien“ (HOK) erfassten die deutsche Bevölkerung in den ehemaligen „Ost- und Siedlungsgebieten“ nach deren Wohnorten zum 1. September 1939. Ihre Arbeit wurde erst 2015 eingestellt. Gefragt waren auch Funktionsträger aus den verlassenen Orten, wie Bürgermeister, Pfarrer, Sparkassen- und Bankdirektoren, die Identitäten bestätigen und die Höhe des Verlustes bezeugen konnten.

1954 wurde die seit Mai 1950 bestehende Vertriebenen-Bank Aktiengesellschaft in Lastenausgleichsbank (Bank für Vertriebene und Geschädigte) umbenannt. Zu den Aufgaben der Lastenausgleichsbank (ab 1986 Deutsche Ausgleichsbank) gehörte zunächst die Vergabe von Investitionskrediten an Vertriebene, später auch Kredite an andere Kriegsgeschädigte im Bereich der gewerblichen Wirtschaft. Die Bank ging 2003 in der Kreditanstalt für Wiederaufbau auf.

Die ersten Zahlungen flossen erst 1957 / 1958 an die Berechtigten. Bis 1970 wurden von den 7,1 Millionen gestellten Feststellungsanträgen 73 % positiv beschieden, 23 % abgelehnt oder zurückgezogen, 4 % waren noch zu erledigen. Die Umverteilungssumme betrug insgesamt 150 Milliarden DM.

Fazit

Die Bundesrepublik ließ in vier Jahrzehnten 134 Milliarden DM umverteilen. Obwohl diese Maßnahme von allen Seiten Unzufriedenheit auslöste, gilt sie heute als Erfolgsprojekt. In den Familienüberlieferungen der Zahler und der Empfänger finden

sich viele kritische Erinnerungen an die Höhe der Abgaben auf der einen Seite, an langes Warten auf die Zahlungen auf der anderen Seite. Aufgrund der Inflation und zahlreicher Erbfälle minimierten sich die zu zahlenden Summen. Auch die Benachteiligung der in der DDR gebliebenen Vertriebenen nach der Wende oder Neid der Nachbarn gegenüber den Lastenausgleichsempfängern spielten eine Rolle. Diese Narrative finden erst jetzt nach und nach ihren Weg in die Historiographie der Bundesrepublik.

Heute wird vor allem die psychologische Wirkung des Lastenausgleichsgesetzes betont.²⁶ Mathias Beer resümiert die Folgen des LAG wie folgt: „Der Lastenausgleich führte weder zu einer Veränderung der Sozialstruktur der Bundesrepublik, was manche gewünscht und andere befürchtet hatten, noch berührte er die bestehenden Vermögensverhältnisse. Aber er förderte praktisch und psychologisch die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und entfaltete mit seinem Ausgleichsgedanken eine für die zusammengewürfelte bundesdeutsche Gesellschaft nivellierende und integrative Wirkung.“²⁷

Tatsächlich verschwanden mit dem Lastenausgleich viele Kategorien der Kriegsgeschädigten als organisierte Interessengruppen in der Bundesrepublik.²⁸ Für die Vertriebenen gilt dies freilich nicht. Mit einer Hand finanzierte der Staat ihre Assimilation, mit der anderen ihre organisierte Identitätspflege, die zusammen mit dem Prinzip der Vererbung des Vertriebenenstatus bis heute die Existenz der Vertriebenenverbände gewährleistet.

¹ Andreas Kossert, *Kalte Heimat: Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008.

² Zitiert nach: *Preußen-Attacke: Die Sünde wider das Blut*, in: *Der Spiegel*. Nr. 16, 1947, S. 4/5. Wohlgermerkt handelt es sich bei Fischbacher nicht um ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, sondern im Gegenteil um einen dem NS-Regime gegenüber durchaus kritisch eingestellten Politiker. Vgl. auch: Konstanze Wolf, *CSU und Bayernpartei: Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960*, Köln 1984, S. 38/39.; Paul Erker, *Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945-1955*, Stuttgart 1988.

³ Hintergründe siehe: Carsten Hoefler, *Bekannte Ängste*, in: *Bayerische Staatszeitung* Nr. 41, 12.10.2015.

⁴ Thomas Schäfer, *Die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft 1950-1958. Mit einem Beitrag zur Entstehung des „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“*, Neumünster 1987.

⁵ Norbert Rode, *Zur Entstehungsgeschichte der Niedersächsischen Landespartei / Deutsche Partei (NLP / DP)*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 53 (1981), S. 289-300; Hans-Georg Aschoff, *Programmatik und Geschichtsbezug niedersächsischer Regionalparteien. NLP / DP, Deutsche Zentrumspartei, BHE*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 86 (2014), S. 71-105.

⁶ Vgl. Schäfer, *Die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft*, S. 123; Mathias Stickler, *„Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“*. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004, S. 288/289.

⁷ Erker, *Vom Heimatvertriebenen*, S. 70.

⁸ Frauke Dettmer, *Konflikte zwischen Flüchtlingen und Einheimischen nach Ende des Zweiten Weltkrieges*, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 25 (1982), S. 311-324.

⁹ Michael Schwartz, *Antikommunismus und Vertriebenenverbände: Ein differenzierter Blick auf scheinbar Eindeutiges in der frühen Bundesrepublik Deutschland*, in: Stefan Kreuzberger / Dierk Hoffmann (Hrsg.), *„Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“*. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 161-176.

- ¹⁰ Vgl. Stickler, Organisation, S. 279-285; York Rasmus Winkler, Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945-1954. BHE – Flüchtlingsverbände – Landsmannschaften. Forschungen zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen 1945 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 64), Wiesbaden 1998; Eike Frenzel, Vom Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten zur Gesamtdeutschen Partei. Aufstieg und Niedergang einer Interessenpartei in Niedersachsen 1950-1963, Hamburg 2008.
- ¹¹ Rüdiger Wenzel, Die große Verschiebung? Das Ringen um den Lastenausgleich im Nachkriegsdeutschland von den ersten Vorarbeiten bis zur Verabschiedung des Gesetzes 1952, Stuttgart 2008.
- ¹² Peter Paul Nahm, Der Lastenausgleich, Stuttgart 21967, S. 17.
- ¹³ Michael Schwartz, Lastenausgleich: Ein Problem der Vertriebenenpolitik im doppelten Deutschland, in: Marita Krauss (Hrsg.), Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945, Göttingen 2008, S. 167-193, hier S. 174.
- ¹⁴ Rudolf Fritz, Der Einfluß der Parteien und Geschädigtenverbände auf die Schadensfeststellung im Lastenausgleich, Berlin 1964.
- ¹⁵ Zu Nahms Rolle siehe Manfred Kittel, Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975), Düsseldorf 2020, S. 250 / 251.
- ¹⁶ Nahm, Der Lastenausgleich, S. 4.
- ¹⁷ Iris Nachun, Epilog der „Arisierung“ – Der Lastenausgleich neu betrachtet, in: Arndt Engelhardt / Lutz Fiedler / Elisabeth Gallas / Natasha Gordinsky / Philipp Graf (Hrsg.), Ein Paradigma der Moderne. Jüdische Geschichte in Schlüsselbegriffen, Festschrift für Dan Diner zum 70. Geburtstag, Göttingen 2016, S. 57-78.
- ¹⁸ Helge Grebing, Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen. Eine Untersuchung des politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses während der ersten Nachkriegszeit 1945-1952/53, Hannover 1990, S. 64.
- ¹⁹ Ebd., S. 94.
- ²⁰ Matthias Müller, Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949-1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht. Münster / Hamburg / Berlin / London 2012, S. 46-48.
- ²¹ Kittel, Stiefkinder, S. 255.
- ²² Ein gutes Herz, in: Der Spiegel, Nr. 21, 21.05.1952, S. 7.
- ²³ Als deren Vorläufer auf dem Gebiet der Organisierung nach dem landsmannschaftlichen Prinzip können die 1948 entstandenen Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) gelten.
- ²⁴ Vgl. für Niedersachsen: Die Westvertriebenen, in: Die Zeit, 21/1954, online unter www.zeit.de/1954/21/die-westvertriebenen (zuletzt abgerufen am 02.07.2021); Christine Gundermann, Die versöhnten Bürger: Der Zweite Weltkrieg in deutsch-niederländischen Begegnungen 1945-2000, Münster 2013.
- ²⁵ Reinhold Schillinger, Der Entscheidungsprozeß beim Lastenausgleich 1945-1952, St. Katharinen 1985.
- ²⁶ Sven Felix Kellerhoff, Der „Lastenausgleich“ war vor allem psychologisch wichtig, in: Die Welt, 04.04.2020, online unter www.welt.de/print/die_welt/wissen/article207022365/Der-Lastenausgleich-war-vor-allem-psychologisch-wichtig.html (zuletzt abgerufen am 02.07.2021).
- ²⁷ Mathias Beer, Flüchtlinge und Vertriebene in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Flucht, Vertreibung, Integration, Bonn / Wiesbaden 2005, S. 109-123, hier S. 120.
- ²⁸ Siehe dazu: Felix Teuchert, Die verlorene Gemeinschaft. Der Protestantismus und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft (1945-1972), Göttingen 2018.

Vertriebene in der Nachkriegsgeschichte Oldenburgs

Gisela Bochers

Rund 200.000 Vertriebene aus den ehemals deutschen Ostgebieten kamen nach dem Zweiten Weltkrieg ins Oldenburger Land. Allein 40.000 blieben in der Stadt Oldenburg und innerhalb kurzer Zeit wuchs damit die Einwohnerzahl der Stadt um die Hälfte. Die Einflüsse der Vertriebenen auf Kultur, Verwaltung und Wirtschaftskraft in Oldenburg waren vielfältig. Sie brachten unterschiedlichste Fähigkeiten und Ideen mit und hier fingen sie neu an. Es war ein Wechselspiel aus

Geben und Nehmen zwischen Oldenburg und seinen neuen Einwohnern, das beide Seiten zusammenführte und prägte.¹

War es anfangs Hilfe zur Selbsthilfe, so änderten sich die Initiativen bald hin zum Wegbereiter, zu Geschäft und Unternehmertum. Die Flüchtlinge und Vertriebenen bildeten keine vorübergehende Erscheinung, sondern mussten langfristig versorgt und untergebracht werden. Es gab nur wenige freie

Abb. 1

Farben Rieger,
Geschäft am
Schlossplatz,
Oldenburg

© privat





Abb. 2

Farben Rieger,
Geschäft an der
Baumgartenstraße,
Oldenburg

© privat

Arbeitsplätze, auch die Einheimischen waren auf der Suche nach Einkommen. Landwirtschaft, die in dieser Region ein Haupterwerb war, bot allenfalls Saisonarbeit und auf lange Sicht keine dauerhafte Beschäftigung. Wann begann das Bewusstsein bei den Vertriebenen und Flüchtlingen, dass sie hier bleiben müssten? Manche warteten bis zur Währungsreform 1948, andere bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949. Spätestens dann machte sich das Einsehen breit, eine Rückkehr in die Heimat als Illusion anzusehen. In der Folge setzten bei den Flüchtlingen Eigeninitiative und Planungswille ein. Manche nutzten etwa alte Geschäftsverbindungen, um auch in Oldenburg wieder einen Großhandel aufzubauen. Im Folgenden sollen einige Beispiele als exemplarische Paradigmen für den Leistungswillen und die Entschlusskraft für einen Beitrag zum Aufbau des neuen Zuhauses vorgestellt werden.²

Die Familie Rieger stammte aus Gleiwitz, Oberschlesien, RB Oppeln. Johannes Rieger (1908-

1962) gründete dort 1932 den Farbengroßhandel *Johannes Rieger*, den er zusammen mit seiner Frau Annemarie führte. 1945 musste die Familie fliehen und fand sich 1946 in Oldenburg zusammen. Johannes Rieger nutzte seine ausgezeichneten Lieferbeziehungen, die er in Oberschlesien aufgebaut hatte, um schon 1946 in Oldenburg wieder einen Farbengroßhandel an verschiedenen Standorten zu gründen. 1950 eröffnete er am Schlossplatz das erste Einzelhandelsgeschäft, während er den Farbengroßhandel weiterhin nebenher führte.

Zeitweise betrieb das Unternehmen vier Einzelhandelsgeschäfte, nachdem Sohn Hans Rieger (1936-2021) das Geschäft übernommen hatte. Das letzte Farbengeschäft schloss 1988 wegen der Konkurrenz der Baumärkte und einer ungünstigen Lage in der Innenstadt. Die Familie Rieger blieb der Stadt Oldenburg als Unternehmer mit Geschäftsinitiativen erhalten.

Ähnlich verfuhr Adolf Dobrat (1892-1973), der in Angerapp, Ostpreußen, ein Textilgeschäft betrieben hatte, nachdem er sich mit seiner Familie nach dem Krieg in Oldenburg wiedergetroffen hatte. Er beantragte bei der britischen Besatzungsmacht die Geschäftskonzession und eröffnete in seinem Wohnhaus 1947 ein Textilgeschäft, das bald in die Innenstadt in eine lukrative Einkaufslage wechselte: *Adolf Dobrat Textil- und Einzelhandel*. Mit dem Ver-

kauf moderner Kleidung für Jugendliche, wie Jeans und Khaki-Hemden, lief das Geschäft gut.

Zeitweise hatte das Unternehmen, das seit 1970 von den Söhnen Adolf jun. und Friedrich Dobrat geführt wurde, vier Filialen in Oldenburg. Textilhaus Dobrat hat heute noch einen guten Namen bei den älteren Oldenburgern, obgleich die Geschäfte 1999 geschlossen wurden.

Abb. 3

Textilgeschäft
Adolf Dobrat,
Filiale Staustraße,
Oldenburg

© privat



Abb. 4

Textilgeschäft
Adolf Dobrat,
Heiligengeiststraße,
Oldenburg

© privat



Abb. 5

Einfahrt zum
Gewerbehof Hinden-
burg-Kasernen
bis 1957

© Stadtmuseum
Oldenburg



Auch Oldenburgs Industrie und Gewerbe kämpften nach dem Krieg um den Wiederaufbau und einen Neuanfang. Vertriebene stellten sich mit viel Energie und Initiative in deren Reihen ein. Walter Kremmin (1901-1967) aus Newedell, Kreis Arnsvalde, Pommern, hatte dort 1935 eine Netzfabrik erworben, die er 1945 aufgeben musste. In Oldenburg versuchte er einen Neuanfang, für den ihm die Stadt auf dem Gelände der ehemaligen Hindenburg-Kaserne eine ausreichend große Halle anbot, um Maschinen für seine Netzfabrik aufzubauen, die sich Kremmin in ganz Deutschland besorgte.

Mit viel Engagement und Elan produzierte er mit Hilfe von (ausschließlich) angestellten Flüchtlingen Fischernetze. Auch ehemalige Arbeiter aus seiner Heimat meldeten sich bei ihm. Der Sohn Eckart baute die Firma zu einem bundesweit operierenden Unternehmen aus: *Mechanische Netzfabrik Walter Kremmin GmbH & Co. KG*. Heute, an ihrem dritten Standort, führt der Enkel Hannes von Walter Kremmin die Firma, die Netze, Zwirne und Bindfäden aller Art produziert und weltweit verkauft. In manchem Fußballtor in der Bundesliga hängen Netze aus Oldenburg!

Schrott zu sammeln war oft ein Straßengeschäft. Und genau so, mit Handwagen, später mit einem

Kleinlaster, fing Otto Springer (1894-1965) in Oldenburg 1948 wieder an, nachdem er schon in Gerdauen, Ostpreußen, einen Handel mit Alteisen und -metallen betrieben hatte. 1950 gründete er die Firma *Otto Springer, Groß- und Kleinhandel*, die alles Verwertbare, wie Glas, Altpapier und Metalle, sammelte. Sohn Manfred Springer übernahm 1965 nach dem Tod des Vaters die Firma und führte sie nach mehreren Umzügen innerhalb Oldenburgs zusammen mit seiner Frau Franziska zu einem anerkannten Entsorgungsfachbetrieb. Heute wird die *Springer & Sohn GmbH & Co. KG* von den beiden Enkeln Andre und Oliver in dritter Generation geleitet, bedeutend im Bereich gewerblicher Abfälle und Containerverleih, der sich in Oldenburg und Umgebung einen Namen gemacht hat.³

Diese ausgewählten Beispiele stehen stellvertretend für die große Anzahl Vertriebener, die sich in ihrem neuen Zuhause mit ihrer ganzen Schaffenskraft für ein persönliches Fortkommen und zum Wohl Niedersachsens einsetzten. Oldenburg profitierte stark von dem enormen Bevölkerungszustrom durch die Flüchtlinge, auch wenn man das so nicht unbedingt wahrgenommen hat. Aber auf lange Sicht zahlte sich dieses gegenseitige Geben und Nehmen zwischen Einheimischen und Zugezogenen zum Wohl der Stadt und des Landes aus.

¹ Weitere Informationen siehe: H.-U. Minke u. a. (Hrsg.): „Fern vom Paradies – aber voller Hoffnung“. Vertriebene werden neue Bürger im Oldenburger Land, Oldenburg 2009. Darin: Horst Milde: Wie sie ins Oldenburger Land kamen, Trecks, Transporte und auf andere Weise, S. 11-30.

² Wie zuvor, darin: Hermann von Laer: Die wirtschaftliche und soziale Situation der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Nachkriegszeit und ihre Eingliederung, S. 237-274.

³ Alle Angaben zu den Unternehmen beruhen auf privater Recherche bei den Beteiligten.

Geflüchtete und vertriebene Künstlerinnen und Künstler in Niedersachsen

Natalie Reinsch

Für Künstlerinnen und Künstler aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten war der Neuanfang in Niedersachsen besonders schwer. Sie hatten neben ihrem Besitz oftmals auch den Verlust ihres Werkes zu beklagen. Viele der Künstler, die im Krieg eingezogen wurden, gerieten in Gefangenschaft und wurden von dort direkt in die britische Zone entlassen. Ihre Familien hatten nicht die Möglichkeit, während der Flucht oder Ausweisung das künstlerische Werk zu retten. Dies traf etwa auf die Bildhauer Walter Volland und Fritz Thomas-Gottesberg sowie den Maler Joseph Andreas Pausewang zu. Diese Künstler mussten sich neben der Schaffung neuer Werke in ihrer neuen Heimat Niedersachsen erst die Anerkennung als Künstler und den damit verbundenen Bekanntheitsgrad mühsam neu erwerben. Dazu gehörte, vielseitig und erfinderisch zu sein und sich offensiv um städtische oder kirchliche Aufträge zu bemühen.

Viele der hier vorgestellten Künstler hatten bereits in ihrer alten Heimat kirchliche Auftragsarbeiten gefertigt, etwa der schlesische Bildhauer Fritz Thomas-Gottesberg, der Kruzifixe für evangelische Kirchen schuf. Nach 1945 trat vor allem der aus Oberschlesien stammende Bildhauer Josef Baron mit sakralen Arbeiten für Neugestaltungen von kirchlichen Innenräumen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hervor. In manchen Fällen spielte sogar die Konfessionszugehörigkeit eine untergeordnete Rolle. So ermöglichte der Augustiner-Chorherren-Stift dem evangelischen Organisten und Kirchenmusiker Max Drischner in der katholischen Barockkirche St. Georg in Grauhof das Orgelspielen. Dies mag als Beispiel für die gelebte Ökumene gelten, die durch den Zuzug der Flüchtlinge und Vertriebenen beschleunigt wurde.

Netzwerke für Künstlerinnen und Künstler aus den Ost- und Siedlungsgebieten

Für die vertriebenen Künstlerinnen und Künstler war es wichtig, sich in Netzwerken und Verbänden zu organisieren. Nur über eine Verbandszugehörigkeit war es in der Anfangszeit möglich, über die Besatzungsstellen an Materialzuteilungen wie Farben, Zeichengeräte und Papier zu gelangen.¹

Es entstanden spezielle Netzwerke für vertriebene Künstlerinnen und Künstler, wie die „Künstlergilde Esslingen“, die 1948 vom Schriftsteller Ernst Schremmer in Esslingen am Neckar gegründet wurde.² Zunächst als Zusammenschluss der vom gleichen Schicksal Betroffenen initiiert, entwickelte sich die Künstlergilde zu einer „ideellen und geistig schöpferischen Gemeinschaft“³, die mit Ausstellungen und der Vergabe von Kulturpreisen bis heute auf das Erbe der Deutschen im östlichen Europa und seine kulturelle Bedeutung hinweist. In ihrer größten Sektion „Bildende Kunst“ waren Walter Volland und Fritz Thomas-Gottesberg Mitglieder. Die Landesgruppe Niedersachsen betrieb in Cuxhaven ein Künstleratelier. An die Künstlergilde angeschlossen war außerdem der „Bildhauerkreis Ernst Rülke“. Rülke war der letzte Direktor der Warmbrunner Holzschnitzschule (Niederschlesien), an der Walter Volland und Fritz Thomas-Gottesberg gelernt hatten und Volland später unterrichtete. An seinem neuen Wirkungsort in Stuttgart versammelte Rülke ehemalige und neue Schülerinnen und Schüler um sich. Als Zufluchtsstätte für schlesische Kunstschaaffende wurde 1950 in Baden-Württemberg der „Wangener Kreis – Gesellschaft für Literatur und Kunst ‚Der Osten‘ e. V.“ gegründet, dem Fritz Thomas-Gottesberg angehörte. 1970 wurde in Regensburg die „Ostdeutsche Galerie“ eröffnet. In ihr finden sich die Sammlungsbestände der Künstlergilde und des Adalbert-Stifter-Vereins. Nachdem zuerst der Fokus auf die Werke deutscher

Künstlerinnen und Künstler aus den ehemaligen Ost- und Siedlungsgebieten gelegt worden war, wurde 2003 der Stiftungsauftrag inhaltlich erweitert. Nun sammelt das in „Kunstforum Ostdeutsche Galerie“ umbenannte Museum auch die aktuelle Kunst aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten und trägt auf diese Weise zu einem Austausch zwischen Ost und West bei.

Daneben engagierten sich auch die Landsmannschaften in der Kulturpflege, indem sie etwa Kulturpreise auslobten. 1958 verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen dem Naturforscher Walter von Sanden-Guja für die Veröffentlichung seiner Forschungsergebnisse den Kulturpreis für Literatur.

Neben eigenen Netzwerken, in denen die Vertriebenen unter sich blieben, waren viele Künstlerinnen und Künstler auch bestrebt, sich in die bundesdeutschen Verbände zu integrieren und dort aktiv einzubringen. So war Walter Volland beispielsweise von 1950 bis 1970 erster Vorsitzender der Gruppe Harz im Bund Bildender Künstlerinnen und Künstler des Landesverbandes Niedersachsen. In seiner Funktion half er seinen Kolleginnen und Kollegen bei der Materialbeschaffung und setzte sich für nach seinem Verständnis hochwertige Kunst ein, indem er den „Kitsch“ bekämpfte, der nach dem Krieg stark gefragt war. Dafür organisierte er Vorträge

und Diskussionen, die sich mit dem „Wesen der Kunst“⁴ beschäftigten. Heinz Seifert, ein Hobby-maler aus Stubben, war Mitglied der Künstlervereinigung „Die Arche“ in Beverstedt. Der gemeinnützige Verein organisiert seit 1972 eine große Jahresausstellung in der Beverstedter Schule.

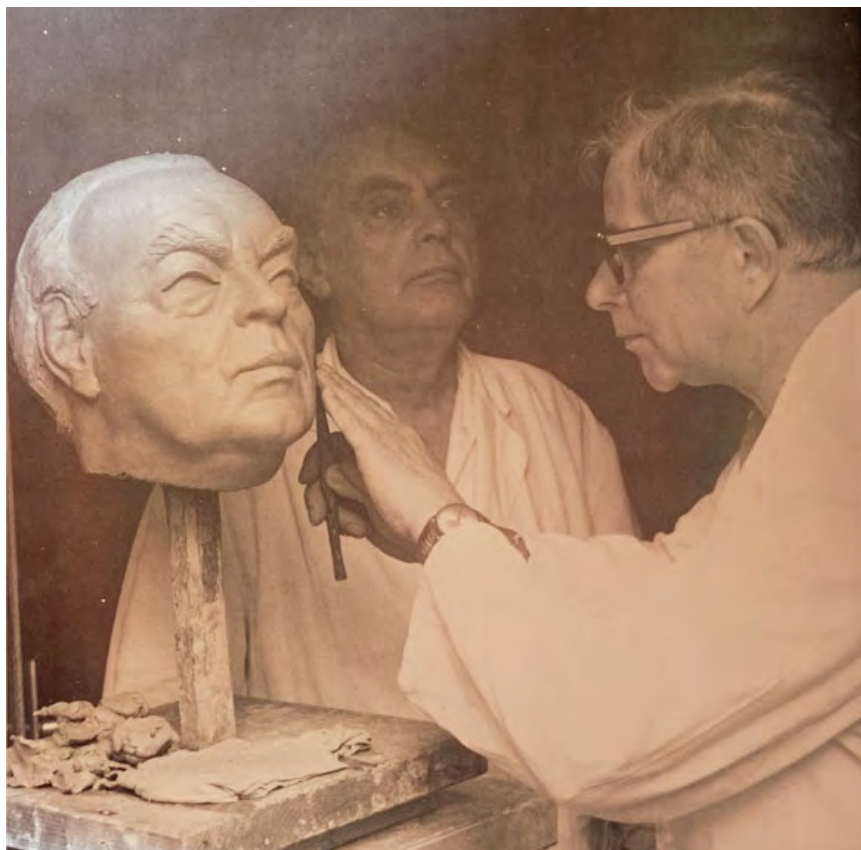
Würdigung von Leistung und Engagement der geflüchteten und vertriebenen Künstlerinnen und Künstler

Viele der infolge des Zweiten Weltkriegs aus den damaligen ostdeutschen Provinzen ausgesiedelten Künstlerinnen und Künstler haben in Niedersachsen eine neue Heimat gefunden. Sie haben sich in ihren Aufnahmeorten integriert und dort das kulturelle Leben geprägt und mitgestaltet. Walter Volland wurde 1979 sogar als „Hausbildhauer der tausend-jährigen Kaiserstadt Goslar“⁵ bezeichnet. Walter von Sanden-Guja erhielt 1965 für sein Engagement für den Erhalt des Dümmers das Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens. In seinem niedersächsischen Wirkungsort Hüde wurde eine Straße nach ihm benannt. Die Oberschule Lemförde wurde 2011 in „Von-Sanden-Oberschule Lemförde“ umbenannt, womit die Schule sowohl sein Engagement für den Naturschutz als auch das Wirken Edith von Sanden-Gujas als Tierplastikerin würdigt.

Abb. 1

Bildhauer Fritz Thomas-Gottesberg porträtiert seinen ehemaligen Lehrer Walter Volland

© unbekannt
(Quelle: Stadt Munster (Hrsg.), Sammlung Fritz Thomas-Gottesberg. Plastiken – Malerei – Graphiken, Munster 1990, S. 43)



Walter Volland

Walter Volland wurde am 2. August 1898 in Greiffenberg (heute: Gryfów Śląski) in Niederschlesien, am Fuße des Isergebirges nahe der böhmischen Grenze geboren. Sein Vater war Tischlermeister und so war ihm und seinen drei Brüdern der tägliche Umgang mit Holz sowie die damit verbundenen handwerklichen Arbeiten vertraut. Da Volland in seiner Kindheit als verträumt galt und oft kränklich war, schien seinen Eltern der Tischlerberuf als nicht geeignet für ihren ältesten Sohn. Eine Ausstellung der Warmbrunner Holzschnitzschule brachte Vollands Vater auf die Idee, seinen Sohn dort in die vierjährige, für die Familie teure Ausbildung zu geben.

Die Holzschnitzschule war 1902 in Bad Warmbrunn im Riesengebirge eröffnet worden. 1912 begann Volland dort seine Ausbildung, die er 1916 mit der Gesellenprüfung abschloss. Im Anschluss daran begab er sich auf Wanderschaft und gelangte nach Süddeutschland, Pommern sowie nach Norddeutschland. In Goslar lernte er in der Werkstatt des Bildhauers Rudolf Nickel Henny Wellhausen kennen. Die beiden verlobten sich. Im Oktober 1922 erhielt Volland von seinem ehemaligen Lehrer, Cyrillo d'Antonio, der inzwischen Direktor der Holzschnitzschule war, eine Anstellung als Fachlehrer. Diese und seine bald darauf folgende Heirat bezeichnete Volland als „die zwei seltenen Glücksfälle seines Lebens.“⁶ Das Paar bekam zwei Töchter.

Volland war ein strebsamer Künstler, der sein handwerkliches Können, aber auch seine geistigen und kunsthistorischen Kenntnisse stets erweitern wollte. „Mit dem Willen, jede weitere Arbeit besser und reifer zu gestalten als die vorhergehende, betrachte ich alles Bisherige als einen Anfang.“⁷ Mit dieser Arbeitsauffassung stellten sich auch erste Erfolge seiner Arbeiten ein, wie ein lebensgroßer Knabenakt in Lindenholz, für den er 1935 den Kunstpreis der Stadt Breslau erhielt und der später in München ausgestellt und verkauft wurde. Bei aller Strebbarkeit ließ er sich niemals hetzen, sondern holte sich auch Inspirationen in der Natur. So schuf er neben Porträtköpfen seiner Eltern auch zahlreiche Tierplastiken. Als eine seiner ersten größeren Arbeiten fertigte er aus Granit eine zwei Meter hohe Soldatengestalt als Gefallenenehrenmal für Greiffenberg an.

1943 wurde er eingezogen und als Leiter einer Werkstatt für Arbeitstherapie in ein Luftwaffenlazarett in Ostpreußen verpflichtet. Dort erlebte er den Tod seiner jüngsten Tochter. Volland selbst wurde im August 1945 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und fand seine Familie in Goslar wieder. Der Anfang war schwer. Er war zwar 1938 zum Beamten

auf Lebenszeit ernannt worden, doch die Zeit bis 1945 reichte nicht aus, um daraus einen Versorgungsanspruch zu begründen.

Volland hielt sich mit verschiedenen Tätigkeiten über Wasser. So schnitzte er aus Lindenholz Figuren für ein Kasperletheater, das „Harzer-Hexen-Häuschen“, welches ebenfalls von Schlesiern betrieben wurde. Für jede Figur erhielt er einen Goldring. Ab 1950 lehrte Volland für zehn Jahre an der Volkshochschule in Goslar das Akt- und Porträtzeichnen. Erfolge stellten sich vor allem über seine zahlreichen Mitgliedschaften und die daraus entstehenden Kontakte ein, etwa über den Riesengebirgsverein.

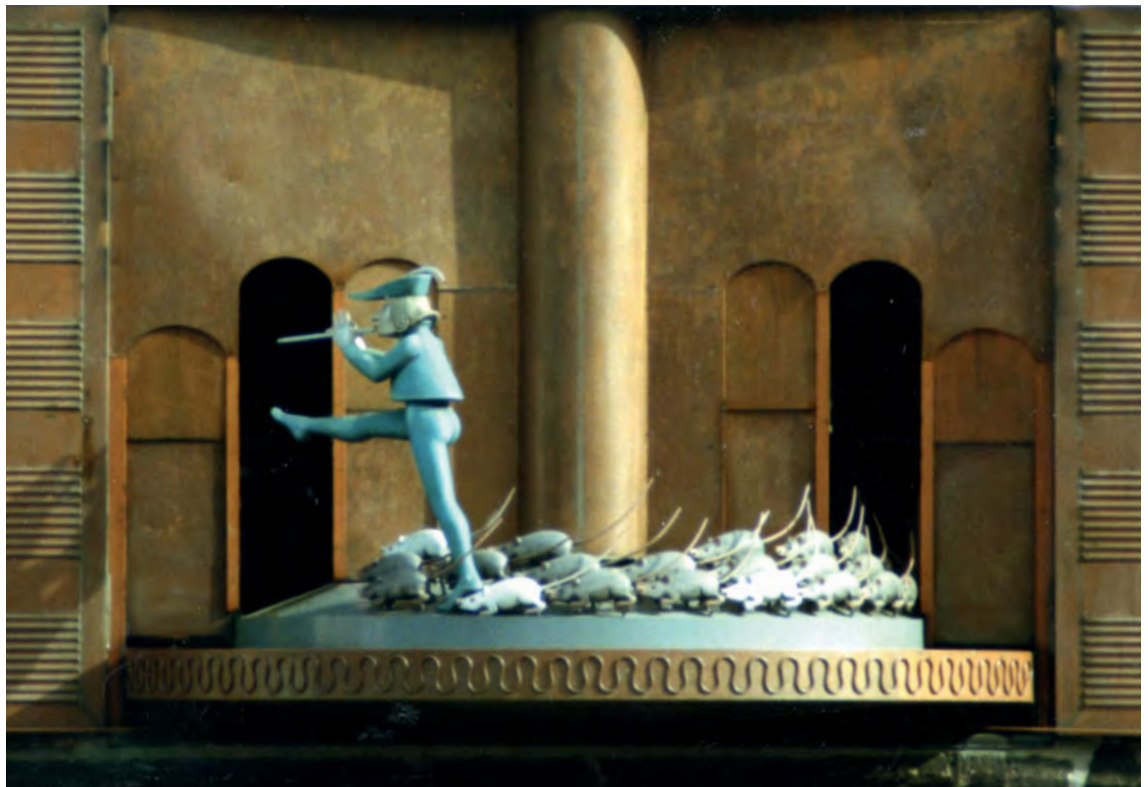
In den späteren Jahren schuf er zahlreiche Arbeiten in Stein, die sich für das Aufstellen im Freien besser eigneten. Auch kam Volland der Stein als Material seiner Formauffassung entgegen. Nach seinem Vorschlag schuf er für den Neuen Friedhof in Goslar kleine symbolhafte Tierfiguren aus Kalkstein für die Wasserstellen. Ursula Müller schreibt in ihrem Beitrag „Walter Vollands Wirken in Goslar“, dass Volland nach dem Zweiten Weltkrieg „im geistigen Einklang mit den Menschen“⁸ in Goslar lebte und dass deshalb seine Figuren im Stadtbild so viel Anklang fanden: „Es war die menschliche Dimension und das Verhalten seiner Plastiken, das die Menschen dieser Aufbauphase ansprach und ihnen Freude schenkte auf dem Weg durch die grünen Oasen der Stadt. Vollands zurücktretende Plastiken stehen mit dem alten Goslar im Einklang, dem das Prunkende und Protzige von jeher fernlag, und sind zu einem Teil des Stadtbildes geworden.“⁹ Volland selbst machte auch seine Herkunft aus einer Kleinstadt dafür verantwortlich, dass er sich in Goslar so gut einlebte. Zu Vollands 75. Geburtstag brachte der damalige Oberbürgermeister Helmut Sander seinen Stolz darüber zum Ausdruck, dass der Schlesier Volland in Goslar eine neue Heimat gefunden habe.

Volland wirkte auch daran mit, das Gedächtnis an seine schlesische Heimat in Goslar und Umgebung wachzuhalten. Nachdem Goslar im Jahr 1950 als erste westdeutsche Stadt eine Patenschaft über die schlesische Stadt Brieg übernommen hatte, wurde Volland 1953 beauftragt, ein Ehrenmal zu schaffen. Für die Gedenkstätte im Flankenturm des Breiten Tores entwarf er in Anlehnung an den Schlussstein der Brieger Nikolaikirche einen schlichten aufrechten Stein mit dem Brieger Wappen. Die Inschrift lautet „Den Brieger Toten“. Volland schuf zudem einen der neun Granitsteine mit Wappen der ostdeutschen Provinzen, die sich beim „Kreuz des deutschen Ostens“ nahe Bad Harzburg finden. Volland entdeckte auch Themen aus der nieder-

Abb. 2

Rattenfänger-Kunstuhr
mit Glockenspiel an
der Westfront des
Hochzeitshauses
(um 1965)

© Stadtarchiv Hameln,
Foto: Opitz



sächsischen Geschichte für sich. 1963 fertigte er nach Entwürfen des Puppenspielers und Professors Harro Siegel für die Stadt Hameln den Rattenfänger sowie dreizehn Kinder in Teakholz für das Glockenspiel. Sie schmücken noch heute das Hochzeitshaus in Hameln. 1978 schnitzte er das Abbild der „Pott(jo)hanne“ in Lindenholz. Die alte Dame (1863-1925) stand täglich am Rosentor, verkaufte verschrumpelte Äpfel, erhielt so ein paar Münzen in ihren „Pott“ und wurde im Laufe der Zeit zu einem Original im Goslarer Stadtbild.

Die Volland-Schülerin Elsbeth Siebenbürger macht in seinem Schaffen eine Entwicklung vom Naturalismus zu einer „auf das Wesentliche konzentrierten Vereinfachung“¹⁰ aus. Die Kunsthistorikerin Ursula Müller fügt dem hinzu, dass er bei dieser Vereinfachung nie „die Grenze zur Abstraktion“¹¹ überschritt. Er habe auf Gesten des Pathos verzichtet. Sein großes Vorbild seien die Stifterfiguren im Naumburger Dom gewesen. Quellen seines Schaffens waren außerdem seine Liebe zur Natur und seine Frömmigkeit.

Er selbst charakterisierte den Künstlerberuf folgendermaßen: „Der Künstler hat einen schönen Beruf. Er hat selbst Freude an jeder Arbeit, und mit jeder Arbeit kann er Menschen Freude schenken. Ich betrachte es als eine hohe Aufgabe des Künstlers, den Weg zum Inneren des Menschen zu suchen und zu weisen. Erst wenn wir uns mit Dingen umge-

ben, die Wert und Inhalt haben, wird das Drängen nach außen nachlassen, und die Menschen werden wieder Frieden finden.“¹²

Walter Volland scheint diesen Frieden am Ende in Goslar erreicht zu haben. Mit 70 Jahren konnte er 1968 sein eigenes Haus in der Zelterstraße bauen. Er starb am 7. September 1980. Beerdigt ist er mit seiner Frau auf dem Friedhof Feldstraße, für den er selbst einige Tierskulpturen gestaltet hat.

Max Drischner

Max Drischner wurde am 31. Januar 1891 in Prieborn (heute: Przeworno), im Landkreis Strehlen in Niederschlesien geboren. Nach seinem Abitur immatrikulierte er sich ab 1910 in Leipzig und Breslau für Theologie. Nach sieben Semestern brach er sein Studium ab, um in Berlin an der Hochschule für Musik Orgel, Klavier und Cembalo zu studieren. Seine Lehrerin war die polnische Cembalistin und Pianistin Wanda Landowska.¹³ Seine Ausbildung musste er mit Kriegsausbruch unterbrechen. Nach einer Erkrankung wurde er als untauglich aus dem Kriegsdienst entlassen, meldete sich jedoch freiwillig als Krankenträger. Ab 1916 versah er vor Verdun seinen Dienst, wo er infolge einer Blutvergiftung ein Fingerglied verlor. Trotz der Verletzung konnte er seine musikalische Tätigkeit fortsetzen. 1920 gab er sein erstes Cembalokonzert in Breslau. 1922 nahm er privaten Orgelunterricht beim Brieger Musikdirektor Paul Hielscher.

Abb. 3

Max Drischner und
Albert Schweitzer
1924 in Straßburg

© Archiv der
Jugendbewegung,
Foto: unbekannt



Nach Hielschers Tod wurde Drischner 1924 Kantor und Organist in der evangelischen Kirche St. Nikolai im niederschlesischen Brieg. Drischner zufolge musste Kirchenmusik sein wie eine gute Predigt, die jeder verstehen kann. Als Vertreter der Jugendmusikbewegung war es ihm wichtig, auch Laien für das Musizieren zu gewinnen. In Brieg gründete er bereits 1923 einen Jugendchor. Das ehemalige Chormitglied und der spätere Drischner-Biograf Friedrich Kudell, der als Zehnjähriger zu Drischners Chor stieß, berichtete darüber: „Ebenso neu und unerhört war es, daß er anstelle eines bezahlten, innerlich wenig engagierten Kirchenchores junge Menschen aus allen Schichten, besonders aber aus der Jugendbewegung, um sich scharte und mit ihnen chorisch und instrumental einen selbstlosen, echten liturgischen Dienst im Gottesdienst anstrebte.“¹⁴ Auf diese Weise trug Drischner die Jugendmusikbewegung in die Kirchenmusik. In seiner Werkauswahl setzte er mit der vor-Bach'schen Kirchenmusik und dem Gregorianischen Choral neue Schwerpunkte. Der Chor wurde zu zahlreichen Konzerten eingeladen und hatte Anteil an der Erneuerung des evangelischen Kirchengesanges.

Weitere Verdienste erwarb sich Drischner bei der Bewahrung der Großen Orgel in St. Nikolai. Diese war von 1724 bis 1730 vom bedeutenden schlesischen Orgelbauer Michael Engler erbaut worden und ein Zeichen des Dankes für die Altranstädter Konvention, die den Protestanten im Jahr 1707 freie Religionsausübung zusicherte. Ein Gutachten von 1913 empfahl den Abriss der Orgel, die u. a. wegen ihrer Mechanik nicht dem zeitgemäßen Typ entsprach. Gegen diese „Fabrikorgeln“ formierte sich zunächst im Elsass die Orgelbewegung, die eine Wiederentdeckung der Barockorgeln empfahl. Einer ihrer führenden Köpfe war der elsässische Arzt, Theologe und Philosoph Albert Schweitzer,

dessen Buch über Sebastian Bach Drischner bereits als Schüler gelesen hatte und mit dem er seit 1910 einen Briefwechsel unterhielt. Noch bevor sich die neue Orgelbewegung durchgesetzt hatte, erreichte Drischner in Brieg, dass die Orgel durch Hans Henry Jahn im Sinne Albert Schweitzers wiederhergestellt (1926-1928) wurde.¹⁵

Ab 1927 reiste Drischner mehrfach nach Norwegen, um dort norwegische „Volkstöne“ zu studieren, die die Grundlage vieler seiner Kompositionen bilden. Nordische Kompositionen sind von einer Einfachheit des Satzes, einer sparsamen und zweckmäßigen Farbgebung, bei gleichzeitig anschaulichem musikalischen Charakter gekennzeichnet. Dies waren auch für Drischner die wichtigsten Prinzipien in seinen Orgelkompositionen: „Größtmögliche Klarheit zur Erreichung einer auf das Auffassungsvermögen des Zuhörers abgestimmten Einfachheit.“¹⁶ Drischners Interesse für die nordische Musik stand im Einklang mit den nationalsozialistischen Anforderungen an eine sogenannte arische Musik, deren Ideal die nordische Musik darstellte. 1937 trat er in die NSDAP ein.¹⁷ Er komponierte weiterhin primär Kirchenmusik, allerdings war diese nicht mehr allein der Liturgie vorbehalten, sondern auch offen für andere Feieranlässe oder das Musizieren in Spielscharen.¹⁸ Anlässe für eine Verwendung bei politischen Feiern boten auch seine umfangreichen Einführungstexte, in denen er seine Stimmungen bei der Komposition festhielt.

Im Jahr 1940 ließ Drischner ein bereits zuvor von ihm komponiertes Werk unter dem Titel „Sonnenhymnus“ veröffentlichen. Im Vorwort druckte er einen Brief an seine Schwester Käthe ab, in dem er ausführt, dass er das Stück gerade jetzt und in Gedanken an sie herausgebe, um ihr „eine kleine Begleitmusik“¹⁹ während der englischen Bombenangriffe zu liefern. In dem Brief schreibt er außerdem, dass er den „Sonnenhymnus“ am Tag der Sonnenwendfeier, also am 21. Juni 1940, spielte. Zufällig wurde am selben Tag der Waffenstillstand in Compiègne unterzeichnet, was Drischner als „besondere Weihe“²⁰ empfand. Drischner erlebte den Einzug der siegreichen Brieger Truppen, für die er anlässlich der Orgelfeierstunde den „Sonnenhymnus“ erneut spielte, als „ganz persönliche [...] Revanche für die Niederlage des Ersten Weltkriegs“²¹. Im Jahr 1942 würdigte die Stadt Brieg Drischners Verdienste mit der Ernennung zum Kirchenmusikdirektor.

Nachdem Brieg im Januar 1945 zur Festung erklärt worden war, floh er in seinen Geburtsort Prieborn. Von dort wurde er mit seiner Mutter und seiner Schwester Margarethe im Herbst 1946 ausgewiesen. Nach verschiedenen Stationen in Sachsen-Anhalt,

Abb. 4

Max Drischner am Spieltisch in Grauhof 1960

© Archiv der Jugendbewegung, Foto: unbekannt



Thüringen und Württemberg, wo er teilweise als Organist und Kantor tätig war, bescheinigte ihm die Universitätsklinik Tübingen nach seinem fünfmonatigen Aufenthalt im Mai 1948 die Berufsunfähigkeit. 1955 fand Max Drischner in Goslar seinen letzten Wohn- und Wirkungsort.

Im selben Jahr wurde der „Sonnenhymnus“ erneut veröffentlicht und Drischner schrieb ein Vorwort, in dem er seine Ausweisung aus Schlesien schildert. Laut Stefan Zöllner wurde der „Sonnenhymnus“ auf diese Weise „zum musikalischen Protest gegen das Vertriebenendasein“²². Goslar, seit 1950 Patenstadt der schlesischen Stadt Brieg, verlieh Drischner 1956 den Goslarer Kulturpreis. Im nahe gelegenen Grauhof boten ihm die Franziskaner an, auf ihrer Barock-Orgel zu spielen. Diese Möglichkeit, durch die Begegnung der Konfessionen in einer gelebten Ökumene wie Drischner sie bereits aus der Una Sancta-Bewegung kannte und befürwortete, gab ihm wieder Lebensmut. Er konnte noch zahlreiche Orgelkonzerte geben, bis er am 25. April 1971 verstarb. Sein Grab findet sich auf dem Bergfriedhof in Lautenthal.

Josef Baron

Josef Baron wurde am 19. Februar 1920 im ober-schlesischen Raschowa (heute: Raszowa) bei Cosel (heute: Koźle) geboren. Schon früh zog es ihn in

die Welt hinaus. Nach seiner Schulzeit arbeitete er als Auszubildender bei der Hamburger Reederei Woermann in Kapstadt. Von 1940 bis 1945 war er Soldat und erlebte die Invasion der Alliierten in der Normandie. Er geriet in britische Gefangenschaft und wurde zwei Jahre im ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme interniert. In Flensburg besuchte er von 1948 bis 1950 die „Meisterschule für das gestaltende Handwerk“ mit abschließender Gesellenprüfung als Holzbildhauer. Von 1950 bis 1953 war er an der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf Schüler in der Bildhauerklasse von Ewald Mataré und arbeitete im Wiederaufbauministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. In der Bildhauerklasse von Mataré studierte er mit heute international bekannten Künstlern wie Joseph Beuys und Erwin Heerich. 1953 ließ er sich in Unna-Hemmerde nieder und heiratete. Aus der Ehe mit Marianne Götzten gingen vier Söhne hervor.

Sein erster größerer Auftrag war von 1959 bis 1961 die Neugestaltung des Innenraums der Wallfahrtsbasilika Mariä Heimsuchung im Nachbarort Werl. Der Auftrag kam durch die Vermittlung seines Meisters Mataré zustande.²³ Baron konzipierte den Innenraum so, wie es der kurz darauf vom Zweiten Vatikanischen Konzil beschlossenen Liturgiekonstitution entsprach. „Neu war die Zuwendung zum Volke hin“²⁴, erinnerte sich Baron. Seiner Neugestaltung kam somit Modellcharakter zu.

Der Auftrag in Werl war der Auftakt für eine ganze Reihe sakraler Arbeiten, die Baron u. a. nach Ägypten, Malaysia, Papua-Neuguinea und Venezuela führten. In Deutschland finden sich Barons Arbeiten vor allem in den Diözesen Essen, Paderborn, Köln, Hildesheim und Osnabrück. Dort schuf er in sechzig Jahren zahlreiche Kreuzwege, Kruzifixe, Altäre, Lesepulte, Marien- und Heiligenfiguren, Portale, Sedilien, Stand- und Osterleuchter, Tabernakel und Trenngitter.

Im Katalog, den die Stadt Unna 2011 herausgab, wird Josef Baron als „Diener der christlichen Verkündigung“ charakterisiert: „Josef Baron versteht sich als Künstler, der mit seinen Werken der christlichen Verkündigung dient. Und weil er sich als Diener der christlichen Verkündigung sieht, verzichtet er bewusst darauf, seine Werke zu signieren. Denn er will sich mit seinen Werken nicht persönliche Geltung verschaffen, sondern er will, dass die Botschaft gilt und wirkt, deren Worten er bildliche Gestalt verleiht. Die Vermittlung der Botschaft ist ihm Herzensangelegenheit, ihr mit seinen gestalterischen Mitteln Ausdruck zu verleihen sieht er als seine Berufung an. Und diese Berufung ist zugleich Verpflichtung auf ein Leben im Sinne der Christusbotschaft.“²⁵

Abb. 5

Veronika reicht Jesus das Schweißstuch.
Kreuzwegstation
von Josef Baron in
Hildesheim

© Dommuseum
Hildesheim,
Foto: Florian Monheim



In der Vielgestaltigkeit der christlichen Bildtradition habe Baron Anregungen und Vorbilder für seine Werke gefunden. Die Rückbindung an die Tradition zeige auch auf, dass er sich kurzlebigen Moderscheinungen verweigerte. Charakterisierend sei für Baron, dass seine Werke bei aller Stilisierung figürlich blieben und nicht zu abstrakt gehalten seien. Dies entsprach Barons Wunsch, dass die Betrachtenden die in seinen Werken präsentierten biblischen Szenen oder Sinnbilder mühelos erkennen können sollten. Baron stehe somit in der Tradition der „biblia pauperum“, d. h. der Bibel für die Unbedarften, Ungebildeten und Armen. Diese Tradition setzte auf die Wirkung von Bildern, die jeder Mensch unmittelbar erfassen kann, im Gegensatz zur Schrift, die nur derjenige versteht, der lesen kann. „Für Josef Baron ist das Kultbild eine Leitvorstellung seines Schaffens, wie er überhaupt den christlichen Kult, die Feier der Liturgie als Vollzüge ansieht, die dem gläubigen Menschen Gott nahe bringen und seinem Leben Halt und Orientierung geben.“²⁶

Abb. 6

Künstler Josef Baron
vor der von ihm
geschaffenen
Schäfergruppe 1987
in Munster

© Dietrich Breuer



Barons Ansinnen der Verkündigung des Glaubens lässt sich am deutlichsten an der Darstellung seiner Kreuzwege ablesen. Darin zeigt er in der sechsten Station, wie Veronika Jesus das Schweißstuch reicht. Diese seit dem 12. Jahrhundert überlieferte Legende nimmt Bezug darauf, dass Jesus sein Gesicht in ein Stofftuch gedrückt habe, welches in dem Tuch sichtbar erhalten blieb. Das „Schweißstuch der Veronika“ gilt als das wahre Porträt des Antlitzes Christi. Baron hat es in vier in Niedersachsen gestalteten Kreuzzügen (Lüneburg, Rhumspringe, Munster²⁷ und Hildesheim) mit dem Abbild von Jesus dargestellt. Nach Joh 12,45 sagte Jesus: „Wer mich sieht, sieht den, der mich gesandt hat.“ Dies wiederum würde eine Abbildung Gottes durch Jesus bedeuten.

Baron beschäftigte sich jedoch nicht nur mit religiösen Themen. 1963 schuf er für den Emscherpark im nordrhein-westfälischen Holzwickede ein Mahnmahl aus Sandstein, das auf sieben Stelen an die Folgen von Krieg erinnert: Tod, Todesangst, Gefangenschaft, Verlust des Sohnes, Waisenkind, Flucht und Vertreibung sowie Invalidität. Es ist davon auszugehen, dass Baron dabei auch seine vertriebenen Landsleute aus Oberschlesien im Blick hatte. Als der Künstler im Jahr 2007 von Bestrebungen in Holzwickede erfuhr, sein Mahnmahl im Zuge von Umgestaltungsmaßnahmen zu versetzen, wurde er in der Zeitung mit den Worten zitiert: „Es ist nicht richtig, dass wir alles Unangenehme in unserer Gesellschaft, wie die Armut oder den Holocaust, einfach wegschieben.“²⁸ Der damalige Kulturamtsleiter im niedersächsischen Munster, Dietrich Breuer, der Baron und seine Kunst kannte und schätzte,

setzte sich für eine Überführung nach Munster ein, was ihm mit Unterstützung des Unnaer Mediziners Karl-Uwe Marx auch gelang. Seit 2009 steht das „Mahnmal gegen Krieg“ vor der St.-Michael-Kirche in Munster, in der Baron bereits 1981 den Altarraum mit Altar, Triumph-Kreuz, Ambo, Tabernakel, Taufbecken und Leuchtern gestaltet hatte. 1983 kamen noch ein Kreuzweg und eine Pietà hinzu.

1987 erhielt die Stadt Munster außerdem ein profanes Kunstwerk von Baron. Ihn reizte es ein Kunstwerk zu schaffen, in das er alles „reinpacken“ könne, „was uns Menschen ausmacht. Wir sind ein Herdentier, brauchen immer einen Leithammel und folgen gern einem starken Führer, der leider manchmal ein Verführer ist.“²⁹ Dank der Finanzierung der Kreissparkasse Soltau konnte die Schäfergruppe mit Hirte und Hütehund realisiert werden und steht heute in der Innenstadt von Munster. Josef Baron starb am 1. Januar 2020 in Unna-Hemmerde.

Fritz Thomas-Gottesberg

Fritz Thomas wurde am 8. Juni 1910 im niederschlesischen Gottesberg (heute: Boguszów) geboren. 1924 begann er seine Ausbildung an der Warmbrunner Holzschneidenschule, wo er fünf Semester lang Meisterschüler bei Cyrillo dell'Antonio war und bei Günther Grundmann Kunstgeschichte studierte. In dieser Zeit begegnete er auch Walter Volland.³⁰

Noch während der Studienzeit gewann Thomas den vom Carlshospital in Kassel ausgeschriebenen Wettbewerb und schuf die Holzskulptur „Cruzifix“. Ab 1931 lebte er als freischaffender Bildhauer in Liegnitz (heute: Legnica) und fertigte u. a. Kruzifixe für evangelische Kirchen. 1939 heiratete er in Liebau Ella Frieda (genannt Monika) Teuber. Das Paar bekam drei Söhne, von denen einer bald nach der Geburt in Schlesien starb. Dem Nationalsozialismus stand der Künstler kritisch gegenüber. Er sympathisierte mit der Bekennenden Kirche, später dann wandte er sich der Anthroposophie zu.

Im Zweiten Weltkrieg wurde Thomas früh eingezogen und geriet in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er an die Tschechen übergeben wurde. 1948 traf er in Munster-Lager, dem größten Lager für entlassene Kriegsgefangene der Wehrmacht, ein. In Niedersachsen traf er seine Frau und seinen Sohn wieder (der dritte Sohn kam erst im Westen zur Welt). Nach einer kurzen Station im Alten Land kam er mit seiner Familie 1948 nach Flensburg. Dort übernahm er die Leitung der Bildhauerabteilung an der „Meisterschule für das gestaltende Handwerk“ (seit 1966 in „Werkkunstschule“ umbenannt). 27 Jahre prägte Thomas mit großem Erfolg die Werkkunstschule sowie seine Schüler und zog selbst viele Impulse aus seiner Lehrtätigkeit, bevor er 1975 in den Ruhestand ging.

Nach dem Verlust seiner Heimat hatte er seinen niederschlesischen Geburtsort seinem Nachnamen hinzugefügt und sich fortan Thomas-Gottesberg genannt. Indem er seine schlesischen Wurzeln betonte, hat er das „geistige Erbe seiner schlesischen Heimat verteidigt und fortgesetzt“³¹. Thomas-Gottesberg schuf in seiner zweiten Heimat zahlreiche Kunstwerke mit Bezug zu Schlesien.

Dietrich Breuer, Niederschlesier und ehemaliger Leiter des Schul- und Kulturamtes in Munster, hat den Künstler gut gekannt. Breuer setzte sich später dafür ein, dass über 700 Plastiken, Malereien und grafische Arbeiten als „Sammlung Fritz Thomas-Gottesberg“ 1990 an die Stadt Munster übergeben wurden. Dabei spielte auch eine Rolle, dass Niedersachsen die Patenschaft für die ehemalige Provinz Schlesien übernommen hat. Jahre hindurch hat Breuer die Sammlung als Kurator betreut und sie über Ausstellungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Von Fritz Thomas-Gottesberg finden sich heute noch zwei Bronze-Plastiken in Munster. Die Plastik „Der Junge mit der Schnecke“ entstand anlässlich der ersten Landesausstellung „Natur im Städtebau“ und wurde vom damaligen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht 1988 im Beisein des Künstlers ent-

Abb. 7

Bronzeplastik
„Intervall“ von Fritz
Thomas-Gottesberg
in Munster

© Dietrich Breuer



hüllt. 1989 erwarb die Stadt Munster die Plastik „Intervall“, die eine realistische Darstellung eines jungen weiblichen Aktes zeigt. Die mit einem Bein kniende Frau senkt den Blick und hält dabei die rechte Hand unter ihr Kinn und die linke Hand vor ihre Stirn. Uwe Lempelius beschreibt sie als „Archetypus des Weiblichen“³² und hebt das „Architektonische dieser Plastik“ sowie ihren Charakter von „zeitloser Gültigkeit“ hervor. Lempelius betont die ernsten Themen der Plastiken von Thomas-Gottesberg. „Es zeigt sich, daß die von Thomas dargestellten allgemeingültigen Stationen des menschlichen Lebensweges nicht von äußeren Daten und Ereignissen bestimmt sind, sondern von inneren Erfahrungen.“ Der Künstler starb am 4. Juni 1997 in Flensburg.

Edith und Walter von Sanden-Guja

Walter von Sanden wurde am 18. Juni 1888 in Marienwalde (heute: Maryszki), Kreis Darkehmen, in Ostpreußen geboren und wuchs auf Gut Launingken auf. Mütterlicherseits stammte er von den Freiherrn Schenk zu Tautenburg ab, die als Deutschordensritter im 16. Jahrhundert nach Preußen kamen.³³ Die Familie von Sanden war seit dem 17. Jahrhundert in Preußen ansässig.³⁴ Der Großvater von Walter von Sanden, Alfred von Sanden, erwarb den Besitz in Launingken Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Vater war königlich preußischer Kammerherr und Mitglied des preußischen Herrenhauses, der ersten Kammer des preußischen Landtags.³⁵

Edith von Sanden geb. von Schlüter wurde am 15. Juli 1894 in Guscht (heute: Goszczanowo) in der Neumark (vor 1945 Provinz Brandenburg) geboren. Ihre Eltern waren Julia geb. Kusenberg und Arnold von Schlüter, die aus niedersächsischen Geschlechtern stammten. Ihr landwirtschaftlicher Besitz lag in Schweinert, im Kreis Schwerin an der Warthe. Kurz nach Ediths Geburt wurde Arnold von Schlüter Landstallmeister des damaligen preußischen Landgestüts Gudwallen im Kreis Darkehmen in Ostpreußen, das nicht weit vom Besitz Launingken der Familie von Sanden lag.

Mit der Familie von Schlüter pflegten bereits die Eltern Walter von Sandens freundschaftliche Kontakte. So lernte Walter von Sanden seine spätere Frau Edith schon als Kind kennen.

1911 verlobten sich Edith und Walter während eines Jagdaufenthaltes in Schweinert. Im gleichen Jahr übernahm Walter die Bewirtschaftung des 3.100 Hektar großen elterlichen Besitzes, zu dem auch mit 366 Hektar Klein Guja gehörte. Die Hochzeit folgte erst am 1. April 1914, da Edith zunächst noch die Kunstschule in Düsseldorf (1911-1914) besuchte. Währenddessen unternahm Walter ab 1913 eine

Bildungsreise nach Nord-, Mittel- und Südamerika. Das Paar ließ sich nach der Heirat dauerhaft in Klein Guja nieder.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde Walter von Sanden als Offizier an die Ostfront berufen. Edith von Sanden folgte ihrem Mann in den Osten und wurde Krankenschwester sowie später Leiterin eines Erholungsheims für Soldaten auf dem Gut Owanta bei Wilna. Klein Guja wurde in Teilen im Krieg zerstört. Nach Kriegsende beseitigte das Paar zunächst die Zerstörungen. 1919 kam Sohn Harro zur Welt. 1921 eine Tochter, die – in Anlehnung an die Zeit im Krieg – Owanta Gisela genannt wurde.

Friedrich-Karl Milthaler, befreundeter Zeitgenosse des Ehepaars von Sanden, der die beiden seit seiner Kindheit gekannt hat, hob hervor, dass Edith und Walter von Sanden große Familienfeste und gesellschaftliche Verpflichtungen mieden.³⁶ Sie fühlten sich eher wohl im persönlichen Gespräch im kleinen Kreis mit ihnen nahestehenden Menschen. Ihr offenes Haus beherbergte Freunde und interessierte Gleichgesinnte aus dem In- und Ausland. Dazu zählte beispielsweise auch der bekannte Tierfilmer Heinz Sielmann. Zu den fachlichen Freunden des Ehepaars von Sanden gehörte außerdem der Präparator Albert Möschler. Möschler verbrachte jedes Jahr mehrere Wochen in Klein Guja. Später lebte er bis zur Vertreibung dort und präparierte Vögel für die kleine Privatsammlung Walter von Sandens. Zu den Gästen auf Guja vor 1939 gehörte außerdem der polnische Tierfotograf Włodzimierz Puchalski. Nach dem Zweiten Weltkrieg kontaktierte er Walter von Sanden und wollte seine Rückkehr ins nunmehr polnische Guja vermitteln, damit er sich weiter für den Schutz des Nordenburger Sees einsetzen könne. Walter von Sanden lehnte dies jedoch ab.

Über die politische Haltung des Ehepaars während des Nationalsozialismus schreibt Milthaler: „Der politischen Entwicklung in Deutschland besonders nach 1933 standen Edith und Walter von Sanden stets skeptisch gegenüber.“³⁷ Nach dem missglückten Attentat vom 20. Juli 1944 befragte die Gestapo mehrfach Landarbeiter auf Guja. Hintergrund war die räumliche Nähe zur Wolfsschanze, die sich im benachbarten Kreis Rastenburg befand. Von Sanden selbst stand der Gestapo in einer vier Stunden dauernden Vernehmung Rede und Antwort.

Am 21. Januar 1945 erging für Klein Guja der Räumungsbefehl. Nachdem seine Gutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter den Weg mit der Eisenbahn nicht mehr antreten konnten, stellte Walter von Sanden ihnen seine Fluchtwagen zur Verfügung. Er selbst begab sich am Folgetag mit seiner Frau und einem

polnischen Begleiter per Fahrrad auf die Flucht. Nach wenigen Tagen überquerten sie das zugefrorene Frische Haff und gelangten auf die Nehrung.³⁸ Nach wochenlangen Strapazen durch ein zerstörtes Land erreichten sie ihren 1929 erworbenen Hafnerhof in Kärnten. Über seine Flucht veröffentlichte Walter von Sanden 1950 das Buch „Zugvögel“, in dem er seine Tagebuchnotizen mit Beobachtungen aus der Vogelwelt verband.

Walter von Sanden, der nach 1945 seinem Namen den seines verlorenen Besitzes hinzufügte, war schließlich auf der Suche nach einem Flachsee, der

seinem Nordenburger See ähnlich war. So kam es, dass das Paar 1947 Kärnten verließ und sich in Hüde am Dümmer See in Niedersachsen niederließ. 1952 konnten sie mit „gerettetem ‚Westvermögen‘“³⁹ sogar ein eigenes Haus bauen, das sie Klein-Klein Guja taufte. Bereits 1948 konnten sie sich durch die Holzvermittlung eines ostpreußischen Bekannten, der nun Oberforstmeister im Forstamt Dannenberg war, ein Fischerboot nach ihren (ostpreußischen) Vorgaben bauen lassen. Beide gingen in Hüde ihren vorherigen Tätigkeiten nach und finanzierten sich v. a. durch den Verkauf ihrer Bücher und Plastiken.

Abb. 8

Walter und Edith von Sanden-Guja mit ihrem Boot auf dem Dümmer

© unbekannt
(Quelle: Edith von Sanden-Guja, Plastiken, ohne Seitenzahl)



„Neugier, Geduld, gewissenhaftes Aufzeichnen, Beobachtungsgabe, ein hervorragendes Gedächtnis und eine tiefe, in der Achtung vor Gottes Schöpfung begründete Liebe zu den Mitlebewesen waren Walter von Sandens Voraussetzungen, mit denen er an die Natur heranging.“⁴⁰ Christoph Hinkelmann sieht in der „Detailgenauigkeit seiner Schilderungen“⁴¹ und dem „spürbaren Einfühlungsvermögen“ die Gründe, wieso es Walter von Sanden gelang, eine so große Leserschaft zu gewinnen. In seinen Büchern lasse er die Leser an seinem Leben in Guja teilnehmen. „Guja“ bedeute für ihn die Einheit von Menschen und Tieren, die auf seinen Besitzungen in Klein Guja und Launingken sowie am Nordenburger See bis zur Flucht 1945 lebten. Später schloss für ihn auch der Dümmer, den er in „Der große Binsensee“ beschrieb, das gesamte lebende Gefüge um den See mit ein.

Fast sein gesamtes Werk besteht aus selbst erlebten und festgehaltenen Naturschilderungen, -berichten und analysierenden Darstellungen. Sie entstanden vor 1945 aus dem Bedürfnis, das Erlebte mit seinen Mitmenschen zu teilen. Walter von Sanden schrieb selbst über seinen Beruf in der Land- und Forstwirtschaft und die daraus entstandenen Bücher: „Bald konnte ich durch meine gewonnene allgemeine Naturnähe unserm Land und unseren Wäldern nützen. Daneben entstanden wie von selbst aus Dankbarkeit und Freude meine Bücher. Der Mund ging über, weil das Herz voll war.“⁴²

Walter von Sandens vorrangiges Interesse galt der Vogelkunde. In seinem schriftstellerischen Werk nahm das Beobachten und Dokumentieren von Vögeln und ihrer Lebensweise einen herausragenden Platz ein. Bereits als Kind hatte er die Rückkehrdaten der Zugvögel notiert. Er war ein profunder Kenner der heimischen Vogelarten und ihrer Stimmen. Hinkelmann bezeichnet ihn sogar als einen „der besten Freilandornithologen seiner Zeit“⁴³.

Walter von Sanden war stets geleitet von einem ökologischen Verständnis und einer christlichen Bewahrung der Schöpfung. So schrieb er 1957: „Meine sich immer weiter vertiefende Naturnähe ließ mich erkennen, daß Gott die Welt dem Menschen gegeben hat, daß er sie benutzen darf, daß es aber für die Dauer nur geht, wenn er es mit reinen Händen und freundlichem, ehrfürchtigem Herzen tut. Alle meine Bücher sind zu guter Letzt Bekenntnisbücher zu diesen Worten.“⁴⁴ Dass der Neuenburger See 1939 Naturschutzgebiet wurde, ist auch auf seine Bücher und Initiativen zurückzuführen. Während des Zweiten Weltkriegs erfuhr er von Plänen, die den See und seine Inseln zu einem Übungsplatz für den Abwurf scharfer Bomben vor-

sahen. Walter von Sanden intervenierte dagegen erfolgreich beim Oberkommando des Heeres.⁴⁵

In seinem letzten Lebensdrittel veröffentlichte Walter von Sanden vor allem Beobachtungen zum Dümmer, aber auch bereits frühere, unpublizierte Texte, die noch in Klein Guja entstanden waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen außerdem einige erdachte Erzählungen und Gedichte, doch ist sein belletristisches und poetisches Werk gering. In seiner späteren Zeit am Dümmer beobachtete er die schädlichen Auswirkungen der Eindeichung sowie der Einleitung von Schadstoffen auf die Tier- und Pflanzenwelt. Um eine weitere Verarmung an Arten abzuwenden, setzte er sich für eine Sanierung des Binsensees ein. Sein Engagement wurde 1965 mit dem Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens gewürdigt. Die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen konnte er jedoch nicht mehr erleben. Er starb am 7. Februar 1972 in Hüde.

Anlässlich seines 40. Todestages im Jahr 2012 wurde Walter von Sanden in einem Artikel in der Kreiszeitung als „der nach Hermann Löns prominenteste deutsche Naturschilderer“⁴⁶ bezeichnet. Dem folgte die Auszeichnung der Oberschule Lemförde, wodurch die Schule das Engagement Walter von Sandens für den Naturschutz und den Erhalt des Dümmer würdigte und auch an Edith von Sanden als „namhafte deutsche Tierplastikerin und Malerin“ erinnert.⁴⁷ Ebenso trägt die Straße in Hüde, in der das Ehepaar lebte, den Namen „Von-Sanden-Straße“. 2012 wurde eine vom Ostpreußischen Landesmuseum erarbeitete Wanderausstellung in Allenstein (heute: Olsztyn) gezeigt, die 2011 im Volkskulturmuseum Angerburg (Muzeum Kultury Ludowej Węgorzewo) zu sehen war. Das Erbe Walter von Sandens wird somit auch in Polen immer bekannter.

Edith von Sandens künstlerisches Talent wurde bereits im Alter von 12 Jahren von den Eltern entdeckt und gefördert. Die Arbeiten aus ihrer Düsseldorfer Ausbildungszeit sind heute weitgehend verschollen, von dort brachte sie eine Neigung zum floralen Jugendstil, verbunden mit einem Gespür für seine dekorative Wirkung mit.

Neben ihren vielfältigen Aufgaben als Mutter und Gutsherrin ging sie weiter ihrer künstlerischen Begabung nach und wurde darin auch von ihrem Mann unterstützt, der ihr verschiedene Kunstaufenthalte ermöglichte.

„Die Folgen des Krieges und die beiden Kinder verboten zunächst, eine ihr notwendig erscheinende weitere Ausbildung. Wir fühlten aber beide, daß sie notwendig war. Tatkräftig ging meine Frau auch

Abb. 9

Der von Edith von Sanden in Bronze modellierte Fischotter „Ingo“

© unbekannt
(Quelle: Edith von Sanden-Guja, Plastiken, ohne Seitenzahl)



nach einigen Jahren daran, ihr Können zu vervollkommen und besuchte je nach Möglichkeit die Kunstakademie in Königsberg. Eingehend vertiefte sie sich in die Anatomie, betrieb eine Zeitlang im Salzburgischen die Holzbildhauerei bei dem Vater von Professor Adlhard und eignete sich die speziell für Bronze nötigen Fertigkeiten am Ammersee in Bayern an. Es fiel ihr schwer, ihre Verpflichtungen in Haus und Familie zu unterbrechen. Aber sie und wir taten es wie etwas Notwendiges, das sein mußte. Wie ein Lehrling zog sie in die Fremde, ohne viel Aufhebens und bescheiden. Damit gewann sie sich die Herzen ihrer Lehrherren und Mitarbeiter. Unser Haus in Guja trug später den Charakter ihrer künstlerischen Begabung.“⁴⁸

Interessant ist im Vergleich zu Walter von Sanden die Sichtweise der Tochter auf den Charakter ihrer Mutter als Künstlerin, der ihr offenbar ihre Aufgaben und Pflichten als Mutter und Gutsherrin erschwerte: „Sie war temperamentvoll, klug, kindlich und sehr weltfremd, mit einem scharfen Blick für das Schöne [...]. Ihr künstlerisches Wesen und ihre Unfähigkeit für praktische und wirtschaftliche Dinge ließen sie den Gutsleuten unverständlich bleiben. Sie fand nicht den leichten und natürlichen Ton zu ihnen und litt darunter. [...] Mutters wirkliche Kinder waren, so scheint mir, ihre selbst geschaffenen Bronzen.“⁴⁹

Edith von Sanden schuf zahlreiche Tierplastiken, für die sie mehrfach bei internationalen Ausstellungen

ausgezeichnet wurde. Der Kunsthistoriker und Kustos des Ostpreußischen Landesmuseums Jörn Barfod bezeichnet Edith von Sanden als eine der „namhaften Tierplastikern Deutschlands in den mittleren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.“⁵⁰ Ihre Intention sei es gewesen, einen unmittelbaren Natureindruck zu vermitteln. Durch die Betonung auf die Naturnähe und einen geringen Stilanteil erhielten ihre Werke einen überzeitlichen Charakter. Dies mache es allerdings auch schwer, „die Künstlerin einer der großen Stilströmungen ihrer Zeit zuzuordnen, auch wenn ihr Schaffen natürlich der Kunst ihrer Zeit verpflichtet und verhaftet bleibt.“⁵¹

Barfod vergleicht Edith von Sanden-Guja in ihrer Art der Tierwiedergabe mit Tier- und Jagdmalern. Diese Beobachtung verweist auf den Entstehungskontext der Plastiken, denn Edith von Sanden modellierte in erster Linie freilebende Tiere, wie Vögel und Wassertiere, die ihr von ihrem Mann als Naturforscher, Jäger und Angler zur Verfügung gestellt wurden. So modellierte sie etwa den zahmen Fischotter „Ingo“, der bei der Familie lebte.

Ging es beim Modellieren vor allem um die Darstellung der Form, so bewies Edith von Sanden, dass sie auch mit Farbe hervorragend umgehen konnte. Dies zeigen zahlreiche Fischequarelle, die in den 1940er Jahren entstanden. Die Aquarelle dienten zur Illustration eines Buches ihres Mannes, Barfod bescheinigt ihr dennoch eine „große individuelle

künstlerische Kraft“⁵², die sie letztlich über den Vergleichsrahmen der Tier- und Jagdmalerei hinaushebe. Die Pflanzenaquarelle zeigen Anleihen an den Jugendstil.

An der Kunstakademie in Königsberg hatte Edith von Sanden bei Heinrich Wolff gelernt, ihr Zeichnen zu vervollkommen. Weitere Impulse gab ihr der bedeutende Bildhauer Stanislaus Cauer, der sich ebenfalls dem Naturvorbild verpflichtet sah. Cauer Neigung zur Abstraktion teilte von Sanden allerdings nicht. Ihr ging es um eine wirklichkeitsgetreue Darstellung der Tier- und Pflanzenwelt. Aus diesem Grund sind fast alle Plastiken in der natürlichen Größe der Tiere gefertigt. In diesem Sinne beschäftigte sie sich auch mit Naturkunde und Anatomie und holte sich Anregungen bei Präparator Albert Möschler.

Die einzige Porträtbüste, die sich von Edith von Sanden erhalten hat, zeigt Albert Möschler. Der Verlust der übrigen Büsten ist umso bedauerlicher, da ihre Porträtköpfe in Zeitungskritiken der 1930er Jahre anlässlich einer Ausstellung im Königsberger Kunstsalon Teichert als „besonders bedeutend und ausdrucksvoll hervorgehoben“⁵³ wurden. Darüber hinaus haben sich nur zwei Versionen eines sitzenden Engels, ein Panjeschlitten von 1918 und der Kopf eines Kleinkindes erhalten.

Als Hauptwerk Edith von Sandens müssen die Tierplastiken gelten. Offensichtlich entsprach dies auch ihrer eigenen Wahrnehmung, da sie auf den beiden großen Kunstausstellungen Ostpreußens des Königsberger Kunstvereins 1935 und 1939 sowie auf allen Ausstellungen nach 1945 ausschließlich oder überwiegend Tierplastiken zeigte.

Flucht und Neuanfang waren auch für Edith von Sanden ein großer Bruch. Sie verarbeitete ihre Trauer um den verlorenen Besitz in Ostpreußen u. a. in Gedichten, die Walter von Sanden in seinem Buch „Zugvögel“ publizierte. Beide gingen ihren künstlerischen Tätigkeiten weiter nach, die nun auch als Erwerbsquelle dienen mussten. Glücklicherweise

konnte ein Großteil der vor 1945 geschaffenen Arbeiten aus Ostpreußen gerettet werden. Dies ermöglichte es Edith von Sanden, sich mit ihren Arbeiten 1954 auf der internationalen Jagdkunstausstellung in Düsseldorf zu präsentieren, wo sie für ihren Kolkraben die Goldmedaille erhielt. Müller-Using beurteilte ihre bildhauerische Arbeit 1954 in Düsseldorf folgendermaßen:

*„Wiederum war es Frau E. v. Sanden-Guja, die durch eine Fülle sauberer und schöner Arbeiten die Aufmerksamkeit aller auf sich zog. Fesselten die Werke dieser Künstlerin schon damals in Hannover den Blick (ein Stück von ihr wurde damals von der Jury als das beste Stück der Ausstellung erklärt), so gilt das für Düsseldorf in noch höherem Maße: Ihr Gesamtwerk steht unter dem, was gezeigt wurde, fraglos an erster Stelle und wurde auch dementsprechend bewertet. (Sie erhielt als einzige Persönlichkeit die goldene Medaille für Bildhauerarbeiten.)“*⁵⁴

Von dem Kolkraben von 1932 bis zu ihrem letzten Werk, einer Eule von 1974/75, macht Barfod als stilistische Entwicklung eine Hinwendung von harten und scharfen Formen zu weichen, summarischen Formen aus.⁵⁵ Innerhalb der ostpreußischen Kunst ihrer Zeit sei eine Einordnung des Werks von Edith von Sanden nicht leicht. Anknüpfungspunkte böten die Tierplastiker Richard Friese, Arthur Steiner und Maria Ewel. Die wesentliche Parallele zu Edith von Sanden liege in einem genauen Naturstudium, das jeder von ihnen für seine Plastiken wählte, allerdings unterschieden sich die Ausdrucksformen. Einzig bei Edith von Sanden stünde die Naturform als Gestaltungsziel so stark im Vordergrund.⁵⁶

Einen Großteil ihrer Plastiken stiftete sie dem Dümmer Museum in Lembruch. Weitere Tierplastiken finden sich im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und im Archiv des Angerburger Patenkreises in Rotenburg/Wümme.

Edith von Sanden-Guja starb am 29. März 1979 in Diepholz.

¹ Johanna Junk / Martin Schenk, Chronik 70 Jahre BBK Harz, Goslar 2016, S. 5.

² Die Vereinigung wurde zuerst als „Schlesisch-Sudetendeutsche Künstlergilde“ gegründet und dann in „Die Künstlergilde“ umbenannt. Ernst Schremmer, Bildende Kunst und Architektur der Ostdeutschen, in: Hans Joachim von Merkat (Hrsg.), Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene / Flüchtlinge / Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration, Düsseldorf 1979, S. 325-337, hier S. 326.

³ Ebd.

⁴ Junk, Chronik, S. 5. Von vier Vorsitzenden des BBK Harz stammten drei aus Schlesien.

⁵ Ursula Müller, Walter Vollands Wirken in Goslar, in: Monika Erb / Gunilla Krynitz (Hrsg.), Walter Volland. 1898-1980 (Goslarer Künstler und Kunsthandwerker, Bd. 6), Goslar 1998, S. 25-49, hier S. 26.

- ⁶ So Elsbeth Siebenbürger, Der Bildhauer Walter Volland, in: Monika Erb / Gunilla Krynitz (Hrsg.), Walter Volland. 1898-1980 (Goslarer Künstler und Kunsthandwerker, Bd. 6.), Goslar 1998, S. 7-18, hier S. 8.
- ⁷ Ebd., S. 10.
- ⁸ Müller, Walter Vollands Wirken in Goslar, S. 26.
- ⁹ Ebd., S. 26/27.
- ¹⁰ Siebenbürger, Der Bildhauer Walter Volland, S. 17.
- ¹¹ Müller, Walter Vollands Wirken in Goslar, S. 40.
- ¹² Siebenbürger, Der Bildhauer Walter Volland, S. 17/18.
- ¹³ Wanda Aleksandra Landowska (1879-1959) unterrichtete von 1913 bis 1919 an der Hochschule für Musik in Berlin. Ab 1920 lehrte sie in Paris, bevor sie im Juni 1940 vor der deutschen Wehrmacht in den unbesetzten Teil Frankreichs floh. Sie erhielt ein Visum für die USA und lebte ab 1947 in Lakeville, wo sie 1950 wieder unterrichtete. Ihre umfangreiche und wertvolle Sammlung an Handschriften und Musikinstrumenten wurde vom „Sonderstab Musik“ geplündert und nach Deutschland gebracht. Ingeborg Harer, „Landowska, Wanda“, in: Europäische Instrumentalistinnen des 18. und 19. Jahrhunderts, online verfügbar unter <https://www.sophie-drinker-institut.de/landowska-wanda> (zuletzt abgerufen am 28.06.2021).
- ¹⁴ Friedrich Kudell, Max Drischner. Leben und Wirken, Vlotho 1987, S. 1.
- ¹⁵ Max Drischner, Die Große Orgel zu St. Nikolai in Brieg, in: Max Drischner (Hrsg.), Antonio de Cabezón, 4 Tientos, Tübingen 1953.
- ¹⁶ Stefan Zöllner, Orgelmusik im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt a. M. u. a. 1999, S. 278.
- ¹⁷ Fred K. Prieberg, Handbuch Deutsche Musiker 1933-1945, PDF auf CD-ROM, Kiel 2004, S. 1252.
- ¹⁸ Zöllner, Orgelmusik, S. 283.
- ¹⁹ Ebd., S. 276.
- ²⁰ Ebd., S. 275.
- ²¹ Ebd., S. 276.
- ²² Ebd., S. 277.
- ²³ Ewald Mataré (1887-1965), der infolge der Machtübernahme der Nationalsozialisten seine Professur an der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf verloren hatte und dessen Werke als „entartet“ diffamiert wurden, konnte in dieser Zeit durch kirchliche und private Aufträge seinen Lebensunterhalt bestreiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt Mataré eine Reihe bedeutender Aufträge, etwa die Bronzetüren für das Südportal des Kölner Doms oder die Portale der Weltfriedenskirche in Hiroshima, die ihm international Anerkennung verschafften. Sabine Maja Schilling, „Mataré, Ewald“, in: Neue Deutsche Biographie 16 (1990), S. 365-367 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118578790.html#ndbcontent> (zuletzt abgerufen am 28.06.2021).
- ²⁴ https://www.lokalkompass.de/unna/c-kultur/kuenstler-sollten-nicht-spinnen-josef-baron97-blickt-auf-sein-lebenswerk_a768329 (zuletzt abgerufen am 08.03.2021).
- ²⁵ Anonymus, Josef Baron. Kunst im Dienste christlicher Verkündigung, in: Kreisstadt Unna (Hrsg.), Josef Baron. 60 Jahre freischaffender Künstler in Unna, Unna 2011, S. 9.
- ²⁶ Ebd., S. 16.
- ²⁷ Bei dem Kreuzweg in Munster handelt es sich um einen Zweitguss des Kreuzweges, der sich in Caracas befindet.
- ²⁸ Peter Gräber, Mahnmal soll weg – Künstler sperrt sich, in: Westfälische Rundschau, 5. Oktober 2007.
- ²⁹ Dietrich Breuer, Nachruf auf Josef Baron unter <https://www.st-michael-munster.de/aktuell/> (zuletzt abgerufen am 08.03.2021).
- ³⁰ Suzanna Wycisk-Müller, Schöpferisches Schlesien von A bis Z, Bd. 2, Leipzig 2016, S. 192.
- ³¹ Grußwort von Professor Karl Heinz Türk, niederschlesischer Bildhauer aus Nürtingen-Hardt, in: Stadt Munster (Hrsg.), Sammlung Fritz Thomas-Gottesberg. Plastiken – Malereien – Graphiken, Munster 1990.
- ³² Vgl. auch im Folgenden Grußwort von Uwe Lempelius, in: ebd.
- ³³ Die Freiherren Schenk zu Tautenburg waren nachweislich seit 1529 im Kreis Angerburg ansässig. Ursprünglich stammt das Geschlecht der Schenken zu Tautenberg aus Thüringen. Christoph von Schenk war von 1520 bis 1525 Amtshauptmann in Angerburg und bei der Gründung des Herzogtums Preußen Geheimer Rat des Herzogs Albrecht von Preußen. 1529 erhielt er das Lehen Doben, Steinhof, Deyguhn und Kühnort im Kreis Angerburg. Jörn Barfod / Christoph Hinkelmann / Friedrich-Karl Milthaler, Edith und Walter von Sanden-Guja, in: Landsmannschaft Ostpreußen (Hrsg.), Arbeitsbriefe der Landsmannschaft Ostpreußen, Hamburg 1999, S. 5-63, hier S. 7.
- ³⁴ Bernhard von Sanden, geb. 1636, war 1688 Oberhofprediger und Professor für Theologie in Königsberg. Er wirkte als Bischof 1701 bei der Krönung des preußischen Königs Friedrich I. mit. Ebd.
- ³⁵ Milthaler schreibt, dass der Vater die Erhebung in den Grafenstand abgelehnt habe, sich allerdings als Vorsitzender des Provinzialausschusses für seine ostpreußische Heimat engagierte. In dieser Funktion sei er 1915 mit dem Oberpräsidenten und Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen zu Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff gereist, „um für die Befreiung der Provinz Ostpreußen zu danken.“ Ebd., S. 9.
- ³⁶ Ebd., S. 10.
- ³⁷ Zitiert nach ebd., S. 11.
- ³⁸ <https://www.ostpreussisches-landesmuseum.de/termine/zugvogel-ein-bericht-uber-die-flucht-aus-ostpreussen-1945/> (zuletzt abgerufen am 13.08.2020).
- ³⁹ Jörn Barfod u. a., Edith und Walter von Sanden-Guja, S. 19.
- ⁴⁰ Ebd., S. 39.
- ⁴¹ Vgl. auch im Folgenden ebd., S. 40.
- ⁴² Zitiert nach ebd., S. 39.
- ⁴³ Ebd., S. 44.

⁴⁴ Zitiert nach ebd., S. 39.

⁴⁵ Ebd., S. 54.

⁴⁶ Armin Püttger-Conradt, Ein Leben mit der Natur. Walter von Sanden-Guja aus Hüde verstarb vor 40 Jahren, 24.12.2012: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/diepholz/leben-natur-2676850.html> (zuletzt abgerufen am 28.06.2021).

⁴⁷ http://www.von-sanden-oberschule.de/Infos/Hinweise/vSO_Namensgebung.pdf (zuletzt abgerufen am 10.08.2020).

⁴⁸ Edith von Sanden-Guja, Plastiken, Lembruch [1962].

⁴⁹ Zitiert nach Barfod u. a., Edith und Walter von Sanden-Guja, S. 26.

⁵⁰ Ebd., S. 27. Vgl. auch im Folgenden S. 27-36.

⁵¹ Ebd., S. 27.

⁵² Ebd., S. 29.

⁵³ Ebd., S. 33.

⁵⁴ Edith von Sanden-Guja, Plastiken, Lembruch [1962].

⁵⁵ Barfod u. a., Edith und Walter von Sanden-Guja, S. 29.

⁵⁶ Ebd., S. 35/36.

Die Fotografin Maria Valtingojer (1897-1978).

Von Schreiberhau nach Bad Pyrmont,
von Schlesien nach Niedersachsen

Frauke Geyken

Abb. 1

Porträt von
Maria Valtingojer

© Stadt Bad Harzburg,
Foto: Mathias Damm



Schreiberhau ist nicht Worpswede, denn es ist nicht allein bekannt durch seine Malerinnen und Maler, sondern durch ganz unterschiedliche Künstlerinnen und Künstler sowie Intellektuelle, die sich hier ansiedelten. Das Riesengebirge war seit der Mitte des 19. Jahrhunderts beliebtes Erholungsziel der Berliner, die in Niederschlesien gute Luft und eine beeindruckende Landschaft vorfanden. Mit dem Ausbau der Eisenbahnstrecken differenzierten sich auch die touristischen Angebote. Im Sommer wanderte man hinauf auf die in Schlesien Bauden genannten Hütten (Kat.-Nr. 30), die bald beliebtes Motiv für Ansichtskarten wurden. Im Winter kamen die Touristen zum Skifahren. Schreiberhau ent-

wickelte sich zu einem bekannten Wintersportort, der das heutige Szklarska Poręba noch immer ist. Kurz, das Riesengebirge bot, was Kurt Tucholsky 1927 in seinem Gedicht „Das Ideal“ formulierte:

*„Ja, das möchtest:
Eine Villa im Grünen mit großer Terrasse,
vorn die Ostsee, hinten die Friedrichstraße;
mit schöner Aussicht, ländlich-mondän,
vom Badezimmer ist die Zugspitze zu sehn –
aber abends zum Kino hast du nicht weit.“*

Die Zugspitze mag er gewählt haben, weil sie das „Z“ des Badezimmers aufgreift, er hätte aber genauso gut Schneekoppe einsetzen können, denn zu der ‚hatten’s die Berliner nicht weit‘. Das mag auch ein Grund dafür gewesen sein, dass das literarische Brüderpaar Gerhart und Carl Hauptmann¹ sich hier niederließ. Ihnen folgten weitere Schriftsteller, Komponisten, Maler, Bildhauer und Fotografen, auch Maria Valtingojer, geborene Hayn.²

Sie wurde am 22. Juli 1897 in Bunzlau geboren, einer Stadt, die vor allem für ihre besondere Keramik bekannt geworden ist, deren Tradition nach 1945 im südniedersächsischen Töpferdorf Fredelsloh (Kat.-Nr. 55) aufgegriffen und fortgeführt werden konnte.³ Maria Hayn war vor allem musikalisch begabt, doch die Vollwaise, die seit 1901 bei Verwandten aufwuchs, konnte sich ein Musikstudium nicht leisten. Stattdessen machte sie eine Ausbildung zur Fotografin bei dem Hoffotografen Conrad in Berlin, der im Impressum seiner Bilder als Berufsbezeichnung „akademischer Maler“ angab, weil wir uns noch in einer Zeit befinden, in der die Fotografie sich gegenüber der Malerei behaupten und als eigenständige Kunstform erst durchsetzen musste. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass das

Abb. 2

Werbeanzeige
des Fotoateliers
Knips-Hasse

aus: Einwohnerbuch
Riesengebirge 1941,
Eintrag Schreiberhau,
S. 259



niedrigere Prestige der Fotografie sie zu einem Feld machte, welches Frauen leicht zugänglich war. So erschien es z. B. der aus Verden an der Aller stammenden, radikal modernen, provokativen Frauenrechtlerin Anita Augspurg attraktiv und möglich, ihren Lebensunterhalt zeitweise mit einem Fotostudio zu verdienen.⁴ Auch in Schlesien gab es zahlreiche Fotografinnen, die eigene Ateliers betrieben, z. B. Elfriede Reichelt in Breslau.⁵ Diese Fotokünstlerinnen zeigten ihre Arbeiten auf Ausstellungen, die letzte große schlesische Schau fand 1943 in Breslau statt, auf der auch Valtingojer vertreten war.⁶

in der Bergstraße 2 in Schreiberhau-Mariental, wo von nun an beide gemeinsam arbeiteten.⁷

Mit ihren Arbeiten – Ansichtskarten und Leporellos, aufklappbare Postkartenreihen – waren die Knips-Hasse so erfolgreich, dass sie einen eigenen Verlag gründeten. In der Saison sollen sie über 1.000 Abzüge täglich, manchmal sogar mehr, verkauft haben.⁸ Sie bildeten auch Lehrlinge aus, von denen einer oder eine in die USA ging, um sich dort selbständig zu machen – die Identität ist leider nicht mehr ermittelbar.

Maria Knips-Hasse machte sich nicht nur als Naturfotografin einen Namen – es gelangen ihr spektakuläre Aufnahmen von Winterlandschaften –, sondern sie erwarb sich auch einen Ruf als begabte Porträtfotografin. Einer ihrer bekanntesten Aufnahmen ist ein Bild von Gerhart Hauptmann.

Abb. 3

Abbildung aus einem
Werbe-Leporello für
das Riesengebirge

© Heimatstube
Schreiberhau /
Bad Harzburg,
Foto: Frauke Geyken



Wir wissen heute leider nur noch sehr wenig über diese interessante Künstlerin und so können wir im Folgenden nur mutmaßen, dass es der Zufall war, der Maria Hayn 1918 nach Schreiberhau brachte. Sicher ist, sie war begeistert von der atemberaubenden Landschaft. In allen, insgesamt spärlichen Berichten, die wir von ihr haben, wird darauf verwiesen, dass die „Jägerin mit der Kamera“, wie sie gern genannt wurde, im Riesengebirge den Ort gefunden hatte, an dem sie ihre Fähigkeiten ganz besonders zur Geltung bringen konnte. Maria Hayn blieb in Schreiberhau, wo sie 1919 Wolf Werner Knips-Hasse heiratete. Er war einer der zahlreichen ortsansässigen Fotografen, der tatsächlich genauso hieß und sich das ‚Knips‘ nicht als Werbegimmick zugelegt hatte. Das Paar betrieb ein Fotogeschäft

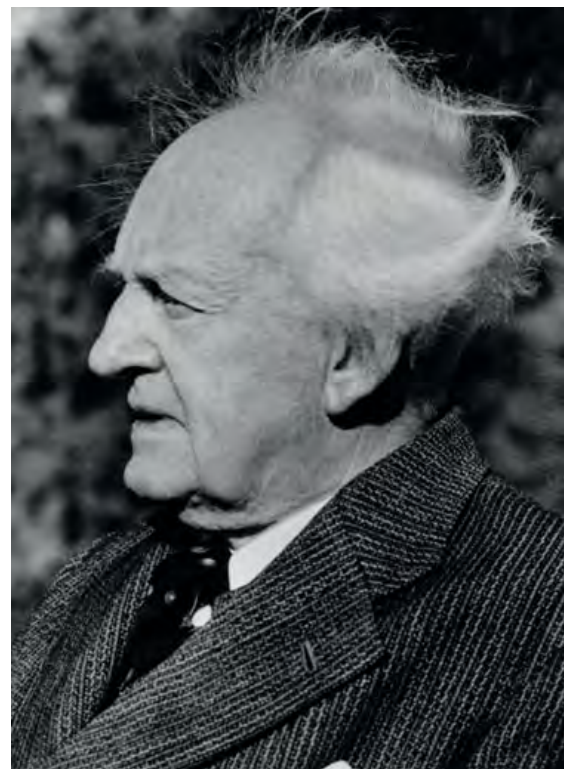


Abb. 4

Porträt Gerhart Hauptmanns von Maria Knips-Hasse aus dem Jahr 1942, © Herder-Institut

1942 heiratete sie erneut, und zwar den Fotografen Klemens Valtingojer, die genauen Umstände der Wiederverheiratung sind ungeklärt. Auch mit ihm arbeitete sie zusammen in einem Fotostudio, und zwar in der Wilhelmstraße 390 in Schreiberhau. Als im Sommer 1945 die polnische Besiedlung der Stadt begann, konnte das Paar zunächst seinen Lebensunterhalt mit Porträtfotografien polnischer und russischer Offiziere verdienen, denn diese bezahlten die Arbeit mit Lebensmitteln. Kurze Zeit später kam der Landschafts- und Porträtfotograf Jan Korpál, aus Kleinpolen vertrieben, nach Szklarska Poręba (vormals Schreiberhau) und die polnische Stadtverwaltung wies ihm das unter-

dessen geschlossene Atelier der Valtingojer zu. Seine Witwe Janina, später selbst als Fotografin tätig, erinnerte sich:

„Jan ist 1945 in dieses Haus gezogen und hat ein Jahr mit der deutschen Fotografin Maria Valtingojer im Studio zusammengearbeitet. Die Gebirgsszenerie hat ihn fasziniert, aber auch ihre Bewohner.“⁹

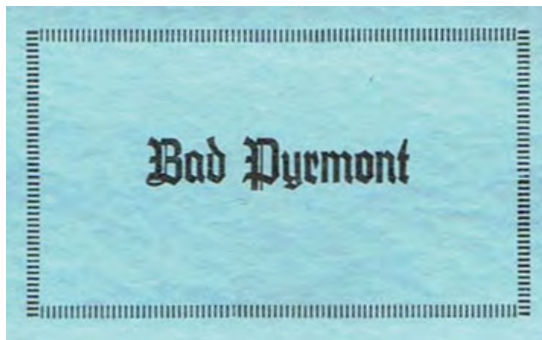
Maria Valtingojer hatte den polnischen Kollegen um Hilfe gebeten, denn die Valtingojer hatten mittlerweile keinerlei Einkommen mehr, es musste Abhilfe geschaffen werden. Jan Korpál erklärte sich bereit, die deutsche Fotografin einzustellen, obwohl das offiziell verboten war. 1946 aber wurde das deutsche Paar ausgewiesen und gelangte nach Bad Pyrmont.

Und hier begannen sie von neuem, da sie ihre technische Ausrüstung aus Schlesien hatten mitnehmen können: Mitten im Zentrum des ehemals „Fürstenbad“ genannten Kurortes eröffneten sie auf der Hauptallee ein neues Fotogeschäft und wieder waren es Porträts und Landschaftsbilder, diesmal vom Weserbergland, mit denen sie auch in der neuen Heimat erfolgreich waren. Im Ortsteil Thal bauten sie sich ein Holzhaus, das an eine schlesische Baude erinnerte, wo Maria Valtingojer 1978 starb. Die Negative der ca. 30.000 Fotos, die in Schreiberhau entstanden waren, konnten sie nach Niedersachsen bringen, wo sie über ihren Valt'l Verlag weiterhin vertrieben wurden. Ihr Verbleib ist heute unbekannt. In den großen, einschlägigen Museen und Fototheken, die sich seit Jahren auch intensiv mit dem Thema der Frauenfotografie befassen, taucht das Werk der „Jägerin mit der Kamera“ nicht auf. Das ist schade und wird sich hoffentlich eines Tages ändern.

Abb. 5a und 5b

Fotoleporello von Bad Pyrmont aus dem Valt'l Verlag von Klemens und Maria Valtingojer (Titel und Abbildung des Erdbeertempels)

© unbekannt
(Quelle: <https://photorello.de/piwigo/index.php?category/3058>)



¹ <https://www.muzeum-dgh.pl/de/frontpage?page=2> (zuletzt abgerufen am 13.5.2021).

² Siehe auch: Bożena Danielska u. a. (Hrsg.), Die Künstler in Schreiberhau. Die Geschichte der Künstlerkolonien im 19.-20. Jahrhundert, Jelenia Góra 2007; Johanna Brade, Die Frauen in den Künstlerkreisen des Riesengebirges (1900-1945) – Ein Randthema?, in: Klaus Bzdziach (Hrsg.), Die imposante Landschaft. Künstler und Künstlerkolonien im Riesengebirge im 20. Jahrhundert, Berlin / Jelenia Góra 1999, S. 205-216.

³ <https://www.keramik-um.de> (zuletzt abgerufen am 13.5.2021).

⁴ <https://frauenorte-niedersachsen.de/die-frauen/politik/anita-augspurg> (zuletzt abgerufen am 14.5.2021).

⁵ Verena Faber, Elfriede Reichelt (1883-1953), Atelierfotografie zwischen Tradition und Moderne, München 2011.

⁶ Christian Henke, Zeit- und Kunstgeschichte auf Leinwand und Zelluloid. Schreiberhauer Kunstbegegnungen im Riesengebirge der Nachkriegsjahre, in: Silesia Nova 17, 2020, S. 117-174, hier S. 125.

⁷ Arkadiusz Cencora, Riesengebirgsfotografie bis 1945, in: Klaus Bzdziach (Hrsg.), Die imposante Landschaft. Künstler und Künstlerkolonien im Riesengebirge im 20. Jahrhundert, Berlin / Jelenia Góra 1999, S. 217-222.

⁸ Erich Simon, Klemens und Maria Valtingojer, in: Riesengebirgsbote. Heimatbrief für Schlesien und Sudetendeutsche, Nr. 1 (1952), S. 3.

⁹ Henke, Zeit- und Kunstgeschichte, S. 125.

Flucht mit Happy End?

Der Heimatfilm „Grün ist die Heide“¹

Alina Laura Just

Abb. 1

Titelseite der
„Illustrierten Film-
Bühne“ Nr. 1334

© Verlag für
Filmschriften,
Christian Unucka
(Quelle:
Schriftgutarchiv
Stiftung Deutsche
Kinemathek)



„Grün ist die Heide“ ist einer der berühmtesten westdeutschen Heimatfilme und ein zentraler medialer Beitrag im bundesrepublikanischen Diskurs über Flucht und Vertreibung.² Der Film erzählt die Geschichte von Helga Lüdersen und ihrem Vater, die als Kriegsflüchtlinge nach 1945 bei Verwandten in der Lüneburger Heide unterkommen und versuchen, sich dort ein neues Leben aufzubauen. Doch der Neuanfang ist schwer. Vor allem der alte Lüdersen fühlt sich fremd in der neuen Umgebung, vermisst seinen heimischen Wald und die Jagd dort in freier Natur. Aus Verzweiflung beginnt er in der Heide zu wildern – sehr zur Sorge seiner Tochter, die sich große Mühe gibt, in der Dorfgemeinschaft zu Ansehen zu kommen, und mit viel Fleiß und Pflichtgefühl ihrer neuen Arbeit in der Apotheke

nachgeht. Außerdem ist da noch der junge Förster Walter Rainer. Helga verliebt sich in ihn und die Zuneigung ist gegenseitig, doch ahnt der Förster nicht, dass der Wilderer, den er unbedingt fassen will, der Vater seiner Auserkorenen ist. So droht die Liebe des jungen Paares zunächst am Heimweh des Flüchtlings Lüdersen zu zerbrechen. Doch wie für den klassischen Heimatfilm typisch,³ wendet sich die Geschichte zum Guten: Helga und der Förster finden zueinander, dem Vater kann geholfen werden und es zeigt sich, dass es noch einen zweiten Wilderer gab, der erfolgreich festgenommen wird. Die Dorfgemeinschaft nimmt die Lüdersens herzlich auf und das Heimweh wird überwunden.

Eine solch emotionale und spannungsvolle, aber letztlich harmonische und friedliche Geschichte wie in „Grün ist die Heide“ traf im Nachkriegsdeutschland den Nerv der Zeit. Der Krieg hatte viele Menschen entwurzelt. Ihre Nahwelt war durch Bombardierung, Evakuierung oder Gefangenschaft, durch Besetzung, Flucht oder Vertreibung verändert oder zerstört. Der Heimatfilm bot das filmische Amalgam, diese durcheinandergeratenen Lebenswelten zumindest auf der Leinwand zu kitteten. „Die Popularität des Heimatgenres erklärt sich [...] durch den Wunsch nach sozialem Zusammenhalt als Erlösung für die Traumata des Krieges. [...] Das Publikum dürstete nach einer möglichst leicht gemachten Versöhnung statt der schwierigen Anerkennung der während des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen, die weder vergeben noch vergessen werden konnten“⁴, wie die Historikerin Katrin Steffen formulierte.

Rund zwölf Millionen deutsche Flüchtlinge und Vertriebene gab es nach 1945 in Deutschland, acht bis neun Millionen davon in Westdeutschland, drei bis vier Millionen in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR. Sie hatten Haus und Hof zurücklassen müssen, auf ihrem gefährlichen Weg ins Ungewisse oftmals schlimmes Leid und Gewalt erlebt und waren gezwungen, nach der Ankunft in einer

neuen Gemeinde, in der sie vielfach offener Anfeindung ausgesetzt waren, noch einmal ganz von vorn anzufangen. Diese wechselvollen Biografien waren nach dem Krieg ideale Erzählstoffe für Filmemacher. Sie griffen die Erlebnisse der Flüchtlinge und Vertriebenen auf und machten daraus breitenwirksame, populäre Stories – so wie Regisseur Hans Deppe in „Grün ist die Heide“.

Freilich simplifizierten die Filmschaffenden die historischen Hintergründe erheblich. Je eingängiger die Konsequenzen von Flucht und Vertreibung in Szene gesetzt wurden, desto anschlussfähiger im zeitgenössischen Diskurs und kommerziell erfolgreicher wurden die Filme. Kritischere Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen Kontroversen um Lastenausgleich, Rückkehrforderungen, nationalsozialistisch belastete Funktionäre oder kulturelle und soziale Spannungen zwischen Altansässigen und Zugezogenen gab es in Film und Fernsehen der Nachkriegsjahre durchaus – aber diese Produktionen erzielten kaum Quote oder Einnahmen an den Kinokassen.⁵

Anders die Heimatfilme, die für rund 90 Minuten ein Entkommen aus dem Alltag in heile Welten versprachen und damit große Erfolge feierten. Neben „Grün ist die Heide“ zählt „Schwarzwaldmädel“ (1950, Regie: Hans Deppe) zu den berühmtesten Beispielen des Genres. Andere Heimatfilme, in denen Flüchtlinge und Vertriebene die Handlung entscheidend prägen, sind „Der Förster vom Silberwald“ (1955, Regie: Alfons Stummer), die „Immenhof“-Trilogie (1955-57, Regie: Wolfgang Schleif), „Ännchen von Tharau“ (1954, Regie: Wolfgang Schleif), „Waldwinter“ (1956, Regie: Wolfgang Liebeneiner), „Kleine Leute mal ganz groß“ (1958, Regie: Herbert B. Fredersdorf), „Wenn die Heide blüht“ (1960, Regie: Hans Deppe) oder „Hohe Tannen“ (1960, Regie: August Rieger), um nur einige wenige zu nennen.

Tatsächlich war der Film „Grün ist die Heide“ von 1951 ein Remake des Jahres 1932. Zu beiden Filmen schrieb Bobby E. Lütjge das Drehbuch. Gerade der Vergleich mit dieser Vorfassung zeigt, wie bewusst Filmemacher nach 1945 das Thema Flucht und Vertreibung aufgriffen und zu seiner gesellschaftlichen Vermittlung beitragen wollten. Denn beispielsweise gab es auch 1932 schon einen Wilderer in „Grün ist die Heide“ – aber erst 1951 wurde er zum Flüchtling.

Nach dem Krieg spitzte Autor Lütjge gemeinsam mit Regisseur Hans Deppe wesentliche Handlungszusammenhänge in „Grün ist die Heide“ absichtlich auf das Thema der Flüchtlingsintegration zu, wie ein Drehbuchvergleich für den Film von 1951 er-

gab.⁶ Der junge Förster beispielsweise war zunächst ebenfalls als Zugezogener angedacht, wurde aber zum Einheimischen gemacht, um den Gegensatz zum Flüchtling Helga zu verstärken und einen „Romeo und Julia“-Effekt zu kreieren. Die Wut des alten Lüdersen auf seine neue Nachbarschaft, die ihn nur dulde, in der er aber „ohne Recht“ sei und sich „wie ein Sklave“ vorkomme,⁷ wurde für den Film gemildert und Lüdersens Text gestrichen. Sein Leiden kommt im Film vor allem durch sein Wildern zum Ausdruck, ansonsten bleibt der alte Flüchtling auffällig stumm. Stattdessen ergänzten Deppe und Lütjge eine Szene, in der die Verwandten sehr mitfühlend über Lüdersen sowie andere heimwehkranken Flüchtlinge im Ort reden, was zeigt, dass der Fokus des Films auf Flüchtlingsansiedlung und Einleben liegen sollte. Demgegenüber blendet der Film die Erinnerung an die eigentliche Flucht aus, weshalb Lüdersen auf dem Schützenfest nicht mehr von all den „unzähligen vertriebenen Menschen, die von allen Richtungen des Vaterlandes herbeigeströmt sind“⁸, reden durfte, sondern nur noch von „Güte und Verständnis“, die ihm im neuen Dorf entgegengebracht worden seien.⁹ Hinweise auf eine konkret ostpreußische Herkunft der Lüdersens sind im Film gestrichen, um die Geschichte anschlussfähiger für alle Flüchtlinge und Vertriebenen zu machen. Dafür sind die Wappen verschiedener ostdeutscher Landsmannschaften im Hintergrund der Schlüsselszene auf dem Schützenfest ergänzt um niedersächsische Symbole – ein starker Appell für Kulturaustausch und Integration.

Ganz offensichtlich glätteten die Macher von „Grün ist die Heide“ das Konfliktpotenzial der Flüchtlingsintegration für den Film und passten die existierenden Widersprüche einer idealen Erzählung vom Neuanfang nach dem Krieg an. Beim Publikum hatten sie damit Erfolg. Zwischen 1951 und 1952 sahen rund 19 Millionen Menschen den Film in den Kinos.¹⁰ Viele Kritiker jedoch empörten sich über die Verherrlichung der Flüchtlings-situation in kitschiger Kulisse. So schrieb die West-Berliner Zeitung „Der Abend“: „Nicht viele dürften den Mut haben, das größte Problem unserer Tage, die Flüchtlingsfrage, so zu verniedlichen. Man bedenke: in diesen Wochen, in denen Tausende von Flüchtlingen sich mit dem Gedanken tragen, von Schleswig-Holstein aus erneut auf den großen Treck ins Ungewisse zu gehen, zeigt man uns Sonja Ziemann als Flüchtlingskind mit vier Dutzend Kleidern [...] in einer Wilderer- und Liebesgeschichte mit dem jungen Förstermann Rudolf Pack!“¹¹ Tatsächlich formierte sich 1951 in Schleswig-Holstein an der Schlei eine sogenannte „Treckvereinigung“, weil die Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der jungen Bundesrepublik sehr ungleich war. Schleswig-Holstein, Niedersachsen

Abb. 2

Sonja Ziemann und Schauspielerkollegen aus „Grün ist die Heide“ bei einer Gala-veranstaltung für Flüchtlingskinder im Delphi-Palast in Berlin (1951)

© Wimmer
(Quelle: Filmmuseum Berlin, Stiftung Deutsche Kinemathek)



und Bayern hatten besonders viele Betroffene aufgenommen. Dort lag der Flüchtlingsanteil an der Bevölkerung bei rund einem Drittel. Viele Menschen mussten lange in Baracken leben und fanden keine festen Anstellungen. Daher wollte die Treckvereinigung eigenmächtig in die Pfalz und nach Württemberg ziehen, wo der Flüchtlingsanteil bei unter zehn Prozent lag und die Arbeitsaussichten besser waren.¹² Das Beispiel zeigt, dass die Flüchtlingsintegration in der frühen Bundesrepublik – entgegen dem Ideal von „Grün ist die Heide“ – keineswegs reibungslos verlief. Entsprechend sarkastisch kommentierte auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ den Film: „Fix und eifrig hat das Drehbuch alles zu verarbeiten gewußt: die Sehnsucht des vertriebenen Gutsbesitzers nach dem verlorenen Grund und Boden, die Jagdleidenschaft, die ihn zum Wildern bringt, und so nebenbei die ganze Flüchtlingsproblematik, mit Haut und Haaren. Daß das so mit ‚Herzeleid‘ und Singsang vor sich geht, [...] macht die Sache so ärgerlich [...].“¹³

Es gab aber ebenso positive Stimmen zum Film und seiner Darstellung der Flüchtlingssituation; das Echo in der Presse war durchaus geteilt.¹⁴ Eine Osnabrücker Zeitung urteilte: „[...] der Film ist manchmal echt wie die Volkslieder, die in ihm gesungen werden. Lieder aus der Heide und aus Schlesien packen unsere Seelen, ob wir wollen oder nicht. Es tauchen Flüchtlinge in dem Film auf, von

denen einige, die keine Rollen spielen, Gesichter haben, die noch Leid tragen. Und wenn die Worte über Heimat auch manchmal verstimmt klingen: das Thema ist angesprochen und viele werden sich davon aufrichten lassen.“¹⁵

Unabhängig von der jeweiligen Bewertung des Films steht fest, dass die Presse nicht nur den Film allgemein, sondern ebenso das Flüchtlingsthema in „Grün ist die Heide“ intensiv kommentierte. Zu diesem medialen Echo trugen sicherlich auch die gezielten Werbeaktionen bei, die die Filmproduzenten durchführten, besonders in Flüchtlingskreisen. Zum Beispiel fand am 21. Dezember 1951 eine Festaufführung des Films für Flüchtlingskinder im Delphi-Filmpalast in Berlin statt und am 25. Januar 1953, anlässlich der Bambi-Verleihung für „Grün ist die Heide“, eine Sondervorstellung für Flüchtlinge und Sozialhilfeempfänger.

So platzierten die Macher von „Grün ist die Heide“ ihren Film ganz bewusst in der gesellschaftlichen Debatte zur Flüchtlingsintegration – vom Drehbuch bis zum Marketing. Die thematische und motivische Engführung, mit der sie dies taten, der Fokus auf eine idealisierte Integration unter Ausblendung aller Schatten der Vergangenheit sowie Konflikte in der Gegenwart, sollte westdeutsche Filme über Flucht und Vertreibung noch über Jahrzehnte prägen.

-
- ¹ Der Text basiert wesentlich auf meinem Buch: Alina Laura Tiews, *Fluchtpunkt Film. Integrationen von Flüchtlingen und Vertriebenen durch den deutschen Nachkriegsfilm 1945-1990*, Berlin 2017, S. 93-121.
- ² Vgl. Katrin Steffen, *Die Funktionalisierung des Verlusts. Der deutsche Nachkriegsfilm als Ort einer Diasporakultur für Flüchtlinge und Vertriebene?*, in: Miriam Rürup (Hrsg.), *Praktiken der Differenz? Diasporakulturen in der Zeitgeschichte*, Göttingen 2009, S. 148-171; Michaela S. Ast, *Flucht und Vertreibung*, in: *Deutschland Archiv 2* (2012), unter: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/74912/flucht-und-vertreibung?p=all> (zuletzt abgerufen am 08.06.2021); Maren Röger, *Film und Fernsehen in der Bundesrepublik*, in: Stephan Scholz / Maren Röger / Bill Niven (Hrsg.), *Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken*, Paderborn 2015, S. 127 / 128. Vgl. grundsätzlich zum Diskurs über Flucht und Vertreibung und seiner Mediatisierung: Stephan Scholz, *Beelendende Berichte? Eine Mediengeschichte von „Flucht und Vertreibung“ 1945-2015*, in: Matthias Frese / Julia Paulus (Hrsg.), *Willkommenskulturen? Re-Aktionen auf Flucht und Vertreibung in der Aufnahmegesellschaft der Bundesrepublik*, S. 334-375.
- ³ Vgl. zu gegenläufigen Beispielen von Heimatfilmen: Sarah Kordecki, *Und ewig ruft die Heimat... Zeitgenössische Diskurse und Selbstreflexivität in den Heimatfilmwellen der Nachkriegs- und Nachwendezeit*, Göttingen 2020.
- ⁴ Steffen, *Die Funktionalisierung des Verlusts*, S. 165.
- ⁵ Ebd., S. 166 / 167; Peter Stettner, *„Sind Sie denn überhaupt Deutsche?“* Stereotype, Sehnsüchte und Ängste im Flüchtlingsbild des deutschen Nachkriegsfilms, in: Rainer Schulze / Reinhard Rohde / Rainer Voss (Hrsg.), *Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945-2000*, Osnabrück 2001, S. 156-170.
- ⁶ Tiews, *Fluchtpunkt Film*, S. 107-113.
- ⁷ Stiftung Deutsche Kinemathek, *Drehbucharchiv, Akte 4.4-82 / 22, 4*, S. 32.
- ⁸ Ebd., S. 142 (71. Bild, 395. Einstellung).
- ⁹ Rede Lüdersen im Film *„Grün ist die Heide“*, Min. 67:37.
- ¹⁰ In den folgenden Jahrzehnten wurde der Film mehrfach im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlt, was seine Bekanntheit und Wirkmächtigkeit zusätzlich erhöhte.
- ¹¹ Für Löns-Liebhaber, in: *Der Abend*, Berlin, 22.12.1951.
- ¹² Alina Laura Tiews, *1945: Flüchtlinge in Norddeutschland*. Ein Beitrag zur NDR-Chronik, 05.12.2016, unter: https://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/chronik/1945-Fluechtlinge-in-Norddeutschland-fluchtnorddeutschland100.html (zuletzt abgerufen am 08.06.2021).
- ¹³ H. W., *Heide mit Kino-Orgel*. Der Film *„Grün ist die Heide“*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Frankfurt, 19.11.1951.
- ¹⁴ Tiews, *Fluchtpunkt Film*, S. 114 / 115.
- ¹⁵ Lübbe, *„Grün ist die Heide“*. Zwischen Plüschtuch und Volkslied, in: *Neue Tagespost*, Osnabrück, 24.11.1951.

Von den west-ostdeutschen Patenschaften zu europäischen Partnerschaften

Natalie Reinsch

An den Ortseingängen fast aller westdeutschen Städte finden sich Schilder, die die Partnerstädte des jeweiligen Ortes mit ihren Landeswappen aufzeigen. Die Stadt Verden an der Aller pflegt beispielsweise Städtepartnerschaften mit dem französischen Saumur, dem britischen Warwick und der polnischen Stadt Zielona Góra. Darüber hinaus hat Verden zwei Patenschaften übernommen: über die Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau e. V. und über

den Lufthansa Flugzeug Airbus A 319 D-AILU, von dem 1985 eine Maschine auf den Namen „Verden“ getauft wurde.¹ Daneben unterhalten die Stadt Verden, der Landkreis Verden, die Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, der russische Kreis und die Stadt Bagrationowsk sowie die polnische Stadt und Gemeinde Górowo Iławeckie eine gemeinsame Partnerschaft, die auch die Basis für die Zusammenarbeit mit dem polnischen Landkreis Bartoszyce bildet.

Abb. 1

Die europäischen Partnerschaften der Stadt Verden an der Aller

© Dieter Reinsch



Patenschaft und Partnerschaft

Während das Phänomen der europaweiten Städtepartnerschaften weithin bekannt ist und im Allgemeinen mit kulturellem und wirtschaftlichem Austausch verbunden wird², kennen heutzutage nur noch wenige die ehemals zahlreichen west-ostdeutschen Patenschaften.

Es handelt sich dabei um Paten- und Schirmherrschaften, die westdeutsche Bundesländer, Kreise und Gemeinden seit 1949, insbesondere aber in den 1950er Jahren, über die deutschen Bewohnerinnen und Bewohner einer Region oder Stadt aus den ehemaligen Ostprovinzen, deren Landsmannschaften oder eine ostdeutsche Bildungseinrichtung übernehmen. Da besonders viele Flüchtlinge und Vertriebene aus Schlesien in Niedersachsen Aufnahme gefunden hatten, übernahm Niedersachsen am 3. Oktober 1950 als erstes Bundesland die Patenschaft über die schlesische Landsmannschaft.³

Der Begriff *Patenschaft*, der aus dem kirchlichen Bereich stammt, wurde nicht zufällig gewählt. Er kennzeichnet ein Betreuungsverhältnis zwischen einem Kind und einem Erwachsenen, der für das Kind als Ratgeber, Helfer und Beschützer fungiert. „Im Unterschied zu einem Partnerschaftsverhältnis, einer Beziehung auf gleicher Augenhöhe, begründet eine Patenschaft eine ungleiche Beziehung

zwischen einem Beschützer und einem Schutzsuchenden.“⁴ Neben diesem fundamentalen Unterschied zwischen Patenschaft und der auf Gleichheit basierenden Partnerschaft sowie geografischen und zeitlichen Differenzen gibt es auch eine Gemeinsamkeit: Beide Phänomene waren Strategien, mit denen die Bundesrepublik auf außen- und innenpolitische Herausforderungen reagierte. Während die Städtepartnerschaften zu westeuropäischen Nachbarn die Möglichkeit boten, über eine „europapolitische Erziehung von unten“⁵ den europäischen Integrationsprozess voranzutreiben, versuchte die frühe bundesrepublikanische Politik mithilfe der west-ostdeutschen Patenschaften die Situation, die sich durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen ergab, zu bewältigen. Als historischer Vorläufer der west-ostdeutschen Patenschaften wurden lange Zeit die Kriegshilfvereine angesehen, mit denen deutsche Kommunen den Wiederaufbau der im Ersten Weltkrieg zerstörten Gebiete Ostpreußens unterstützten.⁶

Entstehungskontext: Ostdeutsche Kulturarbeit als Flüchtlingsbetreuung

Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 hatten die alliierten Besatzungsmächte frühzeitig die Flüchtlingsbetreuung an die offiziell neu eingesetzten deutschen Landesbehörden übertragen. Diese fassten neben der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung auch kulturelle Maßnahmen ins Auge. So forderte der Oberpräsident Nordrhein-Westfalens bereits 1946 „die Regierungspräsidenten und Bezirksflüchtlingsämter zur Förderung der gemeinschaftlichen ‚Heimatarbeit‘ auf und schlug vor, dass sich einerseits die so genannten ‚Ostflüchtlinge‘ mit ihrer neuen Heimatlandschaft Westfalen vertraut machen und andererseits die Westfalen sich aus der ‚alten Heimat‘ der Flüchtlinge berichten lassen sollten.“⁷

Die Wichtigkeit von Kulturarbeit im Sinne einer neuen Beheimatung wurde vor allem im Kontext der überfüllten Flüchtlingslager erkannt, da man befürchtete, dass sich die Menschen aus ihrer lethargischen Situation heraus politisch radikalieren könnten. Die zunächst hauptsächlich in den Aufnahme lagern erfolgte Flüchtlingsbetreuung wandelte sich in den 1950er Jahren zur *Ostdeutschen Kulturarbeit*. Unter diesem Begriff wurde 1953 die allgemeine Pflege des sogenannten Kulturgutes der „Heimatvertriebenen“ in § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) gesetzlich verankert.⁸ In den Ländern war die *Ostdeutsche Kulturarbeit* weiterhin Teil der „Heimatvertriebenenbetreuung“ der jeweiligen Flüchtlingsadministrationen und Sozialministerien. Die Kulturwissenschaftlerin Cornelia Eisler hat darauf hingewiesen, dass die „Heimatvertriebenenbetreuung“ von drei unterschiedlichen

Akteuren ausgehandelt wurde, die jeweils eigene Ziele verfolgten: von den Flüchtlingsverwaltungen, den sich formierenden Vertriebenenverbänden sowie der Flüchtlings- und Vertriebenenvolkskunde. Im Rahmen der Kulturarbeit ergaben sich daraus unterschiedliche Ziele: Zum einen die Integration und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland, zum anderen sollten die Betroffenen ihre emotionale Bindung an ihre Herkunftsgebiete nicht verlieren, damit sie weiterhin eine Rückkehr in die alte Heimat befürworten und die politische Forderung nach Rückgabe der Ostprovinzen unterstützen würden. Die west-ostdeutschen Patenschaften stellten für die Flüchtlingsverwaltungen eine Betreuungs- und Integrationsmaßnahme dar, während sie von Seiten der Vertriebenenverbände als politisches Instrument genutzt wurden.

Goslar machte den Anfang?

„Goslar machte den Anfang. Die Entstehung einer Patenschaft“ lautet der Titel einer Publikation, die die Stadt Goslar 1954 herausgab.⁹ Darin wird die Übernahme der Patenschaft über die Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem niederschlesischen Brieg (poln. Brzeg) geschildert. Anlass war die 700-Jahrfeier der Stadt Brieg, für die die *Gesellige Vereinigung der Brieger* 1949 einen Austragungsort suchte. Im Rahmen der Feierlichkeiten und auf Bitte der *Geselligen Vereinigung* bot die Stadt Goslar am 13. August 1950 die Patenschaft an. In der Patenschaftsurkunde vom 21. Juli 1951 heißt es: „Die Stadt Goslar äußert damit die Absicht, den Briegern in Goslar eine ideelle Heimat zu geben. In diesem Sinne soll alles getan werden, was geeignet ist, DIE BRIEGER, die heute auf alle vier Zonen verstreut sind, mit Goslar als einer gemeinsamen neuen Heimatstadt zu verbinden.“¹⁰

Für die Stadt Goslar spielten allerdings auch wirtschaftliche Gründe eine Rolle. Durch die Patenschafts- und Heimattreffen wurde der Tourismus wiederbelebt. Goslar verstand es in der Folge geschickt, sich als Initiator des Patenschaftswerkes zu präsentieren, ungeachtet dessen, dass zum gleichen Zeitpunkt auch das bayerische Erlangen eine Patenschaft eingegangen war.¹¹

Der Patenschaftsbeschluss in Goslar sah folgende Maßnahmen vor: soziale Beratung und Hilfestellung für Brieger Bürgerinnen und Bürger, die Erfassung und Bewahrung von Brieger Kulturgut sowie die Gründung einer Heimatgedächtnisstätte. Zur Umsetzung stellte die Stadt den nördlichen Turm des Breiten Tores zur Verfügung, der von schlesischen Künstlern, darunter der Bildhauer Walter Volland, mit Wappen und einem Gedenkstein für die verstorbenen Brieger Bürgerinnen und Bürger

Abb. 2

Der schlesische Bildhauer Walter Volland bei der Arbeit am Gedenkstein für die verstorbenen Briegerinnen und Brieger

© unbekannt,
Foto: Museumsverein Goslar e. V.



umgestaltet wurde. Städtische Museen stellten Räumlichkeiten zur Aufbewahrung von Objekten und Archivmaterial zur Verfügung, die später auch im Rathaus gezeigt wurden. Goslar wurde somit zum Vorreiter der im Rahmen von Patenschaften zahlreich entstehenden Heimatsammlungen, wenn gleich in Goslar keine Sammlung mit Stubencharakter entstand, sondern eine historische Sammlung an Bregensien, die bis heute so genannte Historische Sammlung Brieg.¹²

Die Durchsetzung der Patenschaftsidee

Die Vertriebenenverbände warben in der Folge für weitere Patenschaftsübernahmen und so folgten bereits 1950 und 1951 zehn weitere Städte und Gemeinden, darunter Köln, das die Patenschaft über die Breslauer Einwohnerinnen und Einwohner übernahm. Involviert war zu diesem Zeitpunkt das damalige Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), das unter dem Bundesminister Jakob Kaiser ein eigenes Ressort „Flüchtlinge / Vertriebene“ unterhielt. Kaiser engagierte sich früh für die westostdeutschen Patenschaften, indem er 1951 den Deutschen Städtetag um Informationen darüber bat, welche Mitgliedsstädte bereits Patenschaften geschlossen hatten und welche Verpflichtungen sie dabei eingegangen waren.

Im selben Jahr nahmen Vertretungen der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) und des Bundesministeriums für Vertriebene (BMVt) bei einer Tagung des Kulturausschusses des Städtetags in Lübeck teil. Gemeinsam mit dem BMVt erstellte der Kulturausschuss im Anschluss daran *Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit*, die auch als *Stuttgarter Richtlinien* bekannt wurden. Der Entwurf sah vor, dass den Flüchtlingen und Vertriebenen „die Pflege ihres eigenständigen Kulturlebens“¹³ ermöglicht werden sollte, was maßgeblich auf den Einfluss des VOL-Vertreters Roland Adolphi zurückging. Für die kommunale Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen sollten aus den theoretischen Grundsätzen nun praxisorientierte Vorgaben formuliert werden. Die Zusammenstellung der Vorschläge der Landsmannschaften und aus dem BMVt koordinierte Anneliese Schodrok, Referentin für Kulturarbeit im BMVt. Unter den Vorschlägen war die Übernahme von Patenschaften nur eine Maßnahme unter mehreren, wie die Neubezeichnung von Straßen und Plätzen mit ostdeutschen Namen oder die Ausrichtung eines *Tages der Heimat*. Schodrok gab in ihrem Entwurf den Patenschaften besonderes Gewicht, indem sie diese als wichtigste Maßnahme zuerst nannte. In der Sitzung des Kulturausschusses des Städtetages in Hildesheim im April 1952 wurde über die von Schodrok verfassten *Richtlinien für die Pflege ostdeutscher Kulturwerte und für die kulturelle Bedeutung der Heimatvertriebenen* diskutiert.

Sie fanden allgemeine Zustimmung und wurden nur minimal verändert. Lediglich die Bürgermeister aus Hannover, Kiel und Augsburg äußerten Bedenken, da sie die Entstehung eines „kulturellen Sonderstaat[es] im Staat“¹⁴ befürchteten, die eine Integration der Neubürgerinnen und Neubürger erschweren könnte.

Zentralisierung des Patenschaftswesens

Dem Vorbild Goslars folgend wurden Anfang der 1950er Jahre überall in Westdeutschland Patenschaften ausgerufen. Da sich die Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Wegfall des alliierten Koalitionsverbotes erst organisieren mussten, kam es teilweise zu Streitigkeiten über die Frage, wer befugt sei, für eine Heimatgemeinschaft Verhandlungen zu führen. Das mitunter wenig koordinierte Vorgehen führte zu unerwünschten Doppelpatenschaften. Um diese zu vermeiden, wurde sowohl von Kommunen und Bund als auch von den Landsmannschaften eine bundesweite Zentralisierung angestrebt.

Der Niedersächsische Landkreistag informierte am 2. Februar 1954 in Form eines Rundschreibens über Richtlinien, die die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände¹⁵ mit dem Verband der Landsmannschaften bezüglich der westostdeutschen Patenschaften getroffen hatte. Patenschaftsverhandlungen sollten demnach nur dann aufgenommen werden, „wenn der ostdeutsche Partner die Zustimmung der Bundesleitung seiner Landsmannschaft nachweist.“¹⁶ Gleichzeitig wollten sich der Verband der Landsmannschaften und die kommunalen Spitzenverbände laufend über neue Patenschaftsbestrebungen informieren.

Zu den Auswahlprinzipien heißt es in dem Schreiben, dass nach Möglichkeit Patenschaften zwischen Gemeinden und Landkreisen der gleichen Größe und Struktur angestrebt werden sollten. Bevorzugt wurde die Übernahme von Patenschaften über einen ganzen Landkreis, wohingegen Kreisangehörige von Gemeinden (mit Ausnahme größerer Städte) in der Regel keine eigene Patenschaft erhalten sollten. Als weitere wichtige Kriterien wurden die wirtschaftliche und soziale Struktur beider Partner sowie konfessionelle Verhältnisse und historische und persönliche Beziehungen genannt. „Maßgebend soll für den westdeutschen Partner vor allem sein, daß in seiner näheren und weiteren Umgebung besonders viele Bürger des ostdeutschen Partners eine neue Heimat gefunden haben.“¹⁷ Aufschlussreich ist außerdem ein Satz zu den Inhalten der Patenschaften: „Rein formelle Patenschaftsübernahmen ohne jeden Inhalt sind nicht erwünscht, andererseits sollen an die westdeutschen Partner auch keine unbilligen Forderungen gestellt werden.“¹⁸ Die Formulierung zeigt auf, dass

es in der Vergangenheit offenbar zu übertriebenen Erwartungen der Flüchtlinge und Vertriebenen an ihre westdeutschen Patenstädte gekommen war. Gleichzeitig sollte aber sichergestellt werden, dass eine Patenschaft nicht nur auf dem Papier bestehen würde, sondern auch mit Inhalt gefüllt werden müsse. Als Anregung diente daher eine Liste von Einzelmaßnahmen, wie das Führen von Heimatkarteien¹⁹ oder Auskunftstellen, das Abhalten von Heimattreffen, die Schaffung einer Heimatstube, die Benennung von Plätzen und Straßen mit Bezug zum ostdeutschen Partner, das Anbringen seines Wappens oder Hissen seiner Flagge oder die Ausschmückung der öffentlichen Gebäude mit Bildern aus der alten Heimat, die besondere Berücksichtigung ostdeutscher Kulturgüter in Museen, öffentlichen Bibliotheken und dem Schulunterricht, das Sammeln von Archiv- und Kulturgut sowie finanzielle Hilfen in Form von Stipendien, Erholungsaufenthalten für Kinder oder Hilfsaktionen für in den ehemals ostdeutschen Gebieten verbliebene Menschen.

Die Aufzählung macht deutlich, dass die Eingliederung der Neubürgerinnen und Neubürger in die westdeutschen Kommunen – wie es das Ziel der kommunalen Flüchtlingsbetreuung in der *Ostdeutschen Kulturarbeit* war – nur einen kleinen Bestandteil der Patenschaftsidee ausmachte. Vielmehr stärkten die Maßnahmen die emotionale Bindung der Flüchtlinge und Vertriebenen an die alte Heimat, sicherten das ostdeutsche Kulturgut und führten zu einer Sichtbarmachung des ostdeutschen Partners im öffentlichen Raum der neuen Heimat.

Bekanntnis zum „deutschen Osten“

Cornelia Eisler hat darauf hingewiesen, dass die Patenschaftsidee die Organisation der Heimatkreise gefördert hat, da die westdeutschen Verwaltungen für die Umsetzung einer Patenschaft verhandlungsfähige Partner benötigten.²⁰ Daher kam es erst im Zuge der Umsetzung der Patenschaften zur Schaffung einer flächendeckenden, administrativen Struktur unterhalb der landsmannschaftlichen Dachverbandsebene. Wurden die Patenschaften zunächst in der Regel über die deutschsprachige Bevölkerung eines bestimmten Ortes ausgesprochen, so wandelten sie sich in der offiziellen Rhetorik schnell zu körperschaftlichen Beziehungen zwischen west- und ehemals ostdeutschen Städten und Gemeinden, wie z. B. Goslar – Brieg. Die hierfür nach dem Regionalprinzip gegründeten Vereine „sollten im Sinne einer Körperschaft die Aufgaben der früheren ostdeutschen Gemeinden wahrnehmen sowie ihre ‚Geschichte‘ in der Bundesrepublik bis zur vermeintlich bevorstehenden Rückkehr fortschreiben. Somit wurde die verlassene Region

in ihrer ehemaligen Verwaltungsstruktur virtuell wiederhergestellt respektive fortgeführt, über die Patenschaften im neuen administrativen System der Bundesrepublik mit seinen Gebietskörperschaften und Bundesländern verankert und auf diese Weise auch erkennbar gehalten.“²¹

Anlässlich der Übernahme der Patenschaft des Landkreises Grafschaft Hoya über den ehemals ostpreußischen Landkreis Wehlau im Jahr 1955 wurde eine Erinnerungsplakette verkauft. Die Kreiszeitung teilte diesbezüglich mit: „Durch den Erwerb der Plakette möge jeder bekennen, daß der Kreis Wehlau wie der gesamte deutsche Osten deutsches Land bleiben sollen.“²² Das Beispiel zeigt auf, dass die Zielsetzung der Patenschaftsidee in einer Revision der Oder-Neiße-Grenze lag sowie in einer Rückkehr der Bevölkerung in die ehemaligen Ostgebiete.

Gehörte die Forderung nach Rückgabe der Ostprovinzen noch bis zur Ära Brandt zur deutschen Staatsräson, so war der Sachverhalt bezüglich der ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete anders gelagert. Das Auswärtige Amt und Beamte auf Bundesebene befürchteten im Ausland Irritationen hervorzurufen, falls es zu Patenschaften über Orte käme, die 1937 in Polen, der Tschechoslowakei oder aber Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und der Sowjetunion lagen.²³ Als Kompromisslösung einigte man sich darauf, dass die Protektion nur über die ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner, nicht aber über Städte und Gemeinden im Sinne einer Gebietskörperschaft ausgesprochen werden sollte und der Begriff der „Patenschaft“ zu vermeiden sei. Indem sie sich auf das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Heimat berief, versuchte die Bundesregierung dennoch die Neubürgerinnen und Neubürger aus den ehemaligen Siedlungsgebieten wie der Tschechoslowakei oder Ungarn rhetorisch einzubinden und nährte deren Hoffnung auf Rückkehr.

Von der Patenschaft zur Partnerschaft

Nach der Gründungswelle von 1951 bis 1959 entstanden noch bis in die 1990er Jahre vereinzelt Patenschaften. Insgesamt wurden rund 400 Patenschaften eingegangen.²⁴ Bereits in den 1960er Jahren zeigte sich, dass die west-ostdeutschen Patenschaften wenig in der Bevölkerung verankert waren.²⁵ Dies lag zum einen daran, dass die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen weiter voranschritt, zum anderen wandten sich auch die Behörden vermehrt Städtepartnerschaften mit dem europäischen Ausland zu.

Die 1970er Jahre waren von den „tiefgreifenden ostpolitischen Diskrepanzen“²⁶ geprägt: Demonstrative Bekenntnisse zum „deutschen Osten“

kamen von Unionsseite, während Politikerinnen und Politiker der sozialliberalen Koalition versuchten, im Sinne der Neuen Ostpolitik zu einer Verständigung mit den osteuropäischen Nachbarstaaten zu kommen. Nicht immer hatte dies sofort Auswirkungen auf die west-ostdeutschen Patenschaften. In Nordrhein-Westfalen, einem SPD-geführten Land, wurde am bisherigen Engagement für die „Patenkinder“ festgehalten.²⁷

Mit dem deutsch-polnischen Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen vom Sommer 1976 wurde der Grundstein für Städtepartnerschaften mit Polen gelegt. Der damalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnick schloss bereits am 12. April 1976 eine Rahmenvereinbarung mit der Stadt Gdansk ab und begründete dies folgendermaßen: „Nun müssen wir aus der Geschichte lernen und Konsequenzen ziehen. Deswegen besuchen wir nicht die alte Stadt Danzig, sondern die moderne Stadt Gdansk.“²⁸

Die entstehenden Städtepartnerschaften mit osteuropäischen Gemeinden weckten die Kritik der Vertriebenenverbände. Die Anerkennung der ausländischen Gebietskörperschaft in Form einer Partnerschaft kollidierte mit ihrem Alleinvertretungsanspruch und mit ihren Gebietsforderungen.²⁹ Gleichzeitig befürchteten sie eine Aufkündigung von bestehenden Patenschaften. „Dieser Schritt war von polnischer Seite zwar gelegentlich gefordert worden, doch obwohl die Verhandlungspartner in Göttingen und Hannover die Kündigung ihrer Patenschaften abgelehnt hatten, konnten beide Städte ihre Partnerschaften jeweils mit Toruń und Poznań realisieren.“³⁰ Hannover ging die Partnerschaft mit Poznań am 29. Oktober 1979 ein, die von der Gründung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover e. V. flankiert wurde, die die Städtepartnerschaft begleitet und sich für die deutsch-polnische Versöhnung einsetzt.³¹

Am Beispiel Göttingens zeigt Manfred Kittel auf, dass die neu eingegangene Städtepartnerschaft mit dem ehemals westpreußischen Thorn (Toruń) vom 28. November 1978 im Grunde nicht vereinbar war mit dem Wortlaut der Patenschaftsurkunde über das obererschlesische Kreuzburg von 1953.³² Hintergrund war die Forderung nach Grenzrevision, die mit der Neuen Ostpolitik nicht in Einklang stand. Der Göttinger Oberbürgermeister Artur Levi versuchte zunächst erfolglos, den Kreuzburger Heimatkreisverband zu einem territorialen Verzicht zu bewegen. Schließlich rechtfertigte er sich der polnischen Seite gegenüber damit, dass die Patenschaft nicht über die Stadt Kreuzburg, sondern über die deutsche Einwohnerschaft ausgesprochen worden sei.³³

Kritik an den Patenschaften kam nicht nur aus dem osteuropäischen Ausland, sondern auch von Parteien aus dem Inland. In Celle versuchte die SPD-Stadtratsfraktion die bestehende Patenschaft mit dem ehemals ostpreußischen Marienwerder in eine Partnerschaft umzuwandeln, scheiterte aber am Widerstand der CDU, die sich auf eine juristische Auffassung bezog, der zufolge Marienwerder (pol. Kwidzyn) immer noch eine deutsche Stadt sei.³⁴

Derselbe Vorstoß kam bereits in den 1970er Jahren von Hans Beske, dem Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft Landsberg (Warthe), der sich für eine sinnvolle Weiterentwicklung der Patenschaft in eine deutsch-polnische Partnerschaft mit Gorzów Wielkopolski einsetzte.³⁵ Bei anderen Vertriebenenorganisationen sowie konservativen Kreisen stieß er mit der Idee des „Brückenbaues“ auf Kritik.

Die politische Wende 1989 führte zu einem Umdenken im Verhältnis von Paten- und Partnerschaft. So wurde den ehemaligen Flüchtlingen und Vertriebenen aufgrund ihrer Herkunft und ihres Wissens eine besondere Fähigkeit zugesprochen, sich als „Brückenbauer“ für die Verständigung einzusetzen und neue Partnerschaften zu begründen.³⁶ Die Entwicklung wurde durch die Anerkennung der bestehenden Grenzziehung³⁷ und den Europäisierungsprozess begünstigt. In der Folge wurden einige Patenschaften in Partnerschaften umgewandelt.

Auch die Landsmannschaften und der BdV erkannten die Möglichkeiten der Einflussnahme, die ihnen die Partnerschaften boten, und wurden nun zu Unterstützern des Verständigungsprozesses.³⁸

In Goslar wurde im Jubiläumsjahr 2000 die Patenschaft mit Brieg durch eine Partnerschaft mit Brzeg erweitert. 2012 löste sich die Bundesvereinigung der Brieger auf. Sowohl die Stadt Hannover als auch die Region Hannover kündigten 2009 ihre west-ostdeutschen Patenschaften. Einen anderen Weg ging Verden. Das Patenschaftsverhältnis der Stadt Verden mit der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau besteht fort. Der Landkreis Verden wandelte die Patenschaft 1993 in eine Partnerschaft um.³⁹ Diese wurde 1996 um eine Partnerschaft mit den heute russischen und polnischen Kreisen des damaligen deutschen Kreises Preußisch Eylau erweitert. Die Partnerschaft zwischen der Stadt Verden und Zielona Góra wurde bereits 1993 besiegelt. Sie entstand über die Deutsch-Polnische Gesellschaft Verden e. V., die sich im Mai 1985 nach der Beendigung des Kriegszustandes in Polen gegründet hatte, um polnische Menschen durch Hilfsgütertransporte zu unterstützen und die deutsch-polnische Verständigung voranzubringen.

Fazit

Während die west-ostdeutsche Patenschaftsbewegung von Seiten der westdeutschen Kommunen zunächst als Maßnahme zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen geplant war, diente sie den Vertriebenenverbänden als Mittel zur erhofften Rückkehr in die ehemaligen Ostgebiete. Im Zuge der Neuen Ostpolitik Willy Brandts gingen

deutsche Kommunen auch Partnerschaften mit osteuropäischen Nachbarn ein. Nach der deutschen Wiedervereinigung und dem endgültigen Verzicht auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße werden immer mehr Patenschaften in Partnerschaften umgewandelt. Wie die Städtepartnerschaften mit westeuropäischen Nachbarn dienen nun auch sie der europäischen Einigung und Versöhnung.

-
- 1 <https://www.verden.de/leben-in-verden/ueber-verden/staedtepartnerschaften-patenschaften/> (zuletzt abgerufen am 05.06.2021).
 - 2 Wolfgang Stelljes, Lockere Verbindung. Innerdeutsche Städtepartnerschaften, in: *kulturland oldenburg* 4 (2019), S. 20-22, hier S. 20.
 - 3 https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/themen/heimatvertriebene_und_spatausiedler/heimatvertriebene/heimatvertriebene-61486.html (zuletzt abgerufen am 01.03.2021).
 - 4 Mathias Beer, Patenschaften, in: Stephan Scholz / Maren Röger / Bill Niven (Hrsg.), *Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken*, Paderborn 2015, S. 329-344, hier S. 331.
 - 5 Ebd., S. 330.
 - 6 Ute Reichert-Flögel, Ostdeutsche Patenschaften heute, *Der Bundesminister des Innern* (Hrsg.), Bayreuth [1988], S. 63 / 64. Reichert-Flögel, geboren in Mährisch-Trübau, verheiratet mit dem Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Landesgruppe NRW. Beer weist darauf hin, dass in der späteren Literatur Reichert-Flögels These unhinterfragt übernommen wurde. Ebd., S. 340. Vgl. auch Cornelia Eisler, *Verwaltete Erinnerung – symbolische Politik. Die Heimatsammlungen der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler* (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 57), München 2015, S. 211-215.
 - 7 Cornelia Eisler, *Landschaftsdeutungen im Kontext der kulturellen Flüchtlings- und Vertriebenenbetreuung Westdeutschlands*, in: Andrew Demshuk / Tobias Weger (Hrsg.): *Cultural Landscapes. Transatlantische Perspektiven auf Wirkungen und Auswirkungen deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa*, München 2015 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 52), S. 187-205, hier S. 188.
 - 8 BVFG: Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) vom 19.05.1953, in: *Bundesgesetzblatt Teil I* (22) (1953), S. 201-221.
 - 9 Stadt Goslar (Hrsg.), *Goslar machte den Anfang: die Entstehung einer Patenschaft*, Goslar [1954].
 - 10 *Hervorhebung im Original. Eine Fotografie der Urkunde ist abgedruckt in: Museumsverein Goslar e. V. (Hrsg.), Ein Blick in die Sammlung im Großen Heiligen Kreuz in Goslar*, Goslar [2018], S. 14.
 - 11 Eisler, *Heimatsammlungen*, S. 173-176. Erlangens Bürgermeister hatte im August 1949 zunächst die Schirmherrschaft über das Mariaschnee-Fest der Brüxer übernommen. Am 29. September beschloss der Erlanger Stadtrat die Übernahme der Patenschaft für den ehemals sudetendeutschen Landkreis Brüx (tschech. Most).
 - 12 Ebd., S. 177.
 - 13 Zitiert nach ebd., S. 180. Vgl. im Folgenden ebd., S. 180-182.
 - 14 Zitiert nach ebd., S. 182.
 - 15 Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände bestand aus dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Gemeindetag und dem Deutschen Städtebund.
 - 16 Rundschreiben 1 d / 54 des Niedersächsischen Landkreistags betreffs Patenschaften für ostdeutsche Städte vom 02.02.1954, S. 1. Für die Bereitstellung des Scans danke ich Frau Ulrike Taenzer, die die Archivalie aus den Akten des Kreisarchivs Verden erhalten hat.
 - 17 Ebd., S. 1 / 2.
 - 18 Ebd., S. 2.
 - 19 Gemeint sind die später so genannten Heimatortkarteien, auf denen die gesamte deutsche Einwohnerschaft eines Ortes erfasst wurde.
 - 20 Eisler, *Landschaftsdeutungen*, S. 191.
 - 21 Eisler, *Landschaftsdeutungen*, S. 191 / 192.
 - 22 Wehlau-Plakette, *Kreiszeitung für die Grafschaft Hoya*, 24.08.1955.
 - 23 Eisler, *Heimatsammlungen*, S. 189 / 190.
 - 24 Eisler, *Heimatsammlungen*, S. 195. Kossert nennt mehr als 300: Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1641), Bonn 2015, S. 161.
 - 25 Eisler, *Heimatsammlungen*, S. 200 / 201. Manfred Kittel, *Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982)*, München 2007, S. 99. Zur Situation in Göttingen vgl. Ernst Böhme, *Partnerschaft und Patenschaft. Die Anfänge der Beziehungen Göttingens zu Cheltenham, Kreuzburg und Thorn*, in: *Göttinger Jahrbuch* 51 (2003), S. 125-153, hier S. 135.
 - 26 Kittel, *Vertreibung*, S. 139.
 - 27 Ebd., S. 137 / 138. Siehe auch das Beispiel Recklinghausen bei Kossert, *Kalte Heimat*, S. 159.

- ²⁸ Zitiert nach Kittel, Vertreibung, S. 139. Kittel schreibt, dass Koschnick „aus dem Kaschubischen“ stammte. Dies ist nicht korrekt. Er wurde 1929 in Bremen geboren.
- ²⁹ Eisler, Heimatsammlungen, S. 201. In diesem Sinn argumentiert auch Ute Reichert-Flögel, Ostdeutsche Patenschaften, S. 68.
- ³⁰ Eisler, Heimatsammlungen, S. 201. Vgl. dazu auch Kittel, Vertreibung, S. 139 sowie <https://www.goettinger-tageblatt.de/Thema/Specials/Goettinger-Zeitreise/Mit-Emotionen-in-Partnerschaft-gestartet> (zuletzt abgerufen am 06.06.2021).
- ³¹ <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/St%C3%A4dte-Regionspartnerschaften/St%C3%A4dtepartnerschaften-der-Landeshauptstadt-Hannover/Pozna%C5%84/Deutsch-Polnische-Gesellschaft> (zuletzt abgerufen am 05.06.2021).
- ³² Kittel, Vertreibung, S. 140 / 141. „Pate und Patenkind wissen sich einmütig in dem Wunsch, daß die gegenseitigen innerdeutschen Trennungslinien beseitigt werden und daß das uns entrissene Gebiet jenseits von Oder und Neiße wieder mit dem Vaterland vereinigt wird.“ Zitiert nach Ernst Böhme, S. 134.
- ³³ Dies stellte eine Neuinterpretation des Göttinger Patenschaftsverhältnisses dar. Ernst Böhme, S. 138.
- ³⁴ Dieter Blumenwitz, Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen im Lichte des Staats- und Verfassungsrechts, Bonn 1980, S. 15. Vgl. zu Blumenwitz auch Eisler, Heimatsammlungen, S. 201. 1992 erfolgte die Umwandlung in eine Partnerschaft mit Kwidzyn (Marienwerder).
- ³⁵ Eisler, Heimatsammlungen, S. 202.
- ³⁶ Ebd, S. 203.
- ³⁷ Dagegen stimmten im Bundestag u. a. Erika Steinbach (BdV-Vorsitzende von 1998-2014) und einige weitere Mitglieder der Union, die erreichen wollten, dass noch offene Vermögens- und Eigentumsfragen mit dem deutsch-polnischen Nachbar-schaftsvertrag geklärt werden https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/deutschland-und-polen-frau-steinbachs-vergehen-1922782.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (zuletzt abgerufen am 24.06.2021).
- ³⁸ Eisler, Heimatsammlungen, S. 203 / 204.
- ³⁹ Wolfgang Krippendorff, Das Vertriebenenmahnmal im Verdener Bürgerpark (aus der Sicht eines Zeitzeugen), in: Landkreis Verden (Hrsg.), Jahrbuch für den Landkreis Verden 2020, Oldenburg 2019, S. 196 / 197.



„Die drei Regierungen [...] erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß.“

(aus den Potsdamer Beschlüssen)



Abb. 1

Fluchtwagen aus Gurkingen
in der Gegend von Neuruppin,
Anfang Februar 1945
(Stadtarchiv Bergen,
N03 Nr. 32)

Historische Zusammenhänge

Die Menschheitsgeschichte ist geprägt von Flucht und Vertreibung. Immer wieder und überall wurden Menschen, die sich hinsichtlich ihrer Herkunft oder ihrer Religion von anderen unterschieden, aus ihren angestammten Gebieten vertrieben oder mussten vor drohender Gewalt fliehen. Von Seiten der Aggressoren spielten dabei meist politische und territoriale Gründe eine Rolle. Die Ereignisse, die zu Flucht und Vertreibung führten, sowie die Konsequenzen aus diesem Vorgehen dürfen jedoch nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen in einen umfassenderen Kontext gestellt werden.

Als die Menschen ab dem Winter 1944 aus den ostdeutschen Gebieten vor der Roten Armee zu fliehen begannen, hatte der von Deutschland begonnene Krieg bereits über fünf Jahre überall auf der Welt zahlreiche Opfer gefordert und tiefe Wunden gerissen. Die Alliierten versuchten seit 1943, sich auf verschiedenen Konferenzen auf ein

Vorgehen zu einigen, wie nach ihrem Sieg über das Deutsche Reich mit der Bevölkerung umzugehen sei.

Der Einigungsprozess verlief schleppend, die Interessen von Großbritannien, den USA und der Sowjetunion waren zu unterschiedlich. Auch andere Länder, die gegen Deutschland kämpften, aber nicht zu den Alliierten gehörten, mussten Beschneidungen ihrer Gebiete akzeptieren. Besonders betroffen hiervon war Polen.¹

Polen und Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg

Geregelt vom Versailler Vertrag und in Teilen auf der Basis von Volksabstimmungen musste Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg Teile Posens und des westpreußischen Territoriums abtreten, aus denen sich der Westen des neuen polnischen Staates bildete. Dazu kamen Gebiete in Ober-

Abb. 2

Die Potsdamer Konferenz

© unbekannt
(Quelle: www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39600/besatzung?p=all)

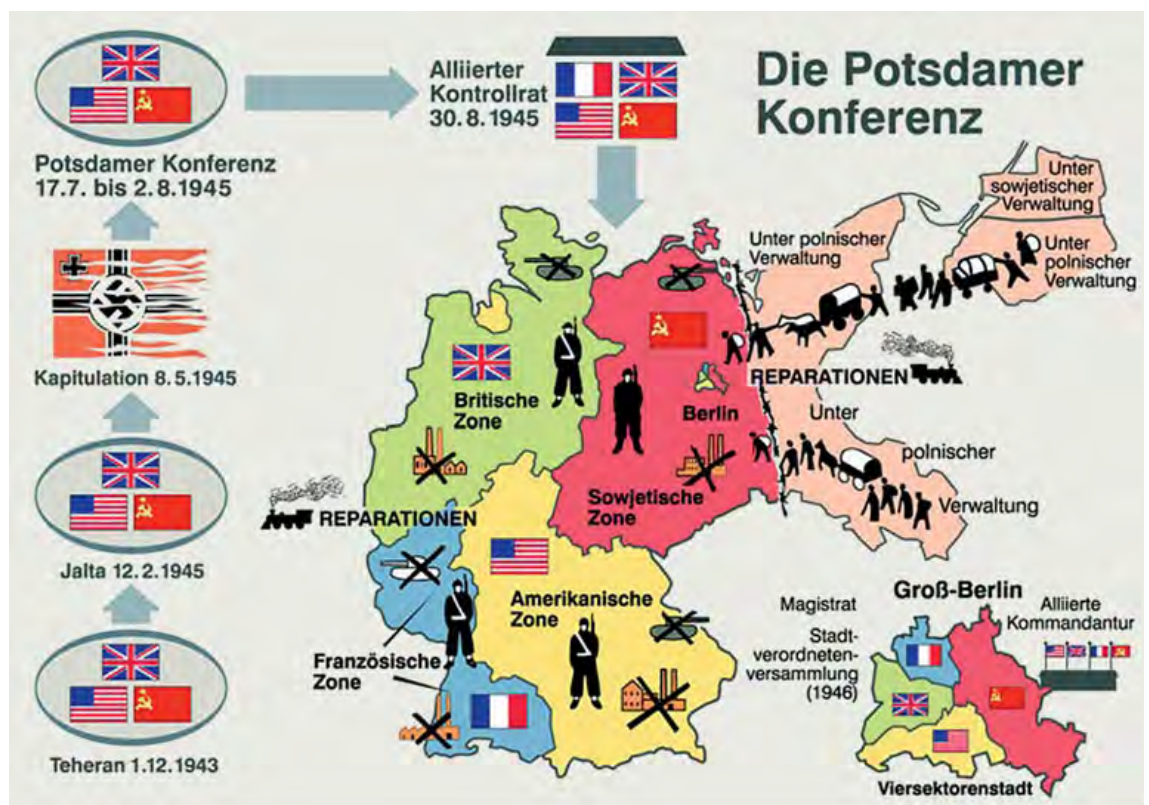




Abb. 3

Deutsche Gebietsverluste durch den Versailler Vertrag in Europa

© Matthias Küch.
creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

schlesien. Im Ergebnis erhielt Polen so einen Zugang zur Ostsee und Areale mit hohem Kohlevorkommen. Das nach wie vor zum Deutschen Reich gehörende Ostpreußen war damit ohne territoriale Anbindung an den Rest des Reiches.

Im Osten kämpfte Polen mit Sowjetrußland bis 1921 um die Grenzbereiche. Mit dem Frieden von Riga im März wurde die aktuelle Frontlinie als Grenze festgelegt, die westlichen Teile des von Ukrainern und Weißrussen besiedelten Gebiets gingen in polnische, die östlichen in russische Herrschaft über.

Die Bevölkerung des polnischen Staates setzte sich, basierend auf Volkszählungen von 1921 bzw. 1931, folgendermaßen zusammen:

Polen:	65 %
Ukrainer:	16 %
Juden:	10 %
Weißrussen:	6 %
Deutsche:	4 (1921) bzw. 2 (1931) %
sonstige:	1 %

Die Verteilung innerhalb der einzelnen Provinzen war dabei höchst unterschiedlich.

Der Überfall auf Polen

Am 1. September 1939 fiel die deutsche Wehrmacht in Polen ein und zwang die polnische Regierung innerhalb kürzester Zeit zur Kapitulation – der Zweite Weltkrieg war entfesselt. Ein Teil Polens wurde umgehend dem Deutschen Reich eingegliedert und „germanisiert“; dies betraf auch Bereiche, die 1914 nicht zu Deutschland gehörten, aber von wirtschaftlich hohem Interesse waren. Ein weiterer Teil wurde zum „Generalgouvernement“ erklärt, dessen Bevölkerung als „billige polnische Arbeitskräfte“² eingesetzt wurde.

Parallel dazu wurde Ostpolen von der Sowjetunion besetzt. Sowohl aus deutscher als auch aus russischer Sicht gab es nun keinen polnischen Staat mehr. Dem widersetzte sich die polnische Regie-

rung aus dem französischen Exil heraus, ebenso wie militärische und zivile Widerstandsgruppen im Land selbst.

Es folgte die systematische Vernichtung der polnischen Nation durch die deutschen Besatzer, ein großer Teil der nicht ermordeten Menschen wurde aus den eingenommenen Gebieten in das Generalgouvernement gedrängt und durch „Volksdeutsche“ ersetzt. Durch die Übernahme bzw. Schließung von landwirtschaftlichen und sonstigen Betrieben aus polnischem und jüdischem Besitz wurden die ursprünglichen Besitzer wie auch der Rest der nicht-deutschen Bevölkerung darüber hinaus in Abhängigkeiten von Zuteilungen gezwungen.

Mit einer klaren Hierarchie mit den „Reichsdeutschen“ an der Spitze, gefolgt von „Volksdeutschen“, Ukrainern, Polen und zuletzt den vollkommen rechtlosen Juden wurden Hetze und Verrat geradezu strukturell verankert.

Verschiebung der Bündnisse und Fronten

1941 marschierte die Wehrmacht auch ins sowjetisch besetzte Ostpolen ein: Aus den deutschen und sowjetischen Verbündeten wurden Kriegsgegner.

Mit der Kapitulation der deutschen Armee in Stalingrad zu Beginn des Jahres 1943 änderte sich das Kriegsgeschehen zugunsten der Alliierten, zu denen nun auch Rußland gehörte. Die Rote Armee verschob die Front immer weiter gegen Westen. Ein Jahr später war für die polnische Exilregierung klar, dass Polen beim Kampf gegen die deutsche Wehrmacht unter sowjetischen Einfluss geraten würde. Um dies zu verhindern, wurde die Armia Krajowka, die „Heimarmee“, aus dem Untergrund geholt; sie kämpfte nun zunächst erfolgreich gegen die Deutschen, in den ersten Monaten zusammen mit der Roten Armee. Mitte 1944 änderte sich dies: Stalin hatte am 22. Juli 1944 das „Polnische Komitee zur Nationalen Befreiung“ eingesetzt, das als Basis für eine zukünftige kommunistische Regierung in Polen diente. Als Folge daraus war Polen nun in einem Zweifrontenkrieg gefangen: im Westen gegen die deutsche Besatzung, im Osten gegen die nachrückende Sowjetarmee.

Kurz zuvor, am 6. Juni 1944, waren die Amerikaner und ihre Verbündeten in der Normandie gelandet, die Alliierten näherten sich der immer weiter zurückweichenden deutschen Armee nun von allen Seiten. Der Polenpolitik Stalins, die er bereits auf der Konferenz von Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) und dann auch auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) proklamiert hatte, hatten sie von dort wenig entgegenzusetzen.

Mit der sogenannten „Westverschiebung“ Polens beanspruchte Sowjetrussland das nördliche Ostpreußen (inklusive Königsberg) sowie die ostpolnischen Gebiete, die es bereits 1939 besetzt hatte. Die Bereiche östlich der Oder und der Lausitzer Neiße wurden von den Siegermächten unter polnische Verwaltung gestellt; zusätzlich besetzte Polen Stettin. Damit einher ging die Verschiebung der polnischen Bevölkerung aus den nun sowjetischen in die westlichen neu-polnischen Gebiete.

Konsequenzen für die deutsche Bevölkerung: Flucht

Mit dem Vorrücken der Roten Armee zum Ende des Jahres 1944 wurde die deutsche Zivilbevölkerung insbesondere in den am östlichsten liegenden Gebieten vor eine schwere Entscheidung gestellt: Die Vertreter der deutschen Regierung vor Ort erließen Befehle, das Territorium weiterhin zu verteidigen, die Flucht vor dem Feind wurde unter Strafe gestellt. Manch einer kämpfte im Glauben an den „Endsieg“ weiter, manch anderer hoffte darauf, sein Land und sonstiges Hab und Gut nicht verlassen zu müssen. Vielen war aber auch klar, dass die deutsche Kapitulation unvermeidlich wäre und dass eine Überlebenschance nur durch Flucht bestand. Die Vorbereitungen wurden häufig, um sie der Obrigkeit nicht bekannt werden zu lassen, heimlich getroffen. Fluchtwägen wurden gebaut und die

wichtigsten Dinge zusammengepackt. Oft war die „Beschränkung auf das Nötigste“ von der Hoffnung getragen, dass eine Rückkehr bald möglich sein würde. Im Wagen, zu Pferd, vor allem aber zu Fuß machten sich die Menschen, immer in der Angst, bald von der Roten Armee überholt zu werden, gen Westen auf.

Die Wetterbedingungen und vor allem die Versorgungsproblematik, aber auch Erschöpfung, Krankheit und Alter forderten viele Leben. Der Kälte war kaum beizukommen, Lebensmittel konnten nur so viele mitgenommen werden, wie Transportmöglichkeiten gegeben waren. Dabei musste abgewogen werden, dass auch die Zugtiere Futter benötigten, das ebenfalls Platz auf den Wagen in Anspruch nahm. Kleine Kinder und alte Menschen brauchten ebenfalls Plätze in den Fahrzeugen. Der gefrorene Boden machte es zudem unmöglich, die auf der Flucht Verstorbenen zu bestatten.

Nach der Ankunft in den westlicheren Gebieten wurde es manchmal möglich, die Nächte auf fremden Höfen zu verbringen. Waren diese bereits verlassen, versuchte man sich mit dem zu arrangieren, was man vorfand. Waren sie noch bewohnt, drohten Auseinandersetzungen um Kochmöglichkeiten, Lagerstätten und die Unterbringung von Menschen und Tieren.

Nicht alle zogen über die Oder und die Neiße, viele blieben auch in der Nähe ihrer Dörfer und zogen nur so weit, wie es das Kriegsgeschehen erforderlich machte. Wenn die Gelegenheit günstig schien, kehrten einige in ihre Häuser und Wohnungen zurück. Das bedeutete aber nicht, dass sie bleiben konnten.

Konsequenz für die deutsche Bevölkerung: Vertreibung und Ausweisung

Nach Kriegsende und vor der Potsdamer Konferenz waren die östlich der Oder und der Neiße verbliebenen Deutschen gewaltsamen Vertreibungen ausgesetzt. Sollte anfangs zunächst verhindert werden, dass die Geflohenen zurück in ihre Häuser und Wohnungen kamen, wurden später auch die vor Ort Gebliebenen zwangsausgesiedelt. Dieses Vorgehen, das Brutalität und Grausamkeit offiziell verbot, wurde von den Befehlshabern der polnischen Armee angewiesen. Unter Betroffenen wurde hierfür der Ausdruck „wilde Vertreibungen“ (dzikie wypędzenia) geprägt.³

Mit den Potsdamer Beschlüssen vom 2. August 1945 wurde von den „Großen Drei“ – Großbritannien, Sowjetunion und den USA – in Absatz XIII. zudem die „Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ festgelegt. Wörtlich heißt es:

Abb. 4
Generalgouvernement
1939-1945

© Lonio 17.
creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/



„Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. [...]“⁴

Der größte Teil der solchermaßen Ausgesiedelten wurde in die britische Zone gebracht. Hintergrund dafür war unter anderem die Weigerung sowohl der sowjetischen als auch der französischen Besatzungsmächte, in den von ihnen verwalteten Gebieten Ostdeutsche aufzunehmen, die amerikanische Besatzungszone hatte durch die Aufnahme der Sudetendeutschen keine nennenswerten Kapazitäten mehr. So wurde am 14. Februar 1946 zwischen Polen und Briten eine Vereinbarung geschlossen, nach der täglich bis zu 4.000 Personen in die britische Zone gebracht werden sollten. Diese als „Operation Swallow“ („Operation Schwalbe“) bekannt gewordene Aktion ist der Hauptgrund, aus dem insbesondere Schlesierinnen und Schlesier im späteren Niedersachsen angekommen sind.

Das Zahlenproblem

Wie viele Menschen waren auf der Flucht? Wie viele kamen zu Tode? Wie viele kamen in den vier Besatzungszonen an? Wie viele in Niedersachsen?

Zahlen scheinen das unbestechlichste Instrumentarium zu sein, das man sich denken kann. Eine Zahl suggeriert ein Faktum. Dennoch kursieren auch beim Thema Flucht und Vertreibung unterschiedliche Angaben, die zusätzlich auf unterschiedlichem Wege miteinander verrechnet werden.⁵ Mal liest man von 12,5 Millionen Menschen, mal von 14 Millionen, manches Mal gar von 20 Millionen, die sich aus dem Osten auf den Weg gen Westen machten. Folgende Problemstellungen liegen dabei zugrunde:

1. Welche Menschen werden durch die Zahlen beziffert?

Nicht immer wird genau dokumentiert, welche Menschengruppen in welchen Zahlen berücksichtigt werden. Das liegt zum einen daran, dass zwischen den damals sogenannten „Reichsdeutschen“ und „Volksdeutschen“ unterschieden werden muss. Unter „Reichsdeutsche“ wurden all jene gefasst, die in den ostdeutschen Provinzen, also in Territorien lebten, die deutsches Staatsgebiet waren. Unter „Volksdeutschen“ verstand man jene, die als Deutsche in nicht-deutschem Gebiet lebten.

2. Woher kennen wir die Zahlen?

Die meisten belastbaren Nennungen stammen aus Volkszählungen und anderen statistischen Erhebungen. Solange keine ideologische Lenkung bei der Erfassung zu vermuten ist, können diese Zahlen als zuverlässig gelten. Dennoch ergibt sich ein Problem aus den Abständen zwischen zwei Zählungen. So existieren häufig Angaben für die Zeit vor und für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, verlässliche Erhebungen während der Kriegshandlungen waren nahezu unmöglich. So lebten vor 1939 rund 18 Millionen Reichs- und Volksdeutsche in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa. Wie viele es 1945, unmittelbar nach der deutschen Kapitulation, waren, lässt sich kaum beziffern.

3. Berechnungsmöglichkeiten

Nach einer Volkszählung erreichten 12,5 Millionen Menschen deutsches Gebiet, also das Territorium, das sich ab 1949 aus BRD und DDR zusammensetzte. Eine weitere halbe Million war in Österreich und anderen Ländern angekommen. Setzt man diese Zahlen miteinander in Verbindung – 18 Millionen Reichs- und Volksdeutsche vor 1939, 12,5 Millionen in Deutschland und eine halbe Million anderswo – bleiben zunächst 5 Millionen übrig. In diesen 5 Millionen sind enthalten: Menschen, die in ihrem Herkunftsort geblieben bzw. dorthin zurückgekehrt sind, solche, die deportiert wurden, diejenigen, die im Zuge der Kriegshandlungen starben (sowohl Soldaten als auch Zivilisten), und schließlich alle, die auf der Flucht oder im Zuge der Vertreibungen ums Leben kamen.

BM

¹ Hier und im Folgenden: Jürgen Heyde, Geschichte Polens, München 2017 und Vandenhoeck & Ruprecht (Hrsg.), Der grosse Ploetz Atlas zur Weltgeschichte, Göttingen 2009.

² Heyde, Geschichte Polens, S. 104.

³ Krzysztof Ruchniewicz, Wilde Vertreibungen der Deutschen aus Polen, in: Detlef Brandes / Holm Sundhaussen / Stefan Troebst (Hrsg.), Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsausiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, Wien / Köln / Weimar 2010, S. 725-728, hier S. 726.

⁴ Wortlaut der Beschlüsse unter <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html> (zuletzt abgerufen am 29.07.2021).

⁵ Zur vermeintlichen Objektivität von Statistik und den Berechnungsmöglichkeiten in diesem Zusammenhang vgl. das Kapitel „Einblicke in die Geschichte des Zahlenlabyrinths ‚Vertreibung‘“: Eva Hahn / Hans Henning Hahn, Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn 2010, S. 706-726.

Übersichtskarte Fluchtweg



1

Wollsteiner Heimatstube im Handwerksmuseum Suhlendorf, o. Nr., 1890 / mit eingezeichnetem Fluchtweg von 1945

© Wollsteiner Heimatstube, Foto: Klaus Leber

Für die Planung der Flucht waren für die Betroffenen geographische Kenntnisse notwendig. Auch wenn die allgemeine Marschrichtung gen Westen klar war, mussten Details der Route so gut wie möglich im Vorhinein bedacht werden – insbesondere Informationen über gesprengte Brücken oder ähnliches führte dazu, dass Alternativen gefunden werden mussten.

Die Karte, die das Gebiet eines Manövers im Königreich Sachsen von 1890 darstellt, blieb in der Familie des Manöver-Teilnehmers. So konnte einer seiner Nachfahren, ein Land- und Gastwirt, die Karte für die Fluchtplanung verwenden. Allerdings konnte er die Strecke nur so weit eintragen, wie die Karte, die das Gebiet der Region Tarnowo-Wollstein bis westlich von Jüterbok umfasst, reichte.

Der Fluchtweg ist mit Bleistift eingezeichnet und führte von Tarnowo (zwischen 1939 und 1945: Kampfheide) über Wollstein (heute: Wolsztyn), Crossen (heute: Krosno Odrzańskie), Seitwan (heute: Żytawań), Coschen, Lieberose, Lübben nach Golsen, wo die Karte endet.

Die Familie des Wirts, zu der seine Frau und drei Kinder gehörten, stammte aus Tarnowo (Kampfheide) im Kreis Wollstein, wo sie mindestens seit dem 18. Jahrhundert ansässig war. Die Tarnower gelangten gemeinsam nach Suhlendorf bei Uelzen und von dort aus nach Roschen, wo viele der Nachfahren noch immer leben.

BM

Koffer



2

Heimatstube
Mittelwalde in Lohne,
o. Nr.

© Heimatverein
Lohne,
Foto: Benno Dräger

Dieser Koffer begleitete zwei Schwestern aus dem pommerschen Mittelwalde (heute: Międzyzlesie), nachdem sie im August 1946 – wahrscheinlich mit dem letzten Transport – von dort vertrieben worden waren. Beide Frauen waren Absolventinnen der Stickschule von Mittelwalde und unter anderem für die Schlossbesitzer von Mittelwalde (heute: Zamek w Międzyzlesiu), die Familie Althann, tätig. Der Koffer überdauerte im Keller seiner Besitzerinnen, wo er nach dem Tod der einen Schwester bei der Haushaltsauflösung aufgefunden wurde.

Koffer, Rucksäcke, Körbe und Handwagen wurden in der Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte geradezu zum Symbol für Flucht und Vertreibung. So war in der 2014 vom British Museum konzipierten

Ausstellung „Germany – Memories of a Nation“ ein Leiterwagen gewählt worden, der die Geschichte von Flucht und Vertreibung in Folge des Zweiten Weltkrieges symbolisierte. In der ZEIT war darüber zu lesen:

„Nur wenige Briten wissen“, sagt MacGregor, „dass 12 bis 14 Millionen Deutsche vertrieben worden sind.“ Im British Museum ist ein erschütternd kleiner Leiterwagen von etwa 1945 zu sehen, von der Art, mit der Millionen Menschen nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs ihre Habe von Ost nach West zogen.“¹

BM

¹ Imke Henkel, Liebesgrüße aus London, auf: ZEIT Online, 17.10.2014, online unter www.zeit.de/kultur/2014-10/british-museum-germany-memories-of-a-nation (zuletzt abgerufen am 30.07.2021).

Foto Fluchttreck aus Gurkingen



3

Traditionszimmer
Altburgund-Schubin
im Stadtarchiv Bergen,
N03 Nr. 32
Fotografie 1945

© Stadtarchiv Bergen

Stadt und Kreis Schubin (heute: Szubin) gehörten bis nach dem Ersten Weltkrieg zu Preußen. Durch die im Versailler Vertrag geregelte Grenzziehung und nach dem Großpolnischen Aufstand 1919 fielen Teile Westpreußens und Posens an Polen – so auch der Kreis Schubin. Polen wurde in der „Vierten Teilung“ zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeteilt. Im Zuge dessen wurde der Kreis Schubin erneut deutsch und in „Altburgund“ umbenannt. Mit dieser Umbenennung – der Name wechselte zu Beginn der 1940er Jahre mehrfach hin und her – sollte auf eine urgermanische Bevölkerung verwiesen werden. Mit dem Wechsel der Allianzen, in dessen Folge Deutschland und die Sowjetunion von Verbündeten zu Feinden wurden, besetzte die Rote Armee im Frühjahr 1945 auch das Posener Land – die deutsche Bevölkerung musste fliehen.

Gurkingen (vor 1939 und heute: Górkı Zagajne) war ein zum Kreis gehörender Ort, von dessen Bewohnerinnen und Bewohnern 1945 einige in Bergen

ankamen. Die Fotos illustrieren die Strapazen der Flucht und geben durch erhaltene Beschriftungen den Gesichtern Namen. Gisela Podschadel berichtete 2014 von ihrer Ankunft und ihrem Neubeginn, wie sie am 20. Januar 1945 vom Ortsvorsteher informiert worden war, sie müsste Gurkingen für sieben Tage verlassen – entsprechend karg war das Gepäck. Während Gisela mit ihren jüngeren Geschwistern auf einem Wagen war, fuhr die Mutter mit den Großeltern und der Urgroßmutter einen anderen. In Neuruppin stieß der Vater zu ihnen, dort verloren sie den Wagen der Mutter aus den Augen. Erst im Februar erhielten sie Nachricht, dass die Mutter bei Verwandten in Stendal gelandet war. Gisela Podschadel fand bald Arbeit und war für die Kommandantur der Luftwaffe in Faßberg bzw. Bergen-Hohne tätig. Sie gehörte zu den ersten, die in den 1970er Jahren in die alte Heimat fuhren und seitdem einen herzlichen Kontakt zu den polnischen Besitzern ihres alten Guts pflegten.¹

BM

¹ „Unser Wagen stand an der Kreuzung bei Hiestermann“. Flüchtlingstreck erreichte im Februar 1945 Bergen, in: Bergener Stadt- und Örtze-Anzeiger, 4. Februar 2015, S. 9, online unter [issuu.com/cellesche-zeitung/docs/bsa_20150204.pdf_54d1742d246a3](https://www.issuu.com/cellesche-zeitung/docs/bsa_20150204.pdf_54d1742d246a3) (zuletzt abgerufen am 30.07.2021).



- „1. Einlieferung durch LKW,
2. Ausladung,
3. Registrierung in Zelten,
4. Aushändigung von Verpflegungs-
karten [...]“

(Friedland, aus dem Lagerbefehl Nr. 1 vom 26.9.1945)

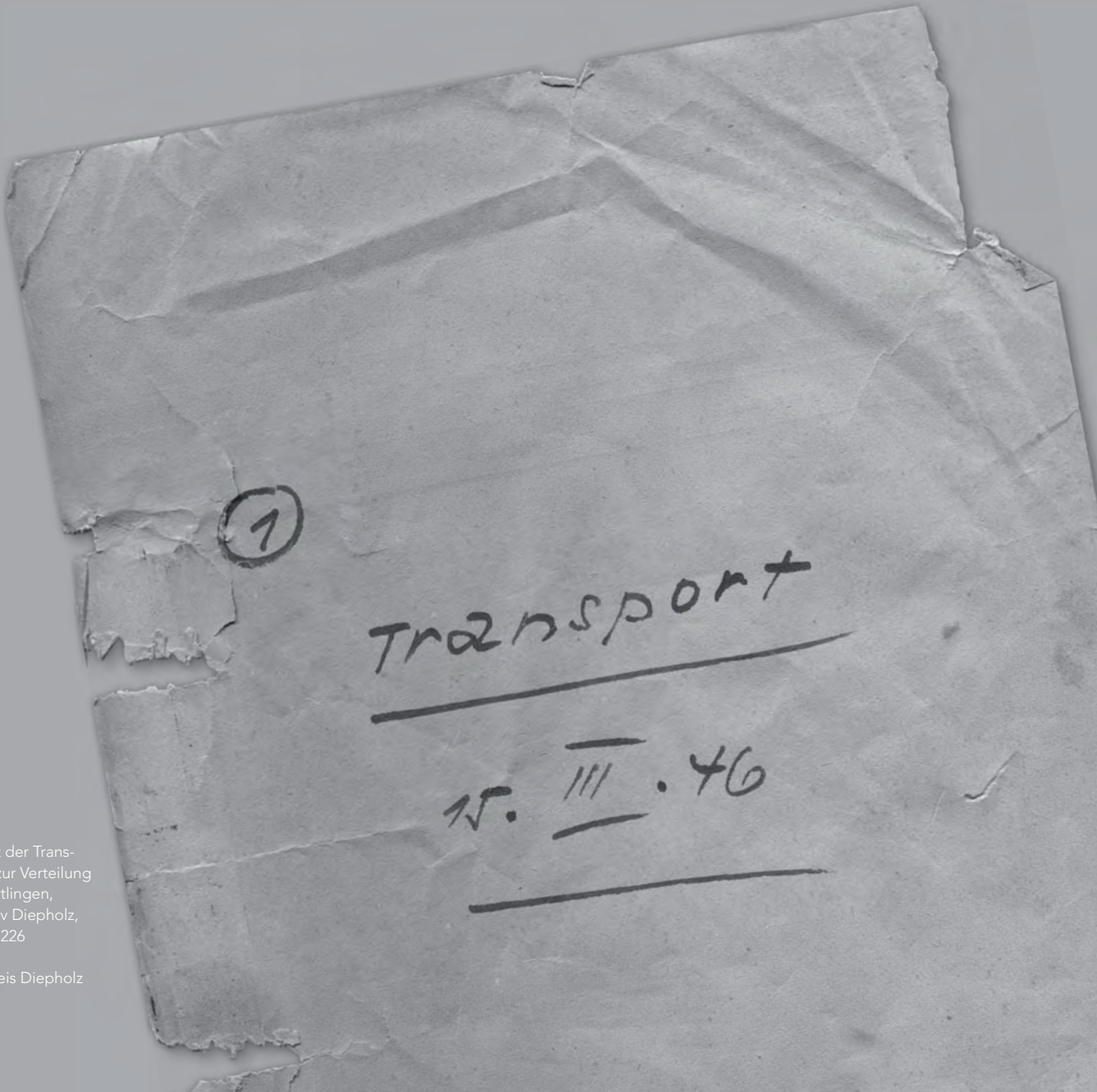


Abb. 1

Deckblatt der Transportliste zur Verteilung von Flüchtlingen, Kreisarchiv Diepholz, Gft. HO 9226

Ankommen in Niedersachsen

Das Gebiet, aus dem 1946 das Land Niedersachsen wurde, bestand am Tag der Kapitulation aus den Ländern Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe. Das Areal, das unter dem Befehl der britischen Besatzer stand, umfasst knapp 50.000 km².

1939 lebten hier 4,5 Millionen Menschen, nach der Landesgründung 1946 waren es 6,5 Millionen. Eine offizielle Statistik vom 1. Juli 1950 nennt 2.111.431 Menschen, die aus den Ostgebieten geflohen oder vertrieben worden waren, ein kleiner Anteil war aus der sowjetisch besetzten Zone bzw. Berlin in den Westen gekommen. Nach Bayern musste sich Niedersachsen an zweiter Stelle um die meisten heimatlos gewordenen Menschen kümmern. Dabei ist auch innerhalb Niedersachsens zu erkennen, dass in den östlichen Gebieten des Landes mehr Menschen Aufnahme fanden als in den westlichen.

Anteilig war die Gruppe der Schlesierinnen und Schlesier mit 722.000 Menschen am größten, gefolgt von 458.000 Personen aus Ostpreußen und Danzig sowie 312.000 aus Pommern und Brandenburg.¹

Um die Ankunft der Menschen zu organisieren und zu koordinieren, kam den Durchgangslagern eine große Bedeutung zu. In Niedersachsen gab es entsprechende Einrichtungen in Friedland, Lüneburg, Uelzen, Wittingen, Gifhorn, Braunschweig, Goslar und Osterode. Die Flüchtlinge und Vertriebenen sollten hier idealerweise nur einen Tag bleiben, ärztlich untersucht und weitergeleitet werden.

Der Zuzug vieler Menschen erforderte eine umfassende Anpassung des administrativen Apparates. Das Niedersächsische Amt für Landesplanung und Statistik hatte auf der Basis kultureller und

Abb. 2

Karte der vier Gebiete, die 1946 zu Niedersachsen geschlossen wurden

© LGLN-
Landvermessung



wirtschaftlicher Parameter einen Plan zur Verteilung der Flüchtlinge ausgearbeitet. Dieser konnte jedoch aufgrund der höher als angenommen ausfallenden Zahlen und der Wohnraumknappheit nicht umgesetzt werden.² Waren die Aufgaben zu Anfang noch zu bewältigen, nahmen sie mit Ankunft der Vertriebenen ab dem Sommer 1945 erheblich zu. In verschiedenen Anweisungen und Befehlen der britischen Militärregierung wurden Regelungen zu Wohnraum und Verwaltung erlassen. Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Hinrich Wilhelm Kopf, richtete für ganz Niedersachsen Flüchtlingsverwaltungen auf Provinz-, Bezirks-, Kreis- und Stadtebene ein.³

Auch gab es sogenannte Ortsflüchtlingsbetreuer, die beispielsweise bei Konflikten vermittelten oder den Kontakt zur Verwaltung hielten. Ehrenamtliche Flüchtlingsräte waren ebenso im Einsatz wie Haupt-

amtliche, die in der Verwaltung tätig waren. Solche Positionen wurden teilweise mit Flüchtlingen bzw. Vertriebenen besetzt. Erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre übernahm der Bund der Vertriebenen (BdV) die Flüchtlingsbetreuung flächendeckend.

Der zahlenmäßigen Verdichtung der Bevölkerung stand der durch den Krieg insbesondere in den Städten verringerte Wohnraum gegenüber. Konflikte ergaben sich also nicht nur aufgrund rationierter Lebensmittel, sondern vor allem auch hinsichtlich der Behausungen. Häufig wurden die Menschen in Nissenhütten und anderen Provisorien untergebracht, die allerdings oft sehr langlebig waren. So lebten einige noch bis zu Anfang der 1970er Jahre in behelfsmäßigen Unterkünften.

BM

¹ Karl Heinz Schneider, Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen – ein Überblick, in: Barbara Magen (Hrsg.), Heimat-erinnerungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Projekt zur Zukunft der niedersächsischen Heimatsammlungen aus den historisch ostdeutschen Gebieten (Schriftenreihe MVNB 4), Hannover 2019, S. 36-42.

² Hans-Bernd Meier, Vertriebene und Flüchtlinge im ehemaligen Regierungsbezirk Osnabrück 1945-1970: Zuwanderung, Flüchtlingsverwaltung, wirtschaftliche Integration und regionaler Strukturwandel, Dissertation Osnabrück o. J., S. 65, online unter: https://repositorium.ub.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-2001062218/2/E-Diss129_thesis.pdf (zuletzt abgerufen am 02.07.2021).

³ Ebd., S. 122.

Transportliste

Kreiswohnungsent

Die Verwaltung
des Kreises Grafschaft Hoya
Kreisflüchtlingsamt.

Syke, den ...15. März...1946...

An
den Herrn Bürgermeister in Barrien

Die nachstehend aufgeführten Flüchtlinge sind in Ihrer Gemeinde unterzubringen. Ich ersuche um entsprechende Veranlassung. Anrechnung auf das Flüchtlingssoll Ihrer Gemeinde wird erfolgen.

Lfd. Nr.	Name Vorname	Geb.Datum	Beruf	Regierungs-Bezirk
1		17.6.02	Gärtner	Breslau
2		10.3.01	Ehefrau	
3		24.4.96	"	
4		1.11.93	"	
5		8.1.93	Bauang.	
6		12.8.89	Ehefrau	
7		7.2.33	Kind	
8		20.3.85	Kaufmann	
9		29.12.07	Kontrollleur	
10		7.10.97	Masch.Arb.	
11		26.2.00	Ehefrau	
12		15.5.39	Kind	
13		24.3.34	Kind	
14		12.12.31	Kind	
15		24.3.17	Ehefrau	
16		12.4.37	Kind	
17		13.5.35	Kind	
18		2.4.11	Ehefrau	
19		7.3.44	Kind	
20		17.12.00	Ehefrau	
21		17.12.00	Kraftfahrer	
22		17.9.09	Ehefrau	
23		25.1.40	Kind	
24		10.7.33	Kind	
25		21.3.36	Kind	
26		14.9.76	Hausfrau	
27		15.11.08	Ehefrau	
28		24.6.29	---	
29		21.12.36	Kind	
30		29.10.30	Kind	
31		3.9.25	Arbeiterin	
32		24.7.88	Holzarbeiter	
33		21.3.04	Ehefrau	
34		27.5.88	Dreher	
35		21.6.97	Ehefrau	

Die Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen über die Durchgangslager auf Gemeinden und von dort aus auf Wohnungen und Lager war in erster Linie eine logistische Herausforderung. Im Stadtarchiv Diepholz haben sich Listen erhalten, mit deren Hilfe die Flüchtlinge und Vertriebenen zwischen März 1946 und Juli 1947 auf die Gemeinden des Kreises Grafschaft Hoya verteilt – in einem Fall umquartiert – wurden. In diesem Zeitraum waren es 26 Transporte, die meist im vierzehntägigen Rhythmus stattfanden. Der erste Transport vom 15. März 1946 umfasste allein 1.487 Personen, die innerhalb eines Tages aus dem Durchgangslager in Uelzen in den Kreis gebracht wurden – davon 716 Frauen, 295 Männer und 476 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Alle kamen aus dem Regierungsbezirk Breslau.

In den Akten haben sich auch Verhaltensregeln erhalten, die folgende Punkte beinhalten: Bei Ankunft mussten die Flüchtlinge in den Wagen bleiben; der Führer der Gruppe sammelte die Registrierkarten und ordnete sie; der jeweilige Gruppenführer begab sich mit einem Vertreter der Flüchtlingsbetreuungsstelle zum Wohnungsamt und kehrte dann zum Transportwaggon zurück; die Flüchtlinge sammelten sich beim zuvor ausgeladenen Gepäck und erhielten auf ihre gestempelte Registrierkarte Verpflegung; danach wurden die Flüchtlinge mit einem LKW in die Gemeinde gebracht, der sie zugewiesen wurden. Der Gruppenführer hatte darauf zu achten, dass die Gruppe geschlossen zusammenblieb.

Die 1.487 am 15. März 1946 im Kreis Grafschaft Hoya aus Uelzen angekommenen Flüchtlinge wurden nach Barrien, Bramstedt, Clues, Felde, Gessel, Gödensdorf, Groß Ippener, Groß Mackenstedt, Hassel, Heiligenfelde, Heiligenrode, Hollwedel, Jardinghausen, Kirchseelte, Kirchweyhe, Magelsen, Neubruchhausen, Nordwohldede, Okel, Osterbinde, Osterholz, Riede, Ristedt, Schweringe, Seckenhäuser, Stühren, Sudwaye, Sustedt, Wachendorf, Wechold und Wienbergen gebracht.

BM

4

Kreisarchiv Diepholz,
Gft. HO 9226,
1946

© Landkreis Diepholz

Amtliche Bekanntmachungen des Oberbürgermeisters der Stadt Watenstedt-Salzgitter, Nr. 4



Die Festsetzung von Mietpreisen für Wohnraum, (Mit)Benutzung von Waschräumen und Küchen wie auch für Gegenstände des täglichen Bedarfs – Geschirr, Waschutensilien – und Werkzeug weist indirekt auf die Schwierigkeiten hin, mit denen Einheimische und Zugezogene gleichermaßen konfrontiert waren. Die Liste zeugt auch davon, was tatsächlich wichtig war: ein Dach über dem Kopf, Möglichkeiten zu heizen und zu kochen, Werkzeug und Garanten für Sauberkeit.

Da es in der Bekanntmachung heißt, „Von einer Festsetzung von Mietpreisrichtsätzen für möblierte Zimmer innerhalb des Stadtgebietes ist bisher Abstand genommen [...]“, ist daraus zu schließen, dass es zu zahlreichen Beschwerden oder Vorkommnissen gekommen war, die eine Richtlinie notwendig machten.

BM

5
Heimatstube Kattowitz
im Städtischen
Museum Schloss Salder
StA Sz, Amtliche
Bekanntmachungen
der Stadt Salzgitter
1945-1948
2. November 1945
© Stadt Salzgitter

Vorläufiger Flüchtlingsausweis



Die Anerkennung von Flüchtlingseigenschaften war unerlässlich, um den Betroffenen Zugang zu Vergünstigungen zu gewähren, die an den Nachweis der entsprechenden Eigenschaften gebunden waren. Auch hier übernahmen diese Aufgabe personengebundene Ausweisdokumente. Die

Aktenlage (Kat.-Nr. 7) zeigt, wie zeitintensiv einzelne Antragsverfahren sein konnten, weshalb vorläufige Papiere gerade in der Anfangszeit eine unumgängliche Notwendigkeit darstellten.

BM

6
Hirschberger Heimat-
stube im Museum der
Stadt Alfeld,
o. Nr.
wohl 1946
© Stadtmuseum
Alfeld

Flüchtlings-Ausweis

LAND NIEDERSACHSEN

Flüchtlings-Ausweis
zu Nummer

A. X. 729 134

des Personalausweises der Britischen Zone
(nur gültig bei dessen gleichzeitiger Vorlage)

Vor- und Zuname
Ristedt

(bei Frauen auch Mädchennamen)

(Wohnort - Aufnahmegemeinde) *Nr. 49*

(Straße und Haus-Nr.) *Markt 1079*

(Kreis) *Hannover*

(Regierungsbezirk)

Flüchtl.-Gruppe **A**

Ausweisliste Nr. *475*

Verfall des Ausweises ist sofort zu melden

Geburtsdag: *13. April 33.*

Geburtsort: *Fünfkirchen*

Kreis Prov./Land: *Ostpr.*

(Eigenhändige Unterschrift des Ausweis-Inhabers)

Ausgestellt *Ristedt*

(Steged) den *1. Mai* 19 *50*

i. d. Kapton

Amliche Vermerke:

Antrag gemäß §. 15. gestellt

NESEDE
RISTEDT
im Britisch. Hosp.

Der am 1. Mai 1950 ausgestellte Flüchtlings-Ausweis enthält bereits die Kategorisierung des Inhabers als Flüchtling der Gruppe A. Die Einteilung in Gruppen wurde spätestens im Bundesvertriebenengesetz von 1953 definiert. Das Gesetz¹ beginnt mit der Erläuterung, wer als Vertriebener, als Heimatvertriebener oder Sowjetzonenflüchtling zu verstehen ist. In §§ 15-20 werden die Ausweisangelegenheiten geregelt. Danach erhielten Heimatvertriebene den Ausweis A, Vertriebene den Ausweis B und Sowjetzonenflüchtlinge, die nicht in Kategorie A oder B gehörten, den Ausweis C. Die Ausstellung der Ausweise erfolgte auf Antrag mit einem vorgegebenen Formular und durch die von den Dienststellen der Länder bestimmten Behörde. Über eine Ablehnung war eine Begründung zu verfassen.

Der Ausweisinhaber hat 1955 einen Antrag auf einen neuen Ausweis gestellt. Das Formular, das sich auf die Gesetzgebung vom 19. Mai 1953 bezieht, umfasste vier Seiten. Aus den Angaben geht hervor, dass der Niederschlesier mit 12 Jahren im Januar 1945 aus dem Bezirk Breslau geflohen und am 12. Februar in Hoya angekommen war. Einem weiteren Aktenvermerk ist zu entnehmen, dass dem Antrag stattgegeben wurde – der Ausweis wurde am 14. Februar 1958 (!) ausgestellt. Da der Ausweis von 1950 in die Akte aufgenommen wurde, laut Gesetz der „Ausweis [...] im Besitz des Inhabers [bleibt]“, wird dieser bei Ausstellung des neuen Ausweises eingezogen worden sein. Hinweis Nr. 12 im Formblatt umfasst die Auflistung von „Kinder[n] unter 16 Jahren, deren Eintragung in den Ausweis beantragt wird“. Daraus ist zu schließen, dass das 1950 ausgegebene Dokument der erste eigene Ausweis war, den der dann 17-Jährige erhalten hatte.

Die Umfanglichkeit des Antrags sowie die dort zu machenden Angaben zeigen außerdem, welche Parameter zu berücksichtigen waren und wie kompliziert sich das Verfahren gestalten konnte. So sind beispielsweise die jeweiligen Zugehörigkeiten zu deutschem oder polnischem Gebiet zu unterschiedlichen Zeiten zu berücksichtigen.

BM

7

Kreisarchiv Diepholz,
ohne Signatur
1950

© Landkreis Diepholz

¹ https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl153022.pdf%27%5D#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl153022.pdf%27%5D__1628408398158 (zuletzt abgerufen am 08.08.2021).

Bogen zur Erfassung und Zuteilung von Wohnraum

Der Oberkreisdirektor
 Kreiskreis der Hoya
 Hoya, den 4.6.1946

Erfassung

An
 Herrn / Frau / Fräulein
 XXXXXXXX
 Dinst. Formstellungskunde
 Reller-Badermann
 Anschrift:
 01266

Auf Grund der Art. IV, V, VI, VII & des Gesetzes Nr. 18 des Kontrollrats – Wohnungsgesetz – und der ersten Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz wird/werden nachstehend bezeichnete Wohnung/Wohnraum/Wohnräume erfasst.

Genauer Anschrift der erfassten Räume:
 01266

Zahl und Lage der Räume: 1 Raum rechts an der Diele mit Sonderbeleuchtung
 (Sonder-Verlegung des Stromschlüsselschalters in den Raum an der Wohnungswiederherstellung, Zonenbeheizung, Politischeinrichtung, Gasabrechnung)

Aufzählung/Anmerkungen.
 Die Wohnungsbefehle sind dem Mieter/Untermieter zuzusenden. Bis zu diesem Zeitpunkt können die Räume von ihnen bewohnt werden. Die Erfassung hat die Wirkung, daß ohne Zustimmung der Wohnungsbefehlsbehörde Änderungen über die erfassten Räume nicht und Veränderungen an Räumen oder Sachen, die die Unterbringung der notwendigen Personen betreffen, zulässig sind. Zuwahlungen gegen die Änderungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 RM oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Gegen diesen Bescheid ist die sofortige Beschwerde mit ausführlicher Begründung und möglichster Unterbreitung einer nachträglichen Wohnungsmiete zu der Wohnungsbefehlsbehörde, welche die Erfassung angeordnet hat, zulässig. Sie ist innerhalb von 3 Tagen nach Zugang dieses Bescheides bei der Kreis-Wohnungsbefehlsbehörde einzuzeigen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Für die Durchführung der Beschwerde wird eine Verwaltungsgebühr von 7 bis 100 RM erhoben.

Wer durch Naturereignisse oder andere unabweisbare Zufälle an der Einhaltung der Bescheidfrist gehindert werden kann, kann Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen. Der Antrag ist innerhalb von 3 Tagen nach Behebung des Hindernisses zu stellen.

Der Oberkreisdirektor
 i. V.
 (Dienstsiegel)

(Dienstsiegel)

W.H. 11/1939, 12/27, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946

Die Unterbringung von wohnungslos gewordenen Personen wurde vom Kontrollratsgesetz Nr. 18 geregelt.¹ Die Kontrollratsgesetze wurden zwischen 1945 und 1948 von den Alliierten erlassen, ihr Ziel war die „Überwindung von Nationalsozialismus und Militarismus in ganz Deutschland“.

Nr. 18, das Wohnungsgesetz, stammt vom 8. März 1946 und trat am 14. März in Kraft. Es beinhaltet die Ermächtigung zur Zuteilung von Wohnraum an Bedürftige ohne Zustimmung der Besitzer. „Wohnraum“ wurde von den Alliierten folgendermaßen definiert:

„Der Ausdruck ‚Wohnraum‘ umfaßt jeden Raum der gegen Witterungseinflüsse geschützt ist und über hinreichende Beleuchtung, Luft- und geregelte Wasserzufuhr verfügt und für welcher sanitäre Einrichtungen im notwendigen Ausmaß zugänglich sind. Er umfaßt nicht Badezimmer, Flure und Treppenhäuser, Küchen mit einem Flächenraum unter 10 Quadratmetern und die ersten 10 Quadratmeter größerer Küchen.“

Im Kreis Grafschaft Hoya² lag die Übernahme von Aufgaben in Wohnungsangelegenheiten ab Dezember 1945 beim auf Anweisung der Alliierten eingerichteten Kreiswohnungsamt. Wohnausschüsse besorgten über Erfassungsbögen die Erhebung vorhandener Räumlichkeiten sowie die Zuweisung von Mieterinnen und Mietern. Als Richtwert galt, dass Kinder bis 14 Jahre Anrecht auf 2 m², Erwachsene auf 4 m² pro Person hatten. Priorisiert wurde, um die Flüchtlinge und Vertriebenen möglichst schnell zu integrieren, eine private Unterbringung. Ab 1947 kam es im Kreis vermehrt zu Zwangsvollstreckungen aufgrund Weigerung zur Aufnahme.

BM

Der Oberkreisdirektor
 Kreiskreis der Hoya
 Hoya, den 4.6.1946

Zuteilung von Wohnraum

An
 Herrn / Frau / Fräulein
 Anschrift:
 01266

Die gemäß Verfügung vom 01266 erfassten Räume werden auf Grund Art. VIII 2 Wohnungsgesetz – des Gesetzes Nr. 18 des Kontrollrats – Herrn / Frau / Fräulein
 Anschrift:
 mit den nachstehend bezeichneten Familienangehörigen:

Ingenieur. Mit dem Zuweisungsbefehl / und seiner Befürs / ist unverzüglich, spätestens binnen 11 Tagen ein Mietvertrag / Untermietvertrag zu den vorstehenden Bedingungen abzuschließen. Die nachstehend bezeichneten Bedingungen sind Bestimmungen sind, auch wenn sie in dem Mietvertrag nicht aufgenommen werden. Bestandteil des Vertrages.

1. Das Mietverhältnis beginnt am
2. Das Mietverhältnis endet am

Das Mietverhältnis erlischt, wenn es vom Wohnungsamt widerrufen wird. Die auf besonderen gesetzlichen Vorschriften beruhenden außerordentlichen Kündigungs- bzw. Mietaufhebungsrechte des Vermieters oder Mieters bleiben unberührt.

Das Mietverhältnis läuft auf unbestimmte Zeit.

Die Vertragschließenden unterwerfen sich dem Mietrechtsstreitverfahren. Falls nach binnen 11 Tagen ein Vertrag zustande gekommen sein sollte, wird ein Zwangsverfahren gegen den Vermieter

Der Oberkreisdirektor
 i. V.
 (Dienstsiegel)

(Dienstsiegel)

W.H. 11/1939, 12/27, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946

¹ Hier und im Folgenden nach dem Kontrollratsgesetz unter www.verfassungen.de/de45-49/kr-gesetz18.htm (zuletzt abgerufen am 09.07.2021).

² Nach Ulrike Taenzer, Neuanfänge in den Landkreisen Grafschaft Hoya und Grafschaft Diepholz. Flüchtlinge und Vertriebene in der Nachkriegszeit, in: Ralf Vogeding (Hrsg.), Materialien zur Alltagsgeschichte, Hausforschung und Kultur im Landkreis Diepholz und benachbarten Regionen Band 4, Syke 2018, S. 34-62, hier S. 41-43.

Heimatortkartei



9

Traditionszimmer
Altburgund-Schubin
im Stadtarchiv Bergen,
N03, Nr. 19

© Stadtarchiv Bergen

Um die Suche nach Angehörigen zu organisieren, die durch Flucht, Vertreibung, Militärdienst und Kriegsgefangenschaft versprengt waren, etablierte sich der Kirchliche Suchdienst (KSD). Systematisch wurden hierfür Daten erhoben und auf personenbezogenen Karteikarten vermerkt. Der KSD hat diese Informationen im Lauf der Zeit auf aktuellem Stand gehalten, stellte seine Arbeit aber 2015 ein.

Der KSD war hierarchisch aufgebaut und wurde regional von sogenannten Meldeköpfen zusammengehalten.¹ War die Kartei zunächst nach dem Namensprinzip organisiert, wurde 1947 auf das Ortsprinzip umgestellt – so entstanden die eigentlichen Heimatortkarteien. Diese Umstrukturierung erfolgte tatsächlich nach einer Idee des Meldekopfes Hannover.

Die Aufgaben der Heimatortkarteien beschränkten sich nicht auf die Suche der Angehörigen.

Nachdem der Bund die Finanzierung des KSD übernommen hatte, wurden hier auch behördliche Auskünfte wie Arbeitsnachweise und Rentenfragen gemacht.

Parallel wurden solche Heimatortkarteien in den entsprechenden Kreisgemeinschaften gepflegt. In einem Rundschreiben² vom 2. Februar 1954 versandte der Niedersächsische Landkreistag die von der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände aufgestellten Richtlinien „für die Übernahme von Patenschaften über ostdeutsche Gemeinden und Landkreise“³ vom 14. Dezember 1953. Unter Punkt C.3.a wird explizit auf die „Führung von Heimatkarteien und Einrichtung von Auskunftstellen“ verwiesen.

BM

¹ Zur Arbeits- und Organisationsweise des KSD vgl. den Vortrag von Nadine Eckert, Die Geschichte des Kirchlichen Suchdienstes und ihr Abbild im Bundesarchiv vom 10.05.2017, online abrufbar unter https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Aufsaeetze/suchdienste-p1-eckert.pdf?__blob=publicationFile (zuletzt abgerufen am: 30.04.2021).

² Landkreis Verden, FD40, Az. 30/331-10/0.

³ Ebd.



„Es ist das erste Mal in der Bundesrepublik Deutschland, dass eine Patenschaft und eine Partnerschaft – gleich einem magischen Dreieck – zusammentreffen. Wir hoffen, dass dies ein echter Beitrag für Verständigung und Frieden ist.“

(Hajo Hoffmann, 1990)

Abb. 1

Die von Deutschen und Polen wiederaufgebaute Kirche in Marienfelde, ehemals Kreis Osterode in Ostpreußen, heute Glaznoty in der Woiwodschaft Ermland-Masuren

Patenschaften

Mit der Übernahme von Patenschaften über Bewohnerinnen und Bewohner ehemals ostdeutscher Orte versuchten westdeutsche Bundesländer und Kommunen den Flüchtlingen und Vertriebenen eine ideelle Heimat zu geben und den Prozess ihrer Eingliederung zu fördern.¹ Vertriebenenverbänden diente das west-ostdeutsche Patenschaftswesen zunächst als Mittel zur erhofften Rückkehr in die verlorenen Gebiete jenseits von Oder und Neiße. Im Zuge der Neuen Ostpolitik unter Willy Brandt kam es zu einer Öffnung gegenüber den östlichen Nachbarn, durch die vertragliche Vereinbarungen über Städtepartnerschaften möglich wurden. Die erste Städtepartnerschaft wurde 1975 zwischen Bremen und Gdansk geschlossen. Nachdem die Mehrheit der Vertriebenenverbände in den osteuropäischen Partnerschaften zunächst eine Konkurrenz zu den west-ostdeutschen Patenschaften gesehen hatte, wirkten deutsche Flüchtlinge und Vertriebene seit dem Ende des Eisernen Vorhanges in vielen Fällen an einer Erweiterung ihres Patenschaftsverhältnisses zu einer Partnerschaft mit.

Goslar – Brieg – Brzeg

Goslar machte in Niedersachsen den Anfang und war auch bundesweit Vorreiter in der Patenschaftsbewegung. Die Initiative ging auf die Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem niederschlesischen Brieg zurück, die für ihre 700-Jahrfeier einen Austragungsort suchten und ihn 1950 in Goslar fanden. Im Rahmen der Feierlichkeiten bot die Stadt die Patenschaft an, die 1951 urkundlich verbrieft wurde. Anlässlich des Jubiläumsjahres 2000 wurde die Patenschaft, auch auf Initiative des Vorstandes der Bundesvereinigung der Brieger e. V., durch eine Partnerschaft mit Brzeg erweitert.² 2012 löste sich die Bundesvereinigung der Brieger auf.

Bergen – „Altburgund-Schubin“

In Bergen fanden 1954 erstmals Treffen der Heimatkreisvereinigung Altburgund-Schubin statt. Der Kreis Schubin hatte von 1815 bis 1919 zur preußischen Provinz Posen gehört. Nach dem Versailler Vertrag fiel er an das wiedergegründete Polen. Die Nationalsozialisten schlossen den Kreis 1939 völkerrechtswidrig an das Deutsche Reich an. 1940/42 erhielt er im Zuge einer Umbenennungskampagne zur Germanisierung der wiedergewonnenen Ge-

bierte die Bezeichnung „Altburgund“. „Die neuen Ortsnamen wurden von den alteingesessenen Deutschen teilweise abgelehnt, teilweise aber auch akzeptiert, wie ihr Weiterleben in einigen Heimatkreisen zeigt.“³

1956 übernahm die damalige Gemeinde Bergen die Patenschaft für den gesamten Kreis. Im Wortlaut der Urkunde heißt es: „Die Gemeinde Bergen übernimmt zum Zeichen der Verbundenheit mit ihren Brüdern und Schwestern aus dem deutschen Osten die Patenschaft über den Kreis Altburgund-Schubin. Diese Urkunde möge euch Zuversicht geben und soll uns ständige Verpflichtung sein.“⁴ Auffällig ist hier, dass die nationalsozialistische Bezeichnung des Kreises unhinterfragt übernommen wurde und später auch für die in Bergen eingerichtete Heimatstube, das „Traditionszimmer Altburgund-Schubin“, verwendet wurde.

Im Jahr 2005 löste sich die Heimatkreisvereinigung auf. Ihr Eigentum ist an die Stadt Bergen, der Bestand der Heimatstube 2019 an das Stadtarchiv übergeben worden. Auch nach der Auflösung des Heimatkreisvereins fanden noch vereinzelt Heimattreffen in Bergen statt, etwa im Jahr 2008.

1999 ging die Stadt Bergen eine Partnerschaft mit der polnischen Stadt Szrem bei Posen ein, die unabhängig von der bestehenden Patenschaft mit Altburgund-Schubin zustande kam.⁵

Springe – Militsch-Trachenberg – Milicz

1957 übernahm der Landkreis Springe die Patenschaft für den ehemals niederschlesischen Kreis Militsch (auch Militsch-Trachenberg genannt). Seitdem finden alle zwei Jahre Heimattreffen in Springe statt. Im Zuge der Kreisgebietsreform 1974 verlor Springe seine Selbständigkeit und wurde an den Landkreis Hannover angegliedert. In diesem Rahmen ging die Patenschaft für Militsch-Trachenberg auf den Landkreis Hannover über, der 2001 in der Region Hannover aufgegangen ist. Die Region Hannover kündigte aus Kostengründen im Jahr 2009 ihre west-ostdeutschen Patenschaftsverhältnisse. Die Heimattreffen finden unverändert in Springe statt.⁶

Abb. 2

Patenschaftsurkunde
der Stadt Goslar,
1951

© Museumsverein
Goslar e. V.



Private Kontakte ehemaliger Schüler aus der Ostlandschule in Militsch führten 1994 zur ersten Schulpartnerschaft zwischen dem Otto-Hahn-Gymnasium in Springe und dem Liceum in Milicz.⁷ Ein Schulaustausch findet seit 1995 regelmäßig statt. Die Begehung verschiedener Jubiläen im heutigen Milicz und Zmigrod sowie der Heimatkreisgemeinschaft in Springe gaben Anlass zur Intensivierung der deutsch-polnischen Kontakte. Am 9. Juni 2021 unterzeichneten die Bürgermeister von Springe und Milicz per Live-Übertragung die Urkunde zur Städtepartnerschaft.⁸

Osterode am Harz – Osterode in Ostpreußen – Ostróda

1952 übernahm die Stadt Osterode am Harz die Patenschaft für Osterode in Ostpreußen. Ausschlaggebend war dafür u. a. die Namensgleichheit, die auf historische Bezüge verweist. So stammte der Gründer von Osterode in Ostpreußen, Hochmeister Luther von Braunschweig, aus der Landschaft Osterode am Harz.⁹ 1953 übernahm der Landkreis Osterode die Patenschaft für den ehemaligen Kreis Osterode in Ostpreußen. Die Initiative zur Kontaktaufnahme mit den heutigen Bewohnerinnen und

Bewohnern des polnischen Ostróda ging von der Kreisgemeinschaft Osterode / Ostpreußen aus. Vertretungen von Kreisgemeinschaft und Stadt Osterode reisten 1988 gemeinsam nach Ostróda. 1994 wurde die Städtepartnerschaft zwischen Osterode am Harz und Ostróda feierlich besiegelt. Der damalige Osteroder Bürgermeister Wolfgang Denedde formulierte die Ziele der Städtepartnerschaft: „Wir wollen, dass sich Freundschaften entwickeln, weil wir überzeugt sind, dass das Vertrauen der Menschen zueinander, dass Freundschaften, auch unter Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, der beste Garant für die Unverletzlichkeit der Menschenrechte sind“¹⁰. 2001 ging auch der Landkreis Osterode eine Partnerschaft mit dem Kreis Ostróda ein.

Northeim – Neustadt in Oberschlesien – Prudnik

Die Stadt Northeim übernahm 1952 eine Patenschaft für die Flüchtlinge und Vertriebenen aus der Stadt und dem Kreis Neustadt in Oberschlesien. 1978 sprach sich der damalige Superintendent Karl-Hans Schnell anlässlich des Volkstrauertages für eine offizielle Städtepartnerschaft zwischen Northeim und dem polnischen Prudnik aus. Schnell reiste 1983 mit jungen, evangelischen Christen im Rahmen der Aktion „Sühnezeichen“ nach Prudnik und gewann den damaligen polnischen Bürgermeister für die Idee. Im Oktober desselben Jahres bekundete der Rat der Stadt Northeim erstmals seinen Willen zum Eingehen einer Partnerschaft mit einer osteuropäischen Stadt, die jedoch nicht umgesetzt wurde. Erst durch das Engagement des polnischen Bischofs Nossol anlässlich seines Besuchs in Northeim 1988 kam wieder Bewegung in die Initiative. Die Stadt Northeim trat daraufhin in Verhandlungen

mit der Bundesheimatgruppe Neustadt / OS. Die Bundesheimatgruppe wollte der Vereinbarung nur zustimmen, wenn davon das Patenschaftsverhältnis unberührt bliebe.

1990 wurde eine Rahmenvereinbarung zwischen Northeim und Prudnik unterzeichnet. Die polnische Regierung stimmte zum ersten Mal einem Partnerschaftsabkommen einer polnischen Stadt zu, über deren deutsche Einwohnerschaft die westdeutsche Kommune noch eine Patenschaft aufrechterhielt. Der Vorsitzende der Bundesheimatgruppe Hajo Hoffmann äußerte sich dazu: „Es ist das erste Mal in der Bundesrepublik Deutschland, dass eine Patenschaft und eine Partnerschaft – gleich einem magischen Dreieck – zusammentreffen. Wir hoffen, dass dies ein echter Beitrag für Verständigung und Frieden ist.“¹¹

Hannover – Löwenberg

1954 übernahm der Landkreis Hannover eine Patenschaft für den ehemals niederschlesischen Kreis Löwenberg. Die Kommunikation lief zunächst über Heimatkreisvertrauensleute. Erst 1970 gründete sich der Heimatbund Kreis Löwenberg e. V. in Hannover. Das 50-jährige Jubiläum im Jahr 2004 wurde groß gefeiert.¹² Im Jahr 2009 löste die Region Hannover alle ihre bestehenden west-ostdeutschen Patenschaftsverhältnisse auf. Eine Städtepartnerschaft zwischen Lwówek Śląski und Ronnenberg, wo sich aktuell die Löwenberger Heimatstube befindet, scheiterte daran, dass Ronnenberg bereits eine Partnerschaft mit der polnischen Stadt Swarzedz eingegangen war.

NR

¹ Vgl. zu diesem Kapitel auch den Beitrag „Von den west-ostdeutschen Patenschaften zu europäischen Partnerschaften“ im vorliegenden Band.

² <https://www.goslar.de/stadt-buerger/stadt-stadtteile/partnerstaedte-patenschaften> (zuletzt abgerufen am 06.07.2021).

³ Stefan Dyroff, Ortsnamen im Gebiet der Provinz Posen. Zwischen Tradition, Fremdheitsgefühl und Nationalisierung, in: Peter Oliver Loew / Christian Pletzing / Thomas Serrier (Hrsg.), Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts 22), Wiesbaden 2006, S. 278-297, hier S. 297.

⁴ Stadtarchiv Bergen, N03, Nr. 79.

⁵ <https://www.stadt-bergen.de/portal/seiten/partnerstaedte-900000192-29501.html> (zuletzt abgerufen am 06.07.2021).

⁶ <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Politische-Gremien/Europa/St%C3%A4dtepartnerschaften/Springe> (zuletzt abgerufen am 06.07.2021).

⁷ <http://www.militsch-trachenberg.info/Rueckblick/> (zuletzt abgerufen am 08.07.2021).

⁸ <https://www.springe.de/portal/meldungen/urkundenunterzeichnung-der-staedtepartnerschaft-mit-milicz-900001060-24600.html?rubrik=900000001> (zuletzt abgerufen am 06.07.2021).

⁹ Walter Bauer, Osterode am Harz – Osterode in Ostpreußen, in: Das Ostpreußenblatt 20 (1952), S. 8. Vgl. auch Cornelia Eisler, Verwaltete Erinnerung – symbolische Politik. Die Heimatsammlungen der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 57), München 2015, S. 208 / 209.

¹⁰ <https://www.osterode.de/portal/seiten/20-jahre-staedtepartnerschaft-osterode-am-harz-ost-da-polen-912000382-21351.html> (zuletzt abgerufen am 08.07.2021).

¹¹ <https://www.northeim.de/rat-verwaltung/partnerstaedte/prudnik.html> (zuletzt abgerufen am 08.07.2021).

¹² Eckhard Scholz, Löwenberg in Ronnenberg. Heimatstube vom Heimatbund Kreis Löwenberg e. V., in: Barbara Magen (Hrsg.), Heimaterinnerungen nach dem Zweiten Weltkrieg (Schriftenreihe des Museumsverbandes Niedersachsen und Bremen e. V., Bd. 4), Hannover 2019, S. 52-54, hier S. 52.

Urkunde „30 Jahre Heimatkreis Altburgund-Schubin in der Patenschaft der Stadt Bergen“



Aus den von Käthe und Erich Zempel organisierten Zusammenkünften der ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner von Exin gründete sich 1954 die Heimatkreisvereinigung Altburgund-Schubin mit dem Anspruch, alle Kreisangehörigen zu vertreten. Erstmals 1954 fanden Heimattreffen in Bergen statt.

Am 22. Januar 1956 übernahm Bergen die Patenschaft für den Kreis Altburgund-Schubin. Als Zeichen der patenschaftlichen Verbundenheit waren bis 1962 im Treppenaufgang des Rathauses in Bergen Erinnerungen und Fotos aus dem Kreis Altburgund-Schubin aufgehängt. Mit dem Bau der nach dem letzten Landrat Eugen Naumann benannten Grundschule wurde dort 1969 das Traditionszimmer Altburgund-Schubin eingerichtet. Das Traditionszimmer fungierte als Sammlungs- und Versammlungsort des Heimatkreises.

Am 30. Juni und 1. Juli 1984 fand das 30. Treffen des Heimatkreises Altburgund-Schubin in Bergen statt. Aus diesem Anlass überreichte der Bezirksvorsitzende der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) Fölske eine Urkunde zur Erinnerung an die Gründung des Heimatkreises Altburgund-Schubin. Auf der Urkunde finden sich die Wappen der LWW, des Heimatkreises Altburgund-Schubin und der Stadt Bergen. Im Text wird an die schwierige Anfangszeit im Westen nach Flucht und Vertreibung erinnert: „In einer Zeit bedrückender Ungewissheit und seelischer Not haben Frauen und Männer aus dem Kreis Schubin ihre Landsleute aufgerufen in Landsmannschaftlichem Zusammenschluß Selbstwertgefühl und Zuversicht für einen Neubeginn zu finden.“ Namentlich werden Käthe Zempel, Erich Zempel und Konrad Mensing genannt und für ihr Engagement, das den Grundstein für die Gründung der Heimatkreisgemeinschaft bildete, gewürdigt.

10

Traditionszimmer
Altburgund-Schubin
im Stadtarchiv Bergen,
N 03, Nr. 78,
1984

© Stadtarchiv Bergen

NR

Urkundenschrein der Patenschaft Militsch-Trachenberg – Springe



11

Heimatstube
der Heimatkreis-
gemeinschaft
Militsch-Trachenberg
im Museum Springe,
D 20,
hergestellt in Springe,
1957

© Heimatkreis-
gemeinschaft Militsch-
Trachenberg e. V.,
Foto: Regina Walter

Der Schrein verwahrt in einer beidseitig aufklappbaren Holztruhe die Patenschaftsurkunde und zeigt rechts und links auf den Innenseiten der Türen Fotos von Persönlichkeiten aus dem Kreis Springe und dem ehemaligen schlesischen Landkreis Militsch. Der Landkreis Springe übernahm am 17. Juni 1957 die Patenschaft für den Kreis Militsch-Trachenberg. Die Urkunde wurde von Landrat Walter Lichtenberg (Foto links oben) und von Oberkreisdirektor Fritz Jahn (Foto links unten) ausgestellt. Rechts der Urkunde findet sich oben das Foto von Hans Friedrich Le Tanneux von Saint Paul. Er war Erster Vorsitzender der Heimatkreisgemeinschaft Militsch-Trachenberg und von 1933 bis 1945 der letzte Landrat im schlesischen Landkreis Militsch gewesen. Darunter findet sich das Foto von Fritz

Vetter, einem Vertriebenenpolitiker, der damals Beigeordneter des Rates der Stadt Springe war.¹

Der Schrein wurde von dem in Springe lebenden schlesischen Bildhauer Helmut Benna angefertigt und war als Wandertruhe gedacht.

Den Urkundenschrein erhielt Hans Friedrich Le Tanneux von Saint Paul zu seinem 60. Geburtstag im September 1957 als Geschenk. Er wurde im selben Jahr noch auf dem Heimattreffen in Stuttgart gezeigt sowie später an weiteren Orten. Seit der Eröffnung der Heimatstube in Springe im Jahr 1967 gehört er dort zu den permanenten Ausstellungsstücken.

NR

¹ Fritz Vetter war als Mitglied des Gesamtdeutschen Blocks / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten von 1955 bis 1963 Mitglied des niedersächsischen Landtags. Zuvor war er seit April 1934 Verlagsdirektor der Pommerschen Reichspost und Verlags GmbH Stettin. Seit 1933 SA-Mitglied trat er 1937 in die NSDAP ein. Im Entnazifizierungsverfahren gab er an, dass er keinen Parteaufnahmeantrag gestellt habe, was von der Forschung widerlegt wurde. Stephan A. Glienke, Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, herausgegeben vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Hannover 2012, S. 103.

Glasanhänger 15 Jahre Partnerschaft



12

Heimatstube
Osterode / Ost-
preußen in
Osterode am Harz,
036 (neue Numme-
rierung),
aus Ostróda,
2009

© Heimatstube
Osterode, Foto:
Wolfgang Böttner

Anlässlich des 15-jährigen Jubiläums der Partner-
schaft zwischen Ostróda und Osterode am Harz
schenkte die Stadtverwaltung von Ostróda der
Kreiskommune Osterode / Ostpreußen (KGO)
diesen Glasanhänger. Er zeigt die Wappen der
Städte Ostróda und Osterode am Harz. Das Wappen
Ostródas zeigt einen Ritter zu Pferde, der einen
Drachen tötet. Das Wappen der Stadt Osterode
am Harz zeigt einen Löwen unter zwei Türmen und
einem Nagelkreuz. Überreicht wurde der Glasan-
hänger wahrscheinlich vom damaligen Bürgermeister
Jan Nosewicz an den damaligen Vorsitzenden der
Kreiskommune Dieter Gasser. Außerdem nah-
men von deutscher Seite auch Walter Westphal und
der damalige Bürgermeister von Osterode am Harz,
Klaus Becker, an den Feierlichkeiten teil. Im Jahr
2009 wurden in Ostróda drei Ereignisse feierlich
begangen: 680 Jahre Ostróda, 100 Jahre evangeli-
sche Stadtkirche und 15 Jahre Städtepartnerschaft
zwischen Osterode am Harz und Ostróda.

NR

Werbestempel 40 Jahre Partnerschaft



13

Heimatstube
Osterode / Ost-
preußen in
Osterode am Harz,
Entwürfe:
Walter Westphal,
1992

© Heimatstube
Osterode, Foto:
Wolfgang Böttner

Anlässlich des 40. Jubiläums der Partnerschaft Oste-
rode / Ostpr. und Osterode am Harz entwarf Walter
Westphal zwei unterschiedliche Werbestempel.

Westphal, am 13. November 1913 im ostpreußischen
Osterode geboren, hatte in den 1930er Jahren eine
Ausbildung bei der Verlagsgesellschaft Osterode
gemacht, deren Anzeigen- und Vertriebsleiter er
dann wurde. Nach seinem Wehrdienst wechselte er
als stellvertretender Verlagsleiter zur Ortelsburger
Zeitung. Nach Krieg und Gefangenschaft erreichte
er Övelgönne, seine Frau und seine Kinder waren
im schleswig-holsteinischen Eckernförde, wo West-
phal dann zunächst in der Landwirtschaft, im Tief-
bau und als Kraftfahrer tätig war. 1953 erhielt er eine
Anstellung an der Kreisberufsschule Oldenburg, ein
Jahr später als Fachschuloberlehrer in Eutin. Für die
Kreiskommune Osterode baute er die Heimat-
stube in Osterode am Harz auf.

BM

Bilderstrecke Kirche Marienfelde



1940 Kirche in Marienfelde Kreis Osterode



1942 Der letzte Pfarrer der Kirchengemeinde war Fritz Kollhoff. (von 1938 – 1945) Er wird mit dem Pferdewagen zu einer Amtshandlung abgeholt.



1991 Die Kirche zerfällt immer mehr.



Zwei aus dem Schutt gerettete Orgelpfeifen

Die Bilderstrecke zur Kirche in Marienfelde (heute: Glaznoty) stammt von Renate Bechtoldt, die sie der Kreisgemeinschaft Osterode / Ostpreußen im Juli 2015 mit zwei Orgelpfeifen zum Geschenk machte. Renate Bechtoldt ist die Tochter von Fritz Kollhoff, der von 1939 bis 1945 der letzte deutsche Pfarrer der evangelischen Kirche in Marienfelde war. Ihre Mutter begleitete ihn bei den Gottesdiensten an der mit Balgtretern spielbaren Orgel. Die Orgel war 1888 in der Marienfelder Kirche neu eingesetzt worden.

Die Marienfelder Kirche ist eine der ältesten Kirchen im Kreis Osterode. Sie wurde 1386 / 87 errichtet und anfangs als katholisches, später als evangelisches Gotteshaus genutzt. Im Jahr 1982 zerstörte ein herabstürzender Baum das Dach der Kirche. In den folgenden Jahren verfiel das Gotteshaus zunehmend zu einer Ruine.

Dieter Gasser, der ehemalige Schatzmeister und Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Osterode / Ostpreußen, machte es sich zur Aufgabe, die Kirche seines Heimatkreises wieder aufzubauen. Mit finanziellen Mitteln der Kreisgemeinschaft, der Deutschen Gesellschaft „Tannen“ in Ostróda und des Dachverbandes gelang es, die Materialkosten zu bezahlen. Die Arbeitskraft wurde von den Bewohnern des Obdachlosenheims „Markot“ unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Sie begannen im Jahr 2000 mit der Bergung der Überreste und 2002 mit dem Wiederaufbau der Kirche. 2004 konnte die Kirche mit einem ökumenischen Gottesdienst neu eingeweiht werden.¹ Als Gasser am 5. Januar 2020 starb, wurden anlässlich seines Begräbnisses noch einmal knapp 2.000 Euro gesammelt, die während eines Trauergottesdienstes in Marienfelde den polnischen Partnern übergeben wurden. Die wiederaufgebaute Kirche ist somit ein Beispiel für gelebte deutsch-polnische Partnerschaft.

NR

14

Heimatstube Osterode / Ostpreußen in Osterode am Harz, o. Nr., Collage von Renate Bechtoldt, Juli 2015

© Heimatstube Osterode

¹ Edgar Steiner, Marienfelder Kirche 2004 neu eingeweiht, in: Osteroder Zeitung 134 (2020), S. 80-83.

Diorama „Weihnachtsmarkt in Neustadt / Oberschlesien 19. Jahrhundert“



Das Diorama, das den Neustädter Weihnachtsmarkt im 19. Jahrhundert darstellt, wurde von dem ober-schlesischen Schriftsetzer und Grafiker Hubertus Heinisch als Objekt der Erinnerungskultur geschaffen. Es zeigt das Neustädter Rathaus und das Weihnachtsmarkttreiben im 19. Jahrhundert. Das Rathaus mit dem 63 Meter hohen Turm im klassizistischen Stil dominiert auch heute noch das Ortsbild des inzwischen polnischen Prudnik. Von den im Diorama abgebildeten Häusern steht heute nur das unmittelbar rechts ans Rathaus angrenzende Gebäude mit Torbogen.

Hubertus Heinisch, geboren am 5. Januar 1920 in Neustadt / OS, absolvierte nach dem Besuch des Gymnasiums und der Handelsschule zunächst eine Lehre als Schriftsetzer. Nach Stationen bei der Kriegsmarine und beim Deutschen Marine-Räumdienst gelangte er ins nordrhein-westfälische Hohenlimburg, das heute ein Stadtteil von Hagen ist. Dort baute er sich mit einer Druckerei und Buchbinderei eine neue Existenz auf. Er illustrierte mehrere Zeitschriften und schuf Grafiken für den „Neustädter Heimatbrief“. Heinisch starb am 10. August 1994 in Hagen.

Der Weihnachtsmarkt in Neustadt steht sinnbildlich für die deutschen Weihnachtsbräuche. Diese verbinden Prudnik mit der Stadt Northeim. 1952 übernahm Northeim als Zeichen der Verbundenheit mit den Flüchtlingen und Vertriebenen eine Patenschaft für das ober-schlesische Neustadt. Seit 1956 richtet Northeim an Pfingsten das Bundestreffen der Neustädter aus. 1990 wurde zwischen Northeim und Prudnik eine Städtepartnerschaft geschlossen, an der die Neustädter ebenfalls mitwirken. Das Interesse der polnischen Seite an der deutschen Kultur ihrer Stadt ist groß. So bietet das Prudniker Museum zahlreiche museumspädagogische Angebote zur Vermittlung der deutschen Zeit und Kultur an, wie etwa den Workshop „Weihnachtstraditionen und Weihnachtsbräuche im Neustädter Land“.¹ Polnische Kunsthandwerker präsentieren, dem deutschen Weihnachtsbrauch folgend, ihre Kunstwerke auf dem Weihnachtsmarkt in Northeim.

NR

15

Neustädter Heimatstube im Heimatmuseum der Stadt Northeim (Leihgabe der Historischen Kommission für den Kreis Neustadt / Oberschlesien e. V.), o. Nr., Hubertus Heinisch, 1978 / 1979

© Stadt Northeim, Foto: Stefan Teuber

¹ <http://muzeumprudnik.pl/muzeum-tresc-13-museumsunterricht.html> (zuletzt abgerufen am 26.02.2021).

Achate aus Lwówek Śląski

16

Löwenberger Heimatstube in Ronnenberg/Empelde, o. Nr., aus Lwówek Śląski, 2017

© Löwenberger Heimatstube,
Foto: Michael Siebert



Die erste urkundliche Erwähnung Löwenbergs (heute: Lwówek Śląski) geht auf das Jahr 1207 zurück – die Stadt ist somit die zweitälteste, die deutschem Recht unterstand. Sie liegt in unmittelbarer Nähe des Bober-Katzbach-Gebirges (heute: Góry Kaczawskie), einem Ausläufer des Riesengebirges. Neben mannigfachen Hart- und Sedimentgesteinen gibt es dort auch eines der umfangreichsten Achatvorkommen in Europa.

Etwas in den 1990er Jahren wurde in Lwówek Śląski der jährlich stattfindende Achatsommer, eine internationale Mineralienbörse, ins Leben gerufen. Die Bezeichnung zeigt deutlich die Bedeutung des Minerals für die Region.

Für die 800-Jahrfeier der Stadt, die 2017 begangen wurde, lieh die Löwenberger Heimatstube zahlreiche Exponate nach Lwówek Śląski aus, wo im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten im Rathaus eine Ausstellung zur Stadtgeschichte gezeigt wurde. Als Dank für die Leihgaben und die Kooperation überreichten die Organisatoren dem Heimatbund Kreis Löwenberg diese Achate.

BM



„Die Lage wird immer schwieriger. In jeder Woche sind fünf bis zehn Sühnetermine, meist zwischen Alt- und Neubürgern wegen Beleidigung, Beschimpfung und oft auch tätlichen Angriffen von der einen oder anderen Seite.“

(Stadtdirektor aus Vechta, 1947)



Abb. 1
Unterkunft im Flüchtlingslager Harkenbleck bei Hannover

Zusammenleben

Hinrich Wilhelm Kopf, erster Ministerpräsident des 1946 gegründeten Landes Niedersachsen, rief bereits kurz nach Kriegsende zur Solidarität mit den Flüchtlingen und Vertriebenen auf: „Es ist Menschen- und Christenpflicht, für den bedauernswerten Mitmenschen zu sorgen.“¹ Im Oktober 1945 appellierte Oberst Hume von der britischen Militärregierung an im Rathaus von Hannover anwesende Landräte: „Hier in Niedersachsen haben Sie seit Jahrhunderten den Ruf, konservativ und misstrauisch gegenüber Fremden zu sein. Überwinden Sie dieses Misstrauen. Sie und wir alle müssen jetzt unser Bestes tun, die Flüchtlinge als nützliche Mitglieder einer Gemeinschaft anzusehen. Die Arbeit der Flüchtlinge sollte für den Aufbau einer besseren Zukunft Deutschlands willkommen sein.“²

Prekäre Unterbringung

Das spätere Land Niedersachsen schien auf den ersten Blick aufgrund seiner geringen Bevölkerungsdichte als besonders geeignet für die Aufnahme von Flüchtlingen. Beim zweiten Blick zeigte sich aber, dass die Aufnahmekapazität aufgrund zahlreicher Kriegszerstörungen doch nicht so hoch war. Dazu kam, dass in vielen ländlichen Regionen bereits Ausgebombte untergebracht waren. Es fehlten in Niedersachsen 600.000 Wohnungen (Wohnraumfehlbedarf).³ Der Fehlbedarf konnte bis 1964 auf etwa 40.000 gesenkt werden.

Nachdem schon in der NS-Zeit Wohnraum zwangsbewirtschaftet worden war, wurden die Regelungen unter dem Zuzug der Flüchtlinge verschärft. Eine Verordnung vom 30. März 1945 hatte bereits verfügt, dass zwei Erwachsenen mit bis zu vier Kindern nur noch 22 qm Wohnraum zustehe.⁴ Am 28. September 1945 übernahm die deutsche Stadtverwaltung in Hannover die Wohnraumbewirtschaftung von den Briten. Zeitweise galt eine strikte Zuzugssperre in die zerstörte Stadt. Wer trotzdem kam, erhielt keine Lebensmittelkarten.

In Braunschweig eröffnete die Militärregierung Oberbürgermeister Böhme im August 1946, dass die Stadt zu den 11.000 Flüchtlingen noch weitere 60.000 unterbringen müsse. Dies sollte darüber erreicht werden, dass sich zwei Personen 8 qm teilten.⁵ Insgesamt waren die östlichen Teile

Niedersachsens, die Regierungsbezirke Braunschweig, Lüneburg, Hannover, Hildesheim und Göttingen, stärker betroffen als die westlichen Regionen, da die Menschen von Osten anreisten und zunächst auch davon ausgingen, nach Kriegsende wieder in ihre Heimatgebiete zurückkehren zu können. Bereits im November 1945 machten Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene in der Stadt Wolfenbüttel 34 % der Wohnbevölkerung aus.

Lager

Nachdem das Land Braunschweig durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen im Sommer und Herbst 1945 keine weiteren Menschen mehr aufnehmen konnte, ordnete die Militärregierung an, Durchgangslager einzurichten. Diese entstanden in Mariental und Alvesdorf im Landkreis Helmstedt.

Darüber hinaus wurden Lager und Baracken, in denen während des Nationalsozialismus KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter untergebracht waren, auch zur Unterbringung genutzt. Moralische Bedenken dagegen gab es nicht. In die Wolfsburger Lager und Baracken rückten spätestens seit Mitte des Jahres 1946 Flüchtlinge und Vertriebene an die Stelle von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sowie Displaced Persons. „Aus Sicht der zuständigen Kommunalpolitiker, aber auch übergeordneter Regierungsstellen begannen sich die Lager zunehmend zu gefährlichen politischen Unruheherden zu entwickeln.“⁶ In Wolfsburg schlug sich die politische Unruhe 1948 in einem fulminanten Wahlsieg der rechtsextremistischen „Deutsche Rechts-Partei“ nieder.

Für ihre Reportage „Westdeutschlands Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem“ reiste die Baseler Journalistin Ré Soupault im September 1950 durch die Bundesrepublik. Sie konstatierte insbesondere in Bezug auf die Situation der Kinder: „Niemand macht sich eine Vorstellung von dem, was diesen Kindern allein in moralischer Beziehung angetan wird. In den Tiefbunkern der Großstädte sah ich Kinder und schwangere Frauen, Menschen, die dort seit Jahren ohne Licht und Luft hausen. In den Augen dieser Menschen ist jeder Hoffnungsschimmer erloschen.“⁷ Soupault zählte 580 Massenzimmer in Westdeutschland und führte die prekäre Wohnsituation

auf die durch alliierte Flächenbombardements zerstörten achteinhalb Millionen Wohnräume zurück.

Obwohl die Situation in Lagern oder Bunkern besonders schlimm war, weigerten sich manche Flüchtlingsfamilien, diese zu verlassen und in Privatunterkünfte zu ziehen. Teils aus finanziellen Gründen – in Seelze bezahlte eine kinderreiche Familie nach der Währungsreform nur 10 DM für eine Barackenwohnung, aber mehr als 30 DM als Untermieter in einem Privathaus –, teils, weil sie nicht bei fremden Leuten einquartiert werden wollten.⁸

Zwangseinquartierungen

Der „Flüchtlingspfarrer“ und spätere niedersächsische Vertriebenenminister Heinrich Albertz beschrieb nicht ohne Bitterkeit, wie Bauern ihre „gute Stube“ leer stehen ließen, während nebenan Flüchtlinge in Elendsquartieren dahinvegetierten.⁹ In Damme wehrte sich die Bevölkerung hartnäckig und erfolgreich gegen die Aufnahme der zugewiesenen Flüchtlinge und Vertriebenen. Dies war aber ein Einzelfall, denn auch die britischen Besatzer drohten mit Zwangsmaßnahmen. So geschehen im Landkreis Ammerland: „Sollte es ein ungerechtfertigtes Sträuben seitens eines Haushaltes geben, der die von ihm geforderte Mitarbeit in dieser Angelegenheit in unverantwortlicher Weise von sich weist, dann wird die Militärregierung die nötigen Schritte unternehmen, um den Hauseigentümer aus seinem Haus herauszusetzen. Er wird dann ohne Zweifel besser in der Lage sein, die Gefühle der Flüchtlinge, die alles verloren haben, besser zu verstehen.“¹⁰

Die Zwangseinquartierung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Wohnungen der Einheimischen barg das größte Konfliktpotential und ging oft mit einer betonten Distanz einher. Helmut Schulz, der mit seiner Familie bei einem Ehepaar in Hannover einquartiert wurde, erinnert sich, dass es für die Küchen- und Toilettenbenutzung strenge Regeln gab.¹¹

Ende des Jahres 1947 kam es in Vechta zu einem Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen Alt- und Neubürgern. Der Stadtdirektor berichtete von einer immer schwieriger werdenden Lage: „In jeder Woche sind fünf bis zehn Sühnetermine, meist zwischen Alt- und Neubürgerschaft wegen Beleidigung, Beschimpfung und oft auch tätlichen Angriffen von der einen oder anderen Seite.“¹²

Ob Flüchtlinge und Vertriebene eher freundlich oder ablehnend aufgenommen wurden, hing auch vom Zeitpunkt ihrer Ankunft ab. Die früher Eintreffenden erfuhren eher Unterstützung als jene, die erst später kamen.¹³ Ersteres traf etwa auf George Turner zu, der Ende Februar 1945 zu den ersten Flüchtlingen gehörte, die in Ebstorf eintrafen.¹⁴

Die wandelnde Haltung lässt sich auch an der Spendenbereitschaft im Land Braunschweig ablesen: Brachten die Sammelaktionen für die Flüchtlinge im Winter 1945/46 monatlich noch etwa 200.000 Reichsmark ein, halbierte sich die Zahl bereits im Sommer 1946. 1947 kamen nur noch 50.000 Reichsmark zusammen, nach der Währungsreform nur noch 7.000 DM.¹⁵

Vorurteile und Stigmatisierungen

Flüchtlinge und Vertriebene wurden von den Einheimischen oft ausgegrenzt und beschimpft. Beliebte war der Spruch „Die Kartoffelkäfer und die Flüchtlinge werden wir nicht wieder los.“ – Flüchtlinge wurden also mit Ungeziefer gleichgesetzt. Die Begriffe „Flüchtlingspest“ und „Flüchtlingsflut“ verweisen ebenfalls auf den krankhaften, epidemischen sowie invasiven Charakter, der dem Zuzug von Flüchtlingen zugeschrieben wurde. Die Beschimpfungen „Zigeuner“ und „Polacke“ verweisen auf die nationalsozialistische Rassenideologie und die damit verbundene Zuschreibung von Schmutz, Faulheit und einem Leben auf Kosten anderer.¹⁶ Im Emsland war die Verunglimpfung als eines von den drei Übeln „Wildschweine, Kartoffelkäfer und Flüchtlinge“ beliebt.¹⁷

Simon Benne interpretiert die ablehnende Haltung vieler Einheimischer gegenüber den Flüchtlingen aus einem psychologischen Mechanismus. Obwohl es ihnen klar gewesen sei, dass die Unterstützung der Fremden ein moralisches Gebot war, fühlten sie sich doch überfordert. „Um kein schlechtes Gewissen zu bekommen, setzten sie die Neubürger herab – als arbeitsscheue Kriminelle, die an ihrem Schicksal sicher selbst schuld waren. Ein Phänomen, das tausendfach zu beobachten war.“¹⁸

Die Stigmatisierung von Vertriebenen als Kriminelle fand sich nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei Politikern. So äußerte sich der Verkehrsminister Ernst Martens (FDP) in diesem Sinne in einem Schreiben an Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf, in dem er den Flüchtlingen unterstellte, dass die Mehrheit von ihnen nicht an der Ausübung ihres früheren Berufes interessiert sei und stattdessen lieber Schwarzhandel betriebe: „Sie bilden deshalb eine ständige Gefahr für die ordnungsmäßige Wirtschaft und die Moral.“¹⁹

Wielant Machleidt, emeritierter Professor für Sozialpsychiatrie an der Medizinischen Hochschule Hannover, erklärt die Bereitschaft, Fremde oder vermeintliche Konkurrenten abzuwerten, mit dem sogenannten Revierreflex (eine anthropologische Konstante), mit dem die Einheimischen ihre Ressourcen gegen Fremde sichern wollten, unabhängig davon, wer die Fremden sind oder warum sie gekommen sind.²⁰

Eine verwitwete Hofbesitzerin drohte ihrem Sohn, dass sie ihn enterben werde, falls er die Tochter eines im Krieg gefallenen Gutsbesitzers aus den ehemaligen Ostgebieten heiraten werde, mit der er heimlich verlobt war.²¹ Auf der anderen Seite spielte auch der soziale Status eine nicht unerhebliche Rolle bei der Ablehnung der von den Kindern präsentierten Ehepartner. So war ein nach der Flucht in Celle als Arzt praktizierender Vater nicht bereit, den einheimischen Mann seiner Tochter anzuerkennen, der sich lange mit Gelegenheitsarbeiten durchgeschlagen hatte.²²

Hilfsbereitschaft

Um die prekäre Ernährungslage der Flüchtlinge, die einzig auf die ihnen durch die Lebensmittelkarten zugewiesenen Lebensmittel zurückgreifen konnten, zu entlasten, gab es einzelne Bauern, die Ackerland zur Anlage von Kleingärten für Flüchtlinge kostenlos zur Verfügung stellten.²³ Die Flüchtlinge konnten dort Gemüse und Feldfrüchte zur Selbstversorgung anbauen. In Wulfelade verpachtete ein

Bauernpaar, dessen einziger Sohn im Krieg gefallen war, einer Flüchtlingsfamilie aus Westpreußen den Hof. Im Testament vererbten sie den Hof ihren westpreußischen Pächtern.²⁴ Im direkten Kontakt zwischen Flüchtlingen und Einheimischen erhielten jene, die sich durch Fleiß, Kraft, Bescheidenheit und Arbeitswille auszeichneten, meist bessere Bedingungen hinsichtlich der Unterbringung und den Arbeitsmöglichkeiten. Oft spielte auch eine ähnliche Prägung durch einen gemeinsamen Beruf eine Rolle. So erhielt Familie Fehlauer (Kat.-Nr. 18) über ihre Treck-Pferde und ihre landwirtschaftlichen Fertigkeiten die Möglichkeit, bei einem Bauern unterzukommen. Der Trakehner Gestütwärter Wilhelm Mallée landete mit seiner Familie wieder im Umfeld eines Gestüts (Kat.-Nr. 19). Der Maler Joseph Andreas Pausewang (Kat.-Nr. 20) traf auf einen kunstsinigen Malermeister, der ihm seine Werkstatt zur Verfügung stellte.

NR

¹ Zitiert nach Simon Benne, *Fremde Heimat. Als die Vertriebenen nach Hannover kamen*, Hannover 2017, S. 24.

² Zitiert nach ebd., S. 24 / 25.

³ Karl Neitzke: *Heimatlos in einem Land in Schutt und Asche*, in: *Hannoversche Allgemeine*, Verlagsbeilage 1. November 1996, S. 9.

⁴ Benne, *Fremde Heimat*, S. 36.

⁵ Vgl. auch im Folgenden Rolf Kohlstedt, *Das Land Braunschweig*, in: Annette von Boetticher u. a. (Hrsg.), *Niedersachsen zwischen Kriegsende und Landesgründung. Befreiung, Neubeginn und Demokratisierung in den Ländern Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe*, Langenhagen 2004, S. 29-52, hier S. 50 / 51.

⁶ Günter Riederer, *Die Barackenstadt: Wolfsburg und seine Lager nach 1945*, in: *Deutschland Archiv Online*, 19.03.2013, Link: <http://www.bpb.de/156714> (zuletzt abgerufen am 27.07.2021).

⁷ Zitiert nach Christopher Spatz, *Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung*. Mit Fotografien von Fritz Paul, Hamburg 2018, S. 30. Soupault wurde 1901 als Meta Erna Niemyer in Pommern geboren. 1928 wanderte sie nach Paris aus. Mit ihrem französischen Ehemann lebte sie in Tunis, bis sie vor der anrückenden Wehrmacht flohen.

⁸ Museumsverein für die Stadt Seelze e. V. (Hrsg.), *Die 50er Jahre in Seelze*, Seelze 2004, S. 48 und Benne, *Fremde Heimat*, S. 40.

⁹ Ebd., S. 25.

¹⁰ Zitiert nach Christiane Schröder, *Das Land Oldenburg*, in: Annette von Boetticher u. a. (Hrsg.), *Niedersachsen zwischen Kriegsende und Landesgründung. Befreiung, Neubeginn und Demokratisierung in den Ländern Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe*, Langenhagen 2004, S. 79-102, hier S. 83.

¹¹ Benne, *Fremde Heimat*, S. 27.

¹² Zitiert nach Joachim Kuroпка, „Keiner wollte uns“. Wege der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge am Beispiel des Oldenburger Landes, in: Joachim Kuroпка (Hrsg.), *Heimat zwischen Deutschland, Polen und Europa*, Münster 2017, S. 343-364, hier S. 349.

¹³ Vgl. auch die Selbstwahrnehmung von Renate von Holdt aus Königberg, die Anfang 1946 in Niedersachsen eintraf: Benne, *Fremde Heimat*, S. 22.

¹⁴ George Turner, „Was wollen die hier?“ Flüchtlinge und Einheimische 1945-49. Das Beispiel Ebstorf in der Lüneburger Heide, Berlin 2019, S. 22.

¹⁵ Kohlstedt, *Braunschweig*, S. 52.

¹⁶ Benne, *Fremde Heimat*, S. 22 mit Anm. 17.

¹⁷ Marc von Lüpke, „Wie Vieh abgeschätzt“. Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Spiegel Geschichte*, 01.04.2016, online unter www.spiegel.de/geschichte/vertriebene-nach-zweitem-weltkrieg-millionen-suchten-zuflucht-a-1076872.html# (zuletzt abgerufen am 21.07.2021).

¹⁸ Benne, *Fremde Heimat*, S. 27.

¹⁹ Zitiert nach ebd., S. 24.

²⁰ Ebd., S. 31.

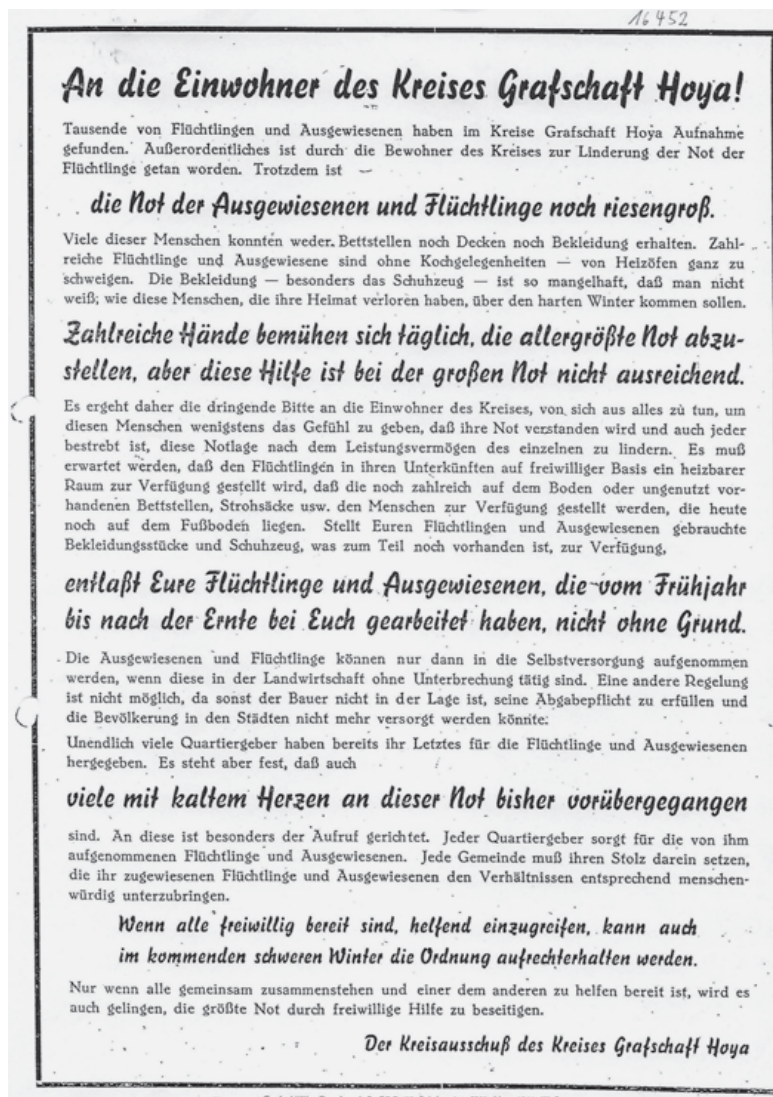
²¹ Turner, „Was wollen die hier“, S. 48.

²² Rainer Schulze, „Wir leben ja nun hier“. Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen – Erinnerung und Identität, in: Klaus J. Bade / Jochen Oltmer (Hrsg.), *Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, Osnabrück 2002, S. 69-100, hier S. 82.

²³ So etwa der Hofbesitzer Jochen Jenckel in Tatendorf, später folgten auch andere Bauern. Vgl. Turner, „Was wollen die hier“, S. 29.

²⁴ Benne, *Fremde Heimat*, S. 28 / 29.

Aufruf zur Hilfe für Flüchtlinge und Ausgewiesene



17

Samtgemeinearchiv
Bruchhausen-Vilsen,
10_AS_16-452
Kreisausschuß des
Kreises Grafschaft
Hoya,
November 1946

© Archiv der
Samtgemeinde
Bruchhausen-Vilsen

Im November 1946 wandte sich der Kreisausschuß mit einem Aufruf an die Einwohnerschaft des Kreises Grafschaft Hoya. Ursache war die nach wie vor große Not der Flüchtlinge und Vertriebenen. Der Aufruf wurde in einer Auflage von 5.000 Stück gedruckt.

Ziel des Aufrufs war es, die Einwohnerinnen und Einwohner des Kreises Grafschaft Hoya zu mehr Hilfsbereitschaft zu motivieren. Eingangs hob der Kreisausschuß zwar hervor, dass bereits „Außerordentliches [...] zur Linderung der Not“ getan

worden sei, dennoch sei „die Not der Ausgewiesenen und Flüchtlinge noch riesengroß“. Konkret werden noch fehlende Bettstellen, Decken, Bekleidung, Kochstellen und Heizöfen genannt. Bezüglich letzterer wurde erwartet, dass den Aufgenommenen freiwillig ein beheizbarer Raum zur Verfügung gestellt wurde.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Arbeit in der Landwirtschaft. Jene, die Flüchtlinge und Ausgewiesene als Arbeitskräfte beschäftigten, sollten diesen nach der Ernte nicht grundlos kündigen. Als Begründung wird zum einen darauf verwiesen, dass die Neubürgerinnen und Neubürger sich sonst nicht selbst versorgen könnten, zum anderen wird an die Abgabepflicht der Bauern zur Ernährung der Stadtbevölkerung appelliert.

Der Aufruf richtet sich dabei ausdrücklich nicht an jene, „die bereits ihr Letztes [...] hergegeben“ hätten, sondern an jene, die „mit kaltem Herzen bisher an dieser Not vorübergegangen sind“ und die noch über entsprechende Ressourcen verfügten. „Wenn alle freiwillig bereit sind, helfend einzugreifen, kann auch im kommenden schweren Winter die Ordnung aufrecht erhalten werden.“ Dieser Satz macht deutlich, dass es zum einen bereits zu Tumulten gekommen war, zum anderen, dass es zu Zwangsmaßnahmen kommen werde, falls auf freiwilliger Basis nicht genug Hilfsgüter zusammenkommen würden.

Im Aufruf kommt der Begriff „Vertriebener“ nicht vor, sondern es ist konsequent von „Flüchtlingen und Ausgewiesenen“ die Rede. Dies ist charakteristisch für den damaligen Sprachgebrauch. Erst in der frühen Bundesrepublik wurde mit dem Begriff „Vertreibung“ gezielt auf den gewaltsamen Vorgang und den Unrechtscharakter der Zwangsmigration verwiesen.

NR

Foto Treckwagen von Familie Fehlauser



18

Privatbesitz von
Charlotte Fehlauser,
o. Nr.,
Fotografie,
März 1945

© unbekannt

Am 18. Januar 1945 feierte Charlotte Fehlauser ihren 12. Geburtstag. Zu diesem Zeitpunkt war ihrem Vater bereits klar, dass sie vor der vorrückenden Front fliehen mussten.¹ Den Erntewagen hatte er mit Stroh bedeckt und auf diese Weise getarnt. Am 21. Januar fuhren die Eltern mit den drei Töchtern abends bei Schnee und klirrender Kälte los. Sie kamen nicht weit, da die Straßen von den Flüchtlingstrecken bereits verstopft waren und der Wagen zu schwer beladen war. Sie kehrten zurück, entluden den Wagen und schliefen ein letztes Mal in ihren Betten. Am 22. Januar brachen sie erneut auf und überquerten die Weichsel. Auf der Flucht gelang es ihnen nicht immer, eine häusliche Bleibe zu finden, oft mussten sie mit Ställen Vorlieb nehmen; zwei Mal auch im Freien schlafen.

Im März 1945 erreichten sie mit ihren drei Pferden Thedinghausen. Dort übernachteten sie bei einem Bauern, der bereits eine Frau aus Bremen mit ihren zwei Kindern beherbergte, die ausgebombt waren. Die Kinder aus Bremen waren so von den Pferden fasziniert, dass sie unbedingt aufsitzen wollten.

Die Bremerin besaß einen Fotoapparat und so kam es zu dem Schnappschuss, der von links nach rechts Familie Fehlauser (Frida, die Mutter, Charlotte, den Vater und Luise) und die zwei Bremer Kinder auf einem der Pferde zeigt. Name und Identität der Bremer Familie sowie des Bauern aus Thedinghausen sind nicht bekannt. Familie Fehlauser reiste direkt am nächsten Tag wieder ab. Thedinghausen war ihre letzte Treck-Station. Am folgenden Tag fuhren sie weiter nach Syke, wo ihnen ein Bauer empfahl, nach Bramstedt zu fahren. Dieser Bauer hatte selbst Interesse an Leuten, die aus der Landwirtschaft stammten und auf seinem Hof mithelfen konnten. Eines der Pferde wurde sofort verkauft. Mit zwei anderen Pferden arbeitete der Vater beim Bauern mit, später fuhr er den Milchwagen.

Das Foto geriet erst einige Jahre später über einen Zufall in den Besitz der Familie.

NR

¹ Bericht nach einem Telefonat mit Charlotte Fehlauser vom 9. April 2021.

Foto Gemeinsames Weihnachtsfest 1950



19

Privatbesitz von
Petra Greßus,
o. Nr.,
Fotografie,
Weihnachten 1950

© privat

Die Fotografie zeigt das gemeinsame Weihnachtsfest der Familien Wagner, Greszus und Mallée in Graditz im Jahr 1950. Die Familien Mallée und Greszus waren Flüchtlinge aus Ostpreußen, die bei Familie Wagner einquartiert waren.¹

Wilhelm Mallée (hinten im Bild stehend) war verbeamteter Gestütswärter in Trakehnen, später in Jonasthal, gewesen. Nachdem im September 1944 bereits ein Großteil der Pferde evakuiert worden war, harter er weiter in Trakehnen aus. Erst unmittelbar vor dem Naherücken der Front erhielt er die Order, die Jungstuten ins Preußische Hauptgestüt nach Graditz zu führen. Mit seiner Familie vereinbarte er, dass sie sich in Graditz wiedertreffen würden. Seine Tochter Ruth (im Bild vor ihm sitzend gemeinsam mit Ehemann Walter Greszus und Tochter Sieglinde; Sohn Hagen, geb. 1950, sitzt vorn auf dem Schaukelpferd) flüchtete mit ihren beiden Kindern Sieglinde (drei Jahre) und Heidemarie (acht Monate). Letztere starb 1946. 1947 folgte die Ehefrau von Wilhelm

Mallée. Walter Greszus verlor nach Kriegsende durch einen Unfall bei Demontgearbeiten ein Bein.

Unterstützung und Anteilnahme fand Familie Greszus bei Herta und Rudolf Wagner (im Bild vor dem Weihnachtsbaum sitzend mit ihrem Sohn Helmut). Insbesondere Ruth Greszus und Herta Wagner verband eine enge Freundschaft, die auch anhielt, als Familie Greszus nach Torgau zog, da Walter Greszus nicht länger als Hufschmied arbeiten konnte. Petra Greßus, als Nachzüglerin erst 1962 geboren, erinnert sich, dass sie jedes Wochenende nach Graditz fuhr, um die Gräber zu pflegen, und dabei auch Herta Wagner besuchten.

Die Fotografie ist Zeugnis für gelebte Gastfreundschaft. Die Aufnahme stammt wahrscheinlich von Erna Mallée, der Ehefrau Helmut Mallées, der vorne links in die Kamera lächelt. Der Bruder von Ruth Greszus lebte später im niedersächsischen Hodenhagen.

NR

¹ Der Bericht fußt auf einem Telefonat mit Petra Greßus vom 9. Juli 2021. Die Schreibweise des Familiennamens wechselte zwischen Greszus und Greßus. Letztere Version wurde mit dem Ausstellen des Personalausweises für Petra Greßus festgelegt.

Ateliergemeinschaft bei Willi Helmes

20

Freundeskreis
Luzie Uptmoor e. V.,
Lohne,
o. Nr.,
Postkarte nach einer
Bleistiftzeichnung
um 1947,
Joseph Andreas
Pausewang

© Freundeskreis
Luzie Uptmoor e. V.



Um das Jahr 1947 hat der schlesische Maler Joseph Andreas Pausewang (1908-1955) die Arbeitsatmosphäre in der Ateliergemeinschaft mit Willi Helmes festgehalten. Die Original-Bleistiftzeichnung ist verschollen. Erhalten hat sich das Werk nur als Postkarte, mit der Pausewang Helmes für die Zeit im Atelier von 1947 bis 1948 dankt, die er scherzhaft als „Blüte der Künste“¹ bezeichnete.

Die Zeichnung zeigt, wie Viktor Weinlich (links), Ernst Debusmann (Mitte) und Pausewang an ihren Staffeleien arbeiten. Die Werkstatt gehörte Willi Helmes, der in den 1920er Jahren in Lohne ein Malergeschäft betrieb und als kunstaffin galt.²

Nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigte er die drei Männer, die aus unterschiedlichen Gründen in Not waren: den aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten

Pausewang, der in Lohne seine Familie wiedergetroffen hatte, den ebenfalls aus Schlesien stammenden Weinlich und den ehemaligen Studienrat Debusmann, der aufgrund seiner Parteizugehörigkeit keine neue Anstellung fand.³ Als Souvenirs wurden die Bilder bekannter Maler auf Hartfaserplatten kopiert. Anschließend wurden die Bilder in Bremerhaven als Erinnerungsstücke an amerikanische Soldaten verkauft oder gegen Zigaretten eingetauscht.

Pausewang konnte sich mit der Arbeit einen kleinen finanziellen Rückhalt erwirtschaften, der jedoch der Währungsreform zum Opfer fiel. Materielle Not, Ablehnung und Heimatverlust trugen maßgeblich zu seiner Resignation und Verbitterung bei. Am Neujahrsmorgen 1955 erlag der nur 45 Jahre alt gewordene Pausewang in Lohne einem Herzstillstand.

NR

¹ Ruth Dalinghaus, ... aber die Erinnerung bleibt. Joseph Andreas Pausewang (1908-1955). Ein niederschlesischer Maler in Lohne, Lohne 2007, S. 88.

² Er verkehrte mit den Künstlern Heinrich Klingenberg, Peter Ludwigs und Luzie Uptmoor.

³ Jürgen Boos, Meine Berührungen mit der Kunst, in: Heimatverein Lohne (Hrsg.), LAON, Lohne 2014, S. 66. Boos ist der Enkel von Willi Helmes. Ihm zufolge war Debusmann zuvor Leiter einer Kunstakademie gewesen. Dalinghaus bezeichnet ihn im Katalog auf S. 82 als Studienrat aus Essen.



*„Der Künstler hat einen schönen Beruf.
Er hat selbst Freude an jeder Arbeit,
und mit jeder Arbeit kann er Menschen
Freude schenken.“*

(Walter Volland)



Abb. 1

Der schlesische Bildhauer
Walter Volland arbeitet an
den Rattenfänger-Figuren
für das Glockenspiel in
Hameln.

© Stadtarchiv Hameln.
Foto: Straicher

Kultur

Der Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen stellte im kulturellen Bereich eine große Bereicherung für Niedersachsen dar.¹ So bildeten sich an vielen niedersächsischen Orten Trachten- und Volkstanzgruppen, in denen die Flüchtlinge und Vertriebenen ihre Bräuche pflegten. In Seelze gründete sich ein Spiel- und Tanzkreis, dem auch Einheimische angehörten.² In Aurich war eine schlesische Trachtengruppe aktiv (Kat.-Nr. 41). Umweltbewusstsein, Heimatgedanken und Wandern wurden und werden bis heute beispielsweise im Glatzer Gebirgsverein gepflegt (Kat.-Nr. 42). Geflüchtete und vertriebene Künstlerinnen, Künstler und Autoren setzten ihr Werk in Niedersachsen fort. In den Heimatsammlungen der Flüchtlinge und Vertriebenen haben sich zahlreiche Werke erhalten, die entweder noch in der alten Heimat oder bereits in der neuen Heimat Niedersachsen entstanden sind.

Gekennzeichnet von Heimatverlust: Das künstlerische Werk

Die Erfahrung von Krieg, Gefangenschaft, Flucht und Heimatverlust spiegelte sich auch in den Werken wider, wobei der Verlust der Heimat den schwersten Einschnitt im Leben dieser Kunstschaffenden bedeutete. Der Schriftsteller Walter von Sanden und der Bildhauer Fritz Thomas machten diesen Verlust sichtbar, indem sie ihrem Namen den ihres verlorenen Besitzes bzw. Heimatortes hinzufügten und sich nach 1945 Walter von Sanden-Guja und Fritz Thomas-Gottesberg nannten. Andere Vertriebene, wie der als Kind ausgewiesene Ludwig Kindler und der Zimmermann Heinz Seifert, die nicht hauptberuflich Künstler waren, bewältigten ihren Heimatverlust und ihre Sehnsucht nach der Heimat durch eine künstlerische Betätigung, wie das Fertigen von Holzschnitzarbeiten (Kat.-Nr. 36) und Zeichnungen heimatlicher Motive (Kat.-Nr. 39). Über Mitgliedschaften in Vertriebenenvereinen und Heimatkreisgemeinschaften versuchten sie, ihre Heimat im Gedächtnis zu halten.

Die Kunstschaffenden setzten sich in ihren Werken auch nach 1945 mit ihrer Heimat auseinander. Fritz Thomas-Gottesberg fertigte Mitte der 1970er Jahre einen farbigen Linolschnitt des Zackelfalls im Riesengebirge (Kat.-Nr. 29). Die Fotografin Maria Valtingojer hatte um 1943 die Zackelfallbaude in einer Schwarz-Weiß-Fotografie verewigt (Kat.-Nr. 30). Walter Volland schuf eine Bronzestatuette des berühmten schlesischen Schriftstellers Gerhart Hauptmann und fertigte mehrere Rübepuppenfiguren in Holz (Kat.-Nrn. 21 und 23). Joseph Andreas Pausewang versuchte, mit seinen Bildern die Erinnerung an die Grafschaft Glatz aufrecht und auf diese Weise der Jugend die frühere Heimat zu erhalten (Kat.-Nr. 37). Der Organist Max Drischner hielt seine schlesische Heimat durch Konzertaufführungen seiner Werke wach (Kat.-Nr. 25).

Fritz Thomas-Gottesberg schaffte mit seinem Zyklus „Mühlen und Menschen“ eine Verbindung zwischen der alten und der neuen Heimat. Auf einem dieser Linolschnitte hat er beispielsweise einen schlesischen Bauern vor der Mühle im niedersächsischen Munster dargestellt und damit auf die Schicksalhaftigkeit von Krieg, Flucht, Vertreibung und der damit verbundenen Integration der Schlesierinnen und Schlesier in Niedersachsen verwiesen (Kat.-Nr. 28).

NR

¹ Vgl. auch den Beitrag zur Kultur im vorliegenden Band.

² Die 50er Jahre in Seelze, Museumsverein für die Stadt Seelze e. V. (Hrsg.), Seelze 2004, S. 50.

Bronzebüste Gerhart Hauptmanns



21

Löwenberger
Heimatstube in
Ronnenberg/
Empelde,
MUS 1910,
Walter Volland,
1963

© Löwenberger
Heimatstube,
Foto: Michael Siebert

1963 setzte der in Goslar lebende schlesische Bildhauer und Kunstpädagoge Walter Volland (1898-1980) dem berühmten niederschlesischen Schriftsteller in Form einer Bronzebüste ein Denkmal. Gerhart Hauptmann, geb. am 15. November 1862 in Obersalzbrunn (heute: Szczawno Zdrój), gestorben am 6. Juni 1946 in Agnetendorf (heute: Jagniątków), gilt als bedeutendster Dramatiker des Naturalismus. Seine Werke sind im Riesengebirge

und seiner Umgebung beheimatet. So spielt das sozialkritische Drama „Die Weber“ von 1892, das den Schlesischen Weberaufstand von 1844 thematisiert, im Eulengebirge.¹ Für sein Werk, insbesondere im dramatischen Genre, erhielt er 1912 den Nobelpreis für Literatur.

Hauptmann unterzeichnete im Oktober 1914 das „Manifest der 93“, mit dem zahlreiche deutsche Intellektuelle den deutschen Militarismus und das Vorgehen des deutschen Militärs im neutralen Belgien rechtfertigten. Im November 1918 solidariserte er sich mit der jungen Republik. Mit dem 1922 ermordeten Außenminister Walther Rathenau war er befreundet. Im März 1933 unterzeichnete Hauptmann eine Loyalitätserklärung der Preußischen Akademie der Künste gegenüber den neuen Machthabern. Sein Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP wurde im Sommer desselben Jahres abgelehnt. Das NS-Regime hofierte ihn öffentlich, stand aber seinen Werken inhaltlich kritisch gegenüber und zensierte sie auch. Hauptmann war insbesondere fasziniert von Hitlers Rhetorik und seinen Ambitionen für Deutschland. Den Anschluss Österreichs und die Kriegserfolge begrüßte Hauptmann. Der nationalsozialistischen Rassepolitik, insbesondere in der „Judenfrage“, stand der Jugendfreund von Alfred Ploetz (Gründer der „Gesellschaft für Rassenhygiene“) kritisch gegenüber. Öffentlich äußerte sich Hauptmann dazu allerdings nicht, was als Opportunismus ausgelegt wurde.² Das Kriegsende erlebte er in seinem Haus in Agnetendorf in Schlesien. Sein Sarg wurde nach Deutschland überführt.

Die Bronzebüste von Gerhart Hauptmann gehört zu den Porträtbüsten, die Walter Volland viel Anerkennung einbrachten. Ursula Müller würdigt sie wie folgt: „In ihnen kommen der unbestechliche Blick des Künstlers und sein intensives Herantasten an die Persönlichkeit seines Gegenübers zur vollen Entfaltung und finden im sicheren Gespür für die plastische Wirkung ihre formale Entsprechung. In den Porträtbüsten erreicht Volland eine bemerkenswerte Lebendigkeit in der Gestaltung.“³

NR

¹ Suzanna Wycisk-Müller, *Schöpferisches Schlesien von A bis Z*, Leipzig 2014, S. 96.

² Peter Sprengel, *Der Dichter stand auf hoher Küste: Gerhart Hauptmann im Dritten Reich*, Berlin 2009, S. 83-88. 1883/84 hat Hauptmann eine Vermischung zwischen jüdischem und deutschem Blut sogar ausdrücklich begrüßt.

³ Ursula Müller, *Walter Vollands Wirken in Goslar*, in: Monika Erb / Gunilla Krynitz (Hrsg.), *Walter Volland. 1898-1980 (Goslarer Künstler und Kunsthandwerker, Bd. 6)*, Goslar 1998, S. 25-49, hier S. 47.

Holzskulptur „Der Heimkehrer“



22

Land Niedersachsen,
Ministerium für Wissen-
schaft und Kultur,
AKV.-Nr. 0193,
Walter Volland,
1951

© Niedersächsisches
Ministerium für Wissen-
schaft und Kultur,
Foto: Michael Siebert

Am höchsten schätzte Walter Volland (1898-1980) seine Arbeit „Der Heimkehrer“ ein. Im Jahr 1950 schuf der Bildhauer sie in Bronze, im darauffolgenden Jahr auch in Holz. Modell stand ihm ein Königsberger Kriegsheimkehrer, der nichts über den Verbleib seiner Frau und seiner fünf Kinder wusste. Die Skulptur zeigt einen Mann mit langem Mantel, der auf einem viereckigen, an den Kanten abgerundeten Podest steht.

In der Bronzeplastik kommen die Not und die Verzweiflung des Mannes durch seinen gesenkten Blick und die in den Manteltaschen vergrabenen Hände zum Ausdruck. Die bedrückende Stimmung ist für den Betrachtenden der Bronzeplastik stärker greifbar als in der Holzfigur. Ursula Müller konstatiert über die Bronzeplastik: „Volland hat in dieser anrührenden Skulptur nicht zuletzt deswegen deutsches Nachkriegsschicksal so überzeugend eingefangen, weil der künstlerische Formwille unauffällig zurücktritt.“¹

Die Bronzeplastik des Heimkehrers war in einer Ausstellung des Bundesverbandes Bildender Künstler, Gruppe Harz, zu sehen, dem Volland von 1950 bis 1970 als Vorsitzender angehörte. In dieser Ausstellung war die „tiefempfundene Figur des Bildhauers Volland“² das einzige Werk, das sich mit aktuellen Problemen, wie dem Trümmerelend oder dem Heimkehrerschicksal, auseinandersetzte. Der Künstler Gerhard Keller berichtete, dass Volland durch das Theaterstück „Draußen vor der Tür“ von Wolfgang Borchert zur Schaffung der Plastik angeregt wurde.³ Das Drama über den traumatisierten Kriegsheimkehrer Beckmann, der seinen Platz in der Nachkriegsgesellschaft nicht findet, wurde am 13. Februar 1947 vom Nordwestdeutschen Rundfunk gesendet und traf den Puls der Zeit.

NR

¹ Ursula Müller, Walter Vollands Wirken in Goslar, in: Monika Erb / Gunilla Krynitz (Hrsg.), Walter Volland. 1898-1980 (Goslarer Künstler und Kunsthandwerker, Bd. 6), Goslar 1998, S. 25-49, hier S. 49.

² Chronik 70 Jahre BBK Harz, Goslar 2016, S. 9.

³ Ebd.

Holzstatuette „Rübezahl“



23

Löwenberger
Heimatstube in
Ronnenberg/
Empelde,
MUS 1944,
Walter Volland,
1952

© Löwenberger
Heimatstube,
Foto: Michael Siebert

Den schlesischen Berggeist fertigte Walter Volland (1898-1980) in den 1950er Jahren insgesamt drei Mal in Holz an. Eine der Statuetten befindet sich heute in der Löwenberger Heimatstube. Der kleine Rübezahl aus Holz wurde von Volland mit langem Bart, wallendem Umhang und großem Wanderstab gestaltet. Die Figur steht auf einem runden Podest, auf dem sein Name eingraviert ist. Die Detailliebe Vollands zeigt sich vor allem in der Ausführung des Gesichts: der geöffnete, zum Schrei ansetzende Mund, die aufgerissenen Augen, die hervorstehenden Wangenknochen und die buschigen Augenbrauen sowie das wallende Haar. Fest umschließen beide Hände den Wanderstab. Besondere Sorgfalt verwendete der Künstler auf die angespannten Wadenmuskeln. In Vollands Darstellung kommen Macht und Autorität des berühmten schlesischen Berggeistes zum Ausdruck. Die realistische Darstellung der Rübezahlstatuette verdeutlicht die naturalistische Schaffensperiode Vollands.

NR

Bronzebüste Max Drischners



24

Historische
Sammlung Brieg,
im Großen Heiligen
Kreuz in Goslar/
Museumsverein
Goslar e. V.,
o. Nr.,
Walter Volland,
1958

© Museumsverein
Goslar e. V.

Im Jahr 1958 fertigte Walter Volland (1898-1980) eine Bronzebüste des Komponisten und Organisten Max Drischner (1891-1971) an. Beide waren Niederschlesier und beide hatte es nach dem Krieg ins niedersächsische Goslar verschlagen. Wie die Bronzebüste von Gerhart Hauptmann weist auch die Büste Max Drischners Volland als talentierten Porträtisten aus, der durch seine ausgefeilte Darstellung den Charakter seines Gegenübers bravourös einfängt. So stechen bei der Bronzeplastik Drischners besonders die hohe Stirn und die behutsam und fein ausmodellerte Nase des Organisten hervor sowie der schmale Mund, die kleinen Ohren und die charakteristische Augenpartie.

NR

Noten „Die Weihnachtsgeschichte nach Lukas 2 (Brieger Christnacht 1944)“



25

Historische Sammlung Brieg, im Großen Heiligen Kreuz in Goslar / Museumsverein Goslar e. V., o. Nr., 1950

© C. C. Schultheiss Musikverlag Tübingen, Bild: Museumsverein Goslar e. V.

„Die Weihnachtsgeschichte nach Lukas 2. Brieger Christnacht 1944 mit Liedern aus der Grafschaft Glatz“ wurde vom niederschlesischen Komponisten und Organisten Max Drischner (1891-1971) 1944 komponiert und gilt als eines seiner beliebtesten Werke. Das Stück war für einen ein- oder vierstimmigen Chor mit Einzelstimmen und wahlweise Orgel, Harmonium, Klavier oder Cembalo bestimmt. Drischner war seit 1924 in der evangelischen Kirche St. Nikolai in Brieg Kantor und Organist sowie seit 1942 Kirchenmusikdirektor.

In seinem Nachwort zur Komposition schildert er den Entstehungskontext: „Als mir zur Gewissheit geworden war, dass der Krieg unsere Heimat überfluten würde, schrieb ich für meinen Chor und für meine Brieger Gemeinde am ersten Advents-

sonntag die Weihnachtsgeschichte. Mit drei Aufführungen – eine fand in der Christnachtfeier statt – nahmen wir bewusst Abschied von Kirche und Gemeinde. Etwa 6.000 Menschen hörten die Komposition. Bald darauf sank der gewaltige Dom von St. Nikolai und unsere ganze Brieger Welt in Trümmer, eine Welt, an die alle, die daran teilhatten, mit Freude und Dankbarkeit zurückdenken.“¹

Den Zeilen ist deutlich anzumerken, dass sie retrospektiv – tatsächlich im Mai 1950 – niedergeschrieben wurden. Anfang Dezember 1944, also zum Zeitpunkt der Uraufführung, war die deutsche Armee zwar überall auf dem Rückzug, dennoch galten offiziell noch die Durchhalteparolen und der Glaube an den „Endsieg“. Drischners in den oben zitierten Worten festgestellte Überzeugung, dass die „Heimat überflutet“ werden würde, war vermutlich eher eine Vorahnung, die er später zur „Gewissheit“ umgedeutet hat. Dass er an Weihnachten 1944 mit seiner Gemeinde „bewusst Abschied“ genommen hat, hätte als Defätismus gedeutet und mit Todesstrafe geahndet werden können – aus diesem Grund ist zu fragen, ob Drischner hier eine Erfahrung in der Erinnerung umgedeutet hat. Die Zeilen verdeutlichen jedenfalls den Abschiedsschmerz und den Heimatverlust, den er allem Anschein nach empfunden hat.

In seinem Nachwort führt er weiter aus, dass er sich mit seinen Angehörigen einem Treck angeschlossen hatte, der von seinem Geburtsort Prieborn ins Glatzer Bergland zog. Auf dem Weg hätten sie in einer katholischen Kirche in Niederschwedeldorf am Abend des 2. Februar die Weihnachtsgeschichte gesungen. Kurz darauf habe er in Fortsetzung der Weihnachtsgeschichte die Ostergeschichte – beginnend mit dem „Karfreitagsgeschehen“, endend mit Christi Himmelfahrt – verfasst. Der Flüchtlingstreck ins Glatzer Bergland erscheint somit als Parallele zum Leiden Christi.

NR

¹ Max Drischner, Die Weihnachtsgeschichte nach Lukas 2. Brieger Christnacht 1944 mit Liedern aus der Grafschaft Glatz, Tübingen [1950], S. 16.

Bronzeplastik „Sündenbock“



26

Privatsammlung
Dietrich Breuer,
o. Nr.,
Fritz Thomas-
Gottesberg,
um 1980

© Dietrich Breuer

Fritz Thomas-Gottesberg (1910-1997) schuf die Plastik um 1980. Die Ausarbeitung des Fells sowie die gewundenen und geschwungenen Hörner sind detailreich gestaltet. Die Beine sind nicht herausgearbeitet, sondern im restlichen Körper integriert, von dem sich nur Hals und Kopf abheben. Der Blick des Bockes ist gen Himmel gerichtet, er streckt sein Kinn in die Höhe. Das führt dazu, dass die Spitzen der Hörner den Rücken berühren. Die Bronzeplastik ist in ihrer realistischen Darstellung charakteristisch für die weitaus meisten figürlichen Arbeiten des Künstlers.

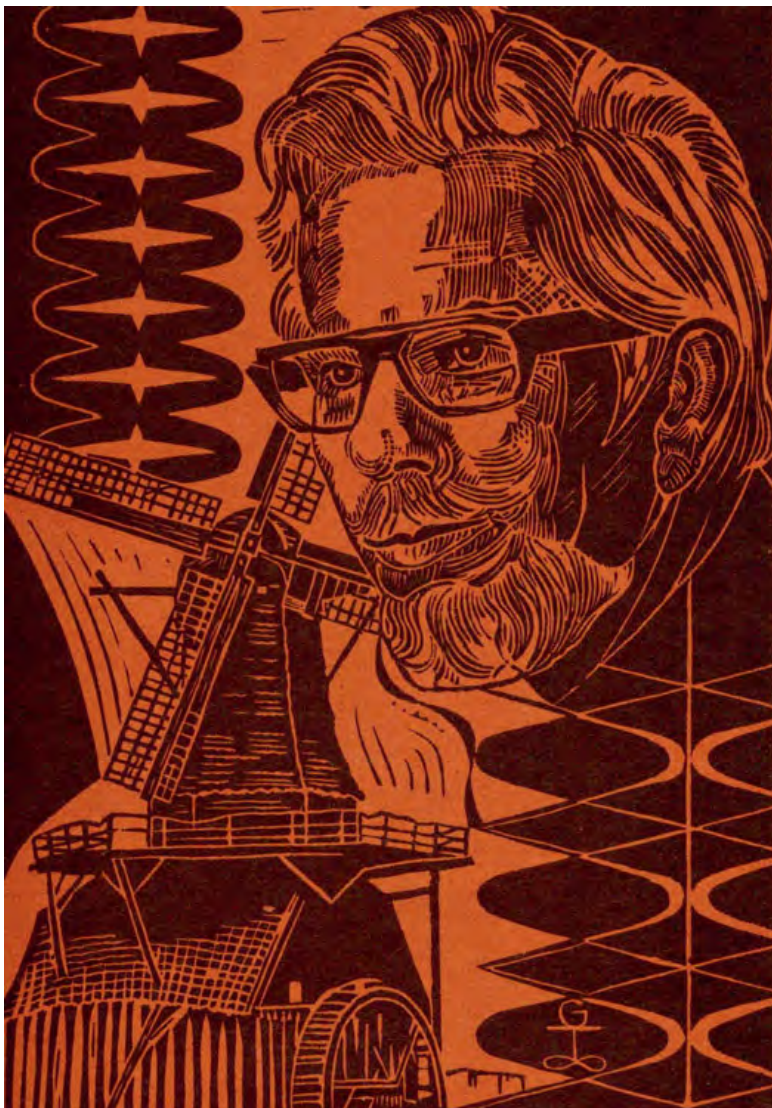
Die Bronzeplastik „Sündenbock“ erhielt der ehemalige Kurator der Sammlung in Munster, Dietrich Breuer, als Andenken von den Söhnen des Künstlers. Für Breuer kommen in der Plastik die psychologischen, humorvollen und religiösen Hintergedanken zum Ausdruck, die den Künstler bei seiner Arbeit antrieben.

In der Bibel wird der Bock mit den Sünden des Volkes Israel beladen und in die Wüste geschickt. Das Ritual, das symbolisch anhand des Bockes vollzogen wird, ermöglicht es der Gemeinschaft, ihre Sünden zu eliminieren. Thomas-Gottesberg zufolge seien die Menschen gern bereit, ihre Schuld auf andere abzuladen. So könnte man annehmen, der Künstler habe in der Plastik des „Sündenbocks“ die Schuld an der Vertreibung auf die Polen geladen, während die eigentliche Schuld im Nationalsozialismus und seiner Anhängerschaft zu sehen sei. Die Plastik hatte indes keinen unmittelbaren Bezug zur Vertreibung, sondern stellt vielmehr eine metaphorische Aussage dar.¹

NR

¹ Auskunft von Dietrich Breuer per Mail am 01.02.2021. Telefonische Auskunft von Frank Thomas am 24.03.2021.

Linolschnitt „Zwillingsmühle mit Selbstbildnis“



27

Stadt Munster,
o. Nr.,
Fritz Thomas-
Gottesberg,
1990

© Stadt Munster

Fritz Thomas-Gottesberg (1910-1997) hat es verstanden, in seiner Kunst die alte mit der neuen Heimat zusammenzuführen. In seinem 72 Arbeiten umfassenden Zyklus „Mühlen und Menschen“ sind norddeutsche und ostdeutsche Mühlen zu sehen, gemeinsam mit den Gesichtern von Menschen jeden Alters. Die wirklichkeitsnahen Darstellungen stehen in einer symbolischen Zuordnung zueinander, wobei die Mühlen als Symbole nicht zufällig vom Künstler gewählt wurden, dessen Weltsicht religiös bestimmt war. Uwe Lempelius erklärt hierzu in einem Grußwort: „Die Mühlen sind nicht als alltägliche Geräte gemeint, sondern sie verkörpern etwas, das für den Menschen in positiver und negativer Weise schicksalhaft sein kann. Thomas-Gottesbergs Mühlen kann man verstehen als ein Prinzip, das verändernd eingreift, ohne daß der Mensch ihm ausweichen kann; zugleich versteht man sie in ihrer anthropomorphen Bedeutung, da sie dasselbe Schicksal erleiden, wie der gegenübergestellte Mensch.“¹

Überträgt man die Schicksalhaftigkeit der gewählten Motive, insbesondere der Mühle, die sich bei Wind und Wasser ihrer Aufgabe nicht entziehen kann, so hat der Künstler damit wohl auf den Zusammenhang von Krieg einerseits, Flucht, Vertreibung und Aussiedlung andererseits angespielt, der dazu führte, dass ein großer Teil der Schlesierinnen und Schlesier nach Norddeutschland gelangte, er selbst eingeschlossen.

Im Linolschnitt „Zwillingsmühle mit Selbstbildnis“ aus der Serie „Mühlen und Menschen“ hat sich Thomas-Gottesberg selbst verewigt. Der orangebraune Linolschnitt zeigt links im Hintergrund die Wind- und Wassermühle in Hüven im Emsland. Oben rechts befindet sich das leicht seitlich versetzte Porträt des Künstlers. Mit dem Titel verweist der Künstler auf sein Tierkreiszeichen, den Zwilling. Der Blick seines Porträts geht nicht zum Betrachter, sondern nach links unten, aus dem Bild heraus. Dies verleiht ihm eine Aura von Nachdenklichkeit.

NR

¹ Grußwort von Uwe Lempelius, in: Stadt Munster (Hrsg.), Sammlung Fritz Thomas-Gottesberg. Plastiken – Malereien – Graphiken, Munster 1990.

Linolschnitt „Munster-Mühle mit schlesischem Bauern“



Der Linolschnitt von Fritz Thomas-Gottesberg (1910-1997) zeigt eine beige-braune Collage „Munster-Mühle mit schlesischem Bauern“ aus dem Zyklus „Mühlen und Menschen“. Dargestellt ist links oben das Porträt eines alten Mannes mit Schirmmütze. Rechts im Hintergrund sieht man die Wassermühle im niedersächsischen Munster, dem Ort, an dem Thomas-Gottesberg aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurde und mit dem er später als Künstler sehr verbunden war. Besonders plastisch sind die Gesichtszüge des alten Bauern, dessen Stirnfalten sich tief in die Haut eingegraben haben und der dennoch mit wachen Augen geradeaus blickt. Die Darstellung der Mühle und ihres sich drehenden Wasserrades gemeinsam mit dem Gesicht des Bauern verweisen auf die Schicksalshaftigkeit des Lebens, das mehr als 700.000 Schlesierinnen und Schlesier durch Flucht, Vertreibung und Aussiedlung nach Niedersachsen brachte.

NR

28

Privatsammlung
Dietrich Breuer,
o. Nr.,
Fritz Thomas-
Gottesberg,
1994

© Dietrich Breuer

Linolschnitt „Der Zackelfall im Riesengebirge“



Ein Beispiel für die künstlerische Auseinandersetzung mit seiner niederschlesischen Heimat ist der von Fritz Thomas-Gottesberg (1910-1997) um 1975 geschaffene Farblinolschnitt „Der Zackelfall im Riesengebirge“, der heute zum Wandschmuck der Heimattube der Landsmannschaften im Heimathaus Ollershof der Stadt Munster gehört. Der Zackelfall nahe Bad Schreiberhau (heute: Szklarska Poręba) fällt aus einer Höhe von 846 Metern in drei Kaskaden 27 Meter tief in einen kleinen See. Seit vielen Jahrhunderten ist der Wasserfall ein beliebtes Reiseziel, das etwa schon der spätere Präsident der Vereinigten Staaten John Quincy Adams im Jahr 1800 bereiste. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte der Wildbach den Status eines Naturdenkmals. Heute gehört der größte Wasserfall der polnischen Sudenten zum Nationalpark Riesengebirge.

NR

29

Ostdeutsche
Sammlung Munster
im Heimathaus
Ollershof,
o. Nr.,
Fritz Thomas-
Gottesberg,
um 1975

© Arbeitsgemein-
schaft der Lands-
mannschaften,
Bild: Dietrich Breuer

Foto

Die Zackelfallbaude im Riesengebirge



30

Heimatstube
Schreiberhau im
Museum in der
Remise Bad Harzburg,
35005266,
Maria Valtingojer,
zwischen 1942
und 1945

© Stadt Bad Harzburg,
Foto: Mathias Damm

Aufgrund der Beliebtheit des Zackelfalls und der darunterliegenden Schlucht, der Zackelklamm, wurde um 1872 auf 830 Metern Höhe eine kleine Unterkunft mit Namen „Zackelfallbaude“ errichtet. Ursprünglich dienten Bauden bzw. Buden im Riesengebirge in den Sommermonaten Hirten und Holzfällern als Schutzhütten. Ab den 1850er Jahren wurden sie auch für Wanderer interessant und zu Herbergen ausgebaut. Die Zackelfallbaude wurde 1923/24 von ihrem damaligen Besitzer Franz Adolph zu einer großen Bergbaude erweitert. Hintergrund dafür war die rasante Entwicklung des Wintersports im Riesengebirge. Direkt an der Baude wurden eine Sprungschanze und eine moderne Bobbahn angelegt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Herberge zu einem Wachposten für Grenzschutzarmeen umgewandelt und in Kamieńczyk umbenannt. 1984 brannte das gesamte Gebäude nieder. Das Ende des Realsozialismus ermöglichte 1995 den Bau der ersten privaten Herberge, Schronisko Kamieńczyk, in den polnischen Bergen nach dem Krieg.

Die am 22. Juli 1897 in Bunzlau geborene Fotografin Maria Hayn (1897-1978) war seit 1919 in Schreiberhau ansässig. Der heilklimatische Kurort liegt malerisch am Fuße des Riesengebirges und im Flusstal des Zackens, in den wiederum der Zackelfall mündet. 1921 heiratete sie den dort ansässigen Fotografen Wolf Werner Knips-Hasse. Das nunmehr von beiden betriebene Fotogeschäft konnte in der Touristensaison bis zu 1.000 Abzüge täglich verzeichnen. 1942 erfolgte die Heirat mit Klemens Valtingojer, dessen Namen sie behielt. Das Foto der Zackelfallbaude gehörte sicherlich zu den Abzügen, die zu touristischen Zwecken auf Postkarten gedruckt wurden. 1946 musste das Ehepaar Valtingojer das nunmehr polnisch gewordene Szklarska Poręba verlassen und betrieb bis 1960 im niedersächsischen Bad Pyrmont ein Fotostudio. Es gelang ihnen, einen Großteil der Negative ihrer rund 30.000 Fotos mitzunehmen und weitere Teile des Archivs und der Fotoausrüstung später über die Grenze zu schmuggeln. Dies erleichterte ihnen, mit ihrem neu gegründeten Valt'l Verlag die Riesengebirgsmotive auch in Niedersachsen zu verbreiten.

NR

Foto

Auf der Kesselkoppe im Riesengebirge



Die Fotografie zeigt den so bezeichneten „Ski-Großmeister Kurt Endler“ in Begleitung auf der Kesselkoppe im Riesengebirge. Beide Männer tragen ihre Skier über der Schulter, während sie sich zu Fuß mit einem Skistock von der Bergspitze den Kamm abwärts bewegen. Die von der Fotografin Maria Valtingojer (1897-1978) gewählte Perspektive zeigt die beiden Männer bei einem gefährlich wirkenden Gang über den Kamm mit einem atemberaubenden Blick ins Riesengebirge im Hintergrund. Dadurch wird ein steiler Abfall des Berges suggeriert, der jedoch nicht den Tatsachen entspricht. Die perspektivische Zuspitzung veranschaulicht das große fotografische Können der als „Jägerin mit der Kamera“ bezeichneten Fotografin, die für ihre Landschaftsaufnahmen und Porträts deutschlandweit bekannt war.¹

Die Kesselkoppe, auch Kotel genannt, liegt auf 1.435 Metern im Böhmischem Kamm des Riesengebirges. Der 1897 geborene Kurt Endler gewann 1925 in Kitzbühl die Deutschen Skimeisterschaften in der Nordischen Kombination und erhielt den Titel „Deutscher Skimeister“. Die Deutschen Skimeisterschaften wurden von 1900 bis 1944 ausgetragen. Kurt Endler war Mitinitiator der 1920 erbauten Schanze am Hang des Teufelsbergs (heute: Čert'ova hora), die damals die größte Schanze auf dem Gebiet der Tschechoslowakei war. Sein Vater Franz Endler war Besitzer der auf schlesischer Seite liegenden Reifträgerbaude.

NR

31

Heimatstube
Schreiberhau im
Museum in der
Remise Bad Harzburg,
35005263,
Maria Valtingojer,
zwischen 1942
und 1945

© Stadt Bad Harzburg,
Foto: Mathias Damm

¹ Christian Henke, Zeit- und Kunstgeschichte auf Leinwand und Zelluloid. Schreiberhauer Kunstbegegnungen im Riesengebirge der Nachkriegsjahre, in: Silesia Nova (2020), S. 121 / 122.

Buch „Ingo – Die Geschichte meines Fischotters“



32

Angerburger Archiv in Rotenburg/Wümme, Nr. L 499, Walter von Sanden, 1939

© Rainer Wunderlich Verlag Tübingen, Bild: Angerburger Archiv

Walter von Sanden (1888-1972) hatte sich mit seinen Publikationen vor allem einen Namen als Ornithologe gemacht. Ebenso interessierte er sich jedoch für Säugetiere. In seiner liebenswerten Erzählung über den zahmen Fischotter Ingo widerlegt Walter von Sanden das Klischee des „heimlich lebenden Fischräuber[s], den es unbarmherzig zu verfolgen galt.“¹ Walter von Sanden kaufte Ingo in einer Tierhandlung. Auf Klein Guja lief Ingo frei herum und begleitete Walter von Sanden bei seinen Rundgängen. Edith von Sanden verewigte Ingo in einer Bronzeplastik. Das Buch „Ingo – Die Geschichte meines Fischotters“ wurde 2012 von der Autorin Grazyna Czausz aus Allenstein / Olsztyn ins Polnische übersetzt.² Der Fischotter Ingo ist heute das Maskottchen des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg.

NR

¹ Jörn Barfod u. a., Edith und Walter von Sanden-Guja, S. 50.
² <https://blog.ol-ig.de/?p=380> (zuletzt abgerufen am 17.05.2021). Bisher wurde das Buch allerdings noch nicht veröffentlicht.

Buch „Zugvögel“



33

Angerburger Archiv in Rotenburg/Wümme, Nr. L 483, Walter von Sanden-Guja, 1950

© Holzner Verlag, Bild: Angerburger Archiv

In dem Buch „Zugvögel“ verarbeitete Walter von Sanden-Guja (1888-1972) die Erlebnisse seiner Flucht von Ostpreußen nach Kärnten. Am 22. Februar 1945 flüchtete er mit seiner Frau und einem polnischen Begleiter auf Fahrrädern vor der anrückenden Front. Über das zugefrorene Haff gelangten sie auf die Nehrung, von wo sie westwärts fuhren. Anschließend ging es weiter südwärts durch das vom Krieg zerstörte Land. Nach wochenlangen Strapazen erreichten sie ihren Hof in Kärnten. 1950 veröffentlichte er seine Erlebnisse. Christoph Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum kommentiert die eindringliche Darstellung von Sanden-Gujas wie folgt: „Die vielfach schonungslos offenen Darstellungen werden dadurch abgemildert, dass er sie mit kleinen Beobachtungen von Vögeln verband, die in aller Hoffnungslosigkeit des Moments immer auch ein klein wenig Menschlichkeit und Zukunft ahnen lassen.“¹

NR

¹ <https://www.ostpreussisches-landesmuseum.de/termine/zugvogel-ein-bericht-uber-die-flucht-aus-ostpreussen-1945/> (zuletzt abgerufen am 17.05.2021).

Buch „Der Große Binsensee“



34

Angerburger Archiv in
Rotenburg / Wümme,
Nr. L 465,
Walter von Sanden-Guja,
1953

© Franck'sche Verlags-
handlung Stuttgart, Bild:
Angerburger Archiv

Bronzeplastik „Wasserralle“



35

Angerburger Archiv in
Rotenburg / Wümme,
Nr. K174,
Edith von Sanden-Guja,
zwischen 1947 und 1979

© Angerburger Archiv,
Foto: unbekannt

1953 veröffentlichte Walter von Sanden-Guja (1888-1972) ein Buch über den Dümmer. 1947 war er mit seiner Frau von Kärnten ins niedersächsische Hüde gezogen, nachdem er länger nach einem See gesucht hatte, der dem Nordenburger See in Ostpreußen ähnelte. Beide flachen Seen bieten Lebensraum für Vögel. Von Sanden-Guja widmete sich wieder Naturbeobachtungen. Er hatte sich bereits vor 1945 erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Nordenburger See zum Naturschutzgebiet erklärt wurde.

Nun warnte er vor den schädlichen Folgen der Eindeichung für die Tier- und Pflanzenwelt am Dümmer. In seinem Buch „Der Große Binsensee“ beschreibt er mithilfe zahlreicher Fotografien die Wandlungsfähigkeit des Sees im Lauf der Jahreszeiten vor der Eindeichung. Auf diese Weise setzte er dem Dümmer ein literarisches Denkmal und machte auf den dringend nötigen Naturschutz aufmerksam. 1965 erhielt er dafür das Verdienstkreuz des niedersächsischen Verdienstordens.

NR

Edith von Sanden-Guja (1894-1979) fertigte die Bronzeplastik der Wasserralle während ihrer Zeit am Dümmer See. 1948 ließ sich das Paar ein Fischerboot nach ostpreußischen Vorgaben bauen, mit dem sie auf den Dümmer hinausfuhren. Der Dümmer ist ein bedeutendes Vogelschutzgebiet. Die Wasserralle gehört zu den scheuen Vögeln, die sich besonders in Sumpfbereichen und Flussauen wohlfühlt. Sie baut ihre Nester versteckt im Schilf und macht sich oft nur durch ihren Laut bemerkbar. Der Röhrich, ein Urwald aus Schilf und anderen Stängeln, findet sich vor allem an der West- und Südseite des Dümmer, also in unmittelbarer Nähe von Hüde. Dort brüten neben Wasserrallen auch Gänse oder die seltene Bartmeise.¹ Edith von Sanden-Guja fertigte die Wasserralle wie alle ihre Plastiken, den natürlichen Maßen der Tiere entsprechend, lebensgroß an.

NR

¹ http://www.naturschutzring-duemmer.de/Vogelfuehrer_Duemmer_Gesamt.pdf (zuletzt abgerufen am 17.05.2021).

Skulptur Rübezahl mit Sammeldose



Die Rübezahl-Figur aus Holz wurde von dem aus Wanssen in Niederschlesien stammenden Ludwig Kindler (1934-2003) geschnitzt. Die Figur knüpft an die Darstellung Rübezahls als Mönch an und zeigt ihn mit Kutte und Kapuze, in beiden Händen einen langen Wanderstab haltend. Sein Blick ist gesenkt und wirkt in sich gekehrt und betrübt. Auf der Oberseite des Kastens, auf dem die Figur steht, befindet sich ein Schlitz für Münzen und ein Loch für gerollte Scheine.

Die christlichen Attribute entsprechen dem geliebten Katholizismus des Künstlers. Kindler, der im August 1946 als 12-Jähriger mit seiner Familie ausgewiesen wurde, kam am 13. August 1946 infolge der „Operation Swallow“ mit dem Transport Nr. 450 über Mariental nach Delmenhorst. Er lebte mit seiner Familie zunächst im Lager Adelheide. Von Krieg, Flucht und endgültiger Ausweisung traumatisiert war er gesundheitlich angeschlagen. Seine Tischlerlehre konnte er nicht beenden, leitete später aber die Werkstatt einer Buchbinderei.

In seiner Freizeit schuf er Zeichnungen, Bilder, Schnitzereien und Tonarbeiten. Bereits 1959 wurde er „Herrgottschnitzer von Annenheide“¹, nach dem Stadtteil von Delmenhorst, in dem er wohnte, genannt. Dem Gläubigen ging es dabei um innere Einkehr. „Nicht die Abkehr von der Welt, sondern die Sammlung in ihr, ist dabei zu seinem gestalteten Prinzip geworden“, würdigt ihn der Weser-Kurier in einem Artikel 1983. „Das Schnitzen von immer neuen Krippenfiguren wurde ihm zum Ruhepunkt des eigenen Lebens. Die Einfachheit der Lebenszusammenhänge der Geburt des Heilandes bestimmte darüber hinaus die äußere Form seines Werks.“²

Für seine Gemeinde St. Christophorus schuf er das Schnitzwerk am Gehäuse der Orgel.³ Er war ehrenamtlich aktiv im Kolpingswerk, in der Gemeinde und beim Malteser Hilfsdienst. Kindler leitete in Delmenhorst die Heimatgemeinschaft Wanssen und war stellvertretender Vorsitzender der gleichnamigen Bundesvereinigung.

NR

¹ Die Geburt Jesu als Thema, in: Weser-Kurier, Lokalteil Delmenhorster Kurier, 24./25./26.12.1983.

² Ebd.

³ <https://www.orgeln-im-oldenburger-land.de/del/delmenhorst-christophorus/> (zuletzt abgerufen am 31.03.2021).

Gemälde „Grulicher Straße mit Drehorgelmann“



37

Heimatstube Mittelwalde in Lohne, o. Nr., Joseph Andreas Pausewang, 1950

© Heimatverein Lohne, Bild: Benno Dräger

Das 1950 von Joseph Andreas Pausewang (1908-1955) gemalte Ölbild entstand auf einer Hartfaserpappe. Es zeigt die charakteristischen hölzernen Laubenhäuser der Grulicher Straße in Mittelwalde, die sich von den steinernen Lauben am Beginn des Marktplatzes abhoben. Die Arkaden des Mittelwalder Rings sind am Ende der leicht gebogenen Straße im Bildhintergrund zu erkennen.

Der am 17. November 1908 in Bobischau in der Grafschaft Glatz geborene Joseph Andreas Pausewang lebte ab 1912 in unmittelbarer Nähe zur dargestellten Szenerie, im Mittelwalder Ring 9. Er zählte diese Zeit „zu den glücklichsten meines Lebens“¹.

Pausewang war das einzige Kind des Lehrers Robert Pausewang. Die tiefe Frömmigkeit des Vaters – wie sie allgemein in der als „Herrgottsländchen“ oder „Marienland“ bezeichneten Grafschaft Glatz verbreitet war – wurde für ihn prägend. Im Frühjahr 1928 beendete er seine Kunstausbildung an der

„Malschule Wasner“ in Breslau und begab sich auf Wanderschaft, die ihn u. a. nach Berlin, München sowie ins Oldenburger Land führte. 1933 heiratete er in Dresden Charlotte Doberrentz, mit der er eine Tochter und Zwillingssöhne bekam. 1943 kehrte er zurück in seine Heimatstadt Mittelwalde, um „Maler seiner Glatzer Heimat“² zu werden, wie es im Rückblick nach 1945 in Texten und Nachrufen heißt. Nach Kriegseinsatz und Gefangenschaft lebte er mit seiner aus Schlesien vertriebenen Familie in Lohne. Pausewang hat sowohl in seiner schlesischen als auch in seiner Lohner Zeit zahlreiche Landschaftsbilder mit Glatzschaffter Motiven geschaffen. Mit seinen Bildern wollte er der Heimat dienen und die Erinnerung an die Heimat wachhalten. Über die von ihm verwendete Stilrichtung urteilte er selbst: „Die heimatlichen Landschaften male ich aus Ehrfurcht der Natur gegenüber naturalistisch.“³

NR

¹ Ruth Dalinghaus, ... aber die Erinnerung bleibt. Joseph Andreas Pausewang (1908-1955). Ein niederschlesischer Maler in Lohne, Industriemuseum Lohne 2007, S. 21.

² Ebd, S. 37.

³ Nina Hötzel-Strauch, Leben und Werk des Kunstmalers Joseph Andreas Pausewang, in: Zentralstelle Grafschaft Glatz (Hrsg.), Grotzschaffter Häämtebärnla, Lüdenscheid 2008, S. 45-48, hier: S. 46.

Gemälde

„MISERICORDIA. Die Barmherzigkeit in Ruinen“



38

Freundeskreis
Luzie Uptmoor e. V.,
Lohne,
o. Nr.,
Joseph Andreas
Pausewang,
1948

© Freundeskreis
Luzie Uptmoor e. V.

Ein Jahr nach seiner Rückkehr aus der britischen Kriegsgefangenschaft in Italien malte Joseph Andreas Pausewang (1908-1955) das Ölbild „MISERICORDIA. Die Barmherzigkeit in Ruinen“. Es entstand im Atelier von Willi Helmes in Lohne und war in Ermangelung hochwertiger Materialien auf einer Hartfaserplatte gemalt. Das Bild stellt die Situation im zerstörten Nachkriegsdeutschland dar.

Ruth Dalinghaus hat das Bild in Anlehnung an eine Bleistiftskizze mit Namen „Deutscher Karfreitag“ einer Reihe von Bildern zugeordnet, mit denen Pausewang sich mit Flucht, Vertreibung und Bombenkrieg auseinandersetzte.¹ Verweisen die anderen Bilder dieses Zyklus auf die Passionsgeschichte oder parallelisieren die Geburt Jesu mit der aktuellen Situation der Flüchtlinge, Vertriebenen und Ausgebombten, so wirkt MISERICORDIA eher wie eine Apokalypse. Der Hoffnung suggerierende Titel des Bildes wird kontrastiert mit der drastisch dargestellten Notlage der Menschen, von denen einige zwar Barmherzigkeit erfahren und wieder andere – vermutlich Ein-

heimische – an ein prosperierendes Leben anknüpfen können, doch für einen großen Teil der Menschen der Kampf um Leben und Tod noch nicht zu Ende war. Die intakten Kirchtürme und die beiden barmherzigen Schwestern mit Heiligenschein verweisen auf einen möglichen Halt im Glauben, dennoch dominiert der Tod das Geschehen.

Über die stilistische Richtung seiner Bilder äußerte sich Pausewang anlässlich einer Ausstellung 1949 in Vechta: „Meine Ölbilder, besonders meine religiösen Darstellungen, haben eine sehr herbe, fast kubische Note.“² Dalinghaus zufolge orientierte sich der Maler in seinen religiösen Bildern stilistisch an der Klassischen Moderne.³ Pausewang, der im Glauben Halt und Orientierung suchte, setzte sich als Mitglied im Lohner Stadtrat sowie im Flüchtlingsrat engagiert für die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen ein. 1955 erlag er einem Herzstill-

NR

¹ Ruth Dalinghaus, ... aber die Erinnerung bleibt. Joseph Andreas Pausewang (1908-1955). Ein niederschlesischer Maler in Lohne, Industriemuseum Lohne 2007, S. 112.

² Nina Hötzel-Strauch, Leben und Werk des Kunstmalers Joseph Andreas Pausewang, in: Zentralstelle Grafschaft Glatz (Hrsg.), Grofschoaftersch Häämtebärnla, Lüdenscheid 2008, S. 45-48, hier: S. 46.

³ Dalinghaus, Pausewang, S. 116.

Aquarell „Vorlaubenhaus“



39

Stuhmer Museum
in Bremervörde,
o. Nr.,
Heinz Seifert,
1985

© Stuhmer Museum

Heinz Seifert (1921-2014) wurde im ostpreußischen Mohrungen (heute: Morąg) geboren, wo er seine Kindheit verbrachte. Im Alter von elf Jahren zog er mit seiner Familie nach Baumgarth (heute: Baġart) im Landkreis Stuhm / Westpreußen. Nach dem damals üblichen „Landjahr“ bei einem Bauern im Ort begann er 1935 eine Ausbildung als Zimmermann. 1940 wurde er zur Wehrmacht eingezogen, in der er für handwerkliche Arbeiten eingesetzt wurde. Im Februar 1945 geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft. In dieser Zeit fertigte er bereits Zeichnungen an. 1946 ging er nach seiner Entlassung nach Stubben bei Bremerhaven zu seiner Verlobten und heiratete. Er arbeitete für die US-Streitkräfte als Tischler. Erst nach seinem Ruhestand hatte er ab 1984 wieder Zeit und Muße zum Zeichnen. Es entstanden weit über 100 Zeichnungen. Hauptsächlich malte Seifert Motive aus seiner alten Heimat West- und Ostpreußen, die er auf Grundlage von Fotografien anfertigte. Dazu gehört das Bild „Vorlaubenhaus“.

Vorlaubenhäuser waren vor allem östlich der Elbe populär. Sie sind gekennzeichnet durch eine vorgebaute Laube, d. h. Vorhalle. In Preußen gab es mehrere Vorlaubenhaustypen. In der von Seifert gezeichneten Version ist die Laube an der Traufseite dem Hausflur vorgebaut und betont den Haupteingang. Der Vorteil dieser Bauweise lag darin, dass bei einem Brand das herabfallende Stroh der Dacheindeckung vom Haupteingang weggelenkt wurde und der Weg ins Freie länger sicher blieb. Das Farbaquarell erinnert an eine Schwarz-Weiß-Federzeichnung eines ganz ähnlich aussehenden Vorlaubenhauses südlich der katholischen Kirche in Lichtfelde, einem Nachbarort von Baumgarth. Beide von Seifert gezeichneten Vorlaubenhäuser weisen das Fachwerk als charakteristischen Baustil auf, das auf der Giebelseite besonders schön verziert ist.

NR

Aquarell

„Torfschiffer beim Überqueren eines Klappstaues“



40

Stuhmer Museum
in Bremervörde,
o. Nr.,
Heinz Seifert,
1987

© Stuhmer Museum

Heinz Seifert (1921-2014) malte zahlreiche niedersächsische Motive aus seiner neuen Heimat im Elbe-Weser-Dreieck. Das Bild „Torfschiffer beim Überqueren eines Klappstaues“ hat er in Schwarz-Weiß und in Farbe gezeichnet. Es zeigt einen älteren Mann, der mit einer Holzstange in der Hand das Boot navigiert und gerade ansetzt, den Klappstau zu überqueren.

Der Klappstau wurde 1825 von Moorkommissar Claus Witte erfunden und erleichterte den Moorbauern und Torfstechern das Leben. Er ermöglichte es, Wasser zurückzuhalten und die Kanäle in beide Richtungen zu befahren. Torf war als Wirtschaftsgut immer wertvoller geworden, der Transport über die Kanäle war allerdings mühsam. Hier setzte die Erfindung von Witte ein: Der Klappstau war auf beiden Seiten des Grabens mit Holzbohlen befestigt. In der Mitte gab es eine bewegliche Sperre für das Wasser, die von halbrunden seitlichen Begrenzungen gehalten wurde. Sie richtete sich horizontal durch den Wasserdruck auf. Die hohe Bugausformung der Torfkähne – wie sie Seifert darstellt – fuhr

auf die bewegliche Sperre auf, drückte sie nach unten und überfuhr das Hindernis.

Das Bild zeigt auf, dass der sich selbst als Amateur und Autodidakt bezeichnende Seifert seine Umgebung sehr genau analysierte und die realistische Malerei beherrschte. Er malte und zeichnete in Öl, Aquarell, Feder, Graphit und Kreide. Seit 1988 war er Mitglied der Künstlervereinigung „ARCHE“ und dort bei Gruppenausstellungen in Beverstedt vertreten. Darüber hinaus stellte er in der Städtischen Sparkasse Bremerhaven und im Kreishaus Bremervörde aus sowie ab 1988 jährlich in der Kreissparkasse in Stubben, seinem Wohnort.

Seifert war über viele Jahre lang in der Stuhmer Heimatkreisvertretung aktiv. Seine Federzeichnungen wurden für zahlreiche Heimatkreisbriefe verwendet. Auch mit seinem handwerklichen Können unterstützte er den Heimatkreis, etwa beim Umzug des Stuhmer Museums 1993.

NR

Foto Schlesische Trachtengruppe Aurich



41

Historisches Museum
Aurich,
HMA-07354,
Fotografie nach 1945

© Historisches
Museum Aurich,
Foto: unbekannt

Die Schwarz-Weiß-Fotografie zeigt sechs Frauen in niederschlesischer Tracht und einen Mann im Anzug, die vor einer Bergkulisse posieren. Die weißen Schürzen und Schultertücher über dem schwarzen Mieder und Rock verweisen darauf, dass es sich um einen Festtagsanlass handelt, denn nur zu Hochzeiten, Weihnachten oder Ostern wurde das in der Regel handgestickte so genannte Weißzeug getragen.¹ Das Schultertuch läuft zur Taille hin spitz zu und wird dort mit einer Brosche zusammengehalten. Erkennbar sind die weißen Kniestrümpfe und die schwarzen Halbschuhe. Auffällig ist der unterschiedliche Kopfschmuck. Während die Frau in der Mitte eine weiße Haube trägt, tragen die anderen die traditionelle Haube aus schwarzem Samt, die an den Rändern mit Spitzen besetzt ist. Die Frau rechts von der mittleren hat eine Haube, deren schwarze Bänder unter dem Kinn zusammengeknotet sind und vorne bis über die Taille herunterhängen.

Als Tracht wird die gruppengebundene Kleidung der ländlichen Bevölkerung bezeichnet, die je

nach Region, Konfession und Zeit unterschiedliche Ausprägungen aufweist. Trachten wechseln hinsichtlich ihres Anlasses und spiegeln den sozialen Status der Träger wider. Sie stellen eine ländliche Adaption adeliger und städtischer Moden dar, die im 19. Jahrhundert bei Frauentrachten aus Rock, Mieder, Haube und Umschlagtüchern bestand. Im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa heißt es dazu: „Anfang des 20. Jahrhunderts waren die örtlichen Trachten längst im Schwinden, lediglich als Markenzeichen bestimmter Berufsgruppen (Dienstmädchen, Händler) konnten sich einzelne Trachten(-elemente) noch halten, bis sie im Zuge zunächst bürgerlich-romantischer, später auch nationaler Idealisierung einen besonderen Wert erhielten und schließlich ab ca. 1920 Objekte gezielter Volkstumspflege wurden.“²

Für Schlesien sind Trachten nur in Dörfern mit wohlhabenderer Bevölkerung bezeugt.

NR

¹ <https://landsmannschaft-schlesien.de/schlesische-trachten/> (zuletzt abgerufen am 16.04.2021).

² Detlef Haberland / Heinke Kalinke / Matthias Weber / Tobias Weger, Schlesien, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2011. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54153.html (zuletzt abgerufen am 26.07.2021).

Eichendorff-Plakette



Die Auszeichnung wird jährlich verliehen und gemeinsam mit dem Verband Deutscher Gebirgs- und Wandervereine koordiniert. Sie möchte auf diese Weise die Arbeit der Mitgliedsvereine und deren Ortsgruppen, Zweigvereine und Abteilungen würdigen. Von den acht im Jahr 1984 ausgezeichneten Wander- und Gebirgsvereinen stammten neben dem Glatzer Gebirgs-Verein drei weitere Vereine aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten.

Die Auszeichnung wurde nach Joseph Freiherr von Eichendorff benannt. Eichendorff, geb. am 10. März 1788 auf Schloss Lubowitz in Oberschlesien, gestorben am 26. November 1857 in Neisse (heute: Nysa), war ein bedeutender Lyriker und Schriftsteller der Romantik. In seinem Gedicht „Der frohe Wandersmann“ erscheint das Wandern als besondere Betätigung, die den Menschen Gott durch die Natur nahebringt. Das Gedicht verdeutlicht außerdem die große Bedeutung, die die Romantiker der von Gott geschaffenen Natur beimaßen. Von Eichendorff ist der Ausspruch überliefert: „Die Heimat hat eine eigene Zauberei, die kein Dichter entbehren kann.“¹ Eben diese Zauberei versuchte Eichendorff durch seine Lyrik einzufangen. In seinem von Felix Mendelssohn Bartholdy vertonten Gedicht „Der Jäger Wald“ hat Eichendorff wiederum die Schönheit des Waldes und Gott als ihren Schöpfer besungen. Die Benennung der Auszeichnung nach dem berühmten Lyriker Eichendorff, der seiner Heimat zeitlebens eng verbunden war, zeigt außerdem die Bedeutung der ehemaligen Ostprovinzen für die deutsche Kultur.

Die Plakette aus Porzellan wurde von der Porzellanfabrik Goebel im bayerischen Rödental gefertigt. Sie zeigt auf der Vorderseite in der Mitte das Konterfei des Dichters mit dem umliegenden Schriftzug „Joseph Freiherr von Eichendorff“. Auf der Rückseite findet sich die Aufschrift „Für Verdienste um Wandern, Heimat und Umwelt“ und mittig der Reichsadler. Die dazugehörige Urkunde trägt die Unterschrift des damaligen Bundespräsidenten Karl Carstens und links daneben einen goldfarbenen Bundesadler. Die Urkunde ist mit einer schwarz-rot-goldenen Kordel verziert.

NR

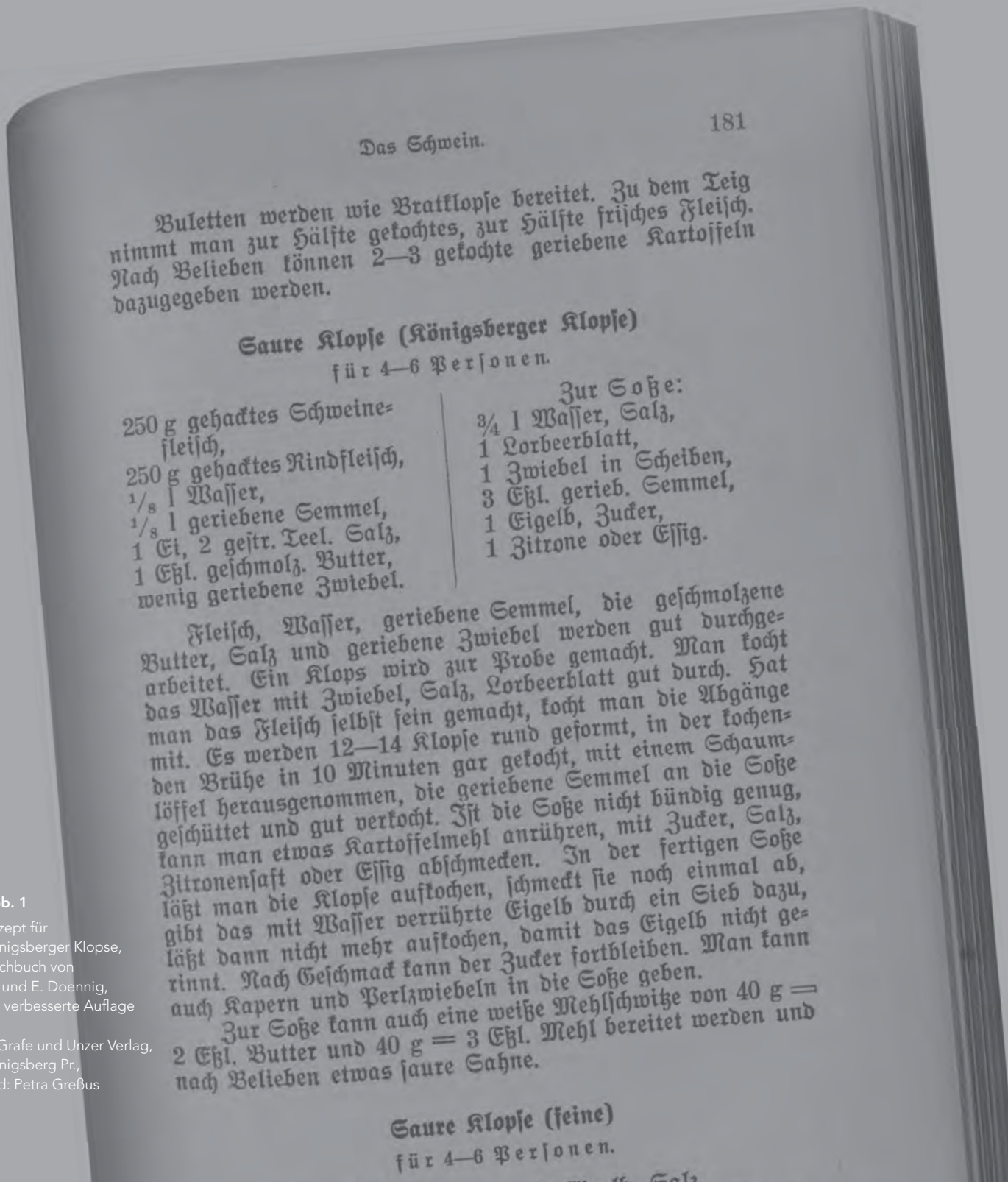
Am 2. Februar 1984 verlieh der damalige Bundespräsident Karl Carstens dem Glatzer Gebirgs-Verein die Eichendorff-Plakette. Sie stellt die höchste staatliche Auszeichnung für Gebirgs- und Wandervereine in der Bundesrepublik Deutschland dar und wurde von Carstens 1983 gestiftet. Der Bundespräsident ehrt damit Wander- und Gebirgsvereine, die seit mehr als 100 Jahren bestehen und sich in besonderer Weise um die Pflege und Förderung des Wanderns, des Heimatgedankens und des Umweltbewusstseins verdient gemacht haben.

¹ Suzanna Wycisk-Müller, Schöpferisches Schlesien von A bis Z, Bd. 1, Leipzig 2014, S. 57.



„Es ist ein Brauch von alters her...“

(Wilhelm Busch)



Buletten werden wie Bratklopse bereitet. Zu dem Teig nimmt man zur Hälfte gekochtes, zur Hälfte frisches Fleisch. Nach Belieben können 2—3 gekochte geriebene Kartoffeln dazugegeben werden.

Saure Klopse (Königsberger Klopse)
für 4—6 Personen.

250 g gehacktes Schweinefleisch,
250 g gehacktes Rindfleisch,
 $\frac{1}{8}$ l Wasser,
 $\frac{1}{8}$ l geriebene Semmel,
1 Ei, 2 gestr. Teel. Salz,
1 Eßl. geschmolz. Butter,
wenig geriebene Zwiebel.

Zur Soße:
 $\frac{3}{4}$ l Wasser, Salz,
1 Lorbeerblatt,
1 Zwiebel in Scheiben,
3 Eßl. gerieb. Semmel,
1 Eigelb, Zucker,
1 Zitrone oder Essig.

Fleisch, Wasser, geriebene Semmel, die geschmolzene Butter, Salz und geriebene Zwiebel werden gut durchgearbeitet. Ein Klops wird zur Probe gemacht. Man kocht das Wasser mit Zwiebel, Salz, Lorbeerblatt gut durch. Hat man das Fleisch selbst fein gemacht, kocht man die Abgänge mit. Es werden 12—14 Klopse rund geformt, in der kochenden Brühe in 10 Minuten gar gekocht, mit einem Schaumlöffel herausgenommen, die geriebene Semmel an die Soße geschüttet und gut verkocht. Ist die Soße nicht bündig genug, kann man etwas Kartoffelmehl anrühren, mit Zucker, Salz, Zitronensaft oder Essig abschmecken. In der fertigen Soße läßt man die Klopse aufkochen, schmeckt sie noch einmal ab, gibt das mit Wasser verrührte Eigelb durch ein Sieb dazu, läßt dann nicht mehr aufkochen, damit das Eigelb nicht gerinnt. Nach Geschmack kann der Zucker fortbleiben. Man kann auch Kapern und Perlzwiebeln in die Soße geben.
Zur Soße kann auch eine weiße Mehlschwitze von 40 g = 2 Eßl. Butter und 40 g = 3 Eßl. Mehl bereitet werden und nach Belieben etwas saure Sahne.

Saure Klopse (feine)
für 4—6 Personen.

Abb. 1
Rezept für
Königsberger Klopse,
Kochbuch von
M. und E. Doennig,
25. verbesserte Auflage

© Grafe und Unzer Verlag,
Königsberg Pr.,
Bild: Petra Greßus

Kulinarisches

Königsberger Klopse, Mohnklöße und Schlesisches Himmelreich bereichern bis heute den bundesdeutschen Speiseplan – Tollatsch und Kliebensuppe sind weitestgehend vergessen.

Kochkulturen entwickeln sich häufig nach den regional zur Verfügung stehenden Lebensmitteln: So bildet sich in einem Klima, das Paprika und Auberginen hervorbringt, eine andere Küche als an Orten, die am Meer liegen und häufig von Fischgerichten bestimmt sind. Prägend für die Geschmacksentwicklung sind die Gewohnheiten, die man als Kind annimmt.

Mohnstollen oder Mohnstriezel

Einen Hefeteig aus 700 gr. Mehl, 40 gr. Hefe, 1½ - knapp 2 Tassen Milch, 1 Prise Salz, 100-125 gr. Zucker, reichlich 100 gr. Butter, Abgeriebenes einer Zitronenschale (ungespritzt) u. 3 Eigelb bereiten.

Auf einem mit Mehl bestreuten Nudelbrett oder Tisch zu einem fingerdicken Rechteck ausrollen, mit folgender erkalteten (nicht aus dem Eisschrank) Masse bestreichen = 500 gr. gemahlene Mohn mit ½ ltr. kochender Milch überbrühen – eine Stunde stehen lassen u. dann mit 1-2 Eiern, 50 gr. gehackten Mandeln (süß), evtl. wenigen bitteren Mandeln (ich gab nie solche dazu), 35-50 gr. in kl. Würfeln geschnittenen Orangeat – ebenso Zitronat – 250 gr. Zucker – 40 gr. Butter – 1-2 Eßlöffel Sultaninen – alles gut mischen. Den bestrichenen Teig (Ränder 3 cm frei lassen) zu einem brotähnlichen Laib zusammenrollen – auf ein gut gebuttertes Blech legen – nochmals gut gehen lassen[,] mit Ei bestreichen u. zu schöner Farbe backen. Ich lege den Stollen auf eine Seite des Blechs – an die offene Seite schirme ich ihn durch eine Kastenform ab.

Achtung Solltest Du keine Mohnmühle haben und die fertige Mohnmasse [= vom Bäcker] verwenden – bitte nicht mit heißer Milch brühen od. bedeutend weniger nehmen.

Die aus dem Osten Geflohenen und Vertriebenen brachten auch ihre jeweiligen Kochtraditionen mit. Als besonders eingängig erwiesen sich die schlesischen Mohnrezepte, ebenso verschiedene Wurstspezialitäten und Pilzgerichte. So hielten zum Beispiel in westdeutsche Metzgereien Krakauer, Schlesische Bratwürste, Polnische und nicht zuletzt die Pommersche Teewurst Einzug und sind bis zum heutigen Tage aus der Wursttheke nicht mehr wegzudenken.

Die norddeutsche Küche teilt sich mit der schlesischen die Verbindung von herzhaft und süß. Sie findet sich in Form einer Mischung von Obst und Speck sowohl im schlesischen Himmelreich als auch im norddeutschen Birnen-Bohnen-Speck-Eintopf. Die schlesische Tradition, zur Bindung von Soßen für Schweinebraten oder Karpfen Lebkuchen zu nutzen, hat sich hingegen weniger verbreitet.

Eine Besonderheit stellen Traditionen zur Herstellung von Spirituosen dar. Berühmt geworden ist das Danziger Goldwasser ebenso wie das Trakehner Blut und der Bärenfang. In einem Beitrag aus dem Jahr 2000 ist zu lesen:

„Häufig wird berichtet, daß eine Flasche Bärenfang oder Goldwasser schon seit zwei oder drei Jahren im Schrank stehe und zumeist Gästen angeboten werde. [...] hier wird symbolischer Konsum betrieben, Heimat transsubstantiiert und in kleinen Schlückchen eingenommen.“¹ – der Ausspruch von Wilhelm Buschs Frommen Helene, „Wer Sorgen hat, hat auch Likör“, ist hier im Nicht-Konsum der geretteten Köstlichkeiten geradezu umgekehrt.

Andere Studien belegen, dass regionale Koch- und Essgewohnheiten von vielen Vertriebenen erst nach Flucht und Vertreibung angenommen wurden, um so eine Bindung zur Heimat herzustellen.

In Zeiten, in denen der Sonntagsbraten ein friedliches Nebeneinander mit Pizza, Kebab und Köttbullar fristet, ist es kaum mehr vorstellbar, was herkunftsbezogene Essgewohnheiten bedeuten können. Auf der anderen Seite darf die Mangellage zwischen Kriegsende und Wirtschaftswunder nicht vergessen werden: Lebensmittel waren für alle

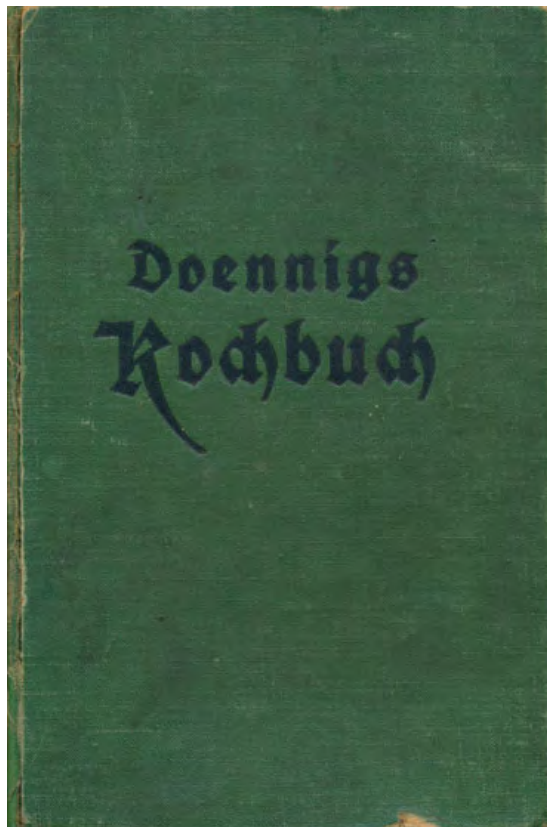
rationiert. Diejenigen, die die Möglichkeit hatten, „in die Pilze“ zu gehen oder sonstige Wald- und Feldfrüchte zu sammeln, konnten auf diese Weise einerseits gewohnte Gerichte auf den Tisch bringen, andererseits aber auch den kargen Speiseplan erweitern. So ist die abwertende Bezeichnung „Pilz-

sammler“, die den Flüchtlingen und Vertriebenen gegeben wurde, eigentlich auch für Westdeutsche, die in gleicher Weise zusätzliche Nahrungsmittel suchten, zu verwenden.

BM

¹ Utz Jeggele, zitiert nach: Andreas Kossert, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, Bonn 2015, S. 311.

Doennigs Kochbuch



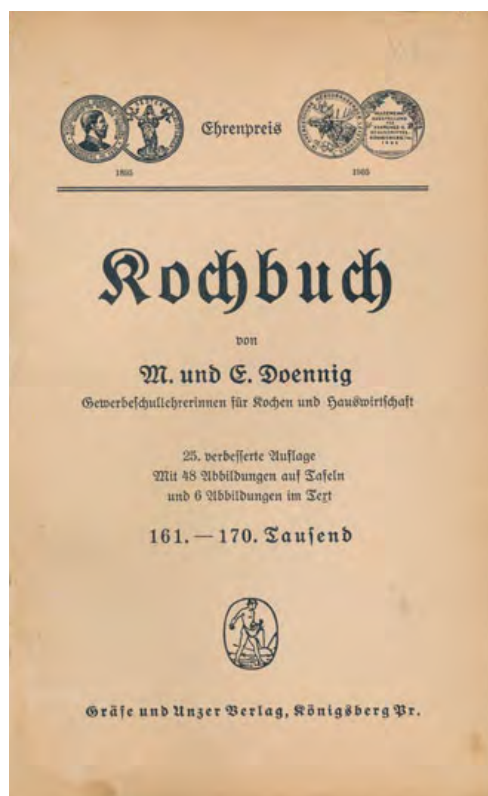
Das Kochbuch von Margarete und Elisabeth Doennig, „Gewerbeschullehrerinnen für Kochen und Hauswirtschaft“, wurde 1902 das erste Mal aufgelegt und war als Anfängerkochbuch konzipiert. Die Mutter der heutigen Besitzerin des hier gezeigten Exemplars, Ruth Greszus, musste seit 1941 für die Ernährung ihrer Familie sorgen, wobei ihr das Buch als Nachschlagewerk in allen Fragen diene. Die Schlachtung von Schweinen wird ebenso erklärt wie Maßeinheiten und mögliche Gegengewichte, falls keine Waage vorhanden ist.

Die Schwestern Doennig hatten in Königsberg 1891 eine Kochschule gegründet, in der Mädchen und junge Frauen das „Haushalten“ lernten. Hedy Groß erinnert sich folgendermaßen:

„Es gab ja bei uns in Ostpreußen viele ernsthafte Haushaltsschulen, in denen man von der Pike auf [...] alles in ein oder zwei Jahren gründlich erlernen konnte [...]. Aber diese Schulen wurden in der Regel von Mädchen besucht, die von vorne herein zur Hausfrau bestimmt waren, oder aber einen Beruf in dieser Richtung für sich selbst erwählt hatten. Die andern, die eigentlich vorgehabt hatten, etwa Lehrerin, Ärztin oder Apothekerin zu werden, denen aber unversehens ein Mann in die Quere gekommen war, der sie an diesem löblichen Vorhaben gehindert hatte, für sie war die Doennigsche Kochschule wie geschaffen. In kaum einem Vierteljahr konnte man hier hinter die Schliche der ‚feinen Küche‘ kommen.“¹

Das Buch erlebte bis heute in überarbeiteter Form 43 Auflagen und wird inzwischen mit dem Untertitel „Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit über 1.500 Rezepten“ angeboten.

BM



43

Privatbesitz von
Petra Greßus,
o. Nr.,
25. Auflage,
zwischen 1927
und 1940

© Gräfe und Unzer
Verlag, Königsberg Pr.,
Bilder: privat

¹ Hedy Groß, Die Schule der Bräute, in: Das Ostpreußenblatt, 5. November 1960, S. 7, online unter: archiv.preussische-allgemeine.de/1960/1960_11_05_45.pdf (zuletzt abgerufen am 30.07.2021).

Schmalzkrug und Rezept für Senfgurken



44

Heimatstube
Wollstein im
Handwerksmuseum
Suhlendorf,
o. Nr.,
vor 1945,
Herkunft:
Familie Georg Eckert

© Wollsteiner
Heimatstube,
Foto: Klaus Leber

Rezept für
Senfgurken,
privat,
um 1946

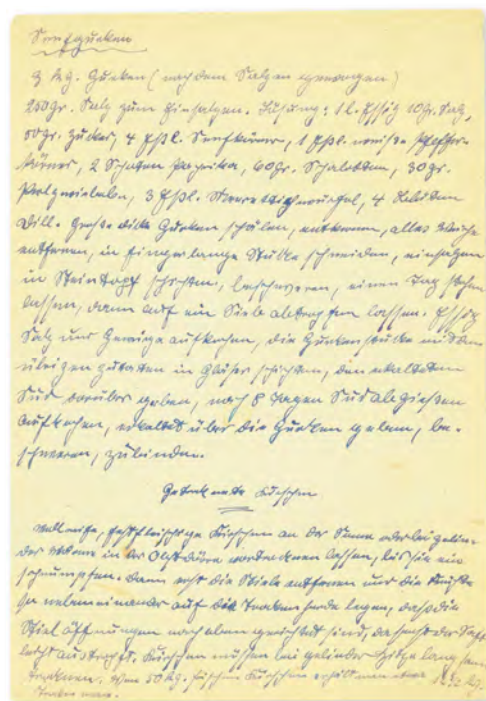
© privat

Nach Auskunft des ursprünglichen Besitzers wurde dieser Krug in der Zeit des Posener Landes als Schmalzbehälter verwendet. In dieser Funktion wurde er auch auf der Flucht mitgeführt.

In Fluchtberichten ist häufig zu lesen, wie kurz vor Aufbruch noch Nahrungsmittel vorbereitet wurden. Gerade fettreiche Lebensmittel waren wichtig, um den Körper mit ausreichend Energie zu versorgen – insbesondere auch in Hinblick auf die eiskalten Temperaturen.

Im Westen angekommen hat die Besitzerin des Krugs diesen noch jahrelang weiterverwendet. Allerdings nicht für Schmalz, sondern zum Einlegen von Gurken. Nach Posener Tradition dürfte es sich dabei wohl um Salzgurken gehandelt haben, eine regionale Alternative waren die schlesischen Senfgurken.

BM



Rezept für Senfgurken

3 kg. Gurken (nach dem Salzen gewogen)
250 gr. Salz zum Einsalzen.
Lösung: 1 l. Essig 10 gr. Salz, 50 gr. Zucker,
4 Eßl. Senfkörner, 1 Eßl. weiße Pfefferkörner,
2 Schoten Paprika, 60 gr. Schalotten,
30 gr. Perlzwiebeln, 3 Eßl. Meerrettichwürfel,
4 Blüten Dill.

Große dicke Gurken schälen, entkernen, alles Weiche entfernen, in fingerlange Stücke schneiden, einsalzen in Steintopf schichten, beschweren, einen Tag stehen lassen, dann auf ein Sieb abtropfen lassen. Essig[,] Salz und Gewürze aufkochen, die Gurkenstücke mit den übrigen Zutaten in Gläser schichten, den erkalteten Sud darüber geben, nach 8 Tagen Sud abgießen[,] aufkochen, erkaltet über die Gurken geben, beschweren, zubinden.

Trakehner und Hannoveraner Blut

45

Liköre
der Destillerie
Wiersbitzki

© Destillerie
Wiersbitzki



Die 1822 in Tapiaw gegründete Destillerie ist heute in Ahausen-Eversen ansässig und stellt nach wie vor Liköre nach alten Rezepturen her. Eine besondere Spezialität ist das Trakehner Blut, benannt nach der berühmten ostpreußischen Pferderasse. Einige dieser Pferde kamen – teilweise als Trecktiere – auch in den Westen, wo sie vor dem Aussterben bewahrt wurden und bis heute gezüchtet werden. 2019 bewarb sich die Trakehner Zucht um den Titel „immaterielles Kulturerbe“.

Die Aufnahme anderer Pferderassen in die Namen des Likör-Programms hat mit dem „Hannoveraner Blut“ eine besondere Geste erfahren, hat die Destillerie (und auch die Trakehner) in Niedersachsen doch eine neue Heimat gefunden.

BM

„Zwilling“

46

Heimatstube Oste-
rode / Ostpreußen,
in Osterode am Harz,
o. Nr.,
Herkunft und
Datierung unbekannt

© Heimatstube
Osterode, Foto:
Wolfgang Böttner



Diese ostpreußische Variante des Henkelmanns diente dazu, Mahlzeiten mit aufs Feld zu nehmen.

Nach Informationen einer Ostpreußin wurden in dem einen Topf meist Stampfkartoffeln mit Grießen, in dem anderen saure Milch transportiert.

Dieser Gebrauchsgegenstand hat die Integration leider nicht geschafft – vermutlich galt die Tonware als zu empfindlich und eine Isolierfunktion wie beim „echten“ Henkelmann war nicht gegeben.

BM



*„Nun geht es uns wieder etwas besser,
wenn es auch mit dem Geschäft recht
primitiv und klein ist, so sind wir doch
wieder in unserem Beruf tätig und
können uns ernähren.“*

(Charlotte Müller, 1948)

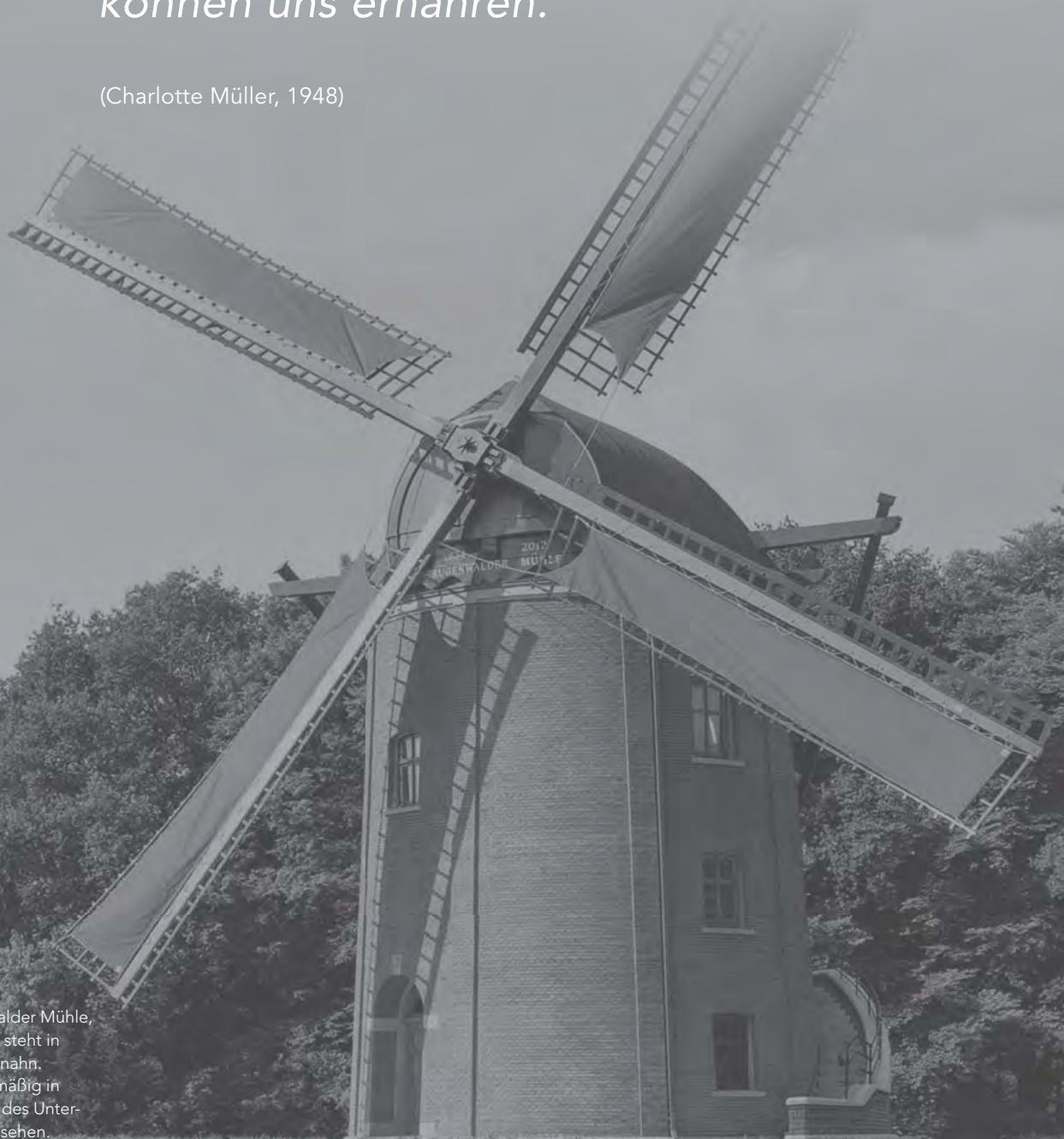


Abb. 1

Die Rügenwalder Mühle, erbaut 2012, steht in Bad Zwischenahn. Sie ist regelmäßig in Werbespots des Unternehmens zu sehen.

© Rügenwalder Mühle

Wirtschaft

Für sich selbst wirtschaftlich sorgen zu können, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Integrationsprozess. Im Jahr 1949 wies Niedersachsen hinter Schleswig-Holstein die zweithöchste Arbeitslosenquote unter Flüchtlingen und Vertriebenen auf. Bei einem Bevölkerungsanteil von 26,8 % lag die Arbeitslosigkeit mit 43,4 % überproportional hoch.¹ Betroffen waren besonders ländliche Gebiete, in die die Flüchtlinge und Vertriebenen zunächst gebracht wurden und in denen es wenig Erwerbsmöglichkeiten gab. Die Folge war ein wirtschaftlicher und sozialer Abstieg. Dieser wurde durch eine erwerbsfremde Tätigkeit als abhängig Beschäftigte in der Landwirtschaft nur geringfügig gemildert.

Die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in die BRD führte zu einer sozialen und wirtschaftlichen Umschichtung.² 1939 arbeiteten in den Ostgebieten noch 40 % der Erwerbstätigen in land- und forstwirtschaftlichen Berufen, während der Anteil unter der westdeutschen Bevölkerung bei 25,2 % lag. Demgegenüber lag der Anteil der industriellen und handwerklichen Berufe in der westdeutschen Bevölkerung 1939 bei 37,8 % und bei der ostdeutschen Bevölkerung bei 32,2 %. 1946 übten nur noch 29,3 % der Flüchtlinge und Vertriebenen land- und forstwirtschaftliche Berufe aus, während ihr Anteil bei den industriellen und handwerklichen Berufen auf 37,5 % gestiegen war. Der soziale Abstieg zeigte sich besonders durch die Abnahme des Anteils der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, wovon zuvor selbständig tätige Landwirte besonders betroffen waren. Die soziale Umschichtung führte dazu, dass der Anteil der Arbeitnehmenden unter den Flüchtlingen und Vertriebenen im Jahr 1950 auf 95 % stieg.

Nicht immer wurden geflüchtete und vertriebene Erwerbstätige zur Konkurrenz für die Einheimischen. 7.000 Glaswerker, davon 90 % aus Niederschlesien und der brandenburgischen Niederlausitz, bereicherten die niedersächsische Wirtschaft, indem sie eine exportintensive heimische Glasindustrie aufbauten. Ein Beispiel dafür ist der junge niederschlesische Glasmacher Rudi Raimann, der für den Flüchtlingsbetrieb Glashütte Buder (ehemals Triebel, Niederlausitz) in Volpriehausen tätig war und sich dort eine neue Existenz aufbaute (Kat.-Nrn. 51 und 52).

Eine gute Standortauswahl sowie ausreichend Betriebsmittel waren für den Erfolg eines neuangesiedelten Flüchtlingsbetriebs wesentlich.³ Familie Greulich, die zuvor im niederschlesischen Kreis Bunzlau eine Töpferei betrieb, ließ sich nach der Vertreibung in Fredelsloh nieder. Der niedersächsische Ort ist ebenfalls für seine Tonvorkommen bekannt, was die Fortführung des Familienunternehmens „Bunzlauer Handtöpferei“ ermöglicht hat (Kat.-Nr. 55).

Ein gutes Händchen bei der Standortauswahl bewies außerdem Familie Müller, die im Ammerland ihre „Rügenwalder Mühle“ wiedereröffnen konnte (Kat.-Nrn. 47 und 48). Ein weiterer Betrieb aus der Lebensmittelindustrie ließ sich zunächst in Bremen, dann in Buchholz in der Nordheide nieder: die Marke „Schneekoppe“ mit ihren Vollwertprodukten (Kat.-Nr. 49).

NR

¹ Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, Bonn 2015, S. 94.

² Vgl. im Folgenden Helmut R. Kollai, *Die Eingliederung der Vertriebenen und Zuwanderer in Niedersachsen*, Berlin 1959, S. 45-48.

³ Ebd., S. 62.

Foto

Ruth Müller vor dem Geschäft in Rügenwalde



47

Rügenwalder Mühle,
o. Nr.,
Fotografie 1934,
Privatbesitz

© Rügenwalder Mühle

1834 gründete der Fleischermeister Carl Müller im pommerschen Rügenwalde in der Langestraße 14 eine kleine Fleischerei.¹ Rügenwalde, an der Ostseeküste gelegen, war damals schon bekannt für seine Wurstspezialitäten. Der Bau eines Hafens ermöglichte dem kleinen Unternehmen aufgrund der besseren Infrastruktur den ersten großen Aufschwung. Durch das Versandgeschäft konnte die Rügenwalder Wurst nun auch an anderen Orten in Deutschland verkauft werden.

Mit anderen Fleischerkollegen erfand der Enkel des Firmengründers, Carl Wilhelm Gottfried Müller, 1903 die Rügenwalder Teewurst. Der Name rührt daher, dass es zu dieser Zeit in Rügenwalde üblich war, zum Nachmittags-Tee Wurstbrote zu verzehren. Anfang der 1920er Jahre entstand das noch heute verwendete Logo, eine rote Mühle mit Wurstflügeln, das auf seine Frau Alwine zurückgeht und auf den Namen „Müller“ verweist. Die Teewurst entwickelte sich neben den Gänsebrust-Artikeln zum Verkaufsschlager des Unternehmens. Aufgrund

der Vielzahl an Nachahmern wurde der Begriff „Rügenwalder Teewurst“ als geografische Herkunftsbezeichnung per Gerichtsurteil 1927 rechtlich geschützt.

Das erfolgreiche Familienunternehmen der Familie Müller fand 1945 in Rügenwalde ein abruptes Ende: Am 4. März flohen Charlotte Müller und ihre Tochter Ruth zunächst auf einem Minensuchboot der deutschen Marine nach Swinemünde. Von da aus gelangten sie nach Salzwedel in Sachsen-Anhalt, wo sie bei Verwandten unterkommen konnten. Auf einem Zementschiff wurde Carl Wilhelm Müller als einer der letzten vor dem Einmarsch der Russen aus Rügenwalde evakuiert. Weitere Familienmitglieder blieben in Rügenwalde und wurden teils verschleppt oder mussten Zwangsarbeit leisten. Die Fotografie aus dem Jahr 1934 zeigt die damals neunjährige Ruth Müller vor dem Ladengeschäft ihrer Eltern im pommerschen Rügenwalde.

NR

¹ Vgl. im Folgenden Mühlen-Zeit. Die Mitarbeiter-Zeitung der Rügenwalder Mühle, Jubiläumsausgabe, Juni 2009, S. 1-4.

Foto

Kurt Rauffus prüft die Qualität der Teewürste



48

Rügenwalder Mühle,
o. Nr.,
Fotografie um 1960,
Privatbesitz

© Rügenwalder Mühle

Mit der russischen Besetzung Sachsen-Anhalts floh die Familie Müller weiter in den Westen, zunächst zu weiteren Verwandten in die britisch besetzte Zone. 1946 erfuhr Carl Wilhelm Müller von der Möglichkeit, in Westerstede im Landkreis Ammerland eine kleine, alte Fleischerei zu pachten. In einem Brief an das Ehepaar Chall vom September 1948 berichtet Charlotte Müller von den schwierigen Anfängen in Niedersachsen:

„Mein Mann ist auch manchmal so verzagt. Er hat sich auch so umstellen müssen. Wir machen alle Arbeit allein. Als wir hier anfangen und das erste Rind schlachteten, ist mein Mann zusammengebrochen. Wir waren so schwach, denn wir lebten nur auf unsere Marken. Wir konnten nichts schwarz kaufen, denn unser letztes Geld konnten wir nicht alles verbrauchen. Mein Mann hat 45 Pfund abgenommen. – Nun geht es uns wieder etwas besser, wenn es auch mit dem Geschäft recht primitiv und klein ist, so sind wir doch wieder in unserem Beruf tätig und können uns ernähren. Von den Rügenwalder Fabrikanten sind wir die Einzigen, die schon wieder ein Geschäft haben.“¹

Die Familie beschäftigte bald auch wieder Mitarbeitende, die bereits in Rügenwalde für die Firma tätig gewesen waren.

1952 stieg Schwiegersohn Kurt Rauffus als Kommanditist in die Firma mit ein. 1955 ergab sich die Möglichkeit, in Bad Zwischenahn eine Fabrik zu kaufen. Der Firmenumzug erfolgte 1956. Im selben Jahr erstritt der Verband der Rügenwalder Fleischwarenfabrikanten vor dem Bundesgerichtshof sein Recht auf den Produktnamen „Rügenwalder Teewurst“. Ein wichtiges Urteil für die ehemaligen Rügenwalder Traditionsbetriebe, denn nur sie durften das Produkt nun unter dem Namen vertreiben. Auf diese Weise gelang es dem Unternehmen, die Marke „Rügenwalder Teewurst“ zu etablieren.

Das Unternehmen entwickelte sich unter der Führung von Ruth Müller und ihrem Ehemann Kurt Rauffus zu einem der größten Arbeitgeber der Region. Heute ist die Rügenwalder Mühle ein Familienunternehmen in 7. Generation, das neben Fleischwaren auch fleischfreie Alternativen produziert.

NR

¹ Brief von Charlotte Müller an das Ehepaar Chall vom 23.09.1948, abgedruckt in der Mühlen-Zeit. Die Mitarbeiter-Zeitung der Rügenwalder Mühle, Jubiläumsausgabe, Juni 2009, S. 4. Bruno Chall war vor dem Zweiten Weltkrieg und später auch in der Nachkriegszeit wieder Handelsvertreter für das Unternehmen in Berlin.

Album „Rund um die Schneekoppe“



49

Heimatstube
Hirschberg im
Stadtmuseum Alfeld,
o. Nr.,
1902

© Stadtmuseum Alfeld

Der Augenarzt, Schriftsteller und Heimatkundler Oswald Baer (1847-1937) veröffentlichte 1902 das Album „Rund um die Schneekoppe. Bilder aus dem Riesengebirge“ mit 60 photographischen Reproduktionen und erläuternden Texten. Es erschien im Kunst-Verlag von Max Leipelt. Baer wuchs seit 1853 in Niederschlesien auf, nachdem der Vater seine militärische Karriere beendet hatte. Er studierte in Breslau Medizin und praktizierte später in Hirschberg als Facharzt für Augenheilkunde. In seiner Freizeit wanderte er gemeinsam mit seiner Frau durch das Riesengebirge, dem er durch zahlreiche Bücher und Artikel in der Zeitschrift „Wanderer im Riesengebirge“ ein Denkmal setzte.¹ Er war Mitglied im Riesengebirgsverein und Ehrenbürger von Hirschberg und seiner Heimatstadt Lüben.

Das Album verweist auf eine ursprünglich schlesische Firma, die heute ihren Sitz im niedersächsischen Buchholz in der Nordheide hat. Im Jahr

1927 gründete der 1889 bei Breslau geborene Fritz Klein am Fuße des Riesengebirges einen Versandhandel für Leinsamen und Leinöl. 1947 ließ er sich in Bremen nieder, nachdem er aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, und vertrieb dort Leinöl und weitere schlesische Reformprodukte. 1953 meldete er die Marke „Schneekoppe“ an. Der Name verweist zum einen auf seinen schlesischen Heimatort, zum anderen fungiert er als Symbol für die Naturreinheit der Produkte. Das Logo zeigt noch heute ein stilisiertes Profil der Bergspitze, darunter den Slogan „Schneekoppe. Seit 1927“. 1960 wurden bereits mehr als 30 Reformartikel im ganzen Bundesgebiet an den Lebensmittelhandel geliefert. Neben seinen kalt geschlagenen, unraffinierten Ölen bot Schneekoppe auch Reform-Lebensmittel, wie Naturreisflocken, Leinsamenfladen und Rohkostmüsli, sowie Reform-Spezialitäten, wie Sanddorn, Pflanzenwurst (aus Soja) und Diät-Zucker, an.²

NR

¹ http://jbc.jelenia-gora.pl/Content/25946/KK_27524_2010_Dr--Oswald-Baer-Schr_27524-Dr-Oswald-Baer.pdf (zuletzt abgerufen am 01.06.2021).

² Werbeanzeige „Was ist Schneekoppe“-Reformkost?, in: Heimatbund Kreis Löwenberg (Hrsg.), Löwenberger Heimatgrüße 2 (1960), S. 19.

Foto

Blick auf die Schneekoppe



50

Historisches Museum
Aurich,
HMA-07357,
Fotografie nach 1975,
Herkunft unbekannt

© Historisches
Museum Aurich

Der Abzug einer Schwarz-Weiß-Fotografie aus den späten 1970er Jahren zeigt den Blick auf die Schneekoppe von nordwestlicher Seite, nahe des Schlesierhauses (Dom Śląski) kommend. Links auf dem Gipfel ist das damals neue polnische Observatorium mit Touristenhotel zu sehen, wo sich auch die Endstation des Sesselliftes Pec pod Sněžkou befindet. Die Wetterbeobachtungen wurden zum 1. Januar 1975 aufgenommen. Die Herberge mit Restaurant „Schronisko Na Śnieżce“ wurde 1974 eingeweiht.

Mit 1.603,2 Metern ist die Schneekoppe, auch Riesenkoppe oder Koppe (tschechisch Sněžka, polnisch Śnieżka) genannt, der höchste Berg des Riesengebirges. Gleichzeitig ist sie die höchste Erhebung des Gebirgszuges der Sudeten und somit Tschechiens. Die Grenze zwischen Tschechien (Region Hradec Králové) und Polen (Woiwodschaft Niederschlesien) verläuft über den Berggipfel. Die Grenzregion spiegelte sich stets auch in der Bebauung wider. So standen früher auf tschechischem Gebiet die Böhmisches Baude und auf schlesischem Gebiet die 1862 erbaute Preußische Baude.

Beide Bauden wurden von 1875 bis 1945 von Familie Pohl betrieben, die sie zu erstklassigen Hotels umwandelte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Familie aus der Tschechoslowakei ausgewiesen. Der explodierende Tourismus machte die technische Erschließung des Berggipfels erforderlich. Von 1946 bis 1949 wurde die Seilbahn von Pec pod Sněžkou gebaut. 1957 wurde die ehemals Preußische Baude abgerissen. 1964 begann auf dem Grundstück der Bau der polnischen Wetterstation samt Herberge nach Plänen der Architekten Witold Lipinski und Waldemar Wawrzyniak. Sie entwarfen drei übereinander angeordnete flache Zylinder, die jeweils mit einer sehr flachen Kuppel überdacht sind. Im Volksmund werden sie auch als „Fliegende Untertassen“ bezeichnet.

Auf tschechischer Seite scheiterten Bemühungen um den Erhalt der Böhmisches Baude. Sie wurde 2003 abgerissen. Nur der Keller blieb erhalten und dient heute als Untergeschoss der neuen tschechischen Poststelle. Einzig die aus der Barockzeit stammende St.-Laurentius-Kapelle steht heute noch.

NR

Foto Glasmacher Rudi Raimann beim Wulgen eines Glases



51

Sammlung Buder im
Museum Uslar,
o. Nr.,
Fotografie,
1950-1960er Jahre

© Museum Uslar

Das Foto zeigt den jungen Glasmacher Rudi Raimann beim Wulgen, einem Abkühlungs-Vorgang des Glases zur Weiterverarbeitung, in der Glashütte Buder in Volpriehausen.¹ Am 13. Juni 1932 in Häslicht bei Groß-Rosen (heute: Rogoźnica) als Rudolf Raimann geboren, wuchs er nach der Trennung seiner Eltern bei seiner Großmutter in Liegnitz (heute: Legnica) auf. Am 7. Februar 1945 flohen die beiden vor der russischen Armee nach Westen. Anfang Juni kehrten sie zurück, wurden aber kurz darauf von polnischen Milizen vertrieben. Nach Stationen in Sachsen, wo seine Großmutter Ida verstarb, begann Rudi Raimann am 16. Oktober 1946 seine Ausbildung zum Glasmacher bei „Schott und Genossen“ in Jena. Als Schwerarbeiter erhielt er Ernährungszulagen. Als die Verpflegung ausblieb, streikten die Jungarbeiter. Raimann engagierte sich im Streikkomitee.

Im Herbst 1948 flüchtete er in den Westen, wo sein Vater inzwischen lebte, und begann noch im Dezem-

ber 1948 als Glasbläser in einer Glashütte in Kassel, wo er bis Juni 1950 blieb. Durch eine Anzeige in der „Gewerkschaftspost“ erfuhr er von einem neuen Betrieb in Volpriehausen im Solling, der Glasmacher für Apothekerflaschen suchte. Da es dort keinen Schichtbetrieb geben sollte, kündigte er in Kassel und ging nach Volpriehausen zur Glashütte Buder.

Unternehmer Ernst Buder stammte wie Raimann aus Schlesien, ein Großteil der Urbelegschaft waren ebenfalls Flüchtlinge und Vertriebene. Der 17-jährige Raimann wurde zum Jugendsprecher des Betriebsrates gewählt. Dies war der Beginn seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit, in der er auch zehn Jahre Betriebsratsvorsitzender war und der er bis zum Konkurs der Firma im Jahr 1986 nachging. Für die SPD saß Rudi Raimann von 1981 bis 1997 im Volpriehäuser Ortsrat und war von 1991 bis 1997 stellvertretender Bürgermeister.²

NR

¹ Leonard Happel, Der weite Weg des Rudi R. Flucht, Vertreibung und Heimatsuche eines Jugendlichen 1945 bis 1950, in: Wolfgang Schäfer (Hrsg.), Die Sollinger. Lebenswege im Uslarer Land, Holzminde 2006, S. 76-83.

² Wolfgang Schäfer, Der lange Marsch eines Glasmachers. Rudi Raimann wird heute 70 – bekannt ist er als Glasmacher, Betriebsrat und Kommunalpolitiker, in: Hessische/Niedersächsische Allgemeine, 13.06.2002, S. 9.

Vase aus Bleikristallglas von Rudi Raimann



52

Sammlung Buder
im Museum Uslar,
Nr. 1986/76,
ca. 1970

© Museum Uslar

Die Ursprünge der Glashütte Buder liegen in der Glashütte Triebel in der brandenburgischen Niederlausitz.¹ Vor 1945 waren dort rund 300 Glasmacher mit der Herstellung von Hohl- und Kristallglas beschäftigt. In der hauseigenen Schleiferei in Krauschwitz wurde das Rohglas anschließend veredelt. Beide Betriebe wurden nach 1945 enteignet. Ernst Buders Schwager lebte nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft in der britischen Besatzungszone. Auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück für eine neue Glashütte nahm er Kon-

takt mit dem Hannoveraner Wirtschaftsministerium auf. Im Herbst 1949 konnte Ernst Buder das Grundstück einer ehemaligen Heeresmunitionsfabrik in Volpriehausen pachten.

Im August 1950 begann die Produktion in bescheidenem Umfang, da lediglich 13 Formensätze für Kristallglas zur Verfügung standen, die die Familie aus Triebel mitgebracht hatte. Zunächst wurde vorwiegend mundgeblasenes und maschinell hergestelltes, gepresstes Glas produziert, das in der eigenen Glasschleiferei handgeschliffen wurde. Medizinische Gläser, wie Apotheker- und Reagenzgläser, machten zu Beginn den größten Anteil an der Produktion aus. Die Belegschaft wuchs schnell auf 45 Mitarbeiter an, von denen die meisten erfahrene Glasmacher aus Schlesien, Thüringen und Böhmen waren. 1951 wurde der erste Betriebsrat gewählt. Gewerkschaftlich organisiert waren 75 % der Belegschaft. Da der Zugang zum westdeutschen Markt durch die einheimische Konkurrenz schwer war, musste Buder neue Absatzmärkte erschließen, was mit Erfolg gelang. In kürzester Zeit wurden bereits rund 75 % der Produktion in westeuropäische Länder exportiert, so dass die Anzahl der Beschäftigten 1952/53 auf 380 anstieg. Der Flüchtlingsbetrieb trug auf diese Weise maßgeblich dazu bei, dem Land Niedersachsen die dringend benötigten Devisen zu beschaffen. Durch gute Arbeitsbedingungen und günstige soziale Rahmenbedingungen, wie Betriebsrente, Privatkredite und günstige Werkwohnungen, wurden durch die Glashütte Buder viele Vertriebene in Volpriehausen sesshaft.

Allerdings wurde in den „goldenen“ 60er Jahren die Erneuerung von Gebäuden und Produktionsmitteln verabsäumt. Es folgten Absatzkrise, Konkurs, eine Neugründung mit kurzfristiger Konsolidierung sowie 1986 der endgültige Konkurs.

Die abgebildete Vase aus Bleikristallglas wurde um 1970 in der Glashütte Buder in Volpriehausen angefertigt. Sie ist durch Glasschliff mit verschiedenen Formen verziert und diente als Blumenvase zur hochwertigen Dekoration.

NR

¹ Vgl. im Folgenden Detlev Herbst, Kristallglashütte Ernst Buder, auf: <http://www.volpriehausen.com/ortsgeschichte/kristallglashuetten-ernst-buder/> (zuletzt abgerufen am 02.08.2021).

Silbernadeln

53

Heimatstube Osterode / Ostpreußen in Osterode am Harz, F/77/2, F/77/3, F/77/4, F/77/5 (alte Nummerierung), Udo Koschorreck
Datierung unbekannt

© Heimatstube Osterode, Foto: Wolfgang Böttner



Am Neuen Markt in Osterode / Ostpreußen hatte der Goldschmiedemeister Udo Koschorreck (1902-1966) ein Juweliergeschäft. Durch seine filigrane Schmiedekunst war er als „Meister der Ostpreußi-

schen Schmuckkunst“¹ bekannt. Die zwei unterschiedlichen Broschen tragen die Titel „Oberländer Glücksnadel“ und „Masurennadel“. Die „Masurennadel“ zeigt in der Mitte einen dunkelbraunen, runden Bernstein, befestigt mit einem Silberstift. Rechts und links des Bernsteins befinden sich zwei geschwungene Pferdekörper. Auf Bauchhöhe der beiden Pferde befindet sich rechts und links ein kleines Herz sowie zwischen den Pferdeköpfen eine kleine Tanne. Die „Oberländer Glücksnadel“ zielt ebenfalls einen runden Bernstein. Darüber befinden sich zwei Vögel, die aus einer Baumkrone picken.

Nach dem Krieg betrieb Koschorreck ein Juweliergeschäft in Kiel.

NR

¹ Eckhard Schäfer, Silberschmuck aus Osterode, in: Osteroder Zeitung 121 (2014), S. 49.

Milchkrug

54

Neisser Heimatmuseum in Hildesheim, o. Nr., aus Schlesien, vor 1945

© Neisser Heimatmuseum, Foto: Ulf Möhle



Der Neisser Heimatbund hat seit 1948 Sammlungsstücke mit Bezug zum ehemaligen Fürstentum Neisse, dem ehemaligen Breslauer Bistumsland, einschließlich des südlichen, früher österreichischen

Teils zusammengetragen. Im Heimatmuseum werden in der so genannten Bauernstube Keramiken und Küchenutensilien ausgestellt, darunter auch Bunzlauer Geschirr. Zwei der dort gezeigten Keramiken stammen aus der Vorkriegszeit, darunter dieser typische braune Milchkrug mit Lehmglasure, der ältesten Glasurtechnik dieser Gegend. Sie gibt einen kräftigen, glänzenden Brauntönen. Im niederschlesischen Bunzlau wird seit Ende des 16. Jahrhunderts Keramik hergestellt. Durch das große Tonvorkommen im Bunzlauer-Naumburger Tonbecken hatte sich die Region zu einem Zentrum ostdeutscher Keramikherstellung entwickelt. Bunzlauer Keramik zeichnet sich durch ihre Temperaturwechselbeständigkeit aus. Die Glasur ist frei von Haarrissen und Blei, was sie von anderen europäischen Töpfergegenden unterschied.

NR

„Gute Laune“-Saftkrug



55

Bunzlauer
Handtöpferei
Georg Greulich
in Fredelsloh,
Volker List,
2021

© Bunzlauer
Handtöpferei Georg
Greulich GmbH

1867 gründete die Familie Herkner im niederschlesischen Naumburg am Queis im Kreis Bunzlau eine Töpferei.¹ 1902 übernahm Töpfermeister August Greulich mit seiner Frau Maria die Werkstatt. Ihr Sohn Georg machte im Betrieb seine Lehre und übernahm die Werkstatt im Jahr 1927. 1932 heiratete er Charlotte Seiler, mit der er vier Töchter bekam. 1940 wurde Georg Greulich eingezogen und geriet in Gefangenschaft. Die Familie wurde 1945 aus Schlesien vertrieben, wobei die jüngste Tochter verstarb.

Die Greulichs ließen sich im niedersächsischen Fredelsloh nieder, einer Region, die ebenfalls seit Jahrhunderten für hochwertige Tonvorkommen bekannt ist. Dort erhielt Töpfermeister Georg Greulich im Oktober 1946 bei der Töpfer-Firma Otto Küster eine Anstellung. 1949 konnte Greulich die Werkstatt übernehmen. Seit 1947 hatte die älteste Tochter Ruth im gleichen Betrieb eine Ausbildung gemacht,

die sie 1950 bei ihrem Vater als Gesellin abschloss. Die beiden jüngeren Töchter lernten ebenfalls im Familienbetrieb, machten sich später allerdings selbständig. 1967 konnte eine neue Werkstatt bezogen werden, die 1981 erweitert wurde.

Seit 1979 arbeitet auch der Sohn von Ruth List (geb. Greulich), Volker List, als Töpfermeister im Betrieb mit. Die Firma feierte 2002 ihr 100-jähriges Bestehen. 2017 verstarb Ruth List. Seit 2019 führt Volker List den elterlichen Betrieb in vierter Generation mit seiner Ehefrau weiter.

Das Unternehmen pflegt die alten schlesischen Formen und Farben, wie etwa das Schwämmeldekoration, entwickelt aber auch neue Dekore, wie diesen Saftkrug aus der Serie „Gute Laune“.

NR

¹ Vgl. im Folgenden https://bunzlauer-handtoepferei.de/Die-Toepferei:_:10.html?MODsId=qq78b177jltfgdnl3pbnpd2802 (zuletzt abgerufen am 02.08.2021).



„In der neuen Heimat fühlte ich mich zunächst sehr einsam, weil ich zu meinen Klassenkameraden kein richtiges Verhältnis finden konnte. [...] Das gab meinem Charakter einen verschlossenen, stillen Zug.“

(aus einem Schüleraufsatz)



Abb. 1

Zettel statt Hefte. So sah Schulunterricht im Mai 1948 im Lager Benthe aus.

Kinder und Jugendliche

Die meisten Kinder und Jugendlichen kamen mit ihren Müttern, Geschwistern und Großeltern als Flüchtlinge bzw. Vertriebene in den Westen. Väter im wehrfähigen Alter waren, wenn sie nicht gefallen waren, zunächst noch im Feld, später dann in Kriegsgefangenschaft und kamen somit erst später zu ihren Familien. Insbesondere aufgrund der chaotischen Zustände auf den Flüchtlingstrecken wurden immer wieder Kinder von ihren Familienangehörigen getrennt.

In vielen Fällen waren Kinder aber auch allein in den Ostgebieten zurückgeblieben, hier waren sie beim täglichen Überlebenskampf vollkommen auf sich gestellt.¹ 1950/51 ermöglichte die „Operation Link“ 70.000 Deutschen im Rahmen von Familienzusammenführungen die Übersiedlung in die BRD. Darunter trafen auch zahlreiche Kinder in Friedland ein, die der deutschen Sprache kaum noch mächtig waren.

Unabhängig davon, wann und unter welchen Umständen die Kinder und Jugendlichen im Westen ankamen, erlebten sie Flucht und Vertreibung oder gar ihre vermeintliche Selbständigkeit als eine Zeit voller Angst und Entbehrungen, in der sie nicht selten Opfer oder Zeuge von Gewalt wurden.²

Körperliche und seelische Not

In Lagern kümmerte man sich zwar um die Entlassung oder Behandlung von Krankheiten wie Typhus oder Krätze. Die traumatischen Erfahrungen der geflüchteten und vertriebenen Kinder hingegen wurden nur selten ernst genommen und behandelt. Zu dieser Zeit galt in der Medizin, dass Traumata zwar zu psychischen Kurzzeitschäden führen könnten, Langzeitschäden wurden jedoch ausgeschlossen.³

Bei Flüchtlingskindern wurden schulische Leistungstests durchgeführt, doch ergaben sich keine signifikanten Unterschiede zu einheimischen Kindern. Die wenigen zeitgenössischen Studien zeigten jedoch, dass die psychischen Probleme der Kinder meist größer waren als angenommen. Auf die seelischen Nöte der elternlosen Kinder und Jugendlichen machte etwa der Leiter der Arbeitsgemeinschaft Kinderdienst – ein Zusammenschluss vom Deutschen Roten Kreuz, dem Evangelischen

Hilfswerk, dem Deutschen Caritasverband und der Arbeiterwohlfahrt, der sich die Zusammenführung von vermissten Kindern und ihren Angehörigen zum Ziel gesetzt hatte – in einer Aktennotiz im November 1951 aufmerksam und forderte deren psychologische Betreuung, um „die fürchterlichen Verkrampfungen dieser jungen Seelen durchgreifend zu bekämpfen“⁴ – eine Forderung, die keinen oder nur in geringem Maße Widerhall zeigte. Kinder und Jugendliche mussten feststellen, dass die entbehrungsreiche Zeit mit der Ankunft in Niedersachsen nicht zu Ende war. Fehlender Wohnraum und Hausrat, mangelnde Ernährung, unzureichende Bekleidung und Krankenversorgung erwarteten sie. Flüchtlingskinder wiesen fast doppelt so häufig positive Tuberkulinproben auf wie einheimische Schulkinder.⁵ Ein noch größeres Problem als Infektionskrankheiten war jedoch die Unterernährung.

Materielle Not

Im kriegszerstörten Deutschland war es kaum möglich, die einheimische Bevölkerung samt den ständig eintreffenden Flüchtlingen und Vertriebenen angemessen zu versorgen. Grundlegende Alltagsgüter wurden häufig von anderen Staaten, wie den USA oder Schweden, aber auch von kirchlichen Organisationen gespendet. Die Caritas vermittelte mehrmonatige Erholungsaufenthalte für 200.000 Flüchtlingskinder in Belgien, Frankreich, Luxemburg, Spanien, Portugal, der Schweiz und den Niederlanden.⁶ Die UNICEF versorgte von 1949 bis 1953 2,2 Millionen Kinder aus vertriebenen und geschädigten Familien mit Kleidung, Schuhen, Bettwäsche, Lebertran, Stärkungsmitteln und Medikamenten.⁷

Von der Angst, „nicht mithalten“ zu können

Auch wenn die größte materielle Not gelindert war, so litten doch viele Flüchtlingskinder unter der angespannten finanziellen Situation ihrer Familien. Ein geflüchtetes Mädchen erinnerte sich an seine Konfirmation in der neuen Heimat, bei der alle einheimischen Mädchen ein neues Kleid und einen neuen Mantel trugen. Sie selbst habe mit ihrem geliehenen Kleid und gespendeten Mantel und Schuhen „nicht mithalten“⁸ können. Der jugendliche Flüchtling Rudi Raimann (Kat.-Nr. 51) berichtete, dass der Pfarrer ihn und einen

Abb. 2

Spielende Kinder vor den Nissenhütten im Flüchtlingslager Bothfeld bei Hannover

© bpk/Roeder



anderen Flüchtlingsjungen nicht gemeinsam mit den anderen Jugendlichen confirmieren wollte, da die beiden keinen Anzug besaßen und in seinen Augen „nicht standesgemäß angezogen waren.“⁹ Vor diesem Hintergrund ist auch die große Freude Erich Kleemanns zu verstehen, der im Frühjahr 1947 in Salzgitter eingeschult wurde und dessen Großvater dem Jungen einen Schulranzen aus dem Förderband des Schachtes Barbecke genäht hatte (Kat.-Nr. 57). Dieses Beispiel zeigt auf, wie der Eingliederungsprozess der Kinder erleichtert werden konnte.

Schulbeginn in Niedersachsen

Im Jahr 1945 konnte in vielen Fällen noch kein Schulunterricht stattfinden: Gebäude waren zerstört oder dienten als Unterkünfte für Soldaten, Displaced Persons (DPs) oder Flüchtlinge sowie Lazarette. Gleichzeitig pochte die britische Militärverwaltung auf eine „innere Schulreform“, bei der Lehrpersonal, Lehrpläne und Schulbücher entnazifiziert werden sollten.¹⁰

Erst im Sommer 1946 lief der Schulbetrieb in den meisten Regionen wieder an. Voraussetzung war zunächst die Linderung der elementarsten Not: Es fanden Schulspeisungen statt, damit die unterernährten Kinder überhaupt dem Unterricht folgen konnten. Im Winter mussten die Kinder Brennma-

terial mitbringen, um den Ofen zu heizen. Weitere Probleme waren auch hier die Verbreitung von Läusen und Krätze sowie die Unterversorgung mit Kleidung.

Die Schülerzahlen stiegen bis Ende 1946 durch den Zustrom der Flüchtlingskinder um die Hälfte an. Bei Lehrerinnen und vor allem Lehrern lief die Entwicklung gegenläufig, da auch viele Lehrer aus der Vorkriegszeit gefallen, in Kriegsgefangenschaft geraten oder im Zuge der Entnazifizierung suspendiert worden waren. Dieser Mangel an Lehrpersonal konnte durch Flüchtlingslehrer allerdings nur zur Hälfte aufgefangen werden. 70 Schülerinnen und Schüler teilten sich durchschnittlich einen Lehrer. An Lernmaterial stand aus dem zugeteilten Papierkontingent nur ein halbes Schulheft pro Kind zur Verfügung. Bücher und andere Hilfsmittel waren häufig Mangelware.

An den meisten Orten waren die Schulräume durch den Zuzug der Flüchtlinge und Vertriebenen zu klein geworden. Der kleine Ort Harenberg bei Seelze baute 1955 ein neues Schulhaus sowie ein neues Lehrerwohnhaus, dessen Fertigstellung seit dem Richtfest im Oktober von den Kindern und Jugendlichen sehnsüchtig erwartet wurde. Im August 1956 wurden die Gebäude feierlich eingeweiht. Kreissyndikus Fleig lobte die Anstren-

gungen der wenig finanzstarken Gemeinde und betonte „Lehrer und Kinder sollten sich der Opfer der Gemeinde erinnern, wenn die Schule in Betrieb genommen sei.“¹¹

Ausgrenzungserfahrungen in der Schule

Ilona Kasperek, die im Lager Stöcken (einem ehemaligen KZ) lebte, berichtete von einer Lehrerin in der Volksschule, die die Flüchtlingskinder als „Lagerratten“ und „Hurenkinder“ beschimpfte.¹² Der aus Ostpreußen geflohene und in Ebstorf angekommene George Turner erinnerte sich, dass eine Lehrerin sich über den Gebrauch des Plusquamperfekts von Kindern aus den früheren deutschen Siedlungsgebieten im südosteuropäischen Raum mokierte.¹³ Die Erlebnisse der Kinder zeigen, dass einheimische Lehrerinnen und Lehrer dieselben Vorurteile äußerten, die in weiten Teilen der niedersächsischen Bevölkerung über die Menschen aus den ehemaligen Ost- und Siedlungsgebieten kursierten. Offenbar waren sich manche der einheimischen Lehrerinnen und Lehrer nicht bewusst, dass sie Kinder aus Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien stigmatisierten und sie auf diese Weise gegenüber ihren einheimischen Mitschülerinnen und Mitschülern ausgrenzten. Das Schulwandbild „Heimatvertrieben“ (Kat.-Nr. 58), das die Migrationsströme von Evakuierung, Flucht, Vertreibung und Ausweisung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den Siedlungsgebieten des Deutschen Reiches zeigt, bot Lehrerinnen und Lehrern eine gute Gelegenheit, im Rahmen des Heimatkundeunterrichts auf das Schicksal und die regionalen sowie sprachlichen Besonderheiten der von dort stammenden, neuen Schülerschaft einzugehen.

Sozialer Aufstieg durch Bildung

Vertriebenenkinder waren oft besonders leistungsstark in der Schule. Dies wird als Willen interpretiert, den sozialen Abstieg der Familie in einen sozialen Wiederaufstieg zu verwandeln. Die Forschung hat in diesem Zusammenhang den Begriff des „sozialen Testaments“¹⁴ geprägt. Gemeint ist damit, dass der soziale Wiederaufstieg zum Familienziel schlechthin wurde, für den sämtliche der Familie zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Mittel aufgewendet wurden. Sonderauszahlungen in mehreren niedersächsischen Kreisen bestätigten, dass der Wille zum sozialen Wiederaufstieg vor allem bei Kindern von Kriegerwitwen, sogenannten „Halbfamilien“, in „verkehrsfernen Gegenden“ in Niedersachsen ausgeprägt war.

Im Jahr 1954 lag der Anteil der Vertriebenenkinder der Klassen 5 bis 10 in der Oberstufe der Volksschulen bei 18,9 %, auf den Mittelschulen bei 23,3 %. In den gymnasialen Jahrgängen (Höhere

Schulen) 5 bis 10 lag er bei 21,2 %, um dann auf der gymnasialen Oberstufe (Klasse 11-13) auf 17,9 % und an den Hochschulen auf 14,9 % abzusinken. Bei Berufsfachschulen lag der Anteil demgegenüber bei 19,7 % und bei Fachschulen bei 14,6 %. Der statistische Rückgang hing damit zusammen, dass Vertriebenenkinder aufgrund der schlechteren finanziellen Situation ihrer Eltern häufiger vor der Reifeprüfung die Schule verlassen mussten, um einen Beruf zu erlernen.¹⁵ Die Zahlen zeigen den höheren Anteil vertriebener Kinder an Mittelschulen und Höheren Schulen bis zur 10. Klasse.

Bernhard Parisius konstatiert, dass sich durch Flüchtlinge und Vertriebene in den Regierungsbezirken Aurich und Osnabrück die Einsicht in die Bedeutung der Schulbildung erhöht habe.¹⁶ Gründe hierfür waren einerseits, dass bei vielen Familien bereits in der Heimat eine höhere Bildung üblich war, andererseits ermöglichte eine höhere Schulbildung vielen Flüchtlingskindern überhaupt erst einen Beruf ihrer Wahl zu finden. Ostfrieslands Flüchtlingsbevölkerung hatte den höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern auf weiterführenden Schulen in Niedersachsen. Er lag für die Aufnahme ins Auricher Gymnasium in der 5. Klasse im Jahr 1947 bei 40 %. Ab Mitte der 1950er Jahre holten die Einheimischen dann auf.

Eine wichtige Rolle bei der Bildungsoffensive, die auch den Einheimischen zugutekam, spielten die Flüchtlingslehrerinnen und -lehrer. In Ostfriesland stellten sie 30 % der Volksschullehrerschaft und 40 % der Gymnasiallehrerschaft. „Sie waren auch weniger als einheimische Lehrer in den bildungsfeindlichen Kosmos vieler Dörfer eingebunden und konnten so auch gegenüber einheimischen Eltern freier agieren.“¹⁷ Sie besaßen eine wichtige Integrationsfunktion auch über die Schule hinaus.

Schließlich beteiligten sich auch die Eltern unter den Flüchtlingen und Vertriebenen an der Bildungsoffensive, indem sie auf die Bedeutung einer Berufsausbildung aufmerksam machten. Sie wollten für ihre Kinder eine bessere Perspektive, als nach der Schule als Knecht oder Magd zu einem Bauern zu kommen, um schließlich Landarbeiter zu werden. Durch ihre eigenen beruflichen Erfolge in Schule und Verwaltung zeigten sie, dass Bildung sich lohnt. Gleichzeitig trugen sie dazu bei, dass sich eine höhere Beamtenschaft auf dem Land verwurzelte. Der hohe Stellenwert von Schulbildung und beruflicher Ausbildung bei den Flüchtlingen und Vertriebenen hing auch mit der Erfahrung zusammen, dass es das Einzige war, was ihnen geblieben war.¹⁸

NR

-
- ¹ Vgl. zur Situation der sog. Hungerkinder im sowjetisch-besetzten Ostpreußen Christopher Spatz, *Nur der Himmel blieb derselbe: Ostpreußens Hungerkinder erzählen von Überleben*, Hamburg 2016.
- ² Vgl. hierzu Wolfram Lietz, *Im Schmelztiegel der höheren Schule. Wie Abiturienten aus dem Osten über ihren Heimatverlust und ihre Integration in Celle dachten*, in: Rainer Schulze, *Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945-2000*, Osnabrück 2001, S. 75-88, hier S. 77 / 78.
- ³ Andrea Riecken, »Der kranke Flüchtling«. Die gesundheitliche und psychiatrische Behandlung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen, in: Klaus J. Bade / Jochen Oltmer (Hrsg.), *Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, Osnabrück 2002, S. 101-130, hier S. 119.
- ⁴ Zitiert nach Christopher Spatz, *Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung*, Hamburg 2018, S. 38.
- ⁵ Andrea Riecken, *Der kranke Flüchtling*, S. 106.
- ⁶ Ludwig Landsberg, *Soziale Hilfen zur Eingliederung der Vertriebenen*, in: Hans Joachim von Merkatz (Hrsg.), *Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene / Flüchtlinge / Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration*, Düsseldorf 1979, S. 163-180, hier S. 169.
- ⁷ Ebd., S. 167.
- ⁸ Rainer Schulze, »Wir leben ja nun hier«. Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen – Erinnerung und Identität, in: Klaus J. Bade / Jochen Oltmer (Hrsg.), *Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, S. 69-100, hier S. 80 / 81.
- ⁹ Zitiert nach Leonard Happel, *Der weite Weg des Rudi R. Flucht, Vertreibung und Heimatsuche eines Jugendlichen 1945 bis 1950*, in: Wolfgang Schäfer, *Die Sollinger. Lebenswege im Uslarer Land, Holzminden 2006*, S. 76-83, hier S. 81.
- ¹⁰ Vgl. im Folgenden Klaus Fesche, *Kriegsende und Neubeginn in Niedersachsen*, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung / Niedersächsisches Institut für Historische Regionalforschung e. V., *Niedersachsen zwischen Kriegsende und Landesgründung. Befreiung, Neubeginn und Demokratisierung in den Ländern Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe*, Langenhagen 2004, S. 9-28, hier S. 25 / 26 sowie Annette von Boetticher, *Provinz und Land Hannover*, in: ebd., S. 53-78, hier S. 69.
- ¹¹ Museumsverein für die Stadt Seelze e. V. (Hrsg.), *Die 50er Jahre in Seelze*, Seelze 2004, S. 68.
- ¹² Simon Benne, *Fremde Heimat. Als die Vertriebenen nach Hannover kamen*, Hannover 2017, S. 42 / 43.
- ¹³ George Turner, »Was wollen die hier?“ Flüchtlinge und Einheimische 1945-49. Das Beispiel Ebstorf in der Lüneburger Heide, Berlin 2019, S. 39.
- ¹⁴ Vgl. auch im Folgenden Helmut R. Kollai, *Die Eingliederung der Vertriebenen und Zuwanderer in Niedersachsen*, Berlin 1959, S. 108 / 109. Kollai bezeichnet Familien, in denen das männliche Oberhaupt gefallen oder vermisst war, als »Halbfamilien«.
- ¹⁵ Gerhard Reichling, *Die Heimatvertriebenen im Spiegel der Statistik*, Berlin 1958, S. 157 / 158.
- ¹⁶ Bernhard Parisius, »... und ahnten, daß hier die Welt zu Ende ist.“ Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen im Westen Niedersachsens, in: Klaus J. Bade / Jochen Oltmer (Hrsg.), *Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*, Osnabrück 2002, S. 37-68, hier S. 64.
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ Rainer Schulze, *Erinnerung und Identität*, S. 84.

Blockflöte von Hanna Fischer

56

Ostdeutsche Kultur- und Heimatstube im Nordwestdeutschen Museum für Industriekultur Delmenhorst, 03152, aus Friedland / Ostpreußen, 1936

© Nordwestdeutsches Museum für Industriekultur



Kurz vor Weihnachten 1936 erhielt die damals sechsjährige Hanna Fischer eine Blockflöte geschenkt, die sie sich schon lange gewünscht hatte. Dadurch war es ihr möglich, an Weihnachten im ostpreußischen Friedland den Kuckuck in der Kindersinfonie von Joseph Haydn zu spielen.

Am 27. Januar 1945 war diese Blockflöte das erste, das die nun 14-Jährige in ihren Koffer packte, bevor sie mit ihren Eltern die Flucht über das Frische Haff antrat.¹ Am 19. März kam sie gemeinsam mit ihrer Mutter im kleinen Dorf Biene im Emsland an.

Die erste Zeit auf dem Bauernhof, auf dem sie einquartiert waren, erlebte sie als furchtbar: keine Freunde, keine Bücher, keine Schule. Doch wenig-

tens hatte sie ihre Flöte: Während sie die Kühe des Bauern auf der Weide hütete, spielte sie darauf.

Nach Stationen in Lüneburg und Meppen erreichte sie 1971 durch die Heirat mit ihrem zweiten Ehemann schließlich Delmenhorst, wo sie sich zum ersten Mal wieder heimisch fühlte. Ihre Flöte hat sie dabei stets begleitet, obwohl sie darauf nur noch gelegentlich in der Adventszeit mit ihrer Tochter gespielt hat. Das Objekt hat Hanna Fischer mittlerweile dem Stadtmuseum in Delmenhorst geschenkt, wo sie selbst lange Jahre als Gästeführerin aktiv war.

NR

¹ https://www.weser-kurier.de/stadt-delmenhorst/die-floete-wanderte-als-erstes-in-den-koffer-doc7e4hd2z5r06z5r5re64?reloc_action=artikel&reloc_label=/region/delmenhorster-kurier_artikel,-die-floete-wanderte-als-erstes-in-den-koffer-_arid,1616625.html (zuletzt abgerufen am 27.05.2021).

Schulranzen, handgenäht aus einem Förderband der Schachtanlage in Barbecke



57

Heimatstube
Kattowitz im
Städtischen Museum
Schloss Salder,
Ifd. Nr. 3707,
aus Salzgitter /
Niedersachsen,
1947

© Stadt Salzgitter

Im März 1946 kam Erich Kleemann als fünfeinhalb Jähriger mit Mutter, Schwester, den Großeltern sowie Tante und Onkel mit zwei Cousins nach Salzgitter-Lesse. Die Familie stammte ursprünglich aus dem Kreis Chelm (Ostpolen). Im Oktober 1940 wurden sie im Rahmen des „Hitler-Stalin-Paktes“ in den neu gegründeten „Reichsgau Wartheland“ umgesiedelt. In dem von Hitler völkerrechtswidrig annektierten Gebiet wurde nationalsozialistische Raum- und Siedlungsplanung erprobt. So wurden etwa 630.000 Polen in das neu geschaffene „Generalgouvernement“ vertrieben und die jüdische Bevölkerung in Ghettos zusammengepfercht, um Platz für 200.000 Siedler aus dem „Altreich“ und 232.000 Siedler aus Ost- und Südosteuropa zu schaffen.¹

Familie Kleemann gehörte zu diesen Siedlern, die 1945 den ihnen zugewiesenen Hof wieder verlassen mussten, als sie vor der heranrückenden Roten

Armee nach Westen flohen. Der Vater war seit 1939 Soldat und fiel am 8. April 1945 bei Königsberg.

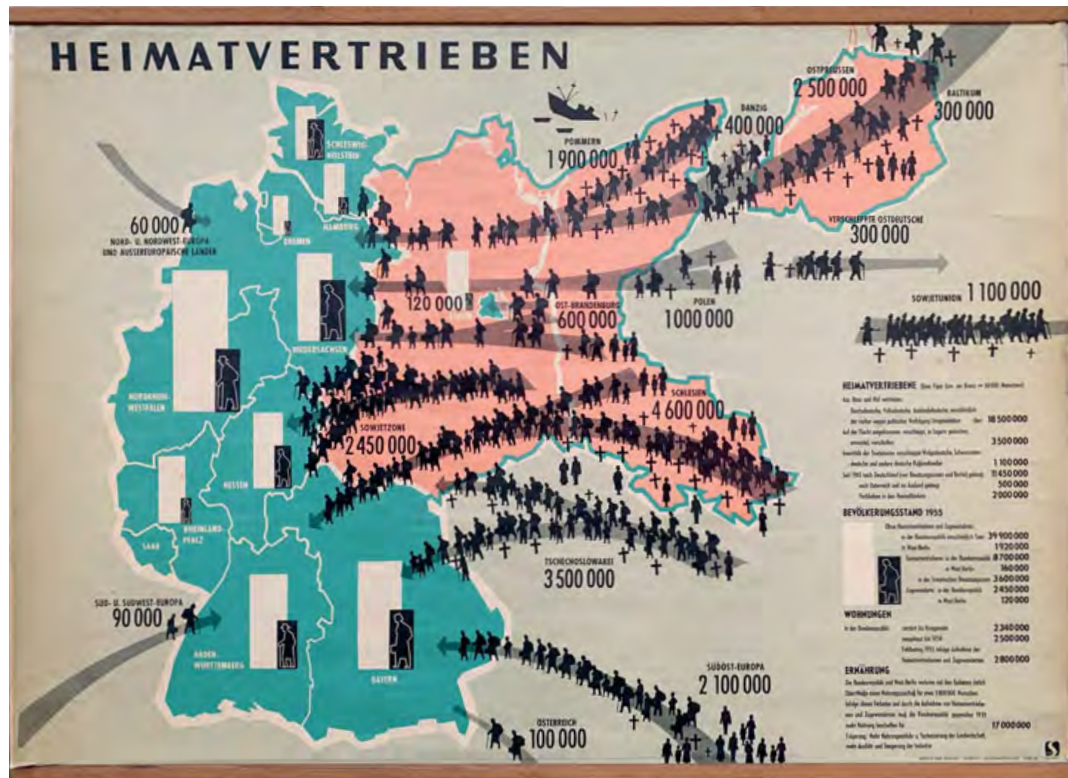
Im Frühjahr 1947 wurde Erich Kleemann eingeschult. Seiner Mutter war es als Kriegerwitwe nicht möglich, ihm einen Schulranzen zu kaufen. Auch eine Schultüte gab es nicht. Umso größer war die Freude, dass sein Großvater ihm einen Schulranzen aus einem Förderband des Schachtes Barbecke genäht hatte. Das ausgediente Förderband hatte sein Onkel mitgebracht, der im Schacht arbeitete. Der Großvater verwendete es noch zum Besohlen der Holzpanntoffeln, die er passend für alle Familienmitglieder geschnitten hatte. Den Schulranzen verwendete Erich Kleemann bis zum Ende seiner Schulzeit 1954. Im Jahr 2019 schenkte er den Ranzen dem Städtischen Museum Schloss Salder. Im beiliegenden Brief schreibt er: „Ich war damals stolz und glücklich!“²

NR

¹ Daniel J. Lemmen, Reichsgau Wartheland, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32578 (zuletzt abgerufen am 26.07.2021).

² Handschriftliche Erläuterungen von Erich Kleemann zu seinem Schulranzen, Städtisches Museum Schloss Salder, 2019.

Schulwandbild aus dem Jahr 1955



58

Ostdeutsche Kultur- und Heimatsube im Nordwestdeutschen Museum für Industriekultur Delmenhorst, o. Nr., aus Kartensammlung Schropp's Gegenwartskunde, 1955

© Schropp, Foto: Nordwestdeutsches Museum für Industriekultur

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Flucht und Vertreibung Thema im Heimatkundeunterricht. Mithilfe der Karte konnten die Herkunftsgebiete der neuen Klassenkameradinnen und Klassenkameraden aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten aufgezeigt werden.

Die Begriffe auf dem Schulwandbild sind im Kontext der Zeit zu bewerten. So wird etwa die Deutsche Demokratische Republik als „Sowjetisch Besetzte Zone (SBZ)“ benannt, da die Bundesrepublik die DDR 1955 noch nicht anerkannt hatte. Der Titel „Heimatvertrieben“ entspricht dem zeitgenössischen, gesetzlich verankerten Sprachgebrauch.¹ Die auf der Karte dargestellten Menschenströme fassen vier unterschiedliche Migrationsbewegungen zusammen: Evakuierung, Flucht, „wilde Vertrei-

bungen“ und Ausweisung. Die Zahl der 3,5 Millionen „Heimatvertriebenen“, die „Auf der Flucht umgekommen, verschleppt, in Lagern gestorben, ermordet, verschollen“ seien, ist zu hoch gegriffen.²

In der heutigen Geschichtswissenschaft werden Karten nicht mehr nur unter geografischen Gesichtspunkten, sondern quellenkritisch auch hinsichtlich ihrer politischen Intentionen betrachtet.³ Das Schulwandbild kann vor diesem Hintergrund als ein Beispiel für eine „soziale Konstruktion“⁴ gelten, mit der der Unrechtscharakter von Flucht und Vertreibung sowie der Verlust der Ostprovinzen in der BRD angeprangert und Schulkindern vermittelt werden sollte.

NR

¹ Stephan Scholz, Flucht und Vertreibung – Interpretationen, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2020. URL: <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p49725> (zuletzt abgerufen am 27.05.2021).

² Dokumentiert wurden bis 1974 600.000 geschätzte Fälle von „Vertreibungsverbrechen“ östlich von Oder und Neiße, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien (einschließlich Deportationen in die Sowjetunion) sowie 2,2 Millionen „ungeklärter Fälle“. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hrsg.), Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948, Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, Bonn 1989, S. 53/54.

³ <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-29598> (zuletzt abgerufen am 27.05.2021).

⁴ Vadim Oswalt, Karten als Quelle und Darstellung. Historische Karten und Geschichtskarten im Unterricht, Frankfurt 2019, S. 22.

Spielzeug aus Salzteig



59

Privatbesitz
Volkmar Andres,
o. Nr.,
hergestellt vom
Verein „Die Die-
nenden e. V.“,
1946-1947

© Volkmar Andres,
Fotos: M. Schmidt,
Samtgemeinde-
archiv Bevensen-
Ebstorf

Von 1946 bis 1947 arbeitete Edith Andres geb. Voigt aus Birkenhain im Landkreis Tilsit-Ragnit für den „Ring der Dienenden“. 1928 geboren, musste sie im Januar 1945 mit ihren drei Geschwistern und den Eltern flüchten. Im März oder April 1945 kam die Familie in Ebstorf an.

Edith Voigt hatte in Ostpreußen eine Ausbildung beim Fernmeldeamt begonnen. Es war ihr nicht möglich, diese in Niedersachsen fortzusetzen. Stattdessen war sie zunächst für den „Ring der Dienenden“ tätig und stellte Kinderspielzeug aus Salzteig her. Der unpolitische, überkonfessionelle und gemeinnützige Verein mit Sitz in Ebstorf hatte sich im Februar 1946 gegründet¹ und später in „Die Dienenden e. V.“ umbenannt. Seine Mitglieder verpflichteten sich zur gegenseitigen Hilfe. Im Mai verfügte der Verein über 1.340 Mitglieder in allen vier Besatzungszonen. Der Verein bezog keine öffentlichen Gelder, sondern erhielt sich wirtschaftlich selbst. In Ebstorf unterhielt der Verein u. a. eine Werkstätte für Kommissionsarbeiten.

In dieser Werkstätte wurde das Kinderspielzeug mit Unterstützung von Edith Andres gefertigt. Die dazugehörigen Untersetzer sind aus Papier. Edith Andres nahm sich von jedem Spielzeug ein Exemplar als Andenken mit. Diese waren allerdings so kostbar für sie, dass ihre eigenen Kinder damit später nicht spielen durften.

Nach der Währungsreform konnte der Verein „Die Dienenden“ nicht weiterbestehen und meldete im November 1948 Konkurs an.² Edith Andres arbeitete danach in einer Molkerei. In Ebstorf lernte sie ihren späteren Ehemann kennen, der wie sie aus Ostpreußen stammte.

NR

¹ Der Verein wurde am 27.02.1946 in das Vereinsregister des Amtsgerichts Uelzen eingetragen. Vgl. Monatsbrief der Dienenden, Mai / Juni 1948, S. 2.

² Konkurse in Ebstorf, Lüneburger Zeitung, 26.11.1948.

Schnurrad

60

Ostdeutsche Kultur-
und Heimatstiftung
Schortens im Heimat-
haus Schortens,
5.11.347,
Datierung unbekannt

© Heimatverein
Schortens von 1929 e.V.,
Foto: Stephanie Syfus



Dieser Knopf aus Perlmutter wurde mit einer Schnur auf einfache Weise zu einem Kinderspielzeug umfunktioniert. Die Schnur wird doppelt durch beide Knopflöcher gezogen. Die Fadenenden werden in entgegengesetzte Richtungen gehalten, damit der Knopf mittig liegt. Durch Auf- und Ab-Bewegungen und eine konstante Spannung fängt der Knopf an, sich wie ein Rädchen zu drehen. Dabei machte das kleine Rad ein schnurrendes Geräusch, ein „Schnurrad“ sozusagen.

Das Objekt gelangte ca. 1993 in die Sammlung. Der ursprüngliche Besitzer ist unbekannt, stammte aber aus Schlesien. Es ist nicht klar, ob das Schnur-

rad bereits in Schlesien in Gebrauch war oder erst im Laufe von Flucht und Vertreibung als Kinderspielzeug verwendet wurde. Der umfunktionierte Alltagsgegenstand verweist eventuell auf letzteren Zusammenhang sowie eine entbehrrungsreiche Anfangszeit im Westen, als es an vielem mangelte und Kinder sich aus schlichten Materialien Spielzeug selber herstellten.

Ob es sich ursprünglich um ein „Schnurrad“ oder ein „Schnurrad“ handelte, ist nicht mehr feststellbar.

NR



*„Die Gottesdienste in der Baracken-
kirche waren so verbindlich.
Sie waren so voll Heimat miteinander.“*

(Otilie Helms)



Abb. 1
Kirchenraum der Gnaden-
kirche zum Heiligen Kreuz,
Hannover

Kirche und Religion

Sowohl der Religion als auch der Kirche kam bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme und ihrer Folgen in unterschiedlichen Zusammenhängen eine wichtige Rolle zu. Auf institutioneller Ebene waren vor allem viele kirchenrechtliche Probleme zu lösen, der seelsorgerische Bedarf war nach Krieg, Flucht und Vertreibung bei personellem Mangel ausgesprochen hoch. Neben dieser Kernaufgabe übernahm die Kirche aber auch ganz praktische Tätigkeiten in dem Bemühen, versprengte Familien wieder zusammenzuführen. Nicht zuletzt bedeutete der Zuzug eine Veränderung der konfessionellen Landkarte.¹

Konfessionen

Häufig wurde eine einseitige konfessionelle Bindung innerhalb einzelner Regionen durch die Ankunft der Flüchtlinge und Vertriebenen verändert: So kamen Gruppen von katholischen Gläubigen in Gebiete und Dörfer, die traditionell evangelisch waren – und vice versa. Aber auch innerhalb der protestantischen Gemeinden kam es zu Veränderungen der Mehr- und Minderheiten. Ein besonders aussagekräftiges Beispiel in Niedersachsen stellt das traditionell reformierte Ostfriesland dar, wo aber bereits seit dem 19. Jahrhundert mehr Lutheraner als Reformierte lebten. Mit den Flüchtlingen und Vertriebenen verstärkte sich das Bild noch einmal: 1950 war die Anzahl der Lutheraner im damaligen Regierungsbezirk Aurich ca. dreimal so hoch wie die der Reformierten.

Auch die Freikirchen erhielten neuen Zustrom: Ein besonderes Beispiel stellt eine Siedlung in der Grafschaft Bentheim dar: Ursprünglich war Alexisdorf ein Lager für russische Kriegsgefangene, bevor es 1946 in Neugnadenfeld umbenannt wurde:

„Die niedersächsische Landesregierung stellte das Lager auf Betreiben führender Mitglieder der Herrnhuter Brüdergemeinde dieser evangelischen Freikirche als Sammlungsort für ihre durch die Kriegswirren verstreuten Mitglieder zur Verfügung, so daß die Bewohner der Siedlung eine fast homogene Gruppe bildeten.“²

In gewisser Weise bildete die Tatsache von Flucht und Vertreibung einen starken Impuls für konfessionelle Veränderungen und damit für etwas, das

heute fast als selbstverständlich erscheint: die Ökumene.³ Waren erste Schritte zur Aufweichung der Grenzen zwischen den Konfessionen Anfang des 20. Jahrhunderts vor allem von evangelischer Seite erfolgt, wurde mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) eine von beiden Konfessionen getragene Bewegung daraus. In der Zeit davor war es insbesondere die „praktische Ökumene“, die den kirchlichen Alltag prägte. Von insgesamt ca. 70.000 Flüchtlingen und Vertriebenen, die nach Ostfriesland kamen, waren ca. 40.000 Katholikinnen und Katholiken, insbesondere aus dem Glatzer Land. Diese teilt Bernhard Parisius in drei Gruppen: diejenigen, die sehr früh in katholische Gebiete weiterzogen, jene, die blieben, aber „so katholisch bleiben wollten, wie es ihre Umgebung nur irgendwie zuließ“⁴, und diejenigen, die die konfessionelle Bindung zugunsten der Integration aufgaben. Zu letzteren gehörten vor allem junge Schlesierinnen und Schlesier – dies führt Parisius auf die „schlesische Toleranz“ zurück, die durch das Zusammenleben der Konfessionen in der alten Heimat selbstverständlicher war.

Die ersten Schritte waren dabei durchaus aus der Not heraus geboren, da die katholischen Gläubigen für ihre Gottesdienste auf die Nutzung evangelischer Kirchenräume angewiesen waren. Im Lagerleben wurden gar gemeinsame Lager- oder Barackenkirchen errichtet, um den Gottesdienst überhaupt zu ermöglichen. Später entstanden dann eigene neue Gemeinden und Kirchenbauten.

Neue Gemeinden

Durch teilweise jahrhundertalte konfessionelle Ausrichtungen konnte es passieren, dass vor Ort für die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger keine kirchliche Organisation vorhanden war, die eine Betreuung garantierte: So entstanden beispielsweise katholische Gemeinden in Gegenden, in denen bisher nur katholische Saisonarbeiter lebten, die sonst aber protestantisch waren. Die Gemeinden, die dann entstanden, wiesen häufig einen „neue[n] Katholizismus ostdeutscher Prägung“⁵ auf.

Eine besondere Bedeutung kam den sogenannten Gnadenkirchen zu, die nach schlesischem Vorbild in Tidofeld und Hannover auf niedersächsischem

Boden entstanden. Historisch führte die im Westfälischen Frieden von 1648 festgesetzte konfessionelle Aufteilung dazu, dass nur wenige schlesische Regionen evangelisch blieben. Lediglich drei Kirchen in Glogau, Jauer und Schweidnitz blieben als „Friedenskirchen“ in evangelischem Besitz. Diese waren bewusst in einer Fachwerkarchitektur errichtet: Sollten sie abbrennen, war ein Wiederaufbau nicht gestattet. Um die Einhaltung des Westfälischen Friedens zu garantieren, erzwang König Karl XII. von Schweden 1707 von Kaiser Josef I. die Baugenehmigung für sechs Kirchen – die sogenannten Gnadenkirchen in Hirschberg, Landeshut, Sagan, Freystadt, Militsch und Teschen.⁶

Im Hannoverschen Mittelfeld war eine Siedlung errichtet worden, in der fast ausschließlich Flücht-

linge und Vertriebene ein neues Zuhause fanden. Der Gemeindesaal war schnell zu klein geworden, weshalb sich die evangelische Gemeinde zum Bau einer Kirche entschloss. Mit der Benennung als Gnadenkirche schloss man bewusst an schlesische Traditionen an – allerdings mit dem Unterschied, dass die Kirche nicht wie im 18. Jahrhundert aus Kaiserlichen Gnaden gebaut wurde, sondern im Bewusstsein göttlicher Gnade und Überleben von Krieg, Flucht und Vertreibung.

Da sich die Gemeinde aus Mitgliedern der unterschiedlichen Landeskirchen zusammensetzte, wurde in der Planungsphase nicht nur um architektonische, sondern auch über liturgische Fragen gestritten.

Abb. 2

Gnadenkirche
zum Heiligen Kreuz,
Hannover Mittelfeld

© MVNB



Traditionen und Rituale

Neben den konfessionellen Herausforderungen waren es vor allem Traditionen und Rituale, die in west-östlicher Begegnung aufeinanderprallten. Insbesondere dann, wenn ostdeutsche Katholikinnen und Katholiken auf westdeutsche stießen. Oft kam es auf westdeutscher Seite zu Irritationen, da das Neue als sehr emotional wahrgenommen wurde, auf der ostdeutschen Seite stellte man die unterkühlte Art in Frage. Eine besondere Aufgabe nahm die Musik ein. Ihr verbindender Charakter sorgte nicht nur für konfessionell gemischte Chöre und den Einsatz protestantischer Musizierender in katholischen Gottesdiensten, sondern auch für die Erweiterung des Liedgutes. Die unterschiedlichen Glaubensausrichtungen führten auch zu Missionsversuchen. In einem Tätigkeitsbericht vom 5. März 1946 beschreibt der aus Ostpreußen stammende und als Flüchtlingspfarrer im emsländischen Lingen tätige Superintendent Kurth:

„Die offizielle Einstellung der katholischen Geistlichen zu den evangelischen Flüchtlingen ist – auch von der Kanzel her – meist erfreulich verständnisvoll; allerdings gibt es auch hier Ausnahmen. Die Haltung der Bevölkerung dagegen ist größtenteils von Unduldsamkeit und Gehässigkeit getragen. Ob und wie weit hier unkontrollierte Einflüsse der Geistlichen vorliegen, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls häufen sich die Klagen der Flüchtlinge darüber, daß sie um ihres Glaubens willen Beschimpfungen hinnehmen und hartherzige Zurückweisungen erdulden müssen; häufig wird versucht, die Glieder unserer Gemeinden zum Besuch katholischer Gottesdienste zu veranlassen; vor allem Kinder werden von den Bauernfamilien, bei denen sie untergebracht sind, in Gottesdienste und zu Stundengebeten mitgenommen, ja sogar im einzelnen zur Teilnahme an der Kommunion und zum Kreuzschlagen veranlaßt. Wo sich Glieder unserer Gemeinden solchen

Einflüssen entschieden widersetzen, müssen sie Beschimpfungen wie ‚lutherischer Ketzer‘, ‚Heiden‘, ‚Gottlose‘ oder gar ‚lutherische Schweine‘ (...) hören. Leider sind das keine Einzelscheinungen! Daneben steht die sehr viel weniger sichtbare, aber um so erfolgreichere stille Aktivität der katholischen Seite, die bis in die Arbeit der Behörden hineinwirkt. (...) Zuweilen kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Kräfte am Werk sind, die eine Art Gegenreformation hier im schwarzen Emslande ins Werk setzen wollen.“⁷

Kirchenstruktur und Kirchenrecht

Aber auch auf kirchenrechtlicher und kirchenorganisatorischer Ebene waren die Probleme groß: Auf evangelischer Seite existierten auf einmal mehrere Landes- bzw. Provinzialkirchen nicht mehr, ostdeutsche Pfarrer konnten nicht ohne weiteres in westdeutsche Positionen übernommen werden – selbst wenn diese unbesetzt waren. Denn die Pfarrstellen waren so lange freizuhalten, bis die ursprünglichen Stelleninhaber aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten oder für tot erklärt wurden.

Seelsorge

Die seelsorgerische Betreuung vor Ort, die kirchenrechtlich eigentlich bei den lokalen Kräften lag, war hingegen nicht zu schaffen, so dass sogenannte „Flüchtlingspfarrer“ eingesetzt wurden, die als „Rucksackpfarrer“ häufig nicht an einen Ort gebunden waren.

Verschiedene kirchliche Organisationen – sowohl katholische als auch evangelische – wurden ins Leben gerufen mit dem Ziel, die ärgste Not der Flüchtlinge und Vertriebenen zu lindern und Suchanfrage nach vermissten Familienmitgliedern zu leiten.

BM

¹ Falls nicht anders erwähnt stützen sich die folgenden Ausführungen auf Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, Bonn 2015, S. 229-268.

² Kossert, *Kalte Heimat*, S. 245 / 246.

³ Bernhard Parisius, „Wir haben die Ökumene praktisch erfunden.“ Erinnerungen von Vertriebenen an das kirchliche Zusammenleben in Ostfriesland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jan E. Kegler (Hrsg.), *Ostfriesland / Niedersachsenweit. Festschrift für Rolf Bärenfänger* (Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands 87), Aurich 2020, S. 337-343.

⁴ Parisius, *Ökumene*, S. 342.

⁵ Kossert, *Kalte Heimat*, S. 261.

⁶ Peter Hauptmann, *Schlesien*, in: *Religion in Geschichte und Gegenwart* 7, Tübingen 2008, Sp. 919-921; Zusammenstellung zur Geschichte der Gnadenkirchen und Entstehen der Gemeinde Gnadenkirche zum Heiligen Kreuz in Hannover von Karen Bendorf, 2011.

⁷ Zitiert nach Kossert, *Kalte Heimat*, S. 235 / 236.

Schlesischer Hausaltar



61

Ostdeutsche Kultur- und Heimatstiftung Schortens im Heimat- haus Schortens, 5.7.204, Herkunft und Datierung unbekannt

© Heimatverein Schortens von 1929 e. V., Foto: Stephanie Syfus

Wie in den meisten katholischen Haushalten der Zeit richteten auch viele schlesische Katholikinnen und Katholiken eine Gebets- und Andachtsecke ein. Diese wurden oft mit Hausaltären geschmückt.

Das hier gezeigte Beispiel folgt einer einfachen Formensprache: Die Dreiteilung verweist auf die Heilige Dreifaltigkeit und ahmt die Gestalt einer Apsis nach. Dabei ist die Mitte durch ein Kreuz, eine Strahlensonne mit den eingeschriebenen Buchstaben JHS akzentuiert. JHS steht als *nomen sacrum* für Jesus Christus, die Sonne als Symbol für den Leib Christi. Das A (links) und das Ω (rechts) stehen für Alpha und Omega. Diese Bezeichnung für Christus reicht in das Buch der Offenbarung

zurück, wo es in Offb 22,13 heißt: „Ich bin das A und O, der Erste und der Letzte, der Anfang und das Ende“.

Vor der auf einem Holzsockel mit Schublade eingelassenen Porzellanwandung ist zentral ein kleiner Teller für eine Kerze positioniert, der ursprünglich wohl zu beiden Seiten von Figuren oder ebenfalls Kerzen begleitet wurde. Die meisten Schlesierinnen und Schlesier gehörten zu katholischen Gemeinden. Das hauptsächlich protestantische Niedersachsen war somit für die vielen Menschen aus Schlesien, die nach 1945 dorthin kamen, keine religiöse Heimat.

BM

Gesangbuch der evangelischen schlesischen Kirche



62

Ostdeutsche Kultur- und Heimatstiftung Schortens im Heimathaus Schortens, 5.7.192, Herkunft unbekannt, 1936

© Heimatverein Schortens von 1929 e. V., Foto: Stephanie Syfus

Gesangbücher gehörten häufig zum Fluchtgepäck – sicherlich ein Zeichen für ihren ideellen Wert, da sie innerhalb einer Familie häufig weitergegeben wurden, aber vielleicht auch für den göttlichen Schutz, unter den man sich während der Flucht stellte.

Die Sammlung geistlicher Lieder beginnt für die evangelische Kirche mit der Reformation. Handelt es sich bei den frühen Beispielen um nicht kanonische Liedsammlungen, beginnt bereits im 16. Jahrhundert das systematische Zusammentragen unter regionalen und konfessionellen Gesichtspunkten. Der Gründer der Herrnhuter Brüdergemeinde, Graf von Zinzendorf, bemühte sich um ein über-

konfessionelles Liederbuch. Bei der Eisenacher Konferenz von 1852 wurde ein Kanon von 150 Liedern festgelegt, der fortan als Kernbestand galt. Bis ins 20. Jahrhundert existierten die regional geprägten Gesangbücher der verschiedenen Landeskirchen nebeneinander, ein gesamtdeutsches Gesangbuch wurde – mit einigen Vorläuferversuchen – erst nach dem Zweiten Weltkrieg umgesetzt. Aber auch hier erhielten sich regionale Anhänge.

Bis heute finden sich im Kernbestand des Evangelischen Kirchengesangbuchs mindestens 50 Lieder schlesischer Dichter.

BM

Gesangbuch mit eingelegtem Abgleich der Landeskirche Hannovers



63

Heimatstube Wollstein
im Handwerksmuseum
Suhlendorf,
o. Nr.,
Herkunft:
Familie Muster,
vor 1945

© Wollsteiner
Heimatstube,
Foto: Klaus Leber

Als 1920 in Polen verboten wurde, evangelische Landeskirchen über die Grenze zu Deutschland hinweg bestehen zu lassen, gründete sich die Unierte Evangelische Kirche in Polen. Zu ihr gehörten schließlich alle Kirchengemeinden bis auf jene, die sich 1923 zur Unierten Evangelischen Kirche in Polnisch Oberschlesien formiert hatten. In dem mehrheitlich katholischen Gebiet muss sie als Diasporakirche verstanden werden.

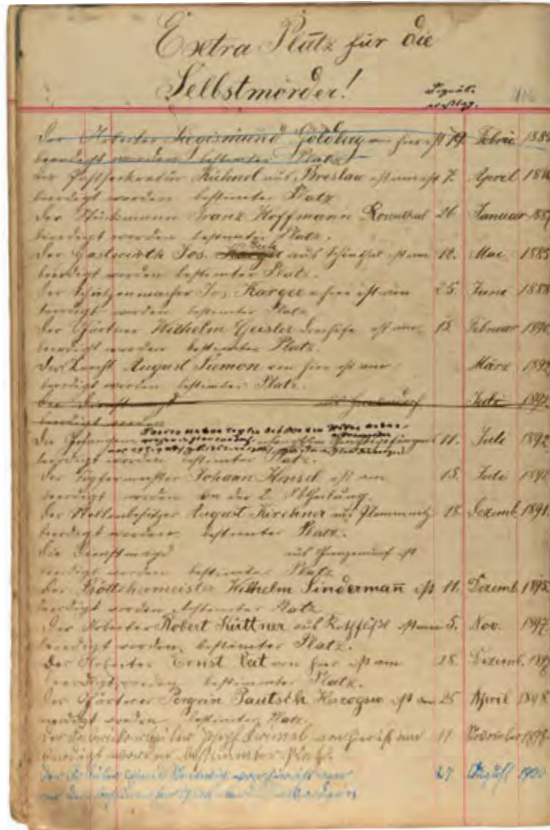
Das Gesangbuch, das auf dem Gebiet der Unierten Evangelischen Kirche in Polen in Gebrauch war, war das Deutsche Evangelische Gesangbuch, auch „Einheitsgesangbuch“ genannt. Die Aufnahme von Liedern in das Gesangbuch basierte zum einen auf einer gemeinsamen Sammlung, zum anderen auf lokalen Tradierungen. Die Lieder in den Gesangbüchern der einzelnen Kirchen erhielten eine unterschiedliche Nummerierung.

Das hier gezeigte Buch wurde auf der Flucht mitgeführt. Das eingelegte Verzeichnis diente wohl in oben geschilderter Weise dafür, das Gesangbuch weiter nutzbar zu halten. Im Verzeichnissinneren heißt es:

„Die Beschaffung einer ausreichenden Zahl von Exemplaren des Hannoverschen lutherischen Landesgesangbuches wird auf lange Zeit hinaus schwierig sein. Dadurch sind insbesondere die zahlreichen evangelischen Christen betroffen, die gegenwärtig im Gebiet unserer Landeskirche wohnen, aber ihr heimatliches Gesangbuch aus dem Osten in unseren Gottesdiensten nicht verwenden können. Das vorliegende Verzeichnis will dieser Schwierigkeit aufhelfen. Es gibt die Möglichkeit, den Textanfang jeder an der Liedertafel angezeigten Nummer und gleichzeitig die Nummer des Liedes im Deutschen Evangelischen Gesangbuch (DEG) festzustellen. Das Deutsche Evangelische Gesangbuch ist in allen im Osten gebräuchlichen Gesangbüchern – mit Ausnahme des Schlesischen und des Sächsischen – als sogenannter Erster Teil aufgenommen. Ist keine DEG-Nummer angegeben oder wird ein Schlesisches, Sächsisches o. dgl. Gesangbuch gebraucht, so schlägt man den Textanfang im alphabetischen Inhaltsverzeichnis des benutzten Gesangbuches nach, um festzustellen, ob das Lied in dem betreffenden Gesangbuch enthalten ist.“

BM

Sterbeverzeichnis



Wie dieses niederschlesische Totenbuch, in dem Sterbetage verzeichnet wurden, nach Niedersachsen gekommen ist, lässt sich leider nicht mehr rekonstruieren.

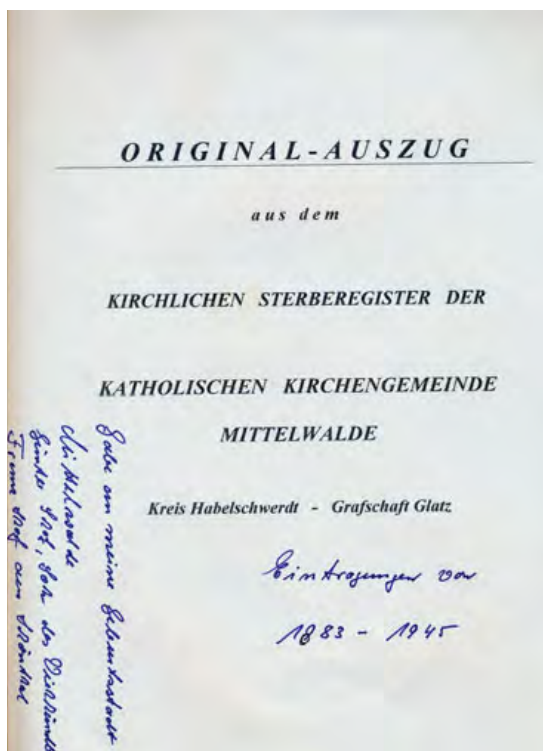
Die Strukturierung des Registers nach Abteilungen – so ist auf der ersten Seite „8. Abtheilung. 1895“ vermerkt – lässt auf eine Parzellierung des Friedhofes schließen. Dafür sprechen auch Überschriften wie „Extra Plätze für die Selbstmörder“ und „Extra Plätze für todtgeborene Kinder“.

Neben dem Verlust von Hab und Gut war es vor allem auch immer das Zurücklassen verstorbener Familienmitglieder und Freunde, wodurch Ankerpunkte verloren gingen. Eventuell glaubte man, durch die Mitnahme eines solchen Registers die Verstorbenen – symbolisch – bei sich zu behalten und in das neue Leben zu integrieren.

Ein handschriftlicher Vermerk auf dem gedruckten Deckblatt gibt folgende Auskunft: „Gabe an meine Geburtsstadt Mittelwalde Günter Scholz, Sohn des Viehhändlers Franz Scholz aus Schönthal“.

Schönthal (heute: Dolnik) gehörte seit 1818 zum Landkreis Habelschwerdt. Für 1937 sind laut Einwohnerbuch 617 dort lebende Personen verzeichnet,¹ darunter auch der Viehhändler Franz Scholz.²

BM



¹ Die Grafschaft Glatz. Einwohnerbuch 1937. Landkreis Glatz und Kreis Habelschwerdt mit den Städten Neurode, Bad Reinerz, Lewin und Wünschelburg[,] Habelschwerdt, Bad Landeck und Mittelwalde sowie sämtlichen Landgemeinden. Hrsg. von der Breslauer Verlags- und Druckerei-G. m. b. H., S. 450.

² Ebenso in den Adressverzeichnissen von 1924/25 und 1942 – beide abrufbar unter <https://www.martin-opitz-bibliothek.de/de/sammlungen/digitale-sammlungen/adressbuecher/e-h/glatz> (letzter Abruf: 29.04.2021).



„Hier in Niedersachsen haben Sie seit Jahrhunderten den Ruf, konservativ und misstrauisch gegenüber Fremden zu sein. Sie und wir alle müssen jetzt unser Bestes tun, die Flüchtlinge als nützliche Mitglieder einer Gemeinschaft anzusehen. Die Arbeit der Flüchtlinge sollte für den Aufbau einer besseren Zukunft Deutschlands willkommen sein.“

(Oberst Hume, britische Militärregierung)



Abb. 1
Collage aus
niedersächsischen
Straßenschildern

Epilog

Bis heute werden in den Heimatstuben viele Stücke aufbewahrt, die interessante, berührende und manchmal auch kuriose Geschichten erzählen. Nicht immer lassen sich Verbindungen zum Land Niedersachsen herstellen. Dem gegenüber stehen viele Beiträge und Menschen, die Bezüge sowohl zu den historischen Ostgebieten als auch zu Niedersachsen haben, von denen sich aber keine Spuren in den Heimatstuben finden lassen. In manchen Fällen liegt dies in der Natur der Sache – zum Beispiel im Falle von Siedlungsbau und Architektur. Hinterlassenschaften, die Berührungspunkte zu diesem Thema haben, sind eher im Freien anzutreffen oder aber in Archiven. Auch viele der bürokratischen Zeugnisse, die wichtige Einblicke in die Organisation vor allem der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zulassen, werden meist in regionalen, landes- oder kreiseigenen bestandserhaltenden Institutionen verwahrt. Für den vorliegenden Band wurden einige wenige solcher Archivalien ausgewählt, um auch diesen Teil der Geschichte darstellen zu können.

Eine Vollständigkeit – sowohl der Themen als auch der Objekte – wurde hier nicht angestrebt. In vielen Fällen ist außerdem Grundlagenforschung notwendig, um beispielsweise das Werk einer Künstlerin oder eines Künstlers in Form eines Bestandsverzeichnisses darzustellen oder um im Rahmen der Wirtschaftsgeschichte überhaupt ostdeutsche Wurzeln eines Unternehmens als solche zu identifizieren.

Wenn es um den Beitrag geht, den Flüchtlinge und Vertriebene für das frühe Niedersachsen geleistet haben, müssen vor allem auch diejenigen Menschen eine Würdigung erfahren, die sich auf Regional-, Kreis-, Landes- oder Bundesebene für die junge Demokratie starkgemacht haben. Viele von ihnen engagierten sich für die eigene Sache, vielen ging es aber auch um mehr. Manch ein heutiger Politiker, der im Westen Deutschlands bzw. in Niedersachsen geboren ist, hat seine Wurzeln in den historischen Ostgebieten.

Schließlich sind auch aus der Retrospektive heraus handelnde Initiativen zu nennen, deren Mitglieder sich ohne Verbindung zu den historischen Ostgebieten mit einzelnen lokalen Schicksalen auseinandersetzten und sich in historisch arbeitenden Vereinen engagieren.

Zum Schluss sollten nun noch einige Impressionen angeboten werden, ohne die das Bild Niedersachsens in Zusammenhang mit den Leistungen von Flüchtlingen und Vertriebenen unvollständig bliebe, wenn auch keine direkten Bezüge zu den Sammlungen der Heimatstuben existieren.

BM

Flüchtlingssiedlungen

Fast immer vergingen mehrere Jahre, bis Flüchtlinge und Vertriebene in eigene Wohnungen umziehen konnten.¹ Diese entstanden meist in neuen Siedlungen Ende der 1940er Jahre, aber vorwiegend erst in den 1950er und bis in die 1960er Jahre hinein. Die Voraussetzung hierfür war das einsetzende Wirtschaftswachstum nach der Währungsreform und staatliche sowie kommunale

Finanzhilfen. Das Wohnungsbaugesetz von 1950 und weitere kommunalpolitische Fördermaßnahmen machten den sozialen Wohnungsbau möglich. Bauträger waren neben Kommunen auch gemeinnützige Genossenschaften. Praktiziert wurden darüber hinaus verschiedene Formen der Siedler-Selbsthilfe, wie die Gründung eigener Genossenschaften und die Eigenleistung am Bau.



Abb. 2

Flüchtlinge beim Bau der Siedlung Vorwerk in den Jahren 1950/1951, Kreisarchiv Celle, KrA Celle, Slg. 47

© Kreisarchiv Celle

Es werden drei Typen von Flüchtlingsiedlungen unterschieden:

1. Komplette selbständige Flüchtlingsiedlungen, auch Flüchtlingsgemeinden genannt, entstanden meist auf ehemals militärischem Gelände. Ein Beispiel ist das nordrhein-westfälische Espelkamp. In Niedersachsen entstand keine eigenständige Flüchtlingsgemeinde.
2. Siedlungen, die innerhalb einer Gemeinde einen neuen Ortsteil mit eigener Infrastruktur, wie Einkaufsmöglichkeiten, Kirchen und Schulen, bildeten.
3. Kleinere Flüchtlingsiedlungen innerhalb bestehender Ortsteile.

Architektur

Zur Kosteneinsparung wurden Typenhäuser geplant und gefertigt. Auf diese Weise entstanden Ein- und Mehrfamilienhäuser mit höchstens drei Stockwerken. Die Grundrisse orientierten sich an Minillösungen zum sozialen Wohnungsbau aus der Zeit der Weimarer Republik. Die Einfamilienhäuser sahen in der Regel zur (teilweisen) Selbstversorgung Gärten und Platz für Vieh vor.

Als architektonisches Vorbild fungierte laut Heinke M. Kalinke in Westdeutschland der sogenannte Heimatstil, der in den frühen 1920er Jahren entworfen worden war und auch im Nationalsozialismus Verwendung fand.² Der Stil ist durch wenige Elemente, wie Satteldach und Gauben, gekennzeichnet. Andreas Kossert hat auch auf Flüchtlingsiedlungen mit Flachdächern hingewiesen, die etwa im hessischen Bad Vilbel von einem Siedlungsverein aus Mitgliedern der Sudetendeutschen Landsmannschaft gebaut wurden.³

Herrnhuter Siedlung Neugnadenfeld

Ein besonderer Fall in Niedersachsen war die geschlossene Ansiedlung der Herrnhuter Brüdergemeinde, deren Angehörige vor allem aus Leonberg bei Warschau kamen. Dank der Initiative von Ministerpräsident Kopf – der die Herrnhuter Brüdergemeinde während eines Krankenhausaufenthalts in Schlesien kennengelernt hatte – erhielten sie das ehemalige Gefangenenlager XV in Alexisdorf (Grafschaft Bentheim) als Baugrund. Die Siedlung, die in Neugnadenfeld umbenannt wurde, gehörte zur Ortsgemeinde Groß-Ringe, genoss aber Autonomie. 1949 begannen die Kultivierung und der Bau von Siedlungen. Zehn Jahre später gab es im Ort 17 Vollbauernstellen und 111 Nebenerwerbsstellen. Ein Teil der Einwohnerschaft war später zur Abwanderung gezwungen, da nicht ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung standen für diejenigen, die nicht in der Landwirtschaft arbeiteten. Der Plan, in Neugnadenfeld Gärtnereien zu errichten, scheiterte an den klimatischen Voraussetzungen. Ab 1955 wurden dafür mehrere kleine Textilbetriebe angesiedelt.

Flüchtlingsiedlung Vorwerk in Celle

Im Jahr 1947 regte das Celler Flüchtlingsamt die Errichtung von Kleinsiedlungen an und vermerkte, dass „der Drang zur Bewirtschaftung eigenen Landes, wenn auch das Grundstück sehr klein sein mag, gerade bei den von ihrer Scholle vertriebenen Menschen aus dem Osten sehr gross ist.“⁴ Das Flüchtlingsamt sah in der Finanzierung von Kleinsiedlungsbauten auch eine nützlichere Verwendung zur Unterbringung der Menschen als für beschlagnahmte Hotelräume oder primitive Lager.

Weiterhin schlug das Flüchtlingsamt vor, durch die Schaffung einer gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsbaugenossenschaft die Kosten zu senken, wenn die einzelnen Bewerber in ihrer Freizeit zu einem festen Stundenlohn Arbeitsdienste als Handwerker oder Arbeiter verrichteten.

Dieser Plan wurde im Stadtteil Vorwerk aufgegriffen, noch bevor die gesetzliche Grundlage durch das Wohnungsbaugesetz (WBG) in Kraft getreten war.⁵ Im Oktober 1949 bildete eine Gruppe von Flüchtlingen, die als zivile Angestellte bei den britischen Streitkräften arbeiteten, eine Interessensgemeinschaft zur Behebung der Wohnungsnot. Beitreten konnte nur, wer den Flüchtlingsstatus A besaß und aufgrund seiner bisherigen Wohnungssituation in die Dringlichkeitsstufe 100 („dringende Notstandsfälle“) eingeordnet war. An der Spitze der Notgemeinschaft stand mit Hermann Duvenbeck

allerdings kein Flüchtling, sondern der Leiter der Personalverwaltung der deutschen Angestellten bei den Dienststellen der britischen Armee, der im Celler Raum aus britischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden war. Aus der Gemeinschaft wurde im Januar 1950 die „Soziale Baugenossenschaft eGmbH Celle“ gegründet, die sich als erstes den Bau von 120 Wohnungen zum Ziel setzte und darum zunächst keine weiteren Bewerbungen mehr aufnahm.

Als Bauland wurde ein brachliegendes Plantagen-gelände favorisiert, das neben der Webersiedlung lag, die von der als NS-Musterbetrieb geltenden „Mitteldeutschen Spinnhütte GmbH“ für ihre Mitarbeitenden gebaut worden war. Die Stadt Celle kaufte der Spinnhütte das Gelände ab und veräußerte es an die „Niedersächsische Heimstätte GmbH“, die es der Sozialen Baugenossenschaft

Abb. 3

Bauplan für ein Siedlungshaus in Vorwerk, Kreisarchiv Celle, KrA Celle, Slg. 47

© Kreisarchiv Celle

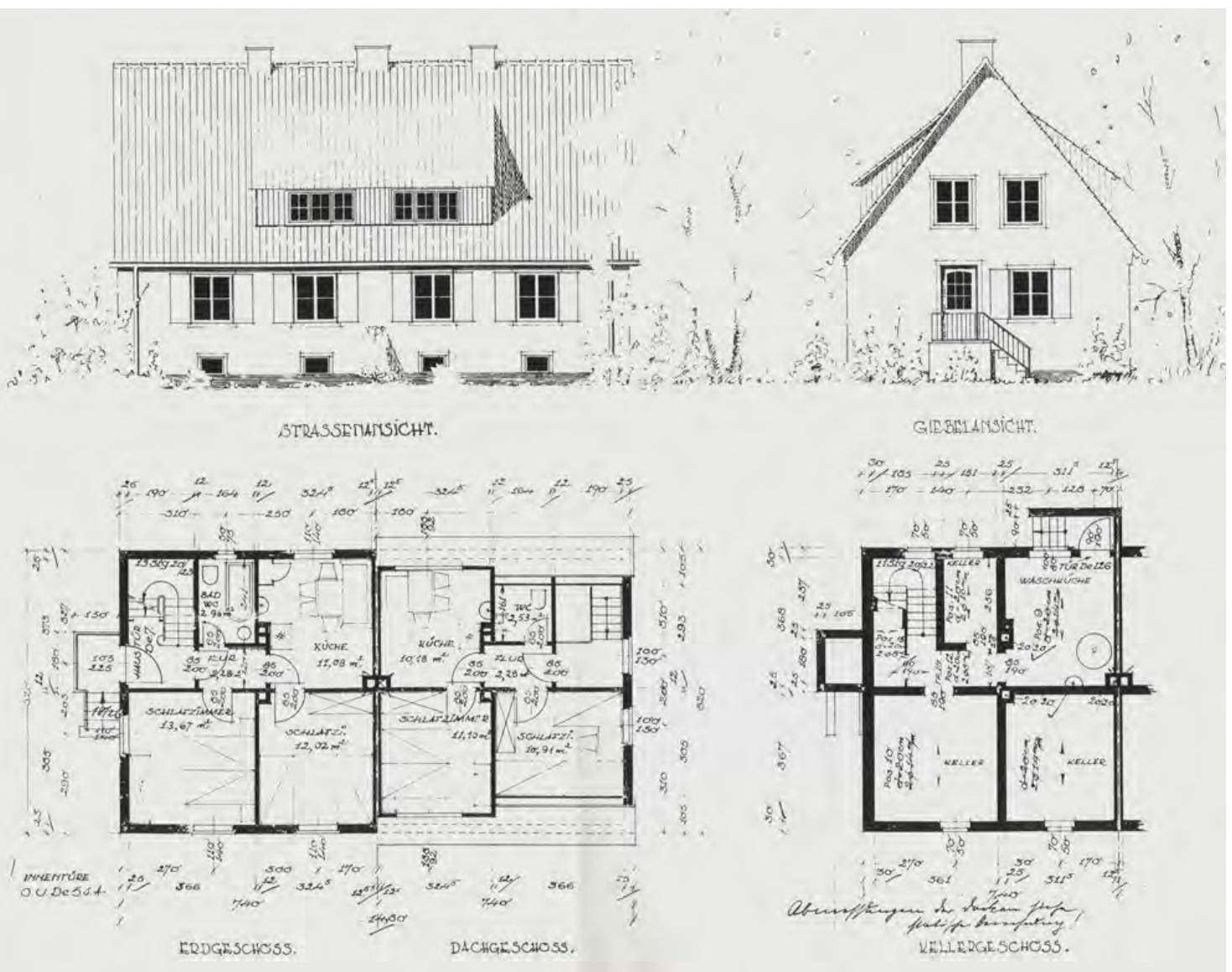




Abb. 4

Die Flüchtlings-
siedlung Vorwerk
im Jahr 1953,
Kreisarchiv Celle,
KrA Celle, Slg. 47

© Kreisarchiv Celle

zur Verfügung stellte. Im Finanzierungsplan wurde der Quadratmeter mit 75 Pfennig ausgewiesen. Grundlage der Finanzierung war das Erste Wohnungsbaugesetz vom 24. April 1950, das bevorzugt Bauvorhaben förderte, „die unter erheblichem Einsatz von Selbsthilfe erstellt“⁶ wurden. Das Land Niedersachsen stellte für das Bauvorhaben 360.000 DM bereit, weitere 360.000 DM kamen aus Mitteln des Marshall-Planes (ERP-Mittel) und 390.000 DM speisten sich aus verschiedenen Quellen wie Soforthilfemittel, städtische Mittel, Siedler- und Landkreiszuschüsse sowie Eigenleistungen.

Die Errichtung eines Hauses kostete 18.500 DM, wovon die Baugenossenschaft ein Drittel aus Eigenleistung, d. h. Kredite und Arbeit auf dem Bau, aufbringen musste. Im ersten Jahr wurde eine Arbeitsstunde mit 0,75 DM angerechnet. Jeder Wohnungsanwärter musste für mindestens 500 DM Arbeit leisten, was über 600 Arbeitsstunden bedeutete. Die zukünftigen Siedler brachten im ersten Jahr 103.450 Arbeitsstunden in Selbsthilfe auf und führten darin Tätigkeiten wie Straßenbau-, Maurer-, Maler- und Tischlerarbeiten aus. Viele konnten dabei auf ihre erlernten Berufe zurückgreifen, denn knapp ein Drittel der Siedler waren Handwerker.

Eine berufliche Aufstellung der zukünftigen Siedler zeigte auf, dass die Siedlergemeinschaft mittelständische Wurzeln hatte und bewusst den Bau von Eigenheimen förderte, um ihren Gründern für das im Osten verlorene Haus einen Ersatz zu schaffen. Die weitaus meisten Siedler gingen außerdem einer beruflichen Tätigkeit nach, denn sie wären sonst kaum in der Lage gewesen, die geplante Abzahlung von 70 DM im Monat aufzubringen. Dass niemand der künftigen Siedler zuvor in den Lagern und Baracken, den schlimmsten Elendsquartieren der Stadt wohnte, lässt zumindest Zweifel an der Dringlichkeitsstufe 100 anklängen.

Ostdeutsche Straßennamen – symbolische Heimatbeschaffung

Im Dezember 1953 gab der Deutsche Städtetag eine „Richtlinie zur Pflege ostdeutscher Kulturwerte in den Stadt- und Landkreisen“ heraus.⁷ Danach sollte in jeder Gemeinde wenigstens eine bedeutende Straße, ein Platz, ein öffentliches Gebäude (insbesondere Schulen) oder Teile eines öffentlichen Gebäudes einen Namen tragen, der an eine ostdeutsche Persönlichkeit oder einen ostdeutschen Ort erinnere. Im Folgejahr zog der Deutsche Landkreistag nach und empfahl die Benennung von

Straßen, Brücken, Plätzen, Siedlungen und Gebäuden mit Bezug zu Ostdeutschland. 1965/66 wurden auf Initiative des damaligen Vertriebenenministers Hans-Christoph Seebohm außerdem sieben Autobahnraststätten in der BRD nach Städten in den ehemals preußischen Ostprovinzen benannt, wobei das ministeriell gewünschte Ziel – drei pro Bundesland – verfehlt wurde.

Straßennamen mit ostdeutschem Bezug entstanden insbesondere in westdeutschen Kommunen, die eine Patenschaft für eine ostdeutsche Stadt übernommen hatten. So wurde in Goslar 1957 der Brieger Weg geschaffen. Namen mit ostdeutschem Bezug entstanden häufig in Flüchtlingssiedlungen. Die Kölner Bauverwaltung sah darin „ein Instrument der symbolischen Heimatbeschaffung, der Demonstration von Solidarität der Alteingesessenen mit den Neubürgern und eine ‚mentale Brücke zwischen Köln und Schlesien‘.“⁸

In den 1970er und 1980er Jahren ging – u. a. bedingt durch die Neue Ostpolitik – die Bereitschaft der westdeutschen Kommunen, Straßennamen mit „Ostbezug“ zu schaffen, deutlich zurück.

Im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus und dem Nationalsozialismus sind in den letzten Jahren zahlreiche Straßennamen in die Kritik geraten und wurden teilweise geändert. So wurde an verschiedenen Orten immer wieder über eine Umbenennung von Straßen diskutiert, die nach Agnes Miegel benannt sind, da sie eine „Stütze des NS-Regimes im Bereich Kultur war und den ‚Führer‘ in ihren Werken verherrlichte.“⁹

Im Jahr 1969 scheiterte im Landkreis Unna eine Initiative zur Benennung von Straßen nach NS-Widerstandskämpfern am Votum der CDU, die argumentiert hatte, dass die meisten dieser Persönlichkeiten der Bevölkerung nicht bekannt seien. Sie sprach sich demgegenüber für ostdeutsche Straßennamen aus.¹⁰

1996 schaffte es die Stadt Peine, das Andenken an den NS-Widerstand mit der Erinnerung an die verlorenen Ostgebiete zusammenzuführen. Im Ortsteil Essinghausen wurde eine Straße nach dem katholischen Geistlichen Gerhard Hirschfelder aus der Grafschaft Glatz benannt, der 1942 im KZ Dachau umgekommen war.

NR

¹ Hier und im Folgenden Heinke M. Kalinke: Flüchtlingssiedlungen, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013. URL: ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32810 (zuletzt abgerufen am 03.08.2021).

² Ebd.

³ Andreas Kossert, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, Bonn 2015, S. 110.

⁴ Zitiert nach Andreas Brundiers, Neues Heim – neue Heimat? Zur Funktion des sozialen Wohnungsbaus bei der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen am Beispiel der Siedlung Vorwerk, in: Rainer Schulze (Hrsg.), Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945-2000, Osnabrück 2001, S. 57-74, hier S. 60.

⁵ Vgl. auch im Folgenden ebd., S. 60-64.

⁶ Zitiert nach ebd., S. 62.

⁷ Vgl. im Folgenden Tobias Weger, Straßennamen, in: Stephan Scholz / Maren Röger / Bill Niven (Hrsg.), Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken, Paderborn 2015, S. 409-419, hier S. 413.

⁸ Zitiert nach ebd.

⁹ <https://www.muenster.de/stadt/strassennamen/agnes-miegel-strasse.html> (zuletzt abgerufen am 12.08.2021).

¹⁰ Weger, Straßennamen, S. 414.

Gedenken an das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Börde Sittensen

Abb. 5

Gedenkstein für die Flüchtlinge und Vertriebenen der Börde Sittensen

© Heidrun Meyer



Angeregt durch einen Gedenkstein für die Flüchtlinge in Ottendorf im Nachbarlandkreis Stade fassten Mitglieder der Fachabteilung „Chronik und Schrifttum“ des Heimatvereins der Börde Sittensen e. V. den Entschluss, einen möglichst großen Findling als Denkmal auch für ihre Gemeinde zu realisieren. Viele der Mitglieder hatten bereits an der Erforschung der Ortsgeschichte mitgewirkt, die 2006 im Band „Zeitzeugengeschichte der Börde Sittensen 1918-1956“ herausgegeben wurde. Thematisiert werden darin auch Zeitzeugenberichte von Menschen, die ab 1944 als Flüchtlinge oder Vertriebene in die Börde Sittensen kamen und dort eine zweite Heimat fanden. Neben den Erfahrungen der Neubürgerinnen und Neubürger finden sich auch die Darstellungen der Einheimischen, die über deren Aufnahme und das Zusammenleben berichten. Für beide Seiten war es eine schwierige Zeit, denn der Anteil der neuen Einwohnerschaft lag mit 38 % sehr hoch. Von den 7.656 Einwohnerinnen und Einwohnern waren im Jahr 1950 2.913 Flüchtlinge und Vertriebene.¹

Am 11. September 2010 wurde der ca. 14 Tonnen schwere Granitfindling mit der Inschrift „Zum Gedenken an Flüchtlinge und Vertriebene Börde Sittensen“ feierlich eingeweiht. Auf dem Stein sind einzelne Flüsse und Orte eingraviert, um die Herkunftsgebiete der Deutschen aus dem östlichen Europa aufzuzeigen. Außerdem ist ein Planwagen

zu sehen, der auf die Fluchterfahrung verweist. Auf einer Tafel ist zu lesen, dass von 1944 bis 1949 mehr als 4.000 Menschen als Flüchtlinge und Vertriebene nach Sittensen kamen.

In einem Raum des „Haus der Vereine und der Geschichte“ wurde außerdem eine Heimatstube eingerichtet. Darin ist ein originaler Fluchtkarren zu sehen sowie Karten, Bilder, Bücher, Zeitzeugenberichte und eine umfangreiche Dokumentation der in der Börde Sittensen angekommenen Flüchtlinge und Vertriebenen. In elf Ordnern haben die Mitglieder von „Chronik und Schrifttum“ aus den Anmeldebüchern und Flüchtlingsfragebögen für die Ortschaften Freetz, Groß Meckelsen, Hamersens, Ippensen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden und Wohnste folgende Angaben zusammengefasst:

Name; Vorname(n); Geburtstag und -ort; letzter Wohnort bei Beginn der Flucht/Vertreibung; neuer Wohnort; Datum des Einzugs; die Gastgebende Familie oder deren Hausnummer.

Die Besonderheit der Sittenser Initiativen liegt darin, dass die Aufarbeitung und Erinnerung an das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen von der aufnehmenden Einwohnerschaft Niedersachsens betrieben wurde und nicht von den Betroffenen selbst.

NR

¹ Förderverein für die Geschichte der Börde Sittensen e. V. (Hrsg.), Zeitzeugengeschichte der Börde Sittensen 1918-1956 von Hans Heinrich Seedorf, Wilhelm Seedorf und Wilhelm Vieths, Sittensen 2006, S. 320.

Impressum

Herausgeber: Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e. V.,
Rotenburger Straße 21, 30659 Hannover, E-Mail: info@mvnb.de, www.mvnb.de

Redaktion: Barbara Magen, Natalie Reinsch, Agnetha Untergassmair

Lektorat: Thomas Overdick, Giesela Wiese

Gestaltung: H.ZWEI.S Werbeagentur GmbH, Hannover

Druck: Gutenberg Beuys Feindruckerei GmbH, Langenhagen

Autorinnen Katalogteil:

BM: Barbara Magen

NR: Natalie Reinsch

Die in dieser Publikation veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind vorbehalten. Für den Inhalt und die Richtigkeit der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Museumsverbandes.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder.

ISBN 978-3-948181-06-2

© 2021 Museumsverband Niedersachsen und Bremen e. V., 2. Auflage 2022

Die Arbeit des Museumsverbandes Niedersachsen und Bremen e. V.
wird gefördert durch:



**Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur**

Der Senator für Kultur



Das Projekt „Herkunft.Heimat.Heute.“ und der Katalog wurden zusätzlich zu den Mitteln des Landes Niedersachsen durch Mittel des Bundes gefördert.



**Bundesinstitut
für Kultur und Geschichte
der Deutschen im östlichen Europa**

In Kooperation mit

Editha Westmann, MdL
Niedersächsische Landesbeauftragte
für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
www.lbhs.niedersachsen.de



Partner des Landesgeburtstags

75



**Niedersachsen.
Klar.**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Trotz intensiver Recherche war es nicht in allen Fällen möglich, die Rechtsinhaber der Abbildungen und Grafiken ausfindig zu machen. Berechtigte Ansprüche werden selbstverständlich im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.

Nachweise der Zitate auf den Kapiteleingangsseiten:

- S. 78: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html> (zuletzt abgerufen am 29.07.2021).
- S. 86: Vgl. Beitrag von Anna Haut in diesem Band (S. 28).
- S. 94: <https://www.northeim.de/rat-verwaltung/partnerstaedte/prudnik.html> (zuletzt abgerufen am 08.07.2021).
- S. 104: Zitiert nach Joachim Kuropka, „Keiner wollte uns“. Wege der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge am Beispiel des Oldenburger Landes, in: Joachim Kuropka (Hrsg.), Heimat zwischen Deutschland, Polen und Europa, Münster 2017, S. 343-364, hier S. 349.
- S. 112: Zitiert nach Ursula Müller, Walter Vollands Wirken in Goslar, in: Monika Erb / Gunilla Krynitz (Hrsg.), Walter Volland. 1898-1980 (Goslarer Künstler und Kunsthandwerker, Bd. 6.), Goslar 1998, S. 17 / 18.
- S. 132: Aus: Die fromme Helene. Rolf Hochhuth (Hrsg.), Wilhelm Busch. Sämtliche Werke und eine Auswahl der Skizzen und Gemälde in zwei Bänden. Erster Band: Und die Moral von der Geschichte. Eingeleitet mit dem Essay von Theodor Heuss aus der Biographie „Die grossen Deutschen“, Gütersloh [1959], S. 628.
- S. 138: Brief von Charlotte Müller an das Ehepaar Chall vom 23.09.1948, abgedruckt in der Mühlen-Zeit. Die Mitarbeiter-Zeitung der Rügenwalder Mühle, Jubiläumsausgabe, Juni 2009, S. 4.
- S. 148: Zitiert nach Wolfram Lietz, Im Schmelztiegel der höheren Schule. Wie Abiturienten aus dem Osten über ihren Heimatverlust und ihre Integration in Celle dachten, in: Rainer Schulze (Hrsg.), Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945-2000, Osnabrück 2001, S. 75-88, hier S. 83.
- S. 158: Bernhard Parisius, „Wir haben die Ökumene praktisch erfunden.“ Erinnerungen von Vertriebenen an das kirchliche Zusammenleben in Ostfriesland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jan E. Kegler (Hrsg.), Ostfriesland / Niedersachsenweit. Festschrift für Rolf Bärenfänger (Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands 87), Aurich 2020, S. 337-343, hier S. 339.
- S. 166: Zitiert nach Simon Benne, Fremde Heimat. Als die Vertriebenen nach Hannover kamen, Hannover 2017, S. 24 / 25.

Nachweis Titelbild:

© Freundeskreis Luzie Uptmoor e. V.



Museumsverband

Niedersachsen und
Bremen e.V.

ISBN 978-3-948181-06-2



Die Gründung des Landes Niedersachsen im Jahre 1946 bedeutete nicht nur den Zusammenschluss von vier zuvor selbständigen Regionen, sondern auch die Versorgung von etwa 2 Millionen Menschen, die aus den Ost-

und Siedlungsgebieten in den Westen geflohen waren oder dorthin vertrieben wurden. In Zeiten des Mangels, der West- wie Ostdeutsche gleichermaßen traf, war dies eine große Herausforderung. Neben den westdeutschen

Hilfestellungen, die es ebenso gab wie Ablehnung, waren es aber auch Traditionen und Fähigkeiten, die die Flüchtlinge und Vertriebenen mitbrachten, die zur Formung des neuen Landes beigetragen haben.